

SL II 41

Ersatz

# GESCHICHTE

## DER ÖSTERREICHISCHEN POST

NACH AMTLICHEN QUELLEN  
BEARBEITET UND VERFASST  
VON EDUARD EPPENBERGER  
K. K. HOFRAT D. R.



**Fachbibliothek für**  
**Geschichtswissenschaften**  
**Universität Wien**  
499356-C

WIEN 1913

VERLAG DER „ZEITSCHRIFT FÜR POST UND TELEGRAPHIE“ R. SPIES & CO., WIEN

# INITIATIVES ET/OU FINIS.

I. Botenwesen	1-15
II. Die Anfänge und weitere Entwicklung der österreichischen Post	15-623
1. Die Periode der Hofpostmeister	15-291
Anton von Taxis	15-16
Mathias von Taxis	17
Christoph von Taxis	17-22
Paul Wolzogen	22-27
Hans Wolzogen	27-28
Georg Pichl von Pichlhof	28
Karl von Freyberg von Taxis	28
Karl Magno	28-29
Hans Jakob Magno	29
Hans Christoph Freyberg von Paar und seine Nachfolger aus der Familie Paar	29-231
Die Hofpostmeister in Tirol in den Ober- und Vorderösterreichischen Ländern	231-429
2. Das oberste Hofpostamt in Wien	35-42
3. Sonstige Postanstalten, ihre Vertheilungen und ihre Organe	35-42
Erbliche Vertheilung des Postdienstes, Erblichkeitsprivilegien	38-42
Post-Lebensverpflichtungen	42-44
4. Die Postleuten der Familie Paar	42-44
H. Die österreichischen Postleuten der Familie Paar	42-53
1. In Tirol und den Vorderösterreichischen Ländern	42-53
2. In Trient und Bozen	53-56
3. Das Postleuten in Rovereto	53-55
H. Das Reichspostleuten in Venedig	55-56
K. Das römische Postleuten	55-57
Postmeister	57-60
III. Die Organisation der österreichischen Postanstalt	59-60
1. Verwaltungsdienst	60-62
2. Aufsicht-, Kontroll- und Kassadienst	62-75
3. Ausübender Dienst	70-72
IV. Postgesetzgebung, Postpatente und Postverdingen	72-75
1. Unter Ferdinand I.	75-97
2. " " Matthias	75-76
3. " " Ferdinand II.	76-80
4. " " Ferdinand III.	80-81
5. " " Leopold I.	81-87
6. " " Karl VI.	87-89
7. " " Maria Theresia	89-99
8. " " Joseph II.	92-93
9. " " Franz II.	93-94
10. " " Ferdinand I.	94-96
11. " " Franz Joseph I.	96-97
V. Der Substanz- und Personentransport der österreichischen Post	97-104
1. Die Briefpost	97-100
2. Die Fahrpost	100-108
3. Post-Geld-Anweisungen	108
4. Etschfuhren	108
5. Der Personentransport	108
VI. Das österreichische Posttarifsystem	104
1. Die Briefporto	104-114
2. Die Fahrpostporto	114-117



	Seite
VII. Postkuren	114—116
VIII. Postverkehr mit dem Auslande. Postverträge	116—120
IX. Die österreichische Feldpost	120—126
X. Die österreichische Post und die Familie Paar	126—130
XI. Die österreichische Post und die Familie Paar	130—143
XII. Taxis kontra Paar	143—147
XIII. Die österreichische Post im Orient	147—153
XIV. Die österreichische Post in Italien	153—156
XV. Beiträge zur Geschichte der Post einzelner österreichischer Länder	156—160
1. Dalmatien	160—162
2. Galizien	162
3. Niederösterreich	162—174
4. Die kleine Post in Wien	162—167
5. Die Stadtpost in Wien	167—170
6. Die niederösterreichische Post im Jahre 1809	170—174
7. Salzburg	174—175
8. Steiermark	175—176
9. In Vorderösterreich	176—180
Quellen	181—183
Druckfehlerverzeichnis	184



# 1. Botenwesen.

Wie in anderen Ländern erscheint auch in Österreich das Botenwesen als Vorläufer einer regelmäßigen Posteinrichtung. Metzger und Buecker, wenn sie in die Gauen gingen, reisende Kaufleute und Pilgrime, wandernde Mönche, Kotelboten, welche den Nachrichtenverkehr der Klöster vermitteln, und gedungene andere Personen besorgten die Beförderung von Privatbriefen.

Der Bestand eines solchen partikularen Geleitholts-Botenendienstes konnte jedoch von nicht allzulanger Dauer sein. Der sich stetig ausbreitende Handelsverkehr und die dadurch vermehrte Handelskorrespondenz bedurften einer Uebersetzung der Botenvermittlung. So bildete sich mit der Zeit eine Art von Zunft der Botenläufer, welche ihre besonderen Wege gingen, Briefe und Päckchen bestellten, sammeln und zurückbrachten, und trat zunächst in den Städten ein herkömmlicher Stand Botendienstes ins Leben.

Im 14. Jahrhunderte bestand im Wiener Rathause für die Landboten eine eigene Botenkammer. Im 15. Jahrhunderte vermittelten hiesige Boten des Wiener Stadtrates Korrespondenzen nach Prag, Brünn, Graz, Znaim, Olmütz, Krain, Preßburg usw. In den Wiener Stadtrechnungen erscheinen Ausgaben für „reisende Knechte“ und „reisende Boten“ im Gegensatze zu den „stehenden Boten“ 1509 kommt der letzte Wiener Stadthof vor.

Im Hofdienste standen „Ansparinger“ in Verwendung, welche späterhin auch von städtischen Behörden zur Besorgung amtlicher Gänge herangezogen wurden. Die Entwicklung der Landeshoheit und die hienüt vorhandene Erweiterung städtischer Aufgaben erforderte für die Korrespondenz des Landesherrn einen gesicherten, schnellen und unterbrochenen Verkehr, Umstände, welche die Schaffung eines ständigen, im staatlichen Diensten verwendeten Botenstandes erforderlich machten.

Um in den italienischen Verwicklungen Kaiser Friedrich III. eine geregelte Verbindung zwischen Italien und den Erbländern herzustellen, organisierte im Jahre 1451 der Oberösterreichische Graf Ulrich von Fassa, in Tirol und Steiermark auf eingerichteten Pferdewechseln eigene uniformierte Boten, welche vom Kaiser besoldet wurden. Im Dienste der habsburgischen Erblande standen zu Zeiten dieses Kaisers etwa 20 Boten, welche sich in reisende Kammerboten, Fußboten und Ansparinger schieden. Außer der Dienstkleidung trugen diese Boten als Dienstzeichen eine Botenbusse, in welcher sie die ihnen anvertrauten Briefe verwahrten.

In Urkunden vom Jahre 1491 kommen zuerst die Bezeichnungen „Postboten“, „kaiserliche Postboten“ und „reisende Postboten“ vor. Das im k. u. k. Hofkammerarchiv befindliche österreichische Gedenkbuch Geschichte der österreichischen Post.

(1494 bis 1497, 3 a) weist folgenden Botenbrief Kaiser Maximilian I. vom 24. Juni 1494 auf: „Wir, Maximilian usw. Embetten allen und jeglichen Churknechten, Hauptleuten, Landmarschallern, Vitzthumern, freyen Herrn, Ritters, Burgrauen, Landrichtern, Ambtleuten, Schutzhassen, Bürgermeistern, Richtern, Räten, burgern und gemainen und sonst allen andern Vanssen und des heiligen Reichs, auch vnsers lieblichen Fürstenhumb und Lande vnderthan und getrewen Hoohebornen Wolgebornen Ernamen Edeln lieben Neuen (das heist Neffen), Ohnen, Churfürsten, Fürsten, addechtigen und getrewen. Wir haben vnsereu getrewen Hannsen News zunge die briefs zu vnsereu küniglichen gestornen von vns oder jemand andern zuverlunden und zu überantworten gegeben und antworten bey dem alle, den er vns desselben gelan hat, zuverlunden und zuantworten gegennet und erlaubt und das alsdann selb verkunden und zuverlunden darauf gehandelt und procedirt werden sol und mag. als von andern vnsereu küniglichen gestornen polen gewonheit und herkommen ist vngewöhnlich. Nicht ernstlich und versticklich mit diesem Brief gehaltende, das Jr den genante Hannsen News mit solhen egernten vnsereu küniglichen Briefen und gesceffen auch all sein hab und gut durch alle vnsereu handhulssafft Slos Statt Markt Dörfer gericht und gebiet zu wasser und landt frey sicker vngelindert und vbeladigt hin und her geen farn wandeln und durchkommen lasset und nit gestetter, das Jr von nyemand in vnbillichen weg beswert werde auch solchs selber nit thun als lieb Euch allen und Ewer yeden sey vnsereu und des Reichs vngewöhnlich Ewre gütwillig forderung tut und beweiset. Darin tut Jr vnsereu ernstliche Meynung. Geben am vierundzwanzigsten tag des Monats Junij Anno 1494.“

Im Jahre 1522 erschien eine Ordinance der Kammerboten, welche im wesentlichen folgende Bestimmungen enthielt: „Ein jeder Kammerbote soll wohl beritten sein. Er soll im Sommer 7, im Winter 6 Meilen per Tag reiten. Wenn man 12 Meilen reiten und von den Enden, dahin er geschickt, Kundschaft bringen, zu welcher Zeit er daselbst angekommen und wieder abgerittet wurde. Wenn der Bote bei der Regierung still liegen, soll ihnen für Liefergeld der Tag gerechnet und 12 Kreuzer bezahlt werden. Wenn sie in den 5 N. O. Landen reiten, soll einem pro Tag 20 Kreuzer gegeben werden. Wenn sie in diesen Orten auf Aufpro Tag 24 Kreuzer gegeben werden, wenn sie dort auf Antwort warten und still liegen, pro Tag 20 Kreuzer. Ein Tag soll zu 24 Stunden gezählt werden. So eiter, wie vor angewiesen, postiert, soll ihm der Tag mit 3 Gulden Rhein bezahlt werden. Wenn einer 3 oder 4 Meilen hinausgeschickt wird und er wieder bei von der Meile 10 Kreuzer, und so er „gemacht her wider Kelt“, soll man ihm seine ordnung, wie oben steht, geben. Es soll keiner ohne des Postmeisters Wissen das Liefergeld in eine Buchsen legen, der Postmeister soll die Buchsen auch und die Boten die Schlüssel dazu haben.“ (Hofkammerarchiv, österr. Gedendbuch 1522.)

Im Jahr 1522 schrieb Erzkaiser Ferdinand an den Reichs-Erbmarschall Ulrich zu Pappenheim bezüglich der Beherbergung der österreichischen Boten zwischen Nürnberg und Augsburg, er möge verordnen, daß diese Postboten

„Jro herberg und pfenz außerhalb der wirtschender halten und verzern muelen“ (Arch. Minist. des Innern N. O. V C 4 Nr. 16).

1529 tritt der Hofpostmeister Anton de Tassis, der König möge ihm die Besoldung eines vom Dinsten ausgetretenen Hofkammerboten einnehmen lassen, er wurde an dessen Stelle einen „frommen, geschickten, verstandigen Gesecken, der alle Sprachen kann, nach Weg und Stieg zu reiten weiß“, aufnehmen.

Nach dem im Hofkammerarchiv liegenden Postabfertigungsprotokolle (1564 bis 1568) hatte der Hofpostmeister eigene Fußboten, eigene Tag und Nacht Tag und Nacht reitende Boten, eigene Kuriere auf der ordnung Post abzuschicken. 1575 hat die Schlesiache Kämmer rollende Boten unterhalten und durch dieselben die nach dem kaiserlichen Hofe gehenden Depeschen befördert. Die Stadt Breslau hat hingegen andere ordnung Boten nach Hamburg, Nürnberg und Leipzig geschickt, durch welche die Privatkorrespondenz der Kaufmannschaft und anderer Personen vermittelt wurde.

Im Jahre 1588 erließ Kaiser Rudolph II. eine eigene Instruktion für das Hofpostmeisteramt, in welcher angedeutet wurde, daß die Postboten eine gar eilende Post, auf welcher im Postzettel ein „Justitia“ gestellt ist, jede Stunde eine deutsche Meile reiten, wo kein „Justitia“ oder „Cito“ ist, 1 1/4 Stunde und sich darüber, außer Gottsgewalt, bei Entsetzung des Dienstes nicht stören.

Daß jeder braven Postboten, die längere Zeit hindurch in staatlichen Dienste gestanden und infolge Alters und Gebrechlichkeit dienstunfähig geworden, humaner Weise geduldet wurde, geht aus den ihnen auf Lebensdauer gewährten kaiserlichen Gnadenprovisionen monatlicher 10 Gulden bzw. wöchentlich 10 Creißergroschen“ und dgl. hervor. Auch deren hinterlassenen Witwen wurden kaiserliche Grundabfertigungen zuteil.

Unter dem Titel „Postboten“ erschienen aber auch Organe, welche gewissermaßen in der Eigenschaft als „Postbeförderer“ die Geschäfte von Postmeistern auf der Route Wien—Innsbruck, der König möge bei dem Umstande, daß die Postboten die „Reitkammer“ zu Wien nimmern nur die Besoldung für 1 Pferd mit 8 Gulden Rhein, per Monat zuerkennen wolle, ihnen den früher auf 3 Postrosse bezogenen doppelten Sold von 16 Gulden Rhein, belassen. Jeder halte auf der Post 3 Pferde und einen Knecht, was unbedingt erforderlich sei, weil sie viel zu reiten haben, indem ihnen die Post von Ungarn und Böhmen sowie Österreich und von anderen vielen Orten zukommt.

In der Postordnung König Ferdinand I. vom 20. August 1535 wird dem Hofpostmeister befohlen, in allen Lagern den Postboten zu verkünden, „daß sie in Hinkunft keinen Brief annehmen sollen, darauf Cito oder ein Justitia steht, sie würden denn befinden, daß solche Briefe von den Regierungen oder den Hauptmannschaften in den Erblanden gefertigt seien, das sie aus den Postzettelein vernehmen mögen“.

Im Patente Kaiser Ferdinand II. vom 13. September 1621 wird angedeutet, daß kein Postmeister oder Postbote jemanden ohne Passirzettel ein Roß zu geben schuldig sei oder Macht habe.

Einen weiteren Beleg für den schon älteren Bestand derartiger Postboten als Postbeförderer liefern die vielseitigen Eingänge derselben um Bezahlung ihrer Besoldungsforderungen.

Die mangelnde Finanzwirtschaft zu Zeiten Kaiser Maximilians wirkte noch lange hinein hemmend auf die Entwicklung des postmündlichen Betriebes. Überall wurden bezahlt und forgesetzte dringende Bitten der Postleute, namentlich der Erhaltung in Verlastungen oder im gunstigen Falle in der Form minderer Abteilungsabteilungen. Diese trüben Verhältnisse währten bis in die Regierungperiode Kaiser Ferdinand II.



So bitten beispielsweise die Postboten auf der Route Innsbruck—Wien um Bezahlung ihres seit 6 Monaten ausstehenden Postsolds. 1565 beschwerten sich die Postboten zwischen Wien und Prag, daß sie seit 1564 an ihrer hart verdienten Besoldung nicht mehr als einen dreimonatlichen Sold empfangen haben. Sie seien nicht allein viel schuldig, sondern es will ihnen niemand mehr borgen. Ermahnt, daß ihnen bald werde geholfen werden. Da sie schwer und mit Gefährdung ihre Besoldung verdienen müssen und ohne Geld den Dienst nicht länger verrichten können, bitten sie um Bezahlung, damit sie nicht länger aufgehalten werden und sich wieder zu ihrem Dienste zurückbegeben können. 1572 überreicht der Hofpostmeister Hanns Wollzogen ein Memorial wegen Bezahlung wenigstens des dritten oder vierten Teiles der ausständigen Postbotenbesoldung. Unterm 28. Jänner 1573 schildert der genannte Hofpostmeister dem Kaiser die große Not der Postboten, wie folgt: „Es lauft sich rund herum mehr als 18 und zum Theil in die 20 Monate lang, daß Euer Majestät Postboten, so von Hof aus durch mich bezahlt werden, über ihren und ihr der armen Leut vielfältiges Nachlaufen, Abhalten und bitten ihre Besoldung aussendet. Und ist ihnen, seit Euer Majestät jüngst von Prag allhero verweist, die ganze Zeit her nicht mehr als 2000 Gulden gereicht worden, da man doch auf das ganze Postwesen und mir allenthalben mehr als 12.000 Gulden schuldig ist. Und sollen Euer kais. Majestät mir wahrhaftig allergnädigst glauben, daß ich nicht bisher von dem wenigsten den armen Leuten, deren äußerste Not, Elend und Armut mir bewußt gewesen, hätte nach Gelegenheit inmerdar füglich, aus allen gedungenen Not verlassen, sondern sie wären auch darob Hungers gestorben. Wie es denn also dem Postboten zu Prodersdorf kurz verschiedener Zeit wachhaftig leider geschien und widerfahren ist. Ich habe aber nicht allein, was mein rein Vermögen gewest, Euer Majestät zu gehorsamen Gefallen, und daß ich auch meinem anbefohlenen Amt wollen ein Brägen tun, alles hergegeben und fürgehört, sondern auch noch von andern und freunden Orten in die 3000 Gulden aufgebracht, hab ich mich anders selbst wollen erhalten und Euer Majestät tägliche furchtende Geschäfte, darunter viel ansehnliche Kurier, auch täglich gemeine und andere Reisen, auf welche wir selten etwas gegeben wurde, befördern und dadurch nichts verabsäumen wollen. den Unkosten hergeben . . . derowegen dann mir und den armen Leuten nicht allein zum höchsten beschwerlich, ja unmöglichkeit ist, langer dem Dienst und Postwesen also vorzustehen, hat mich gleich die Not gedrungen, das auberste refugium zu Euer kais. Majestät zu nehmen und bitte Euer kais. Majestät ganz untertänigst, die wollen doch der armen Leute schweres beharrliches Dienen, die lang getragene Geduld, ihre große und äußerste Not und Armut und daß ihnen bei dieser Thuerung unmöglich länger zu tun, sowohl aber ihre selbst eigene Nothdurft, die hiedurch befördert oder aber verwahrt werden, allergnädigst beherzigen und bedenken. Und daneben solche Verordnung tun, damit eine Summe Gelds und Bezahlung also alsbald und ehest auf sie und mich geordnet werden, damit wir nicht verursacht werden, Euer Majestät deswegen weiter gar an Bettelstab geraten und Euer Majestät Postwesen also ganz und gar zu Schimpf und Spott niederfallen . . . (Hofkammerarchiv, Postakten 1526 bis 1599.)

Ihre bitten und beschwerden der Postboten wegen ihrer ausständigen Besoldungen nahmen kein Ende. Kaiser Rudolph II., von den besten Absichten getheilt, zu befriedigen, und wenn die hiezu erforderlichen Geldmittel in den Kassen nicht vorhanden sein sollten, dieselben mittlerweile anderwärts zu antizipieren. Alles blieb jedoch erfolglos. So zeigen die 7 Postboten zwischen Wien und Linz an, daß ihnen der Vitzdomb, an den sie wegen ihrer Bezahlung gewiesen wurden, den Bescheid gegeben, „er habe kein Geld“. Nachdem dem Vitzdomb monatelich aufgetragen worden, allen möglichen Fleiß und Mittel zu gebrauchen, damit die Supplikanten wo nicht völlig, doch „sonst sein kham, ires ausstands vergnugnet

worden“, damit sie länger nicht aufgehalten und durch ihre Abwesenheit der kais. Maj. in Beförderung der Posten nichts verabsäumt werde, erhielten sie am 13. Juli 1579 einen dreimonatlichen Sold.

Unterm 17. Februar 1583 berichtet der Hofpostmeister Hanns Wollzogen, „daß der Post Pot zu Pulkaw von wegen seiner schulden in ein fants sey geraten vnd darob Zerrit worden. Also das man hie noch heutiges Tags verurtheilt haben muß. Der Post-Pot zu Zlabing hat auß not vnd äußerster Armueth vnd schulden nit allein den Dienst, sondern auch Hauff, Hof vnd sein weib verlassen. Der zu Trakbirchen hat sich armuth halber bekümmert, das Er sich länger nit erhalten, wollen den Dienst ganz vnd gar aufgeben. Andere ingenuin sein so Armh, das sy sich selbst nit geschweigen Rod vnd Bienen mit Iher notdurfft erhalten lebenden.“ Im Jahre 1588 schuldete man den zehn Postboten zwischen Wien, dem Sommering und Kanischa die Besoldung von vier bis fünf Jahren im Betrage von 9800 Gulden. Unterm 24. April 1617 klagt der Postbote zu Wisternitz: „... Und gehet mir bey dem Postdienst, das es einen Stain erheben mochte. 1621 bitten die Postboten zwischen Wien und Enns, die Hof- und N. O. Kammer möge an die Salzamtleute in Gmunden, oder den Salzamtman in Wien verordnen, daß der entsprechende Vorlag Salz zu Händen des Postverwesers und Marktrichters zu Stockerau, Ernst Eberl, der den Salzhandel daselbst führt, geliefert werde, damit er es nach und nach „versilbern“ und davon mit Vorwissen des Obristen Postmeisters jedem Postboten seine Gebühr entweder in Geld oder Salz berichtigen könnte. Hierüber erging untorm 19. Juli 1621 seitens der Hof-, an die N. O. Kammer die Weisung, sie wolle dieser Bezahlung halber allsald, wie ihre Majestät befohlen, die Nothdurft verordnen. Dem bezüglichlichen Aktenstücke liegt eine Abrechnung bei, „was man denen 8 Kay: umgelegten Post Potten zwischen der Wien und Enß, sonst aber zwischen Wien und Zlabings gegen Prag eigennüt, von Ao 1618 biß auf letzten Juny dieses Instandes 1621. Jars an Iher verdienten Possibesoldung schuldig verbleibt.“

Thoma Frölich, Postpott zu Burekersdorff an der Zeit 2 1/2 Jar vnd in gelt	480 fl.
Lucasen Eberl, Postpott zu Stockerau vnd Neudorf, Jezt aber zu Predling vnd Sigbariskirchen auf boede Possten	1776 fl.
Hanssen Pachmayr, Postpott zu Hollabrun, Jezt aber zu Gerabronff 2 1/2 Jar	480 fl.
Bernhart Langer, Postpott zu Pulkaw, Jezt aber zu Molekh	704 fl.
Ursula Dietrichen, Postpott zu Hoffein, Jezt aber zu Kemelach	704 fl.
Hanssen Reith, Postpott zu Freyung, Jezt zu Amstetten	416 fl.
Georggn Kirchgassner, Postpott zu Zlabings, Jezt zum Stremberg eigennüt	672 fl.

(Jeder dieser Postboten erhielt an Besoldung auf zwei Pferde 16 Gulden monatlich.)

Aus diesen hier angeführten wenigen Beispielen ist wohl zu erschen, wie müllich es in den damaligen Zeiten um die Post und ihre Organe bestellt war. Neben den staatlichen Postboten besorgten Städte- und Privatboten ihre Geschäfte weiter. Ein Staatsvorbehalt rücksichtlich der Briefbeförderung bestand noch lange nicht. Untorm 7. Mai 1616 ertlß Kaiser Mathias die Anordnung: „... hergegen soll auch Bürgern, Inwohnern oder Fremblen frey und vnerboten seyn, ihr Brieff denen Stati- oder andern Particular Botten ihres belienens aufzugeben vnd zuvertrauen, da ihnen anders die kaysrl. Post zu gebrauchen nit gelegen vnd gefällig wäre.“

Die den Stadt- und sonstigen Privatboten eingeräumten Freiheiten und der Nutzen, welchen dieses Geschäft abwarf, hatten eine stetige Erweiterung dieses Botenwesens, eine förmliche Organisation desselben nach Art der Staatspost, aber auch eine wesentliche Beeinträchtigung und Schädigung der letzteren zur Folge. Diese Umstände veranlaßten Kaiser Ferdinand II. mittels Patentos vom 12. August 1637



die Metzgerposten und das dem Kaiser unverpflichtete Nebenbotenwerk im ganzen belligeren Reiche und auch in seinen Erbkonigreichen und Ländern abzuschaffen. Im Postpatente Kaiser Leopold I. vom 16. April 1695 wird den Lehenrößlern und Boten die Sammlung der Briefe und der Gebrauch des Posthorns verboten. „Der Boten wird nur ein differentes Horn bewilligt, damit sie nichtlicher Weise vor verschlossenen Orten ein Zeichen ihrer Ankunft, oder beim Wasser zum Überholen gehen können. Das alte Botenwerk wird gelassen, dagegen werden die Mißbräuche und das neue, allermaßen wenn eines von Grätz nach Linz den Posten zu Schaden Vorhaben sein sollte, gänzlich abgestellt.“

Im Postpatente Kaiser Leopold I. dto Breslau 16. November 1702 wird angeordnet, „daß, weil den Lehenrößlern und Boten die Leute mit vorreitenden Knechten und aufgebundenen Felleisen, wie auch das Posthörnlein zu führen, und das Briefsammlen in Städten, wo kaiserl. Poststationen angelegt, verboten, die Postwärter und Beförderer Acht haben sollen, daß darwider nicht gehandelt, das Botenwesen möglichst gehemmt und unterbrochen, und diejenigen, welche diese Befehle übertreten, mit jedes Orts obrigkeitlicher Assistenz zu geduldsamen angehalten werden mögen.“

Um das innerösterreichische Botenwesen in eine geregelte Ordnung zu bringen, wurde dasselbe mit dem kaiserlichen Postamt vereinigt, dessen Direction unterworfen, und mit den bestellten Linzer Boten Josef Seyrer und Christoph Gruber für die Route Grätz-Linz, und mit dem Salzburger Boten Gotthard Haass für die Route Grätz-Salzburg ein eigener Vergleich abgeschlossen, welcher von Kaiser Leopold am 23. April 1703 konfirmiert wurde. Das Botenwesen wurde den Genannten auf Lebensdauer überlassen und auf ihre männliche Descendenz, wenn selbige dazu capabl sein wird, versichert. „Sie sollen nicht mehr separate Boten, sondern nach Art der von Klagenfurt, dem Postamt gänzlich incorporierte Privilegierte Postboten sein, von jedem dafür erkannt und gehalten, und soll ihnen gegen Ablegung der Pflicht das Posthorn sammt der kaiserl. Livförschur vom Obristen Hofpostamt verliehen werden.“ Sie mußten geloben, dort, wo sich stabile kaiserl. Postämter befanden, heimlich für sich ohne des Postamts Wissen und Bewilligung keine Briefe zu sammeln oder auszugeben, sondern alle Briefschaften und Staffeten nur durch die Postämter zu empfangen und an dieselben wieder abzugeben. Von den zu Grätz und Linz im kaiserl. Postamt wöchentlich aufgegebenen und versiegelt zu überbringenden Briefpaketen erhielt jeder der beiden Linzer Boten als Besoldung jährlich 100 Gulden bar. Für die Aufnahme und Abgabe der Unterwegsbriefe durften sie die gewöhnliche „Ablos- und Ausnahmebezahlung“ einfordern, auch ihnen der Genuß, den sie schon vorher für die Bestellung in Leoben, Vordernberg und Eisenort sowie für die Pakete und Geldrinnen hatten, dann das Neujahr und Salzdeputat der I. O. Stellen verblieben. Dem Salzburger Boten wurden nebst dem Genuß der Briefe in loco Salzburg, alle Unterwegsbriefe, Pakete und Geldrinnen dergestalt belassen, daß er von denjenigen Unterwegspartien, welche mit ihm jährlich einen Akord abgeschlossen haben, dem Grätzer Postamt eine Spezifikation einreichte, wo diese Briefe ohne Bezahlung angenommen und ausgefolgt wurden, von den anderen Unterwegsbriefen aber dem Postamt das gebührende Porto zwar bezahlte, welches ihm jedoch wieder refundiert wurde. Außerdem erhielt er vom Grätzer Postamt jährlich 100 Gulden und von den L. O. Stellen das Neujahr- und Salzdeputat. (Arch. Minist. d. Innern VC 4, Nr. 13.)

Mit 1. Mai 1751 wurde zwischen Grätz und Linz ein ordentlicher Postkurs eingerichtet und hiernach die Linzer Botenreise aufgehoben. Den des Diensten entlassenen zwei Linzer Postboten wurde bis zu ihrem anderweitigen Unterkommen der vorhin genossene Gehalt von je 100 Gulden per annum pensionis belassen. Trotz der wiederholt ergangenen Verbote setzten die Städte- und sonstigen Privatboten ihre früheren mißbräuchlichen Eingriffe in das Postwesen fort. Hierwegen erließ Kaiser Karl VI. unterm 17. August 1722 das folgende Botenpatent: „Wir Carl der Sechste etc. thun kund jedermanniglich, wasmassen bey Uns der Hoch- und Wohlgebohrne Unser Würcklich gelovne Rath, Cammerer, Obrister

Reiche-Hof- auch Unserer Erb-Königreich und Landen General-Erb-Post-Meister und Lieber Getreuer Carl Joseph Graf von Paar, Freyherr auf Hartberg und Krottenstein, Ritter des Goldenen Vlieses, in Unterthänigkeit sich umständlichen an- und vorgebracht habe, was Unserem sammentlichen Post-Wesen groß und höchst empfindlichen Eingriff, mit Entziehung der Correspondenz-Briefe zugefügt werde, wo derley Mißbräuchen zwar allerseits, insonders aber auf der in das Römische Reich gehenden Strassen, durch die vor andern mehrers betruene Nürnberger-Regensburger-Linzer- und Cressner, nicht weniger auch den Proßburger- und Breslauer-Botten solcher Gestalt ganz frey getrieben worden, daß obgemeldte Botten nicht allein in denen Schranken ihres Botten-Works nicht verbleibeten, als Kraft dessen sie keine andere als allein die ihnen zur Begleitung der überbringenden Pack- und Waaren mitgegebenen Frucht- und Aviso-Briefe zu führen haben, sondern sich statt dessen wohl ammasseten, auch die in fremden Ländern gesammelte Brief selbst anzuftuhlen, unterwegs Brief aufzunehmen, solche durch ihre Brief-Träger auftragen zu lassen, hierzu eigene Botten-Stuben aufzurichten, ihre Botten-Meister dessentwegen zu halten, ja gar an gewissen Tagen und Zeiten die Briefe in Oerter, wo Unsere Post-Stationen befindlich, oder die nächst gelegene Post-Aemter ohnedem die Brief an- und aufzunehmen, samten ließen. Gleichwie nun aber all-dies wider die vorhin ergangene Post-Patenten Schaur-stracks laufet, und hiedurch Unserem Post-Regali gar zu empfindlicher Schaden zugefüget, nicht weniger allen Unsern Post-Meistern und Post-haltern in ihrer Amtierung und Nutzen höchst schädlicher Eingriff beschicket. Als haben Wir zu Erhaltung Unserer gerechtsamen, auch Abwendung weiteren Schadens und hienauß besorglichen Nachtheils eine Nothwendigkeit zu seyn befunden, die in denen vorigen Postpatenten und Generalien daß Botten-Works halber beschichene Anregung dahin zu erklären und zu bestätigen, wie nemlichen es Unser ernstlicher Will und Befehl sey, daß unter der zu Endgesetzte Straf weder die vorgemeldte, noch andere Botten, auch Land-Gatscher und Lehen-Rößler keine andere, dann die mit dem Pack und Waaren mit gegebene, Frucht- und Aviso-Briefe zu führen und hievor die gebühr einzunehmen befüget, entgegen aber gehalten seyn sollen, daß sie all-überige Briefe, es mögen nun selbe entweder außer Unseren Erb-Ländern gesammelt, oder in denen Erb-Ländern der Orten, wolhin mit der Sammlung die Posten nicht auflangen können, ihnen aufgegeben worden seyn, in die nächst gelegene Post, oder zu Händen des von der Post zur Sammlung deren Brief Bestellten zu weiterer Beförderung ohne Entgelt hiefür und abgeben sollen. Gleich als ebenmaßen auch jeder Herrschaft zwar erlaubt ist, ihre eigene Briefe aufzugeben werden, am wenigsten aber sie Botten sich denenselben alles Ernstes verbieten, und unter Unser Kayserlichen Ungnad unter-sagen, daß sothane Botten weder von der Herrschaft, noch deren Beamten andere als ihre eigene Briefe aufgegeben werden, am wenigsten aber sie Botten sich unterfangen sollen, unterwegs einige Briefe aufzunehmen und aufzuteilen. Damit nun aber dieser Unser geschöpften Gnadigsten Resolution die schuldigste Partion geleistet werde und der gebührende Vollzug um so gewiß- und verlässlicher erfolge: So haben Wir in Unserm Ertz-Herzogthum Oesterreich unter- und ob der Enns wegen deren Inländischen Botten folgende neue Ordnung setzen und in Kraft derselben hienit Gnadigst verfügen wollen, daß alle Botten bey der Ab- und Zurück-Reise und aller Orten, wo etwa selbe Briefe samten und auftheilen möchten, jedesmalen visitiret, und was selbe für Brief mit sich führen, nach-geschauet, ihnen die Frucht- und Aviso-Brief gelassen, all-überige aber bey Unsern Post-Aemtern zurückgehalten und durch solche aufgetheilt werden sollen . . . . In diesem Patente wurde weiters angeordnet, daß sich die inländischen Boten, so oft sie aus einem Orte, oder durch einen solchen, wo sich ein Postamt oder ein von diesem aufgestellter Briefsammler befindet, reisen, bei demselben anmelden, daselbst ihre Felleisen oder Brieftaschen eröffnen, eine Spezifikation über die überbringenden Ballen und Waaren und die dazu gehörigen Frucht- oder Avisobriefe überreichen und unterschreiben lassen sollen. Diese unterfertigte Spezifikation hatten sie bei ihrer Ankunft dem im Ankunftsorte befindlichen Postamte vor-



zuweisen. Die aus dem Römischen Reich ankommenden Boten hatten sich bei dem Postanten in Linz zu melden und visitieren zu lassen und bei ihrer Ankunft in Wien direkt zum Christen Hofpostanten behufs Durchsichtung zu verfügen. Auch war es ihnen nicht gestattet, von Wien ohne vorherige Visitation durch das Obriste Hofpostamt abzureisen.

Bei Betretung von Briefschwämmen wurden Stadtboten oder Landkutscher das erste Mal mit 20 Thaler, das zweite Mal mit 40 Thaler und das dritte Mal mit Entziehung der Boten (Fahr-Lochungs, Herrschaftsboten aber mit Arrest bestraft. Am 4. Juni 1723 wurde in Wien ein eigenes Aufsichtsorgan (Uebergeber) zur Inveiglierung der Boten aufgestellt. Ein abwechselndes Verbot der Briefschwärmung durch Boten und Fuhrleute erfolgte in dem Botenpatente Kaiser Karl VI. d. 4. bez. 6. Juni 1726. Im Punkte 7 des letzteren (für Bohmen) heißt es: „und damit man allen unterschleiff aufs möglichste vorbeugen möge, so werden solche Boten, Lehen-Rößler, Land-Gutscher, Fuhrleute, und allerhand unbefugte Brief-Sammler ohne eines aus Unseren Postämtern gratis ertheilenden Pabier-Zettels bey dem Thor in denen Städten nicht hinaus gelassen werden, wovon Wir gegenwärtigen Knechten und pflichten versehen, welche von ihren obliegenden mit keine fremden Briefe anzunehmen, Treulich ermahnet worden, glaubwürdige Atteste mitführen und aufzuweisen haben.“

Durch die Botenordnung der Kaiserin Maria Theresia vom 14. Dezember 1748

wurden die bezüglich den Bestimmungen der früheren Patente erneuert: „zugleich wurde durch Einführung zweckdienlicher Maßnahmen das Botenwesen in geregelte Bahnen zu leiten versucht. In Orten, wo dies nötig befunden wird, besonders in Städten und Märkten, wo keine Posten vorhanden, soll vom Wiener Obristen Hofpostamt ein eigener, im Orte wohnhafter, des Lesens und Schreibens kundiger Briefsammler bestellt werden, bei welchem alle Briefe des Ortes und der Nachbar-schaft aufgegeben und abgenommen werden können. Wo dergleichen Briefsammler nicht angestellt sind und die Briefe durch andere Boten auf die nächste Poststation gebracht werden müssen, soll von dem Boten die Hälfte des betreffenden Portes, wenn er nicht über drei Meilen zu gehen hat, sonst aber der dritte Teil dem Postmeister, bei welchem die Briefe abzulegen sind, dafür entrichtet, dem Boten dagegen für die übergebenden Briefe ein Rezipisse verabfolgt werden, dem wird zwar niemanden untersagt, nach seinen Verfallenen zu verfahren. Es selbst mit seinen eigenen Briefschaften einen geschworenen ordinar oder Privatboten abzuschieken und durch selben die darauffolgende Antwort zurückbringen zu lassen, jedoch darf ein solcher Boten keine anderen als des ihn dingenden Brieftracers eigenen Briefe annehmen, auch keine anderen Briefe als jene, die an seinen Befrachter gehörig sind, zurückbringen. Wenn jedoch zwischen dem Orte, von dem ein Bote abgeschickt wird, und jenem, wozu er seinen Gang oder Lauf handelt sind, keine ordentlichen Poststationen aufgestellt oder keine Briefsammler vorhanden sind, kann ein dergleichen abgeschickter Bote nicht nur die Briefschaften desjenigen, der ihn bedungen und abgeschickt, sondern auch anderer Leute Briefe annehmen und solche hin und her befördern. Ebenso wird in den Erbländern wo Poststationen oder Briefsammler und Gemeinden gestattet, auch in jenen Orten, Förderung ihrer Akten eigene Boten zu unterhalten, welche jedoch nur zur Bestellung der mit dem herrschaftlichen, Magistrats- oder Gemeindefiegel besiegelten Akten, Ansuchen, Gerichts- und Prozeß-, auch anderen voluminösen Akten und he-schweren Briefe zu gebrauchen sind. Lodiße Briefe anzunehmen und zu bestellen ist ihnen verboten. ... Alle inländischen geschworenen und ordinar Boten sollen von den Herrschaften, Obrigkeiten und Gemeinden der nächst gelegenen Poststation mit Tauf- und Zuharnen angezeigt und mit einem Botenschild, den sie oder ihre fahrenden Knechte auf der Straße umhaken müssen, versehen werden. ... Zum Behufe des Kommerz und Bequemlichkeit der Handlung wird den ausländischen oder von fremden Orten in den Erblanden ankommenden Boten gestattet, ihre

mitbringenden Waren und Effekten nebst den dazugehörigen beschwerten Briefschaften, das ist solchen, welche entweder einige Effekten enthalten oder auf den Ballen, Vorschlägen, Schachteln und Paketen angeheftet oder wenigstens mit jenen, wozu sie gehörig, gleichförmig gezeichnet sind, also auch mit den offenen Aviso- oder Frachttreibern zu überbringen, abzuliegen und von wem mit solchen aus den Erblanden zurückzuführen, hingegen wird ihnen die Überbringung, Ausstellung und Sammlung unbeschwerter und verschlossener Briefe oder Pakete mit Schriften und Akten in den Erblanden sowie deren Herausbringung bei der Rückkehr bei strengen Strafen verboten. Um den Unterschleiff dieser Boten wirksamer Einhalt zu tun, werden die Grenzämter zur genauesten Durchsichtung der Boten und ihrer mitführenden Sachen angewiesen.

Der Verbot erstreckt sich auch auf die Ein- und Herausführung von Zeitungs-paketen sowie aller unter acht Pfund wiegenden kleinen Verschlüsse, Trüben, Schachteln und Paketen an jenen Orten, wo Postwagen eingerichtet sind. Des weiteren wird diesen Boten auf der Reichsstraße nach Wien die Pferde-abwechselung und Fuhrwerksunterlegung unter der Strafe der Konfiskation der Pferde und des Fuhrwerks untersagt.

Mit dem Patente vom 4. August 1750 wurde das in der Botenordnung vom 14. Dezember 1748 auf acht Pfund determinierte Gewicht auf 20 Pfund der-gestalt abgedehnt, daß Waren, Schachteln, Pakete, Akten und dergl. im Gewichte von 20 oder unter 20 Pfund in den Erblanden, wo Postwagen bestehen, durch Boten, Fuhrleute, Landkutscher, Fragner usw. nicht befördert werden dürfen; die Annahme und Beförderung von Goldgruben, oder mit Gold und Pretiosen be-schwerter Briefe ohne Unterschied des Gewichtes war ihnen gänzlich verboten, „müssen derley Sachen einzig und allein der reitend- oder fahrenden Post an-vertannt werden sollen.“ Wenn jedoch die fahrende Post so beladen wäre, daß sie eine Sendung im Gewichte von 20 Pfund nicht mehr annehmen könnte, war dem Versender gegen eine ihm von der Postwagen-Expedition gratis zu erteilende Bollette freigestellt, die Beförderung derselben durch eine ihm beliebige Gelegenheit zu veranlassen.

Nachdem durch die Einführung von Journalen (täglich verkehrende Brief-posten) sowie durch die Inbetriebsetzung von Postwagen (Beförderung von Brief-postendungen) die Postkurse erweitert und hierdurch der Handelswelt und dem korrespondierenden Publikum mehrseitige Gelegenheit zur rascheren Versendung ihrer Briefe, Pakete und dergl. durch die Postanstalt nach den verschiedensten Routen geboten wurden, wurde die gänzliche Abstellung bzw. weitgehendste Ein-schränkung des bisher tolerierten Städte- und anderen Botenwesens ins Auge gefaßt. Zu diesem Behufe wurden die Länder-Repräsentationen und Kammern zur Erstattung ihres Gutachtens hierüber aufgefordert. Als die Städte hiervon Kenntnis erlangt hatten, erhoben sie dagegen dringende Vorstellungen und suchten die Notwendigkeit des weiteren Bestandes der Stadtboten zu begründen. So schrieb der Stadtrichter und Rat der k. k. Viert Stadt zu St. Pölten unterm 18. Januar 1751: „1. ein und der andere Bürger und Bürgerskinder haben ihre wenige Baar- und Erbschaft zu Wien in Banco, auch anderer Orten dasebst anliegen, und vertrauen ihre Obligationen und Quittungen dem Stadtboten gegen Rezipisse an, um das verfallene Interesse, auch das Kapital selbst bisweilen erheben zu können. Da aber der allfällige Postmeister, als der Begleiter und Kondukteur des neu auf-gerichteten Postwagens derlei Rezipisse von sich zu geben weigern, viel weniger der letztere zu Erhebung dieses Geldes sich bald an diesem, bald an einem andern Orte anzumelden schuldig ist, so waren derlei Parteien gezwungen, dieselben eigen- Agenten zu Wien zu bestellen und nebst so großem Postporto zu solchirten. 2. Ist der Stadtbote zum Behufe der ebedies unbemittelten Bürgerschaft zu Treibung ihrer Gewerbschaften in Wien einige Kleinigkeiten einzukaufen und anher mit-zubringen höchst notwendig. Derentwillen dann besagte Bürgerschaft diesfalls ihre Beschwerde für uns gebracht, wohl erwegen die Apotheker fast wöchentlich einige Materialien, dann die Bürgerlichen Chirurgi ihre Instrumenta oder Lanzetten, in



Erwägung sie solche daber nicht können sprengen lassen, durch den Boten nach Wien zu überschicken benötigt, nebstbei auch andere Nothwendigkeiten zu ihrer Profession, desgleichen die Bürgerlichen Schustermeister, so Summentlich aus Abgang deren Mitteln nicht vermögend sind, sich auf Jahr und Tag mit denen Gattungen Leders zu versehen, wochentlich ein oder zwei Häut Gefärbtes Leder: die Bürgerlichen Schneidermeister bei vorfallend herrschaftlicher Arbeit alle Zukommen sind. Als Porten, Unterfutter, Silber und Goldene Knopf, nicht minder die Bürgerlichen Schür- und Knopfmacher, so auch nicht fähig sind, ein quantum von allerhand beizuschaffen, die abgäugte Farbe und Gattungen, als Seiden, Kamelear und Gärn, durch den Stadtboten zu Wien unmittelbar um ihre Gewerher befördern und Gärn, durch den Stadtboten zu Wien unmittelbar um ihre Gewerher gegen einem ohnedem wenigen porto mitbringen zu lassen, bemüssiget sind, bei Abgang dessen dann die allhiesige Gewerher und Professionisten gewöhnlich in das „Stecken“ geraten, das publicum gemeint, und solches der Wohlfahrt zuwider laufen würde, wohlwogen der Begleiter und Kondukteur des Postwagens bei Zurückkunft von Linz derlei Commissiones kolneswegs auf sich nehmen würde; weilers ist zu erwägen, daß 3. viele allhiesige Bürgerkinder, theils in studis, theils in Lehrjahren und theils in Diensten zu Wien sich befinden, welchen man um bei der Sauberkeit zu erhalten, nicht allein wochentlich die Wäsche zu überschieken, sondern zu verschiedenen malen das alte Gewand ohne Ausnahm zur notwendigen Reparatur durch den Stadtboten hin und wieder zu schicken allerdings gehalten ist, sientmalen auch von Magister, Präceptor und Lehrmeister der ullen Aufführig halber deren Kindern (wozu diese ohnedem mehr als zum Götzen geneigt sind) verschiedene Kleiden einlaufen, welches nicht so leichter Dingen durch Schreiben, sondern am füglichsten durch den Stadtboten mit aufhabender Väterlicher Ermahn- und Bedrohungen, mit Mündlichem Nachdruck sodann dem Stadtboten von dem Bürger jährlich etwas wenig dargereicht wird. Endlichen und da 4. in Gemeiner Stadt-Angelegenheiten sowohl in Publicis als Privatis das Jahr hindurch kein Wochen vergeht, daß nicht sowohl dem Herrn Stadt-Advokaten als Agenten ganze volum- in verschiedenen Berichten, wie auch mit vielen Befragen instruit großen Rechnungen eingeschickt, nebstbei die Landesfürstlichen Gaben mit anderen Geldern pflegen übermacht zu werden, und dem Stadtboten sehr wenig hervor von Gemeine Stadt ausgeworfen ist, so finden wir eine unumgängliche Sach zu sein, daß der Stadtbote allerdings beibehalten werden müsse.

Hierüber wurde unterm 28. Februar 1751 resolviert, daß der St. Pöltner Bote gleichwie in anderen Orten der Briefschaften und 20 Pfund nicht erreichender Pakete sich enthalten solle, zumal dem Postwagen, welcher wochentlich sowohl hinauf als herab durch ernalte Stadt passiert, die Waaren und Effekten aufgegeben werden können. (H. K. A. Fasc. Nr. 10, 1750 bis 1752.)

Der Stadtrichter und Rat der i. f. Stadt Zwettl berichtete unterm 6. Mai 1751 an die Kaserin, daß ihnen das Postwesen (da alle Briefschaften, Pakete und andere Nothdurften durch keinen anderen Weg, als mittelst der Post ein- und ausgehen sollen) Verlegenheit mache. „Die Umstände der Stadt Zwettl sind so beschaffen, daß (da aus allen 18 mitleidenden Orten keiner in seinem Burgfried mit so vielen fremden oder auswändigen und dabei nicht weniger potenten Grundherrschaften so hart beschwert und verwickelt ist, als eben die Stadt Zwettl, nebstbei aber auch 1 bis 8 und 20 Ortschaften extensivendes Stadt- und Landgericht zu besorgen hat) das Stadt Zwettlische Missiowesen eines von den stärksten auf dem Land sei, dergestalt, daß wann wir die diesseitigen Briefe, Pakete, Rechnungen, Steuer- und andere Gelder sollten zu Krons auf die Post geben und von da wieder abnehmen müssen, solches bei der Stadt Zwettl einen jährlichen Betrag von etlichen 100 Gulden Postporto mache, gestalten öfter Briefschaften und Pakete von mehreren Pfunden, zuweilen ganze Kisten und Verschlüsse mit Schriften

ab- und eingehen müssen. Einen eigenen Boten aber über Krems nach Wien zu halten, erforderte auch einen jährlichen Aufwand wenigstens von 100 Gulden, deren weder eines noch das andere die Stadt Zwettl anhalten könnte, nachdem die Stadt auch bei genauester und engster Zusammenhaltung der wenigen Stadtgefälle in Aufbringung und Bestreitung unentbehrlicher Gemein-Nothdurften und des jährlichen Contributionsbeitrages ex aoratio Civium, genug zu winden und zu waden hat, wohngegen wie es in Ansehung des porto (da wir jeweilen mit dem Kreuzer Boten, zuweilen auch mit ein- so andern Herrschaftsboten Bestellung gemacht haben) vorhin nur mit einem Aufwand von 20 bis 30 Gulden bestritten, dabei aber doch solche Beförderung und Kömlichkeit gehabt haben, welche wir bei dsortigen Umständen und Situation von der Post nimmer mehr haben können. Gleichwie zumalen nun aber sich hienaus sat abunde an Tag legt, daß die Stadt Zwettl die in Ansehung des Postporto behrte und handgreilich zu bemerkende Unmöglichkeit, ohne ihrem aufgelegten Verloren und Nachtheil nicht prästiren kann, solem nach gelangt an E. M. unser a. u. Bitten, A. H. dieselbe geruhen die a. g. Vorsehung zu thun, womit die Stadt Zwettl diesfälliger voriger Wirtschaftlichen Beobachtung und Gebrauch noch ferners allermildest heigelassen werden möchte.“

Hierüber erging unterm 12. Juli 1751 an den Richter und Rat in Zwettl sowie an den Postmeister zu St. Pölten, daß die Stadt Zwettl sich selbst einen gesicherten Boten, für welchen sie auch zu stehen haben wird, aufnehme und besoldet, dieser wochentlich zweimal, gleich dem dormaligen, mit seiner Expedition nach Krems abgehe, solche dem St. Pöltner Postboten und Briefsammler getreulich übergebe und die von St. Pölten einlaufenden Briefschaften und Briefsammler getreulich gegen dem, daß die von der Stadt Zwettl unter ihrem Stadt Insigel, oder an dieselbe in corpore einkommenden Pakete (denen aber fremde oder particular Briefe unter schwerer Strafe keineswegs beizuschicken) postfrei gelassen, die privat aber, wie auch die in allasiger Gegend concurrirnde Ort- und Herrschaften hingegen das Porto, zu bezahlen schuldig sein sollten. (H. K. A. Fasc. Nr. 10, 1750—1752.)

Eingreifendere Verfügungen wurden im Jahre 1752 getroffen. Außer den privilegierten und beedigten wurden alle andern inländischen Boten abgeschafft und die ersten unter der Strafe des Meineids angewiesen, sich aller verbotenen Briefe zu enthalten und die über ihre Reise weitergehenden Korrespondenzen und Pakete der Post, wenn solche im Orte vorhanden, auszuliefern. Diese Boten waren von den Repräsentationen mit einem Passe, jene Boten hingegen, welche von den Herrschaften, Klöstern und anderen Privaten in ihren eigenen Angelegenheiten abgeschickt wurden, mit einem Zeugnisse unter Insirung dessen, was ihnen mit- oder aufgegeben wurde, zu ihrer Legitimation zu versehen. Die Linzer, St. Pöltner, Kremsner, Welser, Lambacher, Gmündner, Steyrer u. dgl. Boten wurden kassiert.

Nachdem bei dem Zwettler Klosterboten gelegentlich der Anhaltung in seiner verschlossenen, durch einen Schlosser eröffneten Briefkutsche nur drei Klosterhingen 37 Privatbriefe gefunden wurden, wurde der Bote diesem Kloster entzogen und wegen patentmäßiger Bestrafung der Prozeß gegen dasselbe angestrengt.

Unterm 5. Oktober 1752 resolvierte die Kaiserin, daß ein zweiter Postwagen von Wien nach Linz etablirt und um zwischen den Erbländern und dem Reiche eine gleichmäßige doppelte Beförderung zu erzielen, bis Padua ausgedehnt werde. Mit Rücksicht hierauf wurde den Nürnberger, Salzburger und allen ausländischen Reichsboten bei Arreststrafe untersagt, mit ihrem Botenwerke die österreichische Grenze zu überschreiten, doch wurde denselben gestattet, ihre bis an die Grenze gebrachten Waren und Effekten dem österreichischen Postwagen zur weiteren Beförderung zu übergeben.

Infolge dieser Maßnahme unterbreitete der Nürnberger Magistrat ein Hofgesuch, in welchem geboten wird, in Ansehung dieses uralten Botenwesens in den Boten-



Patenten einige Ausnahmen zu reservieren. In dem diesem Gesuche angeschlossenen Promemoria des Nürnbergerischen Botenwesens heißt es: „Das Botenwesen derer Reichsstädte in Deutschland, sonderlich der Stadt Nürnberg ist beinahe seit zwei Jahrhunderten her, und sowohl lange vor Anlegung der Reichspost, als nachher und neben derselben in beständiger Übung gewesen. Es hatte auch bei Anlegung gleichwie Kaiser Rudolph II. durch das Postpatent dto. 6. November 1597 auch denselben mit zu Belauf, die sogenannten Metzger-Posten abgeschafft, also haben die nachfolgenden Kaiser Mathias, Ferdinand II., Ferdinand III. und Leopoldus in besondern Patenten und Reskripten de Ao. 1620, 1637, 1636, 1637 und 1659 solches ausdrücklich bestätigt. In dem Westphälischen Frieden Art. 8 ist mit ganz deutlichen Worten versehen worden: quod civitatibus Imperialibus non tantum et exercita (vorunter das Botenwesen unlangbar gehört) rata et intacta habeant, dto. Brüssel 2. August 1615 erlassenen Schreiben sich auf das verbindlichste einzuführen keineswegs geneigt sei.

Diesem zufolge sind nun auch beinahe seit 200 Jahren gewisse ordinari Boten von Nürnberg nach Wien gerichtet. Diese Einrichtung ist so gemacht, daß durch sie die Handlung aus den k. k. Erblanden von der Donau bis an den Rhein, und sogar bis an die Elbe auf das bequemste befördert wird, weil von Nürnberg aus in alle solche Gegenden wieder andere Boten abgehen, welchen die Wiener Boten ihre weiteren Waren aufgeben und dergleichen auch von jenen beikommen. Derjenige, so diesen Boten etwas aufträgt, darf wegen der Sicherheit seiner Waren völlig unbesorgt sein, weil dieselben lauter verbürgte Bürger zu Nürnberg sind und vor allen Schäden stehen. Da ferner dieselben alle Wochen von Nürnberg ab und des Jahrs fast zehn Monate von Regensburg aus zu Wasser gehen, so wird dadurch die Bestell- und Herbeschaffung der Waren ungemein eilfertiger und die Fracht ist gleichwohl sehr gering. Schon hieraus ist ihr Vorzug vor einer Postkutsche zu erkennen, die an einem schnellen und einem beschwerten Postwagen weit voreilenden schiffreichen Strom angelegt ist.

Das gemeine Wesen hat aber überdies bei dem Botenwesen noch viel mehr Bequemlichkeiten. Es müssen nicht nur Sachen, sondern auch öfters Personen von dem einen Ort zu dem andern sicher überbracht werden. Hierzu sind die Nürnberger Boten mit großem Nutzen des Publici gebraucht worden. Sie sorgen für die Verküstigung, für die Sicherheit, für die Auführung dergleichen Personen und müssen davor stehen, daß sie ihnen nicht unterwegs entfliehen. Die Post ist dieses zu leisten nimmer mehr im Stande, und jedermann sieht leicht heraus, daß neben dem Postwesen auch die Boten einem Lande unentbehrlich sind.

Hierüber erging unterm 11. November 1752 eine Note an die k. k. geheime Hof- und Staatskanzlei, daß Ihre Maj. von der einmal geschöpften Resolution um so weniger abzugehen gemeint sind, als die Nürnberger Boten hieraus eine Regale erzwingen wollen, als ob sie ihr Botenwerk in Österreich zu exercieren eine besondere Gerechtsame hätten. (H. K. A. Fac. Nr. 10. 1750 bis 1752.)

Nachdem der Nürnberger Bote trotz seiner Abstellung sein Botenschild in Wien vor dem Steyerhof, wo seine Einkuhr gewesen, noch immer angebracht ließ, wurde dieses Schild durch die Behörde abgenommen und kassiert.

Die aufgelassenen inländischen Boten versuchten nun die kaiserlichen Anordnungen dadurch zu umgehen, daß sie sich auf das Fuhrwerk verlegten und unter dem Namen „Landkutscher“ ihre vormaligen Botengeschäfte fortsetzten. Um diesem Unfuge zu steuern, resolvirte Maria Theresia unterm 17. März 1753: „Kein kassierter Bote soll sich als Landkutscher aufzuwerfen und eigenes Fuhrwerk unter der Strafe der Confiskation der Pferde und des Wagens zu exercieren unterstehen, sondern sich um ein anderes Gewerbe umsehen und bei der Obrigkeit oder Magistrat hierum anfragen.“

Die Fussaer Botenfahrt. Im Jahre 1773 fand die Beförderung der Briefschaften und Waren zwischen Mailand und Lindau mittels der reisenden Fussaer Boten auf der Straße über Feldkirch, Chur, Chiavenna, Como und Mailand statt. Die Unternehmer dieser Fahrten waren Spiehler und Mitgenossen in Fußach. Beim Abgange eines solchen reisenden Boten mußten behufs Wiederbesetzung dieser Stelle von der Handelschiffahrt der Reichsstadt Lindau drei ehrlich und geschickte Männer, die aber in der Handeltreiberei österreichische Untertanen sein sollten, der Handelskammer in Mailand vorgeschlagen werden, welcher die Auswahl gegen die Verpflichtung zustand, den erwählten Boten dem k. k. Soprintendente Generale der Mailändischen Posten zur Bestätigung anzuzeigen. Für die vier reisenden Boten, welche dem Oberpostamte in Mailand untergeben waren und von denselben, wie auch von der Oberpostverwaltung zu Bregenz in eidlische Pflicht genommen wurden, hatte die Handelsgesellschaft in Lindau rücksichtlich der Sicherheit des Comerz- und Correspondenzwesens zu bürgen.

Im Jahre 1820 fand die Wiedereinführung dieser inzwischen aufgelassenen Botenanstalt zur Verbindung der Handelsstadt Lindau mit Mailand, beziehungsweise Vorarlbergs mit der Lombardie zu Folge eines eigenen Übereinkommens mit der Postdirektion des Kantons Graubünden im Einverständnisse mit dem Chur- und Spodizionsstad und dem kgl. bairischen Commerzienrath zu Lindau statt. Am 8. Februar 1820 wurde mit den Unternehmern der unter der Garantie und Anwaltschaft des vorgenannten Commerzienrates stehenden Fussaer Botenanstalt, Spiehler und Weiss, ein eigener Vertrag abgeschlossen, demzufolge die Unternehmer aus dem lombardischen Postgefälle jährlich 800 Francs, von der Graubündner Postdirektion 600 Gulden R. W. vom Chur- und Spodizionsstad 300 Gulden, vom Lindauer Commerzienrath 700 Gulden R. W. jährlich als Unterstützungsbeiträge erhielten. Die in der neueren Zeit entstandenen Verbindungen zwischen dem Kanton St. Gallen und Württemberg, wozu auf dem Bodensee eigene Dampfschiffe erbaut wurden, dann die engere Anschließung des Kantons St. Gallen an Graubünden mittelst Anlage einer neuen Strasse durch das Rheintal und über den Schöllberg, endlich der innige Verkehr zwischen Graubünden und Sardinien deuteten darauf hin, wie sehr man von allen Seiten bemüht war, den Transit des Verkehrs vom k. k. österreichischen Gebiete abzuleiten. In Folge dieser Umstände sahen sich die Unternehmern dieser Botenanstalt im Hinblick auf die immer mehr sich vermindernde Rentabilität des Geschäftes veranlaßt, im Jahre 1825 um eine Unterstützung oder um die Bewilligung zu bitten, ihre Fahrten von Lindau nach Mailand noch vor Ablauf der Vertragsfrist einstellen zu dürfen. Es wurde hiernach der Vertrag gekündigt und der Unternehmung vom 1. November 1825 bis letzten Mai 1826 eine Unterstützung von 80 Lire Austriache angewiesen.

Eine besondere Art von Eilboten bildeten die als Kuriere bezeichneten Staatsboten. Durch solche Kuriere sandte Kaiser Maximilian I. seine Briefe nach Italien und den Niederlanden. 1574 wurde von Venedig an Kaiser Maximilian II. nach Wien ein Kurier mit der „Zeitung“ geschickt, daß der Friede zwischen den Türken und den Venodigern geschlossen wurde. 1576 bestanden zu Kaiser Rudolph II. Zeiten drei kaiserliche Hofkuriere, jeder mit einer Besoldung von 20 Gulden monatlich, welche sie vom kais. Hofzahlmeistere erhielten, und seit 1593 beim obersten Hof- und N. O. Postmeisterrathe außer den vier ordinari reisenden Kammerboten noch drei extraordinari Kuriere, jeder mit einer Besoldung von 12 Gulden monatlich, welche aus dem kais. Vitzdomante bezahlt wurden. 1594 bat der Hofpostmeister Georg Pichl um Beteiligung der Kuriere, reisenden und fußgehenden Kammerboten, welche tagelich an fremde hohe und furne Ort von der Kay: Mayt: wegen ausgesandt werden, Ihrer Kay: Mayt: zu Ehren, mit neuen Kurierzeichen oder Schilden, „dabei sonderlich das güldene Fluß sein soll, wie von Alters her, sonderlich zu ize vorstehender Reichs-Versammlung.“ Ein solches Kurierschild mit Silbervergoldung kostete 15 Taler.

1613 befahl Kaiser Mathias dem Hof- und N. O. Postmeister Carlo Magno, die sowohl zum obersten Hof- als N. O. Postmeisterrathe gehörigen Kuriere, auch



ordinari und extraordinari reisenden Kammerboten, deren bei beiden Ämtern in allem 12 sind, mit neuen Kurierschilddern, „darauf der schwarze Adler neben einem Königreich und Landen Wappen sei.“ zu versehen. Der Kostenpreis betrug per Stück 24 Gulden.

1616 wurden vom Kaiser beim obersten Hofpostamt fünf reisende Kammerboten oder Amtskuriere, jeder mit einer Besoldung von 8 Gulden monatlich und 16 Gulden Kleidergeld jährlich unterhalten. Bei Reisen auf der Poststraße wurden dem Kurier für jede Post 96 Kreuzer Postiergeld, 6 Kreuzer Poststrickgeld, und solange er auswärts verblieb, per Tag 30 Kreuzer Liefergeld oder Zehrung bezahlt. Bei Reisen an Orte, wo sich keine ordentlichen Posten befanden, erhielten die reisenden Kammerboten (Kuriere) per Meile 15 Kreuzer und für die Dauer ihrer Abwesenheit an Liefergeld oder Zehrung täglich 30 Kreuzer. Sie nahmen die Rosse in Städten und Märkten gegen gebührende Bezahlung und legitimierten sich durch ihre kaiserlichen Patente und Kurierschilde. Sie ziffen auf einem Rosse acht bis zehn Meilen im starken Trabb. Vorher wurden beim obersten Hofpostamt auch zwei Fußboten, jeder mit einer Besoldung von vier Gulden monatlich gehalten. Für Läufe von Tag und Nacht bezogen sie per Meile acht beim Ante „Tag und Nacht aufwarten“ und wurden nur in jenen Fällen aus Ersparnisrücksichten abgeschickt, wenn die Absendung eines Kuriers oder reisenden Kammerboten nicht unbedingt erforderlich war.

Mit Rücksicht auf die hohen Kosten wurde 1638 eine Einschränkung der Kurierreisen angeordnet.

In den Rechnungen der Generalkriegskassa kommen im Jahre 1691 Zahlungen an „Feldkurier“ und in jenen des Hofpostamts im Jahre 1693 Zahlungen an „Hof- und Feldkurier“ vor. 1775 erschienen „Estatuten-Kuriere“, Kuriere, welche bei besonderen Staatsereignissen nach Wien abgeschickt wurden, sind daselbst unter Begleitung von Postorganen in feierlicher Weise eingezogen. So schrieb die Wiener-Zeitung vom 18. September 1745: „Den 17. September 1745 um 5 Uhr N. M. ist Herr Nicias Reichsgraf von Stella in Begleitung von vier Postmeistern und zwölf blausenden Postillionen als Kurier der kurböhmischen Wahlbotschaft mit der erfreulichen Nachricht der auf S. M. Franz I. gefallenen Kaiserwahl vorläufig eigenhändig; er wurde von der Kaiserin Maria Theresia, welche er zu Linz antraf, an die verwittwete Kaiserin hieher geschickt.“

Unter dem 9. Oktober 1745 schreibt dieselbe Zeitung: „Den 9. Oktober um 11 Uhr V. M. ist Herr Fürst Schwarzenberg in Begleitung von 30 blausenden Postillionen mit der Nachricht der am 4. Oktober zu Frankfurt geschehenen Krönung Kaiser Franz I. allhier eingetroffen.“

Dar mit der Nachricht von der auf Leopold II. gefallenen Wahl und der Krönung zum römischen König und Kaiser aus Frankfurt nach Wien abgeschickte k. k. Hofkurier Baron von Kuchel wurde am 19. Oktober 1790 von der Penzinger Kirche durch die vornehmsten Gassen und Plätze der Stadt unter Voraussehung von drei Obersten Hofpostamts-Offizieren, dem Postmeister von Parkersdorf, dem Wiener Poststallpächter und 30 blausenden Postillionen in die Hofburg begleitet.

Anlaßlich des Krieges im Jahre 1809 wurden zur Begleitung, beziehungsweise Vermittlung der ordinar Briefposten auf jenen Postkursen, wo die Zusammenziehung der Armeen erfolgte, behufs gesicherter und möglichst schneller Beförderung der Correspondenz der Truppen-Corps und ihrer Detachements sowohl unter sich als mit dem A. H. Hoflager eigene Tagco-kuriere aufgestellt und zwar auf den Routen von Wien nach Prag, Linz, Graz, Brünn, Ofen, von Graz nach Laibach, von Laibach nach Triest, von Bruck a. M. nach Klegensfurt und von Brünn nach Krakau. Dem Kommandierenden und Armees-Minister, wie auch dem Landes-Präsidenten in Galizien blieb es überlassen, im Erfordernisse auch auf anderen Routen zur Erhaltung der Kommunikation unter sich eine solche Couriersanstalt einzurichten. Die Aufnahme dieser Tagcouriere, welche gesittete gesunde Leute, des Lesens und Schreibens kundig, im Reisen und Fuhrwerk geübt sein mußten,

war jeder Landesstelle für ihren Bezirk überlassen. Jeder Tagcourier erhielt 40 Gulden Monatslohn, für jeden Ritt tour und retour ein nach den Distanzen der Abfahrts- und Ankunftsorte bemessenes Reisepensale (Zehrgeld von vier, acht oder zwölf Gulden), eine eigene Montur (kurzen grautüchernen Rock, Weste, Beinkleid, Reisebeinkleid, Hut, ein Paar Stiefel, Fäustlinge, einen Kotzen und Kavalieremante), dann einen Tagcourier Schild, Säbel und zwei Pistolen. Bei Verunglückung im Dienste und dadurch verurtheilter Untauglichkeit zu anderen Verrichtungen wurde ihnen ein jährlicher Alimentationsbeitrag von 150 Gulden, ihren Wittwen ein solcher von 100 Gulden bewilligt. Im Jahre 1810 wurden die Tagcouriere gegen Zuerkennung einer dreimonatlichen Gehaltsaufbesserung wieder aufgelassen und erfolgte die Begleitung der Briefposten bis zum 15. September 1811 durch geeignete Militär-Unterofficiere, von welchem Zeitpunkt ab die Briefpoststellen allgemein wieder, wie vormals, lediglich unter der Obseege und Verantwortung der Postmeister befördert wurden.

## II. Die Anfänge und weitere Entwicklung der österreichischen Post.

Der Kriegsbedarf wirkte auf die Entwicklung des Kommunikationswesens und der Nachrichtenvermittlung, namentlich in dem wichtigsten Durchzugslande Tirol höchst fördernd ein. In den Tiroler Urkunden des 15. Jahrhunderts finden sich die Bezeichnungen „Postury“, „Postereinkel“ (Briefeilegen) vor. Es wird von Legung und Aufnahme der „Posten“ gesprochen. 1489 erscheint zum erstenmal ein „Postmeister“ in Habsburgischen Diensten, Johannet Dax (Taxis), der in der Folge auch als „Oberster Postmeister“ erwähnt wird. Er erhält zur „Nothdurft der Post“ von der tirolischen Kammer wiederholt Geldbeiträge und wird von Kaiser Maximilian I. auch zum Postmeister über die von der Kammer in Innsbruck bezahlten Posten ernannt. Verschiedene Postenläufe mit unterlegten Stationen (Relais), an deren Spitze Postboten stehen, die dem Postmeister Johannet Dax unterstellt sind und auch durch ihn ihren Sold ausbezahlt erhalten, werden je nach Bedarf eingelegt, verlegt und wieder aufgehoben. Wohl dienten diese Einrichtungen, welche nur in formeller Beziehung postulischen Charakter aufwiesen, ausschließlich Hof- und staatlichen Zwecken.

Den Beginn eines geordneten auch dem Privatverkehr erschlossenen Postkurses bildete die auf Befehl Kaiser Maximilians I. durch Francesco de Tassis im Jahre 1516 angelegte Reitpost von Brüssel durch Flämisch, Creuznach, Speyer, Rheinhessen, dann durch Würtemberg, Augsburg nach Wien, und durch Tirol, Mailand, Mantua nach Venedig und Rom. In den Städten wurden Verwalter und reisende Boten mit Pferdewechsel bestellt, welche die Briefpakete von einer Station (Ableger) zur anderen zu bringen hatten.

### 1. Die Periode der Hofpostmeister.

Im Jahre 1526 erscheint Anton von Taxis als Hofpostmeister. Er versah mit seinem Bruder Ludwig von Taxis das Postwesen und erhielt monatlich 20 Gulden. In einem Berichte an König Ferdinand I. erwähnt er, daß er bereits im niederburgundischen Erblande das Postmeisteramt am Hof verwaltet und auch unter Kaiser Maximilian von Jugend auf bei der „Postury“ gedient habe.

In der Postordnung König Ferdinands I. vom 20. August 1535 wird dem Hofpostmeister befohlen, in allen Lagern (Stationen) den Postboten zu verkünden, daß sie keinen Brief annehmen sollen, worauf Cito oder eine Justitia steht, es wäre denn, daß solche Briefe von den Regierungen oder aus den Hauptmannschaften in den Erblanden gefordert seien.



Am 26. August 1536 erhielt der Hofpostmeister Anton von Taxis eine eigene Instruktion. Nach derselben wird der Hofpostmeister dem Obersten Kanzler unterstellt, welchem er auch nach Ankunft der Posten die Felleisen oder Fußgen einreicht zu überbringen und in seiner Gegenwart zu eröffnen hat. Der Kanzler entnimmt die kaiserlichen Briefe und ordnet an, wie sich der Hofpostmeister mit den anderen Parteilichen zu benehmen habe. Der Hofpostmeister soll auch ohne Vorwissen des obersten Kanzlers keine Post abschicken. Die in der Hof- und Kammerkanzlei fertig gestellte Briefexpedition wird dem Postmeister mit einem Postzeitel, welcher den Tag, die Stunde, die „Malstatten“, von wo die Briefe abgefertigt und wohin sie geführt werden sollen, enthält und von einem Sekretär übergeben. Zur Beförderung der Posten sollen gute Pferde verwendet und die Postboten verhalten werden, bei einer gar eilenden Post, bezüglich welcher im Postzeitel „in Justitia“ gestellt ist, eine deutsche Meile Wegs in einer Stunde zu reiten, bei anderen (gewöhnlichen) Posten die Meile in 1 1/4 Stunden. Der Hofpostmeister behufs Ausfolgung an die Kanzlei zuzumitteln. Der Hofpostmeister soll in allen Legern die Posten bestellen. Den Postboten ist verboten, die Fußgen und Felleisen unterwegs zu eröffnen, sondern es sind dieselben verschlossen am Bestimmungsorte abzugeben. Damit die Hofschaften außer der ordinari Post desto besser mit richtigen Boten bedient werden, werden dem Hofpostmeister aber seine ordinari Pferde noch 3 Pferde zu halten mit folgendem Wartgeld und Besoldung bewilligt:

1. Reitende Boten. Wenn diese 3 Pferde mit den Boten, die er aufnehmen und bestellen solle, nicht gebraucht werden, sondern still liegen, soll auf jedes Pferd vor Tag 12 Kreuzer, und wenn sie in Hofgeschäften ausgeschiedt werden und Tagreisen thun, dazu noch 15 Kreuzer bezahlt werden.

2. Postieren. Wenn diese Boten postierweise ausgeschiedt werden, sollen dem Postmeister per Pferd und Boten im Sommer von 14, im Winter von 12 Meilen 3 Gulden und für jeden Tag dazu noch die ordinari 12 Kreuzer bezahlt werden.

3. Tagreisen. Wenn die Boten nur Tagreisen vollziehen, sollen sie verpflichtet sein, im Sommer 7, und im Winter 6 Meilen zu reiten.

Der Hofpostmeister soll sich auch bei Belieben zur Verschickung jederzeit nur främme, geschickte und aufrichtige Personen, die auch silberne Buchsen führen und in der kaiserlichen Farbe gekleidet sind, zu verwenden. Er soll sich auch in welche die Briefe verwahrt werden, versehen und eine Anzahl derselben in die ordinari Legen Trient, Innsbruck, Augsburg, Wien und Prag auf seine Kosten abgeben. Dafür sollen ihm vom kais. Zahlmeistramte jährlich 20 Gulden erfolgt werden. Bei den ordinari Posten sind die Briefe, je nach der erhaltenen Ordinarz durch reitende oder Fußboten so weit zu schicken, bis sie von dem ordentlichen Legen und durch andere derlei Boten weiter befördert werden können. Der Oberste Kanzler soll die Postboten zu vermehren, doch soll er auf die Vermeidung überflüssiger Kosten bedacht sein. Damit die Posten, insbesondere jene, welche der Eile bedürfen, mit Fleiß in allen Legern durch die Postboten befördert und nicht verzögert werden, wird am Hofe, bei den Regierungen, Hauptleuten und Vitanden anordnet, sich der Cito und Justitia auf den Briefen zu enthalten, es seien denn Postschaften, an welchen sehr viel gelegen. Der Postmeister soll als Juten, denen dies vom Hofe, als Oratoren und dergleichen besonders befohlen wird, Briefe mit den Zeichen Cito oder Justitia zukommen, diese Briefe nicht anzunehmen. Die Regierungen, Hauptleute und Vitanden sollen die Posten so viel als möglich schonen und sich derselben nur dann bedienen, wenn eilende Sachen und die Noth dazu vorhanden ist, durch Parteilichkeiten sollen die Posten nicht aufgehalten werden.

Am 30. August 1537 hat König Ferdinand dem Hofpostmeister Anton von Taxis befohlen, mit dem Postmeister zu Venedig in Verhandlung zu treten, um gegen eine jährliche Besoldung von 80 Kronen die Briefe von Venedig nach Trient jederzeit durch eigene Boten zu befördern. Desgleichen hat der König dem Postmeister zu Trient eine jährliche Besoldung von 40 Kronen bewilligt, damit er die Briefe nach Innsbruck weiterende. Wegen der Posten von Trient gegen Mantua und Mailand hat der Kardinal von Trient mit dem kaiserl. Gubernator zu Mailand dahin unterhandelt, daß den Boten für die Beförderung der Briefe im ganzen 25 Kronen jährlich gereicht wurden.

Anton von Taxis verah diese Hofwürde bis zum Jahre 1548. Sein Nachfolger war Mathias von Taxis. Er reiste schon früher im Auftrage König Ferdinands, und zwar im Jahre 1536 nach Saragossa, dann zum Papste nach Rom, um demselben mehrere kaiserliche Schreiben zu hinterbringen. Nach seiner Verrechnung vollzog er die erste Reise von Prag nach Innsbruck (17 Posten), von da nach Trient (8 Posten) bis Genua (26 Posten), über Barcelona nach Valladolid (25 Posten) und Saragossa. Die letztere Rückreise ging von Rom über Mantua (27 Posten), Innsbruck (14 Posten) und von da nach Wien (14 Posten). Im Jahre 1537 reiste er nach Passau und 1540 nach Brügge, und zwar von Hagenau über Rheinausen, Anna, Brussel, Brügge. Im letzteren Jahre legte er von Wr. Neustadt 6 Posten nach Ungarn an, und zwar über Wallersdorf, Bruck a. Leitha, Pann, Komorn, Nöger nach Gran. Nach den Rechnungen des Jahres 1554 für Besoldungen des ordinari Hofstaates König Ferdinands I. erhielt Mathias von Taxis als Hofpostmeister auf 3 Pferde eine Besoldung von 30 Gulden Rhein. Außerdem wurden ihm auf jedes dieser Pferde, wann sie still lagen, täglich 12 Kreuzer, wann sie Tagreisen vollzogen, dazu 15 Kreuzer, und wann sie „postieren“ im Sommer von 14 und im Winter von 12 Meilen 3 Gulden Rhein. bezahlt.

Dem Mathias von Taxis folgte 1559 Christoph von Taxis als Hofpostmeister. In diesem Jahre wurde demselben und dem Regier von Taxis, Postmeister zu Venedig, vom Kaiser Ferdinand I. die Errichtung einer wöchentlich zwischen Augsburg und Venedig verkehrenden ordinari Post auf ihre eigenen Kosten bewilligt. Als sich die Kriegsverhältnisse in Ungarn geändert, wurde dem Hofpostmeister befohlen, aus Ersparungsrücksichten die Posten von Wien nach Raab und Comorn, dann von Preßburg nach Kaschau zu verlagern und die aufreht erhaltenen in Ungarn auf eine Entfernung von je 3, und die deutschen Posten auf eine Entfernung von je 4 Meilen Wegs zu verlegen.

Am 1. Jänner 1532 hat der damalige Hofpostmeister Anton von Taxis dem Kaiser zu dessen Nothdurft 3000 Gulden baar dargegeben. Dieses Darlehen wurde auf die anderthalb hundert Gulden Schatz Steuer und Muzzins, welche die Stadt Steyer jährlich an das Vitodnamt Österreich ob der Enns abzuführen schuldig war, versichert. Nach dem Tode desselben erfolgte die Versicherung dieser ausständigen kaiserlichen Schuld für dessen Sohn und Erben, den Hofpostmeister Christoph von Taxis. Der letztere entlehnte mit Genehmigung Kaiser Ferdinands I. den erwähnten Geldbetrag vom damaligen N. O. Postmeister Paul Wollzogon. Im bezüglichen Versicherungsbriebe vom 1. März 1564 heißt es: „... das wir darauf gedachten unsern Postmeister dem Wollzogon gedringlich zugezogen und versprochen haben ... das Er vund seine Erben, obgedachte Schatz Steuer die anderthalb hundert gulden Reichlich als ein Interesse, vund Zuzugelt von bernerten drey Tausend gulden, von eingang des negstverschriben drey vnd sechzigsten Jars anzuratten vund hinfuro Jarlich von gemelter Stat Steyr on abschlag der Hauptsumma Einneuben vund empfunen sollen vund solgen.“ (Hofkammerarchiv. Österr. Gedenkbuch 1564.)

Im Jahre 1564, also noch zu Lebzeiten des Christoph von Taxis, ist Paul Wollzogon Hofpostmeister. Unterm 23. November des bezeichneten Jahres wurde über kaiserlichen Befehl dem Christoph von Taxis, „gewesten Hof Postmeister“ oder in seiner Abwesenheit seinem „gewesten verwalter Nicias Rothgen“



aufgetreten, die sieben silbernen Ruten Buchsen dem jetzigen Hofpostmeister Paulin Wolzogen auszufolgen. (H. K. A. Oster. Gedächtnisbuch 1564—1565.)

(Paul Wolzogen erhielt laut folgender Urkunde vom 16. Oktober 1541 das Postmeisteramt in Wien: „Ferdinand, Edler und lieben getrewen. Wir geben Euch gnädiglich Zuerkennung, Nachdem wir unsern Postmeister Zu Wien, Haunsen Haben-schaft genannt von Storenberg der Verwaltung desselben Postmeister Amtes in anspruch seines Alters und schwachheit genädiglich erlassen, vnd er dasselb terer seinen Aiden unserm Diener Paulin Wolzogen mit unsern genädigsten Bewilligung übergeben. Das wir darauf gedächtem von Storenberg in bedacht seiner Laug gehalten Buanston, so er noch weiland unsern Lieben ahernn Kaiser Maximilian Loblicher gedachtnis, vnd siderhero vns gethan Zu sein, seines Werks vnd Kinder Vnderhaltung Jarlich sein Lebenlang fünfzig gulden Reinsich In Münz Als ein Pension eruelgen vnd dieselben Jarlich auf den erledigten hundert vnd Zwainzig gulden, so weiland unser Hoff Kanzleischreiber Johann Restenweger auf unser Manth allhie zu Linz verscriben gehabt, durch gegenwertige vnd Klundfuge Vnsere Mauthner daselbst raichen vnd Bezallen. Zu lassen genädiglich bewilligt haben. Vnd ist demnach vnser Beuelch das Ir angezeigten Haunsen von Storenberg beruht fünfzig gulden Pension von dem Tag als Er das Postmeister Amt dem Wolzogen übergeben vnd hinfuro Jarlich sein Lebenlang aus beuelcher vnser Mauth Zu Linz vnd dann dem Wolzogen die gewündlich Postmeister Amtes Besoldung auf Vnsere V�donakamt Zu Wienn von bestimmter Zeit Zureichen vnd bezallen vnd darüber In vnserer Namen was not ist anzufrachten, verordnet. . . . Geben in Vnsrer Stat Linz den 16. Tag Oktobris Ao 41. (H. K. A. Postakten 1526—1599.)

Hieraus geht hervor, daß in Wien neben dem Hofpostmeister auch noch ein eigener Postmeister bestand. 1576 erscheint Michael Wolzogen als Röm. kais. Maj. Postmeister zu Wien. Nach Absterben desselben empfing 1583 dessen Bruder Hans Christoph Wolzogen das N.-Ö. Postmeisteramt (H. K. A. Postakten 1526—1599). Am 4. Juni 1601 wurde dieses Amt dem Hoffdiener und Prager Postmeister Carl Magno verfallen (H. K. A. Postakten 1601—1643).

Paul Wolzogen erhielt als Hofpostmeister eine neue Instruktion. Der nachstehende Auszug aus derselben findet sich in den Postakten des H. K. A. 1660—1672. Das Datum der Hinausgabe dieser Instruktion ist nicht verzeichnet.

Der Sommer soll gezolt werden von dem halben Merzen bis zu dem halben October, das andere der Winter von halben October bis hinauf des halben Merzen also abgetheilt.

Wan Sie in denen fünf N. Ö. Landten reitten, soll icken tag Einem 20 Krz. geben werden, wan Sie aber ausser der N. Ö. Landte reitten, so soll Ihnen den tag 24 Krz. geben werden. So Sie aber warten müssen, soll Ihnen in Landt 1 tag 15 Krz. vndt ausser den N. Ö. Landten am tag 20 Krz. gericht vndt geben werden.

Sollen Kundtschaft bringen, daß Sie gewart haben. Item so solle Ihme Hofpostmeister fünf reitende Hof-Camerpotten gehalten vnd fur deren Ioden sambt dem Pferd lodes tags 12 Kr. Passirt vndt bezahlt werden, bringt ein jedes Monath zu 30 tagen gerechnet 30 fl.

Ordnung der Posten.  
Hofpostmeisters Monatsbesoldung thuet 30 fl.

Einem raittunden Hof Camer Potten monatlich 6 fl. Bringet jeden Tag zwelf Kr. Einem Hof-Camer fues Potten sein Monatsbesoldung 3 fl. aus dem Hof-zahlmaister Amt zahlt.

So ein Raittunder Hof Camerpoth Curierweis mit Kay. Mit. schreiben auf der ordinari Post ausgeschiedt wirdt, solle Er im Teutsche Landt von icker Post ein Crone Per 90 Kr. Postgelt, dem Post Knecht 6 Krz. trinkgelt.

Aber in Niederlandt, Frankreich, Hispania vndt Italia, auf Jeder Post ein golt Cronen, dem Post Knecht 8 Krz. von jeder Post trinkgelt. In Hungarn aber auf jeder Post ein thaller vndt dem Post Knecht 6 Krz. trinkgelt.

Godacher Curier wirdt in Teutsche vndt andere des Kayzers Landten jedes

(Ist im Jahre 1672 des Tags 16 Kr. zu passieren anbefohlen worden.)

Vndt bey Billondten Curier In Summer 14 vndt im Winter 12 Mehl.

Wan der Hofpostmeister vnter den zweyn Hofcamer Fuespotten, über Landt ausgeschiedt, so soll in des Kayzers Landten von jeder Mehl des tags zu geben 4 Kr. Pottenlohn, so er aber tag vndt Nacht laufft, von jeder Mehl 8 Kr. vndt ob Er auf antwortt wartht, jedes Tags 8 Kr. bezahlt werden.

Aber andere Potten, so Klein besoldung gar nit haben, solle im Landt Österreich von der Mehl 4 Kr. in Bohaim, auch andon Landten 5 Kr. vndt in Hungarn 6 Kr. des tags zu gehen, aber tag vndt Nacht zu laufen 8 Kr. Zugleich so Er warten mues auf antwortt, des tags 8 Kr. vndt ausser Landt 12 Kr. wartgelt passirt vndt bezahlt werden.

Item in Hungarn den Fuespotten an elichen orthen 5 Kr. an etlichen orthen 6 Kr. nach gelegenheit der Visicherheit der Turkien halber.

# Prag.

Vom Postmeister Amt zu Prag aus soll es gleichwie in Österreich mit dem Fuespottenlohn gehalten werden, des tags 4 Kr. Tag vndt Nacht 8 Kr. auf antwortt warthen auch 8 Kr. bezahlen.

# Grätz.

Vom Postmeister Amt zu Grätz soll den Fuespotten von jeder Mehl in der I. Ö. Landt 5 Kr. des tags zu gehen, aber tag vndt Nacht zu laufen 8 Kr. vndt so Er auf antwortt wartht, 12 Kr. passirt vndt bezahlt werden.

# Augsburg.

Von dem Postmeister Amt zu Augsburg vndt derselben vubliegenden Posten solle dem Fuespotten des tags zu gehen 6 Kr. tag vndt Nacht 8 Kr. vndt so er auf antwortt wartht, jedes tags 12 Kr. wartgelt zahlt vndt passirt werden.

Tags 30 Krz. vndt in Niederlandt, Hispania, Italia, Frankreich, auch wo Er auf antwortt wartt, als lang Er auf solcher Rais aus ist, jedes tags, ein halb Gold Crone fur Zöhrung passirt vndt bezahlt werden.

Einem Raittunden Hof Camer-potten, so Er ausser der ordinari Post postierweis geschickt, so solle Ihm im Summer von 14 vndt im Winter von 12 Mehl drey gulden passirt werden.

Wan ein Hof Camerpoth tagreisen rith, so solle Ihm im Summer von 7 Mehl, vndt im Winter von 6 Mehl 30 Krz. tagreis gold passirt vndt bezahlt werden.

Vndt wo er warten mues, vndt Er Poth seines wartens Kundtschaft bringt, soll Ihm gleichfalls fur jeden tag 30 Krz. wartgeld passirt vndt bezahlt werden.

Die Winterreisen sollen sich von dem Ersten tag Octobris anfangen vndt den letzten Tag Martij wiederumb endten.

Wan der Hofpostmeister einige Curier ritttundt oder Fuespotten von der Kay: Mit. Hoffhaltung oder anderen Posten aus abfertigen thuet, so solle Er Jederzeit die ordinarzen Heisig von solcher reis wegen, allermaassen, wie Ihm dieselbe zu schicken befohlen werden, lassen schreiben, vndt dieselb durch den Herrn Cänzler, Secretari, oder wer Ihm es zu schicken befohlen lassen, vnterscheiden vndt Jederzeit dem Potten, den Er schickht, befehle geben, daß Er derselb vnt antwortt, wie dan die ordinarz vermogen wirdt, anhalt, ob Ihre aber Kheme geben wirdt, daß er Pott Kundtschaft begeldt vndt nehme. Das auch in solcher Kundtschaft, so Er Poth auf antwortt warthen thuet, die Tag, so vill Er dan wartt, alle vermehrt werden, gegen solcher Ordinarz vndt Kundtschaft soll Ihm Hofpostmeister das gewöhnlich Passiergelt oder Pottenlohn, wie vorgemelt, in seiner Raittung Passirt vndt bezahlt werden.

Da aber etwa dem Fuespotten an Mauchen orthen weder Kundtschaft, noch antwortt nicht geben wurde, vndt Er Hofpostmeister nicht etwa verdacht werde, so soll gedachter Hofpostmeister ein guttung von dem Potten, vndt das gewöhnlich vndt vorgeschribene Potten-lohn nehmen, vndt dieselb neben der



## Reinhausen.

Von dem Postmeister Amt zu Reinhausen wird es gleich, wie zu Aufpurg gehalten, aber einem jeden Podten von jedem schreiben zu liefern so Lohn 6 Kr. Passirt vnd bezahlt werden.

Ordinari also in seiner raittung einlegen, daß soll Ihme Hofpostmeister auch also passirt vnd bezahlt werden.

Von den reitenden Hof Camerpotten oder Curieren, als des Hofpostmeisters untergebene Leuth vnd diener, Wan dieselben auf der Post oder an die Post Curier oder Postirweis geschickt werden, daß Sie mit auch Zugeloch neben der antwort Kundtschaft mitbringen, Khan klein quttung nicht genommen werden, dan man gar selten oder gar kleinen dergleichen Curier nicht fertigt oder zu schicken ledicht, es bedarf dan so schleuniger antworti herwidern, doch soll Er Hofpostmeister ihnen den Curieren neben der antwort Kundtschaft auch zu nehmen, inderzeth Postenweis einbinden vnd befehlen.

Item Wan Ihm Hofpostmeister aincherley schreiben in das Reich oder anderer orth laufend, zugestellt vnd von der negsten Posten anszuschicken befohlen werde, so soll Er Hofpostmeister dieselben mit sonderm Fleis den Postmeister oder Postpotten, so denen orth am negsten gelegen, vnd von dem Er widerumben schliessen, demselben Postmeister oder Postpotten darnach schreiben vnd befehlen, daß Er solch schreiben mit reitenden oder Fuespotten, wie es Ihme Hofpostmeister dan in der Canzley ist befohlen worden, wolle an gehörig orth überreichen, vnd auch befelch geben, daß derselbe den Podten gleichfalls aufwie vorgemelt, das Podtenlohn bringen wird, das solle gleichfalls vorgeschriebener raittungen Passirt vnd Kundtschaft gedachte Hofpostmeister in seinen raittungen Passirt vnd bezahlt werden.

Da aber bei solche Postmeister Amt Einem die Podten neben der antwort mit zugleich Kundtschaft auch mitgegeben wurde oder bräuche, daß also neben der ordinanz in seiner Ambtsraittung nichts einzulegen wehre, so solle der Hofpostmeister von demselben Postmeister oder Postpotten, vmb dergleichen raise ein quttung nehmen, vnd dieselbe neben der ordinanz in sein raittung einlegen, so solle Ihm solche ausgab gleichfalls für gut passirt vnd zahlt werden.

Ob sich begibt, daß die wenig vngewitters, Wassers oder Schnees halber so Ios wehren, daß sich dan im Jahr oft begibt, daß Klein Fuespott weder von der Kay: May: Hof: noch ander Posten aus vmb vorgeschriebener gewöhnlicher Podtenlohn mit gehen Kuntzen, vnd ihnen etwas mehrers gegeben wurde, so solle vmb solche ausgaben von dem Podten ein quttung genommen werden, die vrsache darinnen vermeldt werden, daß solche Ihme Hofpostmeister als dan in seiner Ambtsraittung Passirt vnd bezahlt werde.

An dem Kay: Hof soll sonst Niemandt mit macht haben, Ihr May: vnvermündlichen notturt nach, Posten hinwegzuführen, als der Herr Obrist Hofmeister, Herr Hof Vice Canzler, vnd die Herrn Hof Secretarien, in Ihrer May: Teutschen, Lateinischen, Belambischen, vnd Ungar: Canzley, vnd ob Ihme Hofpostmeister schon von einem Herrn vnd Hofgesindt, Posten zuferfugen aufgelegt wirdt, so soll Er doch das selbig on sonderbahnen des Herrn Hof Vice Canzler befelch zu thun mit schuldig seyn.

Er Hofpostmeister solle auch ohne vorwissen des Herrn Hof Vice Canzler klein post nicht wekschicken, Sie wehre gefertigt von wem Sie wolt, sondern die bescheidenheit halten, wo Ihme von aincherley Canzley oder Secretarien ein Post

abfertigten angesagt oder befohlen wirdt, so solle Er solches dem Herrn Hof Vice Canzler vnd allen andern Secretarien vnd Canzleyen anzeigen, damit wo ein ander Secretari auch was zu fertigen, vnd die bitt erelden mag, ein Post auf die ander warten, dadurch die Postpodt desto weniger beschwehrt vnd benuehet, auch in genötigen sachen die Posten abenthhalten so vill eibender vnd holder fort-khomben mögen.

Zu Einmachung der Post vnd Paupethrief solle dem Hofpostmeister für wachsmeecher, Papier, auch wachts vnd Spachat, jedes Jahr 24 fl. rheinisch, in seiner Ambtsraittung passirt werden.

Item so soll er Hofpostmeister auch darob seyn, daß die Postmeister vnd Postpotten, leder mit Veleysen vnd Fußgen versehen seyn, darinnen dan die posten sollen geführt werden, damit die Pageth zu regenwitters Zeiten khain schaden nehmen oder vernezt werden, auch deren Ioder sein fleissig aufsehen in der Postzeit habe, ob auch alle Pageth, so in solcher Postzeit vermeldt, vorhanden seyn, vnd daß derselben Pageth, ainiges auf ainiges begreihen, Er seyn nun wehr Er wöll, verwerfen, noch in ihren Lagern, mit sollen geoffnet werden, sonderu also ver-wahrt, an die orth da Sie gehören, mit sonder Fleis vnd sorg geführt sollen werden.

Er Hofpostmeister soll auch allen extraordinari vnd anderer Postpottenbesoldung, so auf das Hofzahlmeister Amt verwisen vnd daraus bezahlt werden, von dem Hofzahlmeister gegen gebührlicher quttung empfangen, vnd jeden Postpotten sein gehabtraus vnd verdienens gegen sondere quttung: als weit sich sein empfang erstreckt, davon anzahlen, vnd solche seib ausgeben vnd quttungen in jeder seiner Ambtsraittung alle Jahr einstellen vnd forbringen, daß soll Ihme also passirt werden.

Alle der Kay: May: Regierungen, Camerhauptleuth vnd Vitzlandten sollen macht haben, Ihrer Kay: May: vnvermeidlich notturt nach, vndt in Zeith der Noth, aigne Posten zu Ihrer May: abzufertigen, vndt selb auch allen Postmeistern, da dergleichen heubter wohnen, auflegt vnd befohlen werden, solem Ihm begreihen gehorsamblich nachzukommen.

Auch solle der Hofpostmeister, noch andere Postmeister oder Postpotten ainige Brief, darauf Cito geschrieben seyn vndt Ihrer Kay: May: selbst sachen mit betrefend, anzunehmen oder zuschicken mit schuldig seyn, sondern denselben vtersagen, daß sich jeder der Cito enthalte, damit guetto richtigkeit mit schickung vnd uberantwortung der Kay: May: vndt der Partheyen sachen gehalten werde.

Unterm 26. Jänner 1608 berichtet Paul Wolzen an die Hofkammer über deren Aufforderung, wo und wieviele Postboten in kaiserlichen Diensten stehen und wie hoch sich der Kostenaufwand für dieselben stellt.

Dem bezüglichen Berichte ist folgendes zu entnehmen: Der Hofpostmeister hat monatlich 30 fl. Besoldung, wovon er 2 Schreiber unterhalten muß. Für jeden der 5 reitenden Kammerboten bezahlt er monatlich 6 fl., wovon per Roth und Mann täglich 12 kr. entfallen. Auf sein N. O. Postmeisteramt in Wien erhält er an Besoldung für 2 Pferde monatlich 10 fl. per Pferd, mit welchem er die Posten für Linz, Innsbruck, Wellischland, Augsburg, Speyer und Niederland zu versehen hat. Auf der Route nach Linz befinden sich die Stationen „Purgstorf, Sighezh, khirehen, Potten Prun, Lobdorff, Kheme Pach, Zeydheren und Erlau“, jede derselben ist mit 2 Pferden und einer Besoldung von 8 fl. monatlich per Pferd datirt. Die Zahlung erfolgt durch das Vizekanzleramt in Wien.

Linz wird als Postmeisteramt mit 3 Pferden, jedes mit 8 fl. monatlich besoldet. Auf der Route nach Innsbruck befinden sich die Stationen „Marchleinh, Schwamez, Frankeneumarkt, Neumarkt, Salzbürg, Schmalzbrunn, Waitturg, Erlow, Klundt, Schwaz“. Jede derselben wird mit 2 Pferden und monatlich 8 fl. per Pferd besoldet. Innsbruck wird durch den Erzhertzog Ferdinand bezahlt.

Auf der Route Wien—Innsbruck befinden sich sonach 39 Pferde mit einem Kostenaufwande von 3792 Gulden jährlich. Die Zahlung erfolgt mit Ausnahme



den Posten Schwäbisch, Neumarkt und Erlau, welche aus dem Hofzahlmeister-  
amte ihre Besoldung empfangen, durch das Vizedomant in Linz.

Posten zwischen Wien und Prag: Stockerau, Holla Pann, Pullau, Jyerna,  
2 Pferde, Hainburg, Samball, Tabor, Würditz, Kienstepp, Giesentz. Jede mit  
2 Pferden. Prag als Postmeisteramt ist mit 3 Pferden besetzt. Auf dieser Route  
bedürfen sich demnach 25 Pferde. Kostenaufwand 2400 fl. jährlich. Die Zahlung  
erfolgt durch das Hofzahlmeisteramt.

Posten zwischen Wien, Rab, Komorn, Predburg, Kaschau und Zalkow:  
Zur Beförderung der Posten für abgetrennte Orte erhält der Hofpostmeister für  
2 Pferde monatlich 8 fl. per Pferd. Die Posten „Vieschamund und Patrouil“ werden,  
weil sie die Posten nach „Rab, Komorn, Pressburg und Kaschau“ auf 2 Strassen  
nehmen und führen müssen, mithin noch einmal so viel Ritte als die anderen haben,  
jede mit 3 Pferden besetzt.

Predburg wird als Postmeisteramt mit 3 Pferden dotiert. Stationen: „Wart  
Parg, Newstadt, Freinwald, Rütina, Ta Poltschaw, Wisternitz, Pribaz, Randen-  
dorf, Deutsch, Schwegau“, jede mit 2 Pferden, Epertes mit 3 Pferden. Wokly 2.  
Cascha als Postmeisteramt 3 Pferde.

Von der Grenzpost „Petrouil“ aus nach „Rab und Komorn“ die Posten  
„Jarnodorf, Wisternitz, Hochsträß“ jede mit 2, Rab mit 3, Niemadt und Komorn  
mit je 2 Pferden.

Die Summe der Postpferde auf diesen Routen beträgt 66, der Kostenaufwand  
im Jahre 1830 fl. Die 2 Pferde für den Hofpostmeister werden vom Hofe, die übrigen  
von der ungarischen Kammer zu Predburg bezahlt.

Ende November 1867 wurden die Feldposten zwischen Cascha und Zalkow  
aufgehoben und durch den Feldheerführer Lazarus Schwand nachfolgende Postgelegt:  
Der Postmeister zu Cascha sind zu den 3 ordinar noch 4 Pferde, der Post  
Wieseth (auf dem halben Wege zwischen Cascha und Zalkow) 4 Pferde, der Post  
Paul Zalkow gleichfalls 4 Pferde mit einer Besoldung von je 8 fl. per Pferd  
monatlich bewilligt worden. Summa 12 Pferde. Aufwand 1152 fl. jährlich, welche  
vom Kriegszahlmeisteramt im oberen Kreis Ungarn bezahlt werden.

Posten von Wien nach Cascha: Für den Hofpostmeister 1 Pferd, für die  
Stationen „Moss Pann, Proderatorff, Chreinz, Schlapitz, Vugombla, Vasehar,  
Summa 11 Pferde, Kostenaufwand 1050 fl. jährlich. Die Zahlung erfolgt durch  
das Hofzahlmeisteramt.

Posten Wien nach Graz: Für den Hofpostmeister, dann für die Stationen  
„Jusschirchen, Newstadt, Glückknaus“ je 2 Pferde mit einer Besoldung von 8 fl.  
monatlich per Pferd. Von „Glückknaus“ werden die übrigen Posten durch den Erz-  
herzog Carl gehalten und bezahlt. Summa 8 Pferde. Aufwand 768 fl. jährlich,  
welche durch die Landtschaft des Erzherzogtums Österreich u. d. Eins bezahlt  
werden.

Die Summe aller Postpferde sammt den Hof- und N. Ö. Postamtbesoldungen,  
welche vom Kaiser unterhalten, beziehungsweise bezahlt werden, beläuft sich auf  
169 Pferde und einen Kostenaufwand von 16.224 Gulden jährlich.

Auf Paul Wolzen folgte 1870 sein Sohn Hanns Wolzen im Hofpost-  
meisteramt. Von Interesse ist sein an den Hofkammerpräsidenten erstatteter Be-  
richt (Büsten im Akte nicht ersichtlich), welcher Einblick in die damaligen Ver-  
hältnisse gibt. In demselben heißt es: „Und ist aber Menschen Gedulden  
über sich der Post Gebrauch gewesen, daß ein jeder Courier oder sonst einer,  
von zwei Ruten eine ganze Krone hat bezahlen müssen. Es befindet sich gleich-  
wohl in Italien, Frankreich und Spanien, da etwa unter- oder zugelegte Posten  
sein, welche Ruten man sonst von wegen der Tag reisenden Personen halt, und  
die-often Ruten Cameli die nola genannt werden, die etwas pahnt bei einander  
liegen, daß man von einer Post zur andern um etliche Guli oder Real weniger

gibt und „Reit“, aber derselben seien wenige. Derentgegen kommt man wohl auf  
lange Posten, die man nader nicht kann haben, da muß man auch mehr als sonst  
die gewöhnliche Krone bezahlen, als von jeder Meile 4 Real, also daß fast eins  
gegen dem andern aufsteht, und welcher bevor ab ein fremder und ausländischer  
dieselben Posten nicht kennt, oder ihre Bräuche nicht weiß, der darf sich derselben  
Nachlaß gar nicht versehen, sondern muß ihnen die ganze Goldkrone bezahlen.  
Und fehlt an derselben ein Gewicht, nur ein halber Real, so gibt er ihm die  
wieder, oder er muß ihm das übrige, soviel ihm gebührt, hinauf geben.

So ist auch zu wissen, daß die Posten, besonders bei diesen Kriegsläufen in  
Italien, Frankreich und Spanien selten in einer festen Anzahl, heut mehr, morgen  
weniger, nach Gelegenheit der Zeit des Reitens und das ihre Nothdurft erfordert.  
Derselben den Curieren und sonst mänglich, so von diesem kaiserl. Hof aus, dero  
Orten geschickt werden, ganz beschwerlich, daß sie bisweilen also mit schlechten  
und in der Wage gefälschten Gold abgefertigt, und entgegen die Kronen so hoch  
eingewechselt werden. In den vorbemelten Königreichen und Ländern läßt sich  
kein Courier nicht abfertigen, man gib ihm denn lauter gut gewogenes Gold: die  
Vorfälschung und Ringerung des Golds kommt daher, daß niemand nichts dawider  
redet, der guten Münzordnung wird nicht nachgeleitet, et sic in reliquis, und sein  
froh, daß wir das ungewogene bekommen mögen. Was aber die Courier betrifft,  
die ich aus dem meiningen abfertige, ist allen meinen Vorfordern, den gewissen  
Hofpostmeistern, also auch mir passiert worden, daß wenn ich meiner Diener und  
Kammerboten einen auf der ordinar Postschicke, so muß er wie ein anderer von 2 Ruten  
1 Krone bezahlen, allein in Ungern, weil der Thaler 10 Schilling gilt, hat man  
bisher nur 1 Thaler gegeben. Item hat man meinem Courier bisher im Land für  
das Trinkgeld, das man den Postknechten pflegt zu geben, 6 und außer Land 8 kr  
passirt. Für die Zehrung eine Person im Land 30, außer Lands 45 kr.

Schicke ich einen meiner Diener „tagraß“, passiert man im Winter von 6  
und im Sommer von 7 Meilen zu reiten, 30 kr. Schicke ich ihn aber, daß er  
„Postieren“ solle, zahlt man ihm im Winter von 12 und im Sommer von 14 Meilen  
zu reiten, 3 Gulden und sonst kein Liefgeld.

Diese Ordnung und Besoldung ist wohl vor 31 Jahren gemacht und auf-  
gerichtet worden, und also bishero gleichwohl mit der armen Kammerhohen große  
Beschwerung verblieben. Zu derselben Zeit ist Raß und was zu demselben gehört,  
Futterung, Essen, Trinken, Wohnung und in Summa, was etwa einem dergleichen  
armen Gesell zu seiner Unterhaltung nothdürftig gewesen, viel wohlfeiler und um  
ein rechten Pfennig zu bekommen gewesen, als jetzt. Will man die kleine ver-  
gangene Zeit gegen die jetzige halten, so würde man in allen Dingen nicht allein  
eine große Veränderung und höchste Steigerung, ja eine neue Welt finden. Zu  
derselben Zeit hat ein armer Kammerbot bei seinem Dienst etwas mögen ersparen,  
jetzt aber geht nicht allein alles auf, ja er wäre zufrieden, wenn es gleich  
aufgrüge, sondern er wächst und rinnt noch in Schulden hinein, daß er nicht weiß,  
wie er daraus solle kommen.

.... Schicke ich sie dann in ihr Maj, oder andere Lande „Postierweis-“  
und nehmen sie unterwegs Lehenrolle, so können sie dieselben nur mit großer  
Mühe bekommen, jedermann „verwirrt sich derselben darzugeben“, und wird dem  
Landesfürsten kein Gehorsam, keine Lieb noch Treu geleistet. Wie man vor dieser  
Zeit von der Meile höchstens ein schilling Preining von einem Lehenrolle bezahlt  
hat, sind jetzt etliche so unverschäm und begehren für 5 und 1 Meilen 1 Gulden  
und mehr .... Begibt sich, daß einer meiner Diener in ander Land zu den  
Chur- und Fürsten in das Reich und weitere umliegende Orte geschickt wird, ist  
wohl unglücklich, wie hoch sie gesteuert werden. Da fragt man lang leicht, was  
die kais. Hofordnung und wie viel man ihm zu passen vermag. Will er seine  
Reise und was ihm befohlen fürderlich vertragen und er ihre Hof bedürfen, so  
wollen sie wahrlich bereit und Baargeld haben, und werden also hoch gesteuert,  
daß es, wann man gegen Hof kommt, nicht leicht glaubt, da gilt an etlichen Orten  
Ihrer Maj. Passbrief so viel als der Schatten an der Wand .... In Summa ist



es leidet und ohne Zweifel um unser Sünde willen, aus Verhängnis Gottes dahin kommen. Kommt einer meiner Diener als ein Fremder in Italia, Frankreich und Hispania, sie rechnen ihm das Essen nicht ein, zwei oder dreimal, ja könnten sie ihm auch etwas oder gar das selbige mit ihrer geschwunden List nehmen, das Gewissen würde sie nicht hindertätig machen. An vielen Orten geben sie einen Trunk Wasser nicht umsonst.

Vor Zeiten ist ein solches gewisses und sicheres Vertrauen auf der Post gewesen, daß man in Zeit der Noth sein guldnes Zweyhausen mit Item kühnen Kosten anders one also sorg mühen schicken. Welches jetzt ohne sondere Unkosten nicht geschehen kann, da sind aber gute, ehrbare, wohlkannne und bange-gewesene Leute, die des Postwesens wohl erfahren, gewesen. Ein jeder hat seiner Post in eigener Person abgewartet. Jetzt ist es dahin gekommen, daß die Briefe an etlichen Orten, will geschweigen, das Geld nicht sicher. Wie dem kurz-verschöner Zeit mehr als einer darum an Leib gestrafft, des Lands verwiesen und auf die Galee verschickt worden. Das ist aber die Ursache, daß man die Posten auf anforderten Bericht Leuten vergibt und verschreibt, die da niemals Posten geritten. Sie wissen auch nicht, wo sie liegen. Item auf kind so noch mit geboren. Alle ob sy Abrahams verhayssung betten. Die verlassen sie also an fremden und herzlosen Leuten, ohne ihrer vorgesetzten Obrigkeit Wissen und Willen, um einen jährlichen Zins vund schnitten vund schaben also ab den armen bestallenen, daß es zu erbarmen. Wann dann Wissentlichen, daß ein armer Postspott der mit Rücken auf seiner Pust sitzt, mit der vollen Summa seiner besoldung schwerlichen klan unterschuben. Wie will dann ein sollicher abkhomben, der erst noch vil bestant gelt solle geben. Vund geraten in wenig Jaren in ein solliche armuth, daß sie entweder von haus vund hof loffen oder so sy bleiben, werden sy Zum stelen bewegt.

Andern worden auch Posten gegeben, die möchten wohl selbst dabei sein und denselben abwarten, gehen aber spazieren, bleiben unermehrer dabei, zieht heut dorthin, morgen daher, geschicht etwa ein Schade oder Verführung im Postwesen, will niemand darum angesprochen sein. In Summa, um das Postwesen ist es nie also abel und anordentlich gestanden, als eben jetzt. Und ob es wohl wider ihre Maj. ausdrückliche Generalien und Postordnung ist, so wird doch deswegen niemand gestrafft und bleibt die Vollziehung und Exekution desselben inmerhin aus, alles dahin angesehen zum Verloren, eigenen Nutzen, Ungehorsam, geschicht vielen armen, guten, ehrlichen Gesellen ein böser Mißbrauch, sondern es und Vordern der verstorbenen Kaiser und des löblichen Hauses, deren Eltern Postboten gewesen und sie hernach und noch zu dieser Zeit auf den Posten und sonst in anderweg in Postieren mit Überstehung großer Gefahr jederzeit gehorsam sich haben lassen gebrauchten mit der Hoffnung, daß sie solcher Dienste theilhaftig werden. Wann man also die Posten vergeben will, sollte es mit des Hofpostmeisters Vorwissen geschehen, denn wer kennt die Leute, so zum Postwesen tauglich seien oder nicht besser, als eben der, so mit ihnen zu schaffen und täglich umgeht, aber da mangelt die gute Ordnung. Es ist an etlichen Verwaltern nichts gutes, viel weniger an ihren Dienern und Kassen. Da läßt man mich schreiben, drohen und befehlen, was man will, weil sie aber sehen und wissen, daß ich nur den Namen des Obrist Hofpostmeisters habe und keine vollmächtige Gewalt, die zu einem solchen hohen Amt gehört, aber entgegen vil mit geküßt so wurde, daß sprichwort erfüllt, boy vil Hurei wurdet übel geküßt.

So hat sich zwischen dieser Zeit auch ein fremder Anländer eingeschlichen und ein ganz neues Postwesen durch etliche Länder angerichtet, der entzieht mir wahrlich bei allen ausländischen Botschaften nicht allein im Einkommen etwas großes, sondern auch Ehre und Reputation meines Amtes. Ihm wurde gestattet, Fellestein und andere Kramerei durch alle Länder manth- und zollfrei, als schein der Post durchführe, das alles wird ihm nachgesehen.

Unser einer würde gestrafft, denn wer hat je gesehen, daß man ein solches Werk in Italia einem Ausländer oder Deutschen anfallen ließe oder also ein Wunder. Aber es geht alles hin. Gott wolle gnädiglich verhüten, daß wir dieser Post nicht einmal mit unserm Schaden, wie dem Ihre kais. Maj. vor guter Zeit davor gewarnt worden, erinnert werden. Wir erzeigen uns gegen ihn, als ob wir seiner gar hoch bedürften und ihn nicht wohl entbehren könnten.

Wenn diesem unordentlichen und fast niedergelassenen Postwesen nicht wieder aufgehoben und das Obriste Postmeisteramt wieder in sein altes Regiment

25) Diese Berichtsstelle bezieht sich auf den Köbner Postmeister Jakob Henot. Dieser richtete im Jahre 1586 einen Postkurs Venedig-Trient-Innsbruck-Augsburg-Graz ein, und unterhandelte dieselbe im Namen des Kaisers mit dem Postmeister und den Postboten in Trient. Es wurde folgende Ordnung unter dem 26. Dezember 1586 festgesetzt:

Venedig. Der Postmeister zu Venedig fertigt ab am Sonntag zu Mittag um 12 Uhr, hat gegen Trient 37 Meilen, auf jede Meile ist ihm die ordinari zu führen, 12 Stund gegeben. Von Venedig gegen Trient 34 Stunden, kommt daselbst am Montag Nacht, und

Trient. Dem Postmeister zu Trient gibt man 3 Stunden die ordinari zu empfangen und abzufertigen. Fertigt ab Montag Nacht um 1, hat gegen Innsbruck 13 Posten, jede zu 2 Stund zu führen, darunter 3 Posten zu 3 Stunden, nemlich von St. Michael gen Neumarkt, von Colman gen Brichsen, von Brichsen gen Mittenwald, von Mittenwald gen Starnberg, von Starnberg auf dem Premer. Von Trient gegen Innsbruck 31 Stunden, kommt daselbst am Mittwoch Vormittags um 8 Uhr.

Innsbruck. Dem Postmeister daselbst 3 Stunden zum Einpässe und zur Abfertigung der ordinari, folgt ab am Mittwoch Mittag 11 Uhr, von Innsbruck gegen Augsburg 19 Posten, jede zu 2 Stunden, gehen außerhalb dem von Innsbruck abts auf die Platenwind 2 stund, gehen von Parau gen Lornod, von Lornod gen Fießen 5 stund, von Fießen gen Forchhoff, von Forchhoff gen Frugkh 2 stund. Soll also die ordinari in 27 Stunden von Innsbruck gegen Augsburg geführt werden, kommt daselbst am Freitag Nachmittag um 2 Uhr.

Die ordinari soll in einem verchlossenen Felleisen von Colla aus bis gegen Venedig geführt werden und von keinem Postboten eröffnet werden, nur allein von dem Postmeister zu Rheinhause. Augsburg Innsbruck und Trient. (H. K. A. Postakten 1528-1589.)

Unter dem 5. Mai 1588 erlittene Henot an den Kaiser folgenden Bericht bezüglich des Hofpostwesens:

Fürnerr werden E. K. M. ungeweißt sich A. G. wöl zu ordnen wissen, daß nämlich Ihre kais. Maj. Carl Hofpostmeister zu Graz, durch Ansetzung der von Par war E. H. Carl zu Österreich, Postmeister zu Graz, durch Ansetzung der von Par war etlicher Kauf- und Handelsleute zu Wien und Venedig (dar auch vorwärts ihre Sachen so weit pruciente, daß eine Zeit lang das Postwesen durchaus mit Einmahlung und Abfertigung der Briefe und Sachen zugleich durch sie und gemeinen v. Par getrieben und daselbige Postwesen also sowohl in ihrer, der Kaufleute, als auch des v. Par Gewalt darob gewesen, bis so lang, daß E. K. M. Herz Vater und nächster Vorfahr an heil. Reich Kaiser Maximilian daselbige in Erfahrung brachte, und solche unziemliche Praktiken alsbald abzustellen und hierfür darob sich zu enthalten bei ernster Leibesstrafe verbotien thun, darauf hat auch abgestellt worden) eine ungewöhnliche Post von Graz auf Venedig angesetzt, dedurch so allen Nutzen und Lauf der Briefe von E. K. M. Postamt abstrickt, indem daß alle Briefe, so nicht allein aus Wien, sondern von vielen andern Orten mehr auf gemeines E. K. M. Postamt ordinari weis zukommen im leucht und in aller Pommation gewesen, und wiederum aus Italien expedirt werden sollen, jetzt durch dieselben Praktiken Venedig. Daselbst hat gemeiner v. Par einen besondern Postmeister durch Graz auf E. K. M. disorta verordneten Postmeister gar keine Gemeinshaft noch Correspondenz hat, welche des von Par vorgenommene Nennung und Verordnung nicht allein E. K. M. Schaden gereicht. Obwohl nun hoch gedachter Erzhertzog nicht ohne Wissen E. K. M. dieses Postwesens von Graz auf Venedig anstellen lassen, sich E. M. dennoch einen Weil hore angesehen, so ist dennoch nicht zu vermuthen, daß E. K. M. denselben einen Weil des Postwesens zu Unterdrückung und Verderben E. K. M. uralten Post, zu unterhalten und passieren zu lassen geduldet, sondern gera davon ablassen werden.

Ummitelst aber denselben Vorhat desto mehr vorzubauen, mühte E. K. M. Hofpostmeister die Vorsehung thun, daß in gemelter Stadt Wien der kais. Postmeister daselbst die Briefe, so ihm auf Venedig zu expediren aufgegeben werden, nicht auf Graz, sondern auf die alte und gewöhnliche Poststraße fertige und bevorab der Kauf- und Handelsleute Briefe. So viel die Tax der Briefe anbelangt, soll sowohl auf das Gewicht, als auf die Partikular Briefe durch den Hofpostmeister ordentlich der Billigkeit nach gesetzt und specificirt werden, und das nach Gelegenheit und Weis des Orts, dahin ein jeder Brief gehort. (Henot erhielt 1594 einen Gnadenghalt von 233 fl.)

(H. K. A. Postakten 1528-1589.)

Gedächtnis der österreichischen Post.



und Würde restituirt wird, so ist wenig gutes dabei zu ersehen. „Ich meine es, Gott waid, maines theils Treulich vnd wolte mainen Dienst all lang Ich darley Zubleiben hab vnd so weit sich main klainer verstand erstreckt gern mit ehren an genügen thun.“

(H. K. A. Postakten 1526—1599.)  
Unterm 8. Juni 1588 verlangt Kaiser Rudolph vom Erzherzog Ernst zu Österreich freundschaftlichen und brüderlichen Rat bezüglich des durch Ableben des Hanns Wolzogen erledigten Hofpostmeisteramtes. Unterm 25. Juni desselben Jahres berichtet der Buchhalter und „Rath“ wegen Aufstellung einer neuen Postordnung anlässlich der Erledigung des Hofpostmeisteramtes. Die wichtigsten Bestimmungen dieser von Kaiser Rudolph II. unterm 14. Juli 1588 erlassenen Instruktion sind folgende:

Beim Hofpostmeisteramte wird neben dem Postmeister ein beiderer Gegen-schreiber aufgestellt, der stets im Amte anwesend zu sein und die Amtshandlungen des Hofpostmeisters, namentlich die Einnahmen und Ausgaben an Bargeld zu verzeichnen und erstens in allen dienstlichen Angelegenheiten zu unterstützen hat. Der Hofpostmeister, oder in dessen Abwesenheit sein Verwalter unterstützt dem Hofvizekanzler. Derselben haben sich täglich Vor- und Nachmittags beim Vizekanzler, bei der Hofkammer anzumelden, damit für den Fall, als etwas fort-zuschicken wäre, Rosse und Personen bereit gehalten werden. Eine gleiche Meldung hat bei den anderen Hofkanzleien und Sekretarien zu erfolgen. Die einlangenden Posten hat der Hofpostmeister dem Kanzler oder jenem, der hiezu bestimmt wird, in den Felleisen und Pulgen unverzüglich zu überbringen, in dessen Gegenwart zu öffnen, worauf der Kanzler die kaiserlichen Briefe entnimmt und dem Postmeister die Weisung erteilt, wie er sich bezüglich der anderen vorfindigen Partebriefe mit Verziehung oder Überantwortung zu benehmen hat. Am kaiserlichen Hofe soll niemand hofnig sein, Posten abzufertigen, als der Obristhofmeister, Hofvizekanzler, die Hofkammer, die ungarischen, böhmischen und deutschen Kanzleien. Wenn von dem Postmeister von anderen Hofgesinde, von den Regierungen, Land-kammern, Vitzdomen, Kommissarien und anderen Amteuten in dienstlichen Posten abzufertigen begehrt wird, soll er dies jederzeit dem Hofvizekanzler anzeigen und ohne dessen Vorwissen keine Post wegschicken. Die Posten sollen mit guten Pferden, Felleisen und Pulgen versehen sein, damit die Pakete durch Ungewitter keinen Schaden erleiden. Hierauf werden ihm jährlich 24 fl bewilligt.

Die Postboten sollen bei einer gar eilenden Post, auf welcher im Postzettel ein „Justitia“ gestellt ist, eine deutsche Meile Wegs in einer Stunde reiten, bei einer Post ohne Justitia oder Cito, in 1 1/4 Stunden. In den Legern soll Stunde und Tag der Ankunft der Post im Postzettel vermerkt werden. Die Pulgen und Brieffelleisen dürfen unterwegs nicht eröffnet werden; wenn mit einer Post die kaiserlichen Sachen an unterschiedliche Orte geschickt werden, soll der Postmeister neben dem Gegenschreiber den Postboten besondere Schreihen mitgeben, wo jede Sache abgelegt und weiter geschickt werden soll. Den Postboten ist zu befehlen, weder Carriere, noch andere Personen unterwegs auf die Post aufsitzen zu lassen, außer wenn dieselben hiezu ein besonderes offenes kaiserliches Patent oder einen vom Postmeister eigenhändig unterschriebenen und mit dessen Petschaft versehenen Zettel vorweisen.

Im weiteren folgen Bestimmungen bezüglich des Botenlohnes und Wart-geldes.

Wenn Boten zu Roß oder Fuß geschickt werden und eilende Antwort nicht von nöten sind und sie anderer Parteien Briefe mit sich nehmen, soll der gewöhnliche Botenlohn, welchen die Parteien bezahlen, dem Kaiser zu guten ver-rechnet werden. Wenn Geldposten zu fertigen, oder anderer fremder Parteisachen die eigenen kaiserlichen Sachen dadurch nicht gehindert, oder die Posten damit beschwert, u. sollen die Gebühren hiefür verrechnet werden. Der Postmeister soll die reitenden und Fußgehenden Personen in voller Anzahl halten, welche silberne Fachsen führen und in Vuser Farb gekleidet sein sollen, Soll auch khainen

dergleichen diener aufnehmen, Er habe denn seines vorigen diencens vnd verhaltens genuegsame khundschaft.“

Insbesondere soll der Hofpostmeister bedacht sein, daß kein Postmeister oder Postbote dem anderen seine Diener abrode, damit aller Orten vertraute Leute nögen erhalten werden.

..... Wenn sich begibt, daß die Wege Ungewitters, Wassers oder Schnee halber so leis wären, daß die Fußboten weder vom Hofe, noch anderen Posten aus um den vorgeschriebenen gewöhnlichen Botenlohn gehen könnten, möge ihnen der Postmeister mit Vorwissen und Gutachten des Gegenschreibers etwas wenig mehrers geben.“

„Wo wir Vns dann etwa auf ein Reiß begeben“, soll der Hofpostmeister mit Vorwissen und Bewilligung des Hofvizekanzlers, dem allen Gebräuch nach, die Postboten der Hofhaltung nach, wie es die Nothdurft erfordert, umlegen, und wenn sie nicht ausreichen würden, auf des Hofvizekanzlers Befehl eigene Posten einlegen, so lang der Hof an dem Ort verharret. Wenn derselbe aber an einen anderen Ort vorrücket, und die neugelegten Posten nicht mehr von nöten, soll er dieselben wieder aufheben. Dergleichen Posten sollen jedoch nicht zuviel ein-gelegt, und unnütze Kosten möglichst verhuht werden.

Die Postbotenbesoldungen und alle Extraordinarien hat der Postmeister aus dem Hofzahlmeisteramte zu empfangen, und jedem Postboten seine Gebühr gegen dessen Quittung zu erfolgen. Der Hofpostmeister hat zu Ende jedes Jahres seine Antsrechnung zu schicken und 2 Monate darnach mit allen zugehörigen Belegen der N. Ö. Kammerbuchhaltung einzusenden .....

Eine weitere Instruktion wurde vom Kaiser Rudolph für den Gegenschreiber erlassen. Er hat darüber zu wachen, daß der Hofpostmeister seinen instruktions-mäßigen Verpflichtungen nachkomme und wahrgenommene Mängel der Hofkammer anzuzeigen. Im übrigen enthält diese Instruktion in geringerem Umfange analoge Punkte, wie jene für den Hofpostmeister. (Die Gebühr für Partien-Geldposten wurde mit einer halben Krone für jede Post festgesetzt.) (H. K. A. Postakten Fasc. 1501—1543.)

Nach dem im Jahre 1588 erfolgten Ableben Hanns Wolzogens blieb die Stelle eines Hofpostmeisters bis Ende 1592 unbesetzt, denn erst am 17. Dezember 1592 erging ein Dekret an die Hofkammerämter, daß Ihre Maj. derselben Reichs-hofkanzlei-Registrator Georgen Pichl von Pichlberg zum Hofpostmeister an und aufgenommen, und daß ihm die Unterhaltung, so weiland Ihrer Maj. gewester Hofpostmeister Hanns Wolzogen gehabt, vom Eingang künftigen 93. Jahres ver-ordnet werden möge. (H. K. A. Postakten 1526—1599.)

An ordinari Besoldung bezog Pichl monatlich 30 fl und auf 5 reitende Hofkammerboten neben monatlichen 40 fl, für jeden ein Kleid, u. z. 6 Ellen schwarzes „Schlegel“, 9 Ellen schwarzes Futtertuch, 3 1/2 Ellen schwarzen und eben so viel weißen Farchent, oder an Stelle der Waare in allem 50 fl Rhein.

Im Jahre 1596 wurde das Postwesen im heiligen Reich, Italien und den Niederlanden durch eine in Augsburg tagende kaiserl. Kommission und Betheiligung des Cölnner Postmeisters Hennot, wieder in geregelten Gang gebracht und zur Erzielung gleicher Ordnung beim kais. Hofpostamte an den Hofpostmeister Pichl die Prag 12. August 1596 folgendes erlassen: „..... demnach Merklich daran gelegen, das die brief vnd Paket, welche von dann auß bey allgemeiner wochen-tlichen ordinari fortgeführt werden, in bestimmter Zeit an gehörige orth khomen, vnd aber solches zu erlangen vnmöglich ist, wan die Post alhie mit eben Zue angesetzter Zeit abgehret, In dieselbe aufzag die Correspons der Posten verweist vnd bey den Handels Leuten, denen oft an Irer briefbeförderung alle wolfarth hanget, hernach Mezger vnd hainbliche Neben Postenwerck verursacht. So soll forthin obgedachter Kay: Oberster Hofpostmeister durchaus, vuerhindert Jemandis widigen Anschuhens vnd ohne einigen Respekt vilbesagter ordinari Ihre Abfertigung gestrackt, Zue gebrüchlichen stundt Lassen: vnd dieselbe gar keines wegs souernag Zuruckh od aufhalten, Sond da es Ihrer Kay: Mjt: notturtt erfordert, die hind-



stendige brief bey eigner Post oder Staßeta, oder wann es ein fremden betrifft, und Ers mit denselben Posten, vorwissen des Herrn Reichs hof Vice Canzler, hernach schicken, das sonsten, was durch Neue Verordnung d. Reformierte Lauf des Postwesens, Zu Ihrer Mt. nachtheil und gemainen schaden, widmß in Zerüttung klame, wurde Ir Kay: May: hierüber Inquisition, und nach befündung straf für zunemen mit vmbgehn. . . . Im weiteren wird der Hofpostmeister beauftragt, sich mit Hnnot bezüglich des regelmäßigen Postenlaufes zwischen Prag und Augsburg und der ausländischen Postanschlüsse ins Einvernehmen zu setzen, und je ein Exemplar der diesfälligen schriftlichen Vereinbarung der Reichshofkanzlei und der in Augsburg rücksichtlich des Postwesens deputirten kais. Commission vorzulegen. (H. K. A. Postakten Fasc. 1601—1643.)

Piel) versah das Obrist Hofpostmeisteramt bis zu seinem Ende 1610 eingetretenen Tode. Am 26. Mai 1611 wurde dessen Wittwe Hedwig beauftragt, das Obrist Hofpostamt dem Lamoral Freiherrn von Taxis zu übergeben. In dem an den Kaiser gerichteten Gesuche um eine Gnadenbefreiung erwähnt dieselbe, daß ihr verstorbener Ehegatte vom Austritte des Hofpostmeisters bis Ende 1610 seine Hofbesoldung nicht erhalten und der Ausstand einschließlich des zu Sr. Maj. höchsten Nothdurft hergebrachten baaren Geldes sich im ganzen auf 10.382 Gulden belaufe, weshalb sie um die Veranlassung bittet, daß ihr dieser Ausstand noch vor Abbreitung des Amtes durch Taxis beglichen, oder aber „mit einem gewissen Bezahlungsmittel“ versichert werde. (H. K. A. Postakten 1601—1643.)

Lamoral Freiherr von Taxis wurde anlässlich des Austrittes des Reichs-Postgeneralates am 19. September 1612 vom Hofpostmeisteramt entbunden und zugewiesen, dasselbe selbst aller Zugehör dem kaiserlichen Rathe und N. O. Postmeister Carl Magno zu übergeben. 1620 littet Magno, daß ihm in Anbetracht seiner 47-jährigen Dienste und der dabei erhaltenen „Zuehuf“ ein lautes Gnadengeld bewilligt und sein ausständiger Austritt erstattet werde. Hierüber erfolgte am 10. Oktober 1620 der Bescheid, daß es niemals Brauch gewesen, den Postmeistern wegen des Postwesens, das ohnehin ein Gutsdameant, dergleichen zu bewilligen. Damit er aber „spürren“ und vermerken müsse, daß die Mt. Ihme auf gnaden gewogen, Wollen sy sich selbst Ander seiner Außer der Postwesens geistlicher schweren Commissionen und diensten gndist Zuerinnern, Alß verwilligten sy Ihme subernehmlich für dieselben und gar nit wegen des Postambtsdienst, Zue einer gnaden ergetzlichkeit 7000 fl. rh., welche Ihme auß deren österreichischen Ämtern, darauf der N. O. Cämmer die auftheilung zumachen, und der bezahlung halber die nothdurft Zuerordnen, bereits annehmen worden, entrichtet und ausgezahlt werden sollen, wß er aber obangeregten seines Anbistrestes halber hierbey melden thut, wß solcher noch nit liquidirt und wußte man nit, wie hoch sich derselbe eigentlich belaufen möchte. Vndt obzwar Ihre Mt: Ihme dessen weill der auch sere, gleichfalls gnedigst gern contandirt vndt befriediget sehen wollten, So setzen doch die mit hiezu der Zeit, bei andern dergleichen obliegenden schweren vmbzugehlichen aufgaben ja nit vorhanden, dertwegen Er sich darauf ansezo biß etwan mit vndt gelegenhait Zue abstatung dies restis sich prestiren vndt eraign, gnedwillig geduldet wiederol.“

Mit 28. September 1620 wurde Carl Magno vom Obristen Hofpostmeisteramt entbunden. (H. K. A. Postakten 1601—1643.)

Von dieser Zeit ab hokfoide das Amt des Hofpostmeisters sein Sohn Hanns Jacob Magno.

Untern 16. Jänner 1622 fertigt Kaiser Ferdinand II. denselben eine Schuldverschreibung über die seinem verstorbenen Vater schuldigen Forderungen im Gesamtbetrage von 20.080 fl. 5 kr. Rhein. aus u. z. 7000 fl. Gnadengeld, 1002 fl. 27 kr. als verbleibenden Rechnungsrust und 3723 fl. 32 kr. an ausständiger Besoldung sammt 6 p. Cto. jährlichen Interesse vom Rechnungsrust, welche ihm, seinen Erben oder conjuengen, welche diese kaiserl. Verschreibung in Händen haben, aus allerhand einkommenden Gefällen, Confiscationen, Lebens- oder Pönaligkeiten

oder die Magno selbst namhaft machen wird, gewiß und unfehlbar zu bezahlen sind. (H. K. A. Österr. Gedruckt 1620—1624.)

Am 24. Oktober 1622 hat Hanns Jakob Magno, kais. Rath und Obrister Postmeister in Österreich, Ungarn, Böhmen und den incorporirten Ländern mit Hanns Christoph Freiherrn von Paar zu Hartberg und Klotenstern, kais. Rath, Kämmerer und Obristen Hof- und Erbland Postmeister in Steyer einen Vergleich geschlossen, nach welchem Magno das ihm verschriebene Obrist Hofpostmeisteramt mit aller Zugehör dem Freiherrn von Paar zu Georgi 1623 unter folgenden Bedingungen abtritt: Freiherr v. Paar hat dem Magno zu Georgi in gangbarem Geld zuerst 10.000 Gulden und 3 Monate darnach 5000 Gulden zu bezahlen und außerdem 6 schöne „Gutschen hoch oder Stuten“ zu geben, ferner soll bei der bevorstehenden Reise des Kaisers nach Regensburg, Freiherrn von Paar das obriste Hofpostamt unter seinem Namen allein dirigiren, bestellen und genießen, doch mit dem Vorbehalt, daß ihm Magno zu bezugtem Georgi und nach Erlang der 10.000 fl. neben dem österreichischen Obristen Postmeisteramt und dessen Zugehör, auch das ganze Briefgeld von den am kais. Hof anwesenden Hofschaffern, Agenten und Residenten sammt dem nächst einkommenden Neujahrgeld allein überlasse. Dieser Vergleich wurde außer von den beiden Contrahenten auch noch von dem geheimen Rath und Hofkanzler Johann Baptist Verda von Vedenberg auf Glattegg unterfertigt. (Einst. Versuch einer Erklärung des Postregals II B. S. 1000—1002 und H. K. A. Postakten.)

Am 26. April 1623 gütigte Hanns Jakob von Magno, Freiherr auf Murwitz und Mitterhof den richtigen Empfang der von Paar bezahlten 15.000 fl. mit dem Befugnis, daß er „mit disen All sein in Händen habenden das nehen Abbreitung der Posst Herrn von Paar gnedwillig auch Wolkhürlich remittire vndt ubergebe“. (H. K. A. Postakten 1601—1643.)

Hanns Christoph Freiherr von Paar trat das österreichische Obriste Hofpostmeisteramt mit 1. Mai 1623 an; von da ab verblieb dasselbe in der Familie Paar. Die Nachfolger des Hanns Christoph Freih. v. Paar in diesem Amte waren Rudolph Freiherr von Paar (1637), Ferdinand Freiherr von Paar (1659), Karl Freiherr, später Graf von Paar (1645), Francisca Polixena von Paar und die Vormundschaft der nach Karl Graf von Paar hinterlassenen Kinder, besonders Karl Josephs des ältesten (1674), Karl Joseph Graf von Paar (1678), Johann Adam Graf von Paar (1726), Johann Leopold Graf von Paar (1737), Johann Wenzel Graf, später Fürst von Paar (1741), Wenzel Fürst von Paar (1792), Karl Fürst von Paar (1812), Karl Fürst von Paar (1851). Ausführlieheres wird im Abschnitte „Leben-Verleihungen“ und „Familie Paar“ besprochen werden.

Sonstige Hofpostmeister: In Graz: Johann Baptist von Paar (1570), Hanns Friedrich Freiherr von Paar (1608), Hanns Christoph Freiherr von Paar (1613). In Tirol: 1493 stalt Maximilian I. dem Jan de Taxis einen Verleihbrief aus, in welchem derselbe an der Spitze des Postwesens unter dem Titel „Hof-Post-Generat“ von Tirol und den incorporirten Ländern steht. Gabriel de Taxis (1515 und 1561).

In den Ober- und Vorderösterreichischen Ländern: Paul von Taxis (1524), Andreu von Taxis (1615), Wolf Dietrich und Paul von Taxis (1620), Franz Werner Freiherr von Taxis (1661), Leopold Graf von Taxis (1727), Joseph Graf von Taxis (1769), Alexander Graf von Thurn und Taxis (1791). Ausführlieheres folgt im Abschnitte „Leben-Verleihungen“ und „Familie Taxis“.

## 2. Das Oberste Hofpostamt in Wien.

Baselso ist aus dem früheren „Obristen Hofpostmeisteramt“ hervorgegangen. Im Jahre 1660 berichtet Caspar Lichtenberger, daß er mit der Posterei seit seines Schwagers Mathias v. Taxis todlichem Abgange (1659) nichts zu thun gehabt. Zur Zeit aber, als er das Hofpostmeisteramt verwaltete, das fast durch 15 Jahre in Kriegs- und Friedenszeiten gesehehen, sind an Postausgaben bei 4 bis 6000 fl.



jährlich aufgegangen, aber in der -Schmuggallischen Kriegs Enndt Porung, allda es vill Postirns vnd Einlegung der Posten von Ainem Orth zu dem Andern gehen, bis in die 8000 Gulden-. Am 14. Juli 1588 wurde, wie schon vortun erwähnt, von Kaiser Rudolph II. eine eigene Instruktion für das Oberste Hofpostamtsteramt und für den dortigen Gegenschreiber erlassen 1625 erscheint Peter Stockmayer als Oberster Hofpostamtsteramts-Verwalter.

In der Resolution Kaiser Ferdinand III. vom 8. August 1640 an die hüttere Jassene Hofkammer findet sich die Benennung „Obriht-Hofpostamt“ vor. Diese Resolution betrifft die Bitte des kaiserl. Mundschenken und Obrihten Erbland Hofpostamtsteramts-Verwalters Ferdinand Prohneru von Paar um Nachschuß des Rechnungsausstandes. In derselben heißt es unter andern: „..... daß von der von Paar den von dem Obriht hof Postamt verbleibenden Reichtums Rest vndwärsprechlich gutt zumachen schuldig, vnd daß wir weil derselbe mit bezahlung dessen nit aufzukommen weiß, aber bemelt hof Postamt wid zurück Zuenemben, vndt damit anderwerts vnsers gefallens Zuchdisponiren genugsamen fug haben ..... Jedoch aber wollen wir dessen allen vngewisset den geraden Weg vndt daffels habenden welltloffenen reichts nit ergreifen, sondern die Clemenz dem stricto dari vorziehen; vndt offgedachten von Paar by vnselchem Obriht hof Postamt vndt darüber erlaugten lohen fortan gütst vorziehen lassen. Jedoch daß er auß offgedachten ausstandts halber, den wir lüne keinesweges nachzuschien gedacht, auf gewisse weiß, deshalber mit lüne Tractation anerphogen gedulmende richtigkeit machen thue; ... All haben wir auch hiernit commissison aufftragen wollen, daß lbr besagten von Paar ein vndt anderst beweglich vndt nit außföhrlicher remonstrant vorlitten, vndt darauf mit lüne anstalt seines reitungs Rests, welcher sich nit Zuschlagung der mangelt Posten zusammen biß in die ainmal Hundert Tausendt gulden vrsreckt, auf ein Summa von Sechzig biß in Siebenzig oder achtzig Tausendt gulden anordnen, vndt der bezahlung halber, Jedoch auf vnsere gütte ratification dahin schiffen sollet: daß er biß zue abstattung der vergleichenden Summa die Helffte der ein- khomben des Obriht. hof Postamts auß überlaß, vndt biß solche Summa villig eingangen, der Postverwalter von auß in die pflicht genemben, oder aber ein gegen- schreiber, oder eine Person, welche aussehe, wie man alda handlen thut, gehalten werde.“ (H. K. A. Postakten Fasc. 1644—1659.)

Am 17. Jänner 1641 wurde Johann Melzer als Gegenschreiber dem Obrihten Hofpostamto zugewiesen. Nach der ihm erteilten Instruktion erhält er seine Session in der Amtstube, woselbst er Vor- und Nachmittags anwesend zu sein und die eingehenden Gelder zu verzeichnen hat. Über die Eingänge hat er wöchentliche Extrakte der Hofkammer vorzulegen. Das haare Geld soll dem Paar und seinen Beamten in Händen gelassen werden; von diesen Barreingängen bezieht er eine jährliche Besoldung von 500 fl. Weil die Käuflente, die Reichs- und andere Agenten, wie auch etliche fürstliche, gräfliche und andere hohe Personen meistens kein Postgeld ordinarl reichern, sondern jährlich zum neuen Jahre „etwas ergebiger“ bezahlen lassen, soll der Gegenschreiber die Gegenrechnung nicht „confuse führen, sondern dieselbe in ordentliche Rubricas eintheilen“. Von den Filial-Postämtern, die seitens des Paar in einem gewissen Bestand überlassen worden, soll er sich Abschriften der Bestandrubric oder „Span Zettell“ einhängen lassen. Die ankommenden Post-Pakete sollen nur im Beisein des Gegenschreibers eröffnet werden. Die eingehenden Gelder sollen je einen Selbstseßel haben, belegt und ohne Beisein des Gegenschreibers aus derselben nichts herangezogen werden. Der Gegenschreiber unter- steht dem Kaiser und der Hofkammer. (H. K. A. Postakten Fasc. 1644—1659.)

Das damalige Personale des obrihten Hofpostamtes bestand aus einem Verwalter und 4 Schreibern. Von den letzteren begleiteten immer 2 den Hofstaat bei vorfallenden Reisen. Die Schreiber erhielten vom Paar keine Besoldung, sondern Liegestätte, Verpflegung und ein Neujahrgeld. (H. K. A. P. A. 1601—1642.)

Der kaiserliche Empfang des halben Theiles des Obrihten Hofpostamtsgelbes betrug im Jahre 1642: 2690 fl 40 kr, 1643: 4065 fl 8 kr, 1644: 3676 fl 40 kr, 1645 Jänner bis Juli: 1590 fl 39 kr.

Am 5. Mai 1646 wurde der für das Obriht Hofpostamt eingesetzte Sequester oder Gegenschreiber aufgehoben und dem Obriht Hofpostmeister die Einnahme der ganzen Postamtsgelbe wieder überlassen.

Im Jahre 1631 kommt Jakob Friedrich, 1650 Jakob Ignatz Chenuallier, 1734 Wenzel Ernst Schmatzer, 1750 Sebastian Wolfgang Krafft, 1751 Franz Anton Bihl, 1771 Johann Georg Seidel, 1778 Michael Plankb, 1788 Franz Neumann von Neuersheim, 1801 Josef Pruckmayer, 1812 Alois von Giuliani als Verwalter des kais. Obrihten Hofpostamts vor. 1655 erhielt das Obriht Hofpostamt außer den Besoldungen für die Postbeförderer zur Beförderung der ordinarl Posten von Wien nach Prag und ins Reich auf 2 Pferde monatlich 20 fl, von Wien nach Graz 16 fl, ebenso viel für die Beförderung der Posten nach Ungarn und für die unterlegte Post in Schwelat, sonach jährlich in Summa 816 fl. Für die Zeitperiode vom 1. Mai 1639 bis 14. Februar 1661 empfing das Obriht Hof- und N. O. Postamt 133,483 fl 3 kr, jeder Gulden zu 15 Pazen oder 60 kr gerechnet. Die Ausgaben für Fußboten, ordinarl und extraordinari reitende Kammerboten, Postbeförderbesoldungen und andere Einstellungen betrugen in dieser Zeitperiode 173,976 fl 40 kr.

Nach einer Spezifikation vom Jahre 1634 wurden vom kais. Aerar an die in den Erbländen stehenden Posthalter und Beförderer folgende Besoldungen jährlich bezahlt: In Ungarn 19,600 fl, in Böhmen 7812 fl, in Schlesien 1156 fl, in Glatz 304 fl, in Niederösterreich 5808 fl, im Land ob der Enns 2208 fl, in Innerösterreich 9728 fl 40 kr, in Steiermarken 3310 fl, in Summa 48,426 fl 40 kr.

Nach einem Extrakte aus den Wienerischen Hofpostamtrechnungen vom Jahre 1695 wurden auf die 14 Posten zwischen Wien und Passau jährlich 2688 fl bezahlt, wovon auf je einen Postbeförderer 192 fl entfielen; für die 5 Postbeförderer zwischen Wien und Salzburg für jeden 192 fl, für die 6 Postbeförderer auf der Prager Strasse, für 4 auf der Strasse nach Steinmark (Graz) und für 2 doppelte Posten in Ungarn für jeden Postbeförderer nach Abzug des Viertels 143 fl.

Aus einem in der Handschriftensammlung der k. k. Hofbibliothek 14,856 Suppl. 2288 befindlichen Manuscripte „Tractatus de Observationibus Postae Historico-practica“ vom Jahre 1715 ist über die damaligen Dienstverhältnisse des Obrihten Hofpostamtes folgendes zu entnehmen: „Die Post ist nirgends wohlfeiler, auch besser reguliert, als in den kais. Erbländern, woselbst, Schlesien ausgenommen, keine ordinarl fahrende Post oder sogenannter Postwagen für die Passagiers und schwere Waaren ist, sondern alles per extraordinari Post, oder nach erlangter Permission vom H. Verwalter mit der ordinarl Briefpost reit- oder fahrend geht. Zu beiden ist ein Zettel vom Reichs-Vizekanzler als protectore postarum, oder dessen Stellvertreter (jede Imperiali autem vacante gibt diesen Zettel der vherr. Hofkanzler, bei welchem die Reichspost auch geöffnet wird), von unten die Passagiers, sie gehen mit extra- oder ordinarl Post zahlen daher noth dem Aufschlag von 30 kr. von der Kutsche und 16 kr. Trinkgeld auf Parkersdorf, Badersdorf und Hohenau als einfache, auf Traiskirchen, Fischamend und Wolkersdorf als doppelte Post 30 kr. für den Postillon, für jedes Pferd nach den ersten 3 Orten 45, nach letzteren 1 fl 30 kr. Für jede Person, den Postillon mit einbezogen, wird 1 Pferd gerechnet, wann aber der Schwere des eigenen Wagens, Passagere, oder schlechter Wege halber mehr Pferde genommen werden müssen, als Personen sind, muß für die Mehrzahl der Pferde gezahlt werden.“

Die vorgesetzte I. Instanz ist der Verwalter. In dessen Abwesenheit geleitet das ius mandati den Buchhalter oder anwesenden ältesten Officier. Dem Obrihten Hofpostamte sind 9 Postofficiers zugeordnet. Ihre Funktion besteht hauptsächlich in der Übernahme und Scontierung der eingehenden Posten. Taxierung der Briefe und in der Vorsehung des Haupt-, Nach- und Nebendienstes. Den Hauptdienst



haben jederzeit 2 u. z. einer auf der Zahl-, der andere auf der Freitafel zu versehen. Der Dienst beginnt Montag Früh und endet Sonntag Nachts. Diese beiden Offiziere sind verbunden, neben der Expedition der Staffeten und eigenen Posten alle ankommenden Briefschaften auszuliegen und zu distribuieren, diejenigen, welche nicht abgeholt und bestellt werden können, den Briefträgern vorzuzählen und deren Portobetrag aufzuschreiben, die übrigen aber in die Liste einzutragen.

Der Nachdienst wird von 2 Postoffizieren versehen und besteht im Fahren zur Eröffnung mit den Reichs- und Venetianer-Posten, und zwar mit den ersten zum Reichsvicekanzler oder in dessen Abwesenheit zu einem Reichshofrat, mit den letzteren zum Hofkanzler, dann in Sortierung der Posten, Auslegen der von anderswo hier eintreffenden oder weiter gehenden Briefschaften, und in der Briefannahme am Mittwoch und Samstag.

Die Nebendienenden Offiziere sind verbunden, sich bei den Reichsposten einzufinden Mittwoch und Samstag die aufgegebenen Briefe auszuliegen, den Briefträgern beim Binden der Pakete behilflich zu sein und neben den Nachdienenden die auf die Poststrassen abzufertigenden Sendungen einpacken zu lassen.

Briefträger sind 3, nämlich der Frei-, Zahl- und Vorstadt-Briefträger. Der Freibriefträger hat alle ankommenden Staffeten und eigene Posten und diejenigen Briefe, die den postfreien Personen zugehören, am Donnerstag und Sonntag Früh zu bestellen.

Der Zahlbriefträger hat die eigenen Staffeten und Briefe, die nicht befreien zuständig sind und ihm von dem Postoffizier vorgezählt werden. Donnerstag und Sonntag, dann Briefe an Wechsler und Kaufleute, welche außer der Zeit ankommen, am Mittwoch entweder selbst oder durch seine Leute zu bestellen.

Der Vorstadtbriefträger hat die Vorstadtbriefe zu bestellen.

Die Briefträger bekommen am Kostgeld 2 fl 20 kr wöchentlich, an Neujahrs-geldern erhält jeder gegen 500 fl, und an Neujahrsprämien von den Postoffizieren circa 140 fl; außerdem haben sie ihren Theil von anderen kleinen, aus den Klöstern und vom Hof kommenden Legationen, und zwar jeder 2 Kerzen, eine halbpfündige goldene Hof-, eine vortreffliche von den Augustiner Baarfüßlern, dann alljährlich schwarzes und rothes Wappenstein, das wenn einer stirbt, sind die Wiener Franciscaner verbunden, nicht allein wie die Capuziner gewisse Messen zu lesen, sondern auch ein Sodenamt zu halten.

Die Postkassen erhalten wöchentlich an Kostgeld 1 fl 30 kr und die Postkassen 1 fl 15 kr; außerdem jährlich einen Rock, und verdient ein jeder durch die verrichtenden Räte mit Passagiers und Staffeten monatlich etliche 20 fl. Die Aufschöner erhalten jährlich einen Livree-rock mit dem Schild n. bei verrichtenden Reisen von jeder Meile 15 kr von jenen, welcher sie schickt.

An Neujahrsgebern bekommen die jüngeren Postoffiziers 240 bis 240 fl, die älteren 500 bis 600 fl.

Das Spediergeld für Stadtkassen beträgt 1 fl 20 kr; hievon bezieht der Amtsverwalter den dritten Theil, der übrige Theil wird zu gleichen Theilen zwischen dem Buchhalter und den anwesenden 4 ältesten Postoffizieren getheilt. Außerdem werden für die Staffeten 15 kr für den Postillon, 45 kr für die einfache und 1 fl 30 kr für die doppelte Post gerechnet.

Der Amtsverwalter, Buchhalter und älteste Offizier genießen je ein Hofquartier. Der Buchhalter hat als Accidens für die Attestationen von den gegen Receptisse zu bestellenden Privaten und gerichtlichen Schreiben den hierfür entfallenden Gehalt.

In Abfertigung der Posten erfolgte von Wien aus auf 6 Strassen, und zwar der Schlesiischen, Böhmischen, Reichs-, Gräzer, Ungarischen und Kroatischen Strasse.

Anlässlich der mit Juli 1722 in den Erblanden eingeführten neuen Post-einrichtungen wurden beim obersten Hofpostamte 2 Cassa-Controlores bestellt.

Um das Postregime und die Postmanipulation in eine bessere Verfassung und Einrichtung zu versetzen, hat die Kaiserin Maria Theresia am 31. Dezember 1749 die Direktion des Postwesens, mit Ausnahme der Staats- und anderen geheimen Angelegenheiten, bezüglich welcher sowohl das Oberste Hofpostamt, als die übrigen Postverwaltungen an den geheimen Hof- und Staatskanzler verwiesen blieben, dem Friedrich Wilhelm Grafen von Haugwitz, Präsidenten des in publicis interna et cameraibus bestellten geheimen Directorii übertragen und zugleich angeordnet, daß zur diesfälligen Einrichtung Freiherr von Lilien beigeordnet werde. Hievon wurde unterm 14. Jänner 1750 der Oberste Hofpostamtsverwalter Sebastian Wolfgang Crafft mit dem Auftrage in Kenntniß gesetzt, das Personale anzuweisen, allen Anordnungen des Freiherrn v. Lilien nachzukommen.

Am 15. Oktober 1750 hat Baron Lilien die temporäre Direktion des Wiener Obersten Hofpostamts übernommen.

Anlässlich der im Jahre 1753 erfolgten Neuregulierung der Hof- und Länderstellen wurden die Postgeschäfte zum Theile und unter gewissen Beschränkungen von den Länderstellen und zum Theile von den vereinigten Hofstellen (z. B. vereinigte Böhmische und Oesterreichische Hofkanzlei, Hofkammer und Ministerial-Fanco-Deputation) behandelt. Das Oberste Hofpostamt bildete hievon eine Ausnahme, indem dasselbe vom 1. Mai 1753 ab unmittelbar der vereinigten Deutsch-erbländischen Hofstelle unterstellt wurde, und alle Berichte, Anfragen und Anzeigen unmittelbar an dieselbe, sowie an die ungarische und siebenbürgische Hofstelle zu richten hatte.

Dieses abweichende Verhältniß der Obersten Hofpostamts-Verwaltung, deren Wirkungskreis sich nunmehr nur auf Niederösterreich beschränkte, entsprang daraus, daß sie in der Residenz des A. H. Hofes ihren Standort hatte, von wo aus alle Postenläufe in Bewegung gesetzt wurden, und jeder Zeitverlust vermieden werden mußte, der sich sonst ergeben hätte, wenn alle Verfügungen den Weg durch die Landesbehörde hätten nehmen sollen. Sie war zugleich ein manipulirendes Briefpostamt in ihrem Standorte.

Vom 1. April 1755 ab wurde die kleine Brief- oder Stadtpost in Wien mit dem Obersten Hofpostamte vereinigt.

Mit der A. H. Entschliessung vom 27. April 1829 wurde die Vereinigung der Direktion der fahrenden Posten mit der Obersten Hofpostverwaltung in Wien genehmigt und angedeutet, daß die Zentralstelle in Wien auch in Hinkunft den Namen der „Obersten Hofpostverwaltung“ zu führen hat.

Von da ab bestand in Wien als manipulirende Stelle das „Hofpostamt“, welches sich im Jahre 1845 in 9 Abtheilungen, und zwar in das Briefaufgabamt, Briefpostabgabamt, Speditionamt, Staffeten-Expedition, Zeitungs-Expedition, Fahrpostaufgabamt für Frachtsachen und Geldbriefe, Frachtabgabamt, Geldbriefabgabamt und die Expedition der Eil- und Expressposten gliederte. Demselben waren 364 Beamte und Diener zugewiesen. Mit der Leitung dieses Amtes war ein „Hofpostamts-Director“ mit dem Titel eines kaiserlichen Rathes in der VII. Dienstenklasse und mit einem Gehalte von 2000 fl und dem Genuße einer Naturwohnung betraut.

### 3. Sonstige Postanstalten, ihre Verleihungen und ihre Organe.

In den Postämtern des 16. und 17. Jahrhunderts kommen die Bezeichnungen „Lager, Post, Postministerium, Postamt“, und als ihre Vorweser „Postboten, Postmeister, Postbeförderer, deren Verwalter, Posthalter, Postweser“ vor. In verhältnißmäßig Organe waren in Antessachen in den Erblanden dem Hofpostminister

\*) Der Titel „Oberste Hofpostamtsverwaltung“ leitet von jenem Zeitpunkt seinen Ursprung ab, wo sich die Leitung des gesamten Postwesens noch in den Händen des Fürsten Paar befand und das Wiener Postamt zugleich das Zentralbureau für alle Provinzial-Postverwaltungen bildete. Der Beizitz „Hofpostamts“ verleiht jedoch nicht auf den Umstand, daß die Wiener Postamtsverwaltung ehemals bei Hofeisen und überhaupt in Postangelegenheiten gewissermaßen als ein Hofamt fungierte.

Geschichte der österreichischen Post



unterstellt. Die Postdienststellen wurden in der ersten Zeit durch den Kaiser, späterhin Hofbedienten auf Lebensdauer verliehen, oder einzelnen Personen durch Regentenbriefe die Anwartschaft auf selbe im Falle einer sich ergebenden Vacanz zugesichert. Die Verleihung erstreckte sich mitunter auch auf mehrere Posten zugleich. Auch vereinzelte erbliche Verleihungen fanden statt. Späterhin erfolgte die Besetzung der Postdienststellen durch den kaiserlichen Hofpostmeister, welcher letzterer Hofamt 1621 dem Hans Christoph Freiherrn von Paar und seiner mündlichen Descendenz zu Leben gegeben wurde.

Unter dem 17. April 1619 hat der Linzer Postverwalter Moritz von Paar den König Ferdinand I. gebeten, er möge seinen 2 Söhnen Bernhard und Christoph die 2 Posten Linz und Eila, nach seinem Absterben confirmiren und verschreiben. In dem ersten Briefe führt Paar an, daß er die ordinari Posten Linz und Eila, welche ihm auf dem jüngst verlebten Reichstag zu Worms von Könige auf Lebensdauer verliehen wurden, durch 25 Jahre mit überstandener großer Gefahr versehen, daß er zu dem König eine Zeit her, sonderlich im jüngsten Schmalkaldischen Aufbruch der Kön. Maj. und der Königl. Maj. auch andern Posten und sonst zu viel andern Possier Reisen gedient hat. In der Urkunde vom 18. April 1619 wird dem Moritz von Paar für seinen ältesten ehelichen Sohn Bernhard und im Falle desselbe mit Tod abgehen sollte, für seinen andern ehelichen Sohn Christoph ein Versicherungsbrief über diese beiden Posten erteilt. (H. K. A. Postakten 1526—1599.)

Am 13. Mai 1561 schreibt Kaiser Ferdinand I. über Ansuchen des Postmeisters Innocentius de Taxis zu Füssen dem Sohne desselben Johann Baptista diese Post nach dem Absterben des Vaters auf Lebensdauer.

Am 12. Juni 1563 verleiht Kaiser Ferdinand I. dem Postmeister zu Trient, Johann Baptista Bordogna von Taxis, nach seinem „Erm und Vater“ die zwei Posten Valargna und Roverbella, „so außerhalb Unserer kaiserlichen Grafschaft Tirol auf Mantua zu gelegen und doch Uns zu verbleiben zuständig“ auf Lebensdauer mit allen Besoldungen, Zuständen, Nutzungen und Zugehörigen. Doch soll er diese Posten jederzeit mit guten Kosten und in anderweg zur Beförderung der Posten „Radlicher“ nach Nothdurft und dermessenen versehen, damit die Posten jederzeit bei Tag und Nacht hin und wider geföhrt und befördert und darin kein Mangel, Abgang oder Unfall „gespiert“ werden. (Archiv Min. d. Innern, Belgien zum Akto G. A. 4 Nr. 18 vom Jahre 1740.)

Am 1. Jänner 1576 verleiht Erzherzog Ferdinand dem Johann Baptista Bordogna von Taxis das Postamt zu Bozen, welches zuvor Wilhelm v. Taxis inne gehabt, auf Lebensdauer. Er soll die Post heilig und tren versehen, die erforderliche Anzahl Rosse halten, die Posten von einer zur andern fertigen, die erforderlichen Insen oder aufhalten, dazu auch keine Post eröffnen und in den Poststellen die Zeit der Ankunft und Abfertigung der Posten verzeichnen. Die ordinari Besoldung soll ihm durch den Hofpostmeister gerecht werden. Er soll des Kaisers Nutz und Frommen fördern, Schaden warnen und wenden und alles thun, das ein getreuer Diener seinem Herrn zu thun schuldig und verbunden ist, was er auch gelobt und geschworen. Thäte er dies nicht und würden Kosten und Schaden derselbe die Post Bozen neben jener zu Trient nicht versehen können, wird ihm bewilligt, das Postamt Bozen durch einen geschickten und tauglichen Verwalter versehen zu lassen.

Am 2. April 1576 verleiht Erzherzog Ferdinand dem Sohne des J. B. Bordogna von Taxis, Ferdinand Bordogna von Taxis die Post zu Bozen auf Lebensdauer und verspricht ihm die seinarzeitige Übertragung der Posten Trient, Neumarkt, Valargna und Roverbella.

Am 18. Februar 1578 erhält diese Confirmation Lorenz Bordogna v. Taxis. Am 14. April 1612 confirmirt E. H. Maximilian die 5 genannten Posten einem noch unmündigen Sohne Johann Baptist Bordogna v. Taxis. Bis zur ersten Mündigkeit hat diese Posten ein geeigneter Verwalter zu besorgen.

Am 10. August 1571 verleiht Kaiser Maximilian II seinem Hofkammerer Christoph Habeschatten das Postmeisteramt in Trient sammt der Post zu Kreuz auf Lebensdauer. Ihm folgte in diesem Amtem 1576 Georg Habeschatten und 1581 Felix Habeschatten (H. K. A. St. A. Antiqua 629.)

Am 25. Juni 1587 verleiht Kaiser Rudolph II die Posten zu Petronell und Jarndorf dem N. O. verordneten Kammerer Michael Unterberger auf allen Rechten und Gerechtigkeiten, welche der vorige Postmeister Philipp Goring gehabt, auf Lebensdauer. Er soll bei den Pflichten, die er dem Hofpostmeister an des Kaisers Statt zu leisten hat, verbunden sein, diese Posten nicht allein mit Personen und Rossen nach Nothdurft zu besetzen, sondern auch denselben in eigener Person überwachen, und die kaiserlichen Geschäfte vor allen andern sowohl Nachts und Tage zu befördern. (H. K. A. St. A. N. O. Nr. 91)

Am 10. December 1599 verleiht Rudolph II die Post zu Seghartskirchen, so jetzt zu Haidbrunn liegt, dem kais. Postboten Lucas Ehrlich, die ihm der Wiener Postmeister mit kais. Genehmigung freiwillig erbott und abgethan hat, auf Lebensdauer. Er soll dem Hof- und N. O. Postmeister in allen Ansuchen und Befehlen gehorchen sein, und alles thun, was einem getreuen Postboten gebührt. 1621 verleiht ihm Kaiser Ferdinand II, auch die Posten zu Rindorf und Stockerau auf Lebensdauer. Nach seinem Tode sollen diese Posten auf seine ehelichen Söhne übergehen. (H. K. A. Postakten 1601—1612)

Es würde zu weit gehen, alle in den verschiedenen Archivakten vorfindigen Daten über kaiserliche Postverleihungen hier anzuführen. In einzelnen Fällen den Söhnen der Postinhaber eingeräumte Nachfolge im Dienste ihrer Väter ist jedoch keineswegs als eine erbliche Verleihung des Amtes anzusehen, die bei ähnlichen Umständen erweisen sich vielmehr lediglich als Exemption oder Versicherungsbriefe.

Daß die Posten in jener Zeit zum Theile auch den Wittwen der Inhaber verliehen wurden, geht aus dem Briefe Kaiser Rudolph II vom 2. December 1599 hervor, mit welchem dem Wolfgang Thoma die Post zu Salzburg, „so jetzt zu Regensburg liegt“, mit aller ihrer Zusage und Nutzung, wie sie die vor ihm deselbst aufgestellten Postboten und „jungstun“ während Georgen Hubers nachgelassene Wittib gebraucht, genutzt und genossen haben“ auf Lebensdauer verliehen wurde. (H. K. A. St. A. Postwesen im Reich.)

1602 tritt der Postmeister von Fischmond und Schwechat, Leopold Wirth, die Post nach seinem Tode seinem Waise zu überlassen. Er erwähnt auch, daß nach ihm jetzt nötige, seine Besoldungsgewinnung aus dem Obrist Postamt wie ein Privatpostmeister, welcher die Post von Obrist Postmeister erkaufte, zu nehmen: weil aber seine Post eine kaiserlich verordnete Gutsdienst gewesen, und aus Spezialgründen die Besoldung auf des Postinhabers eigene Quittung erfolgt worden, bitte er, ihn mit den matten Gerechtigkeiten zu begnadigen und beschützen. Unter dem 12. Jänner 1603 extendirt Kaiser Leopold I die Post zu „Fischament“ nach dem Abteten des Postinhabers, falls kein männlichen Leibeserben vorhanden waren seiner Ehe Wittib auf Lebensdauer mit allen zugehörigen Nutzungen, Rechte- und Gerechtigkeiten. Dem Wirth und nach seinem Abteten dessen Ehe Wittib und Erben bei dieser Post geschätzt und geschändet werden, sollen sie und „Irer aller Leib, Haab und gueter in Kay, Egl: und Landfürst: Verspruch, Schatz und Schirm sein, auch sonst alle und jede Vord, Recht und gerechtigkeiten haben, und sich deren an allen andern Vord und orthon, ihrer Nothdurft nach, freyen, gebrauchen und genossen, darzu in Kriegs Empörungen und andern Zeiten Unserm Vnd des heyl: Reichs Kaiser- oder Königl: Adler, dergleichen Unserer Königlich, Erblichen Fürstenthumb und Landen Wappen und Churloht mit: oder ohne Unsere aufgedruckte Insigel und subscription an allen ihren Wohnungen, Heusern, Haab und guetern zu einem freyen sichern Schutz und Schutz Guardia machen und anschlagen lassen, und sonst alle und jede Gnad, Freyheit, Recht: und gerechtigkeiten nicht allein wie andere, auf welche von Vnd mit der gleichen Schutz Guardia begabt, privilegiert, sondern auch die andern



Postbeförderung vermög Unserer aufgegebenen Gratien, Und sonst den dem bisherig bestanden gemäß zu geben haben, ingeleichen sich derselben präsumieren, bedienem und gebrauchten, solche nutz- und gemeinen sollen und mögen, Von Recht od. gewohnheit, Von allermeistlich Vuerbindert. (H. K. A. Postakten 1660—1672.)

Die Hofpostmeister Paar haben die Posten gegen gewisse Verbindungen in Bestand gegeben und die Postmeisterstellen auf die Wittwen und Hinterlassenen Kinder der verstorbenen Inhaber oder auch auf die Käufer der Posthäuser übertragen. Am 28. September 1646 verleiht Carl Erb. v. Paar dem Peter Lorenz die Post zu der Neuss: „Ich Carl Freyherr von Paar auf Harburg und Krottenstein, Kön. Kay. May. Obrist Hoff: vnd Erb Landpostmeister, verleihe hiemit tragenden Obrist Hoff: vnd Erb Landpostmeister Amtt wegen Petern Lorenz von Dornkirchen auß Fländern die Post zu der Neuss, welche nach absterben Maria Tutermannin vaciret: vndt auf welche Ihn mein Herr Bruder seel. Ferdinand Freyherr von Paar noch den 12. Augusti des 1643. Jahr, die expectanz verlihen; dergestalt, damit Er Lorenz dieselbe jederzeit mit gueten vertrauten Catholischen Leuthen, auch notwendigen Pferden versehen, Ihrer Kön. Kay. May. wie auch der Hochobst. Hauff von Österreich schreiben und Sachen, so bey Tag vndt Nacht vorgebildet geborsambistes vñß forth schicken, befördern, auch sonst allen nutzen vndt frombten mit Haltung gutter Correspondenz gegen meinen anvertrauten Obrist Hoff: vndt Erb Land Postmeister Amtt jederzeit wohl trachten, vndt in Obacht nehmen, auch deru noth: vndt schaden wenden, vndt die mit argen rucken besitzen solle, also vndt mit deru behalt des Briefgeldts, so mit mir vndt Ihme ordentlich abgeredt vndt geschlossen solle werden. . . . Actum Preßburg den 28. September. Ao 1646.“ (H. K. A. Postakten 1644—1659.)

Am 3. April 1698 wurde zwischen dem Obristen Reichshof- und in den Erbkrone Reich und Landen General Erbpstmeister Carl Joseph Graf von Paar und dem Carl von Metzburg bezüglich der Verleihung des Brünnener Postamts der folgende Contract geschlossen: Metzburg soll alle Einkünfte dieses Postamts auf Lebensdauer, oder bis zu seiner etwaigen freiwilligen Resignation genießen. Er soll dagegen während der nächsten 5 Jahre n die mortis seines Vaters, d. i. vom 3. März 1698 an, anstatt der jährlichen prestation außer der zu bezahlenden Jurium Cancellariae nur von denjenigen 6000 Gulden Capital, welche Paar im Jahre 1693 von seinem Vater Georg von Metzburg aufgenommen und noch schuldig ist, das Interesse abstatten. Nach Ablauf der 5 Jahre, also Ende 1702 soll Metzburg dem Paar jährlich 500 fl Rhein. bezahlen. Im Falle dem Postamte ein größeres Einkommen zufiele, wäre auch ein höherer, zu vereinbarenden Betrag zu berechnen. Bei Ableben oder Resignation des Carl v. Metzburg versichert Graf Paar, zu diesem Dienste vor allen anderen einen der Brüder des Metzburg anzunehmen. (H. K. A. Postakten 1688—1700.)

#### Erbliche Verleihung des Postdienstes. Erblichkeits-Privilegien.

Schon im Jahre 1596 erklärte Erzherzog Ferdinand das störmärkische Obrist Hofpostmasteramt als ein „Erbpstmeisteramt“ und verlieh dasselbe dem damaligen Obrist Hofpostmeister Johann Baptista von Paar als ein Mannstehen. Am 27. Juni 1645 erfolgte die erbliche Verleihung des Hof- und Obristen Postamtes in Tirol und den übrigen Ober- und Vorderösterreichischen Ländern durch die Erzherzogin Claudia für Paul Freyherrn von Taxis und sein Geschlecht. Die königliche Urkunde lautet: „War Claudia, von Gottes Gnaden verwitwte Erzherzogin zu Österreich, Herzogin zu Burgundt, Gräfin zu Tyrol, Landt Grauin in Elßaß, geborne Prinzessin von Toscana, der Kön. Kay. Mayt: geuolmechtige Gewalt tragend auch Grafft Testaments selbst mitnormanderin vnd Regierin Weilandt vunders gezeirten Herrn Gemahls Erzherzogs Leopolden zu Öst: etc nachgelassener Erben. Heilichen und Thuen khandt Meingelich mit disen offnen Brief. Wie wol War aus augeborner Milde vnd Gütigkeit Jederzeit Gnedigelich geneigt

vndt gewogen, vnderer gedreuen diener vnd vnder Thannen Er. Nus vnd besseres auffnehmen Zube Trachten, furzunemen vnd Zuhelfordern, das doch Vnder gemüeth noch mehr vnd billlicher geneigt vnd gewillt ist, die Jeneigen mit sonder Gnaden Zubegabn: dem Voretern vnd geschlecht, auch eye selbst sich gegen den hochlobl: Handt Österr: Vnß vndt Vnßeren angelohr in Mehr weeg sonderbar verdient gemacht, vndt noch in stetir Würcklicher ge Threuen dienstbarkeit sich befinden, auch darin also Zuuerfaren gedanken. Vndt Weiden Vnß den der Eall vunders geliebten Sohns Erzherzog Ferdinanden Carls zu Österr: Liechten Ertisten Cammerer vnd Lieber ge Threier Paul Freyh. von Taxis, vnder Theuigist Zuerkennung geben, Wir auch selbstigen Gnedigsten Wissen Tragen Wahnmaßen das geschlecht deren von Taxis das General Postamt im Heiligen Römischen reich, Burgundt vnd Niderlanden, auch dem Königreich Hispania vnd andern Österr: Landen, vil lange vnd vnfürdenklliche Jahr lagedacht vndt mit hochsten Vñß, Threier vndt Erzherrzogen Zu Österr: mit Sondern Gnaden vndt Freyheiten begabt, nach Ableben des Vatern auch solches Amtt Jedermals den Sohnen Zuuerfaren Verlihen: Maben auch Letstens den Grafen von Taxis das General Postamt in den besagten Niderlanden, Burgundt vndt Heill: Römischereich Erblich Ertig geraumt worden, vndt dann Vorer mit Weniger besagtes Paul Freyh: v. Taxis Vordern das altheige Tyrolische vndt mit incorporierten Ober, vndt Vorder Österr: Landen Obriste Hofpostamt albereit in die 200 Jahr zu Kriegs: und Friedens Zeiten, Wie auch vermelter Paul Freyh: v. Taxis solches selbs vil Jahr mit vnder Theuigisten Threier, geborsambister Eifer sorg vndt Vñß Wie solches mit firmen Vñß nach laut Kaisers Ferdinand Ao 1530 denselben gegedener confirmation auf Ihme Khomen, versehen, sich auch sonst in den Jue Juewils anseuolchen Verrichtungen, vndt bishero ge Tragen Diensten, Sowol in Lezeiten Hochgedachtes vners Herrn Gemahls Erzherzogs Leopolden zu Österrreich 15m Aß in Zeit vnbarer vormundlichen Regierung, Zu allerseits sat vndt Gnedigsten Wolgedallen erzeigt, haben Wir zu Gnedigster ercancius deden mehr erhalten dieser erst: Graffschaft Tyrol, auch yrgen Ober vndt Vorder Österrischen Landen, Ehemessig Erblich unch einraumen vndt vertheilen Wollen, darneben Ihme auch die bißhero darvon getrichte gewöhnliche besoldung, Zuchel oder addition, Nuzung, Gufel, Recht vndt Gerechtigkeit, Wie seine Vnordern, vndt er solche vnt dato hergebracht, genutz vndt genossen, auch noch in Kön: reich vndt Österrischen Landen obsauert Würdet, furtin zuuehen vndt vertheilen sollen. Thain vndt vertheilen Imo solches alles auch hienit Wissenlich vndt mit Wolgedachten Mueht, für vñß vndt Nachuolgendie Regierende Herrn vndt Landtsfürsten dieser erst: Graffschaft Tyrol vndt genuet incorporierten Landen in craft diß, vndt mein, setzen vndt Wollen, das aber besagter Freyh. von Taxis vndt seine Descendanten oder familia sich dessen also beliebiglich gebrauchten, geniessen, vndt erfreyen sollen und mögen, von aller Meinglich vuerhindert. Doch Vnß vndt einen Jaden nachuolgendten Regierenden Herrn vndt Landtsfürsten in anderweeg an Vnders Rechten vndt gerechtigkeiten einuorgriffen, vndt vñßdlich. Vnß gepieten darauf vnderen Jeng: vndt künftigen Ober Österrischen Regiments vndt Camer Wölen, auch sonst allen Prelaten, Grauen, freyen Herrn, Rittersn, Knechten, Handllichen, Landnagten, Vögten, Plegern, verwißern, Landtrichtern, Ambtlichen, Schultheiden, Burgermeistern, Richtern, Rathen, Burgern, gemeinten, vndt sonst allen anderen vnders Österrischen vormundschafft Vnder Thacen vndt ge Threuen, Was Werden, Standes, oder Wöden die sonndt, vndt insonderheit allen vndt Jaden disen Österrischen Hofpostamt vndergebenen Postmeistern, vndt deren verwebern, das sie offgemelten Freyh: von Taxis vndt seinen Nachkommen am Geschlecht also dafür erkennen vndt halten, auch an dñß Vnßerer concession vndt verwilligung nil hintern, noch Iron, darwider selbs nicht Thuen, noch das Jemandt andern verstaten In khain weeg, als Lieb einen Jaden sey, Vnßer schwere Vnßand vndt Straff Zuuerweiden.



starke am Tage benutzte vierzig Maath heizes gotts, die ein jeder, so oft er treffend thut darwider handete, halb der obersterr. Camm und den andern kahlen Thail vergrachtet. Frey v. Taxis seinen Erben und Nachkommen ein-  
 feldbar Zukunften schenck sein solle, mit Verkauft die Breits vander vündern  
 Erstgült; Insel hochtrugt, der geben ist Zu Insurgens den Sieben vnd zwain-  
 zigsten Tag des Monats Juny nach Christi vnderen Liden Herrn vnd Selig-  
 nachers gebort in sechshundert und fünf vnderzigsten. (Angh. Bn. d. Innern  
 A. 4. No. 224)

Unterm 1. März 1678 wurde seinem Sohne und Amtsnachfolger Franz Werner Freih. v. Taxis vom Kaiser Leopold I. der Titel und das Prædicat: „Hof- und General Erbpothecarier der O. und V. O. Lande“ verliehen. (Arch. Min. d. Innern H. A. 4 No 17. und V. C. 4.)

Diese nur vereinzelt für höhere Postdienststellen verliehenen Erbhöfkeiten, welche in der Folge in Mannslehen umgewandelt wurden, erscheinen ausschließlich als Grundbesitzen und Befolgungen für besondere Verdienste bestimmter Familienmitglieder um den Staat und Hof.

Diese Erblichkeitsverleihungen dienten in späteren Zeiten zum Vorhilde bei Bestätigung der Landpostmeisterstellen. Man trachtete, die Landposten in jeder Beziehung an die Vermögensgünstigen und im Orte Geburte besitzenden *Jacques* zu übergeben und beim Absterben des Postmeisters das Amt seiner hinterlassenen Witwe, einem seiner Söhne oder jenem zu übertragen, der das Posthaus und dessen Einführung abzulösen im Stande war. Um bei diesem Modus auch den vorerwähnten gewisse Vortheile zuzuführen, stellte das königliche Postdirektorium im Einkommen mit der Hofkammer am 18. April 1748 bei der Kaiserin Maria Theresia den Antrag: Jenen Landpostmeistern, welche ihre für die Führung der Administration vom Auer genügende Besoldung oder das sogenannte Wartgeld freiwillig veräußerlich auszufertigenden Privilegiums dahin zu ertheilen, daß die Post mit ihren zugehörigen Privilegien auf ihrem besitzenden Hause, zu lange dasselbe einer andern Descendenten oder deren Witwen, oder ein tugendlicher Tochtermann besitzend die Treue und Ausrichtigkeit von selbst beobachtet wird, beständig verbleiben solle, im Falle aber einer von ihnen das Posthaus an einen Fremden zu verkaufen beabsichtigt wäre, die Post nach vorherigem Ansuchen vor andern an zu käuflich und dessen tugendliche Descendenten zu verleißen und zu transportiren. Gegenwärtig sollen derlei privilegierte Landpostmeister und ihre Descendenten gehalten sein, daß so oft das Eigenthum des Posthauses durch Erbschaft, Schenkung, Verkauf oder sonst geändert wird, der succedirende Besitzer bei dem Postdirektorium wegen seiner Fähigkeit, die darin bestehend, daß er ein erblichlicher Postbesitzer katholischer Religion, ehelichen Heirathens, bescheidenen Lebenswandels, in der Landessprache und des Lesens und Schreibens hinlänglich kundig sei, zu verfügen in Uebereinstimmung, und um das Confirmationsdekret und Zulassung zum Aemte gegen Entrichtung der gewöhnlichen Taxe einzuschreiben habe. Im Falle aber, daß der in dem Besitz des Posthauses gelangenden Descendent die erforderlichen Eigenschaften nicht besitze, oder der Besitzer durch eigenes Verschulden die Poststation entfallen wurde, solle es demselben freistehen, das Posthaus eine andere qualifizierte Person zu verkaufen.

Wenn der erblassende Postmeister wegen Minderjährigkeit seiner Kinder, weil er das Posthaus erbtheiltet hat, sochals der Witwe bis zur Volljährigkeit seines oder beiderkinds nachgelassen hinterlassen wurde, soll die Verwaltung der Post Witwe zwar zugestanden, dieselbe jedoch verfallen werden, wenn tauglichen schreiber, der sich dem Landes-Postverwalter zur Approbation vorzustellen hat, mancher, Gleiches hatte, wenn nach dem Ableben eines Landpostmeisters un- mündige Kinder hinterlassen wurden, bis zu deren Mündigkeit oder bis von dem- selben ein Besitzer des Posthauses die Post zu versehen im Stande ist, einzutreten. Der Antrag wurde von der Kaiserin genehmigt.

Sehon im Jahre 1749 wurde mit der Ertheilung von Erblichkeitsprivilegien an einzelne Postmeister begonnen. In den bezüglichen Privilegiumsurkunden war die Verpflichtung enthalten, die ordinari Posten gegen Nachlaß des Lüttauaufchlages unentgeltlich zu befördern. Dagegen wurde dem Besitzer des Posthauses der Postdienst auf Lebensdauer und nach seinem Ableben jenem seiner hiezu geeigneten männlichen Erben, welcher in den Besitz des privilegierten Posthauses gelangt, in voller Ermanglung aber einem der Tochtermänner, falls dieser Besitzer des Posthauses wird und die erforderliche Eignung besitzt, gegen Taxentrichtung verliehen, und diese Verleihung auch auf deren Descendenz ausgedehnt. Des weiteren wurde im Falle des Verkaufes dem Käufer des Posthauses der dem letzteren ankebbende Postdienst unter den gleichen Bedingungen zugewiesen, dem Privilegirten wurde ferner zur Pflicht gemacht, seine Dienstbediensteten in allem mit jedem genehmigten einstg zu beobachten, die ordinari, Staßirten, Postwagen und Passagiere ohne unbedingten Aufenthalt zu befördern, zu dem Ende hochaußliche und gute Pferde, nachst einzigen und nachtrien Knochen zu unterhalten, damit einige Fehler nicht vorgehen, noch einige erbliche Klagen vorkommen, wofür der Besitzer des Posthauses nach Untersuchung der Sache und Befund des Vorhohens des Privilegiens ipso facto verurtheilt und sothaner Postdienst einem anderen tauglichen Subjekte conferirt werden solle.

In den Erbklassprivilegien für die Postmeisterswitwen war die Bestimmung aufgenommen, daß sie zur Besorgung des Dienstes einen geprüften und heciden Postadministrator oder Postexpeditor zu halten und für denselben zu haften haben.

Durch die Erblichkeit wurde dem Postregele ein wirkliches, ins reale anknüpfendes, Verlangen nach dem Vermögen des verstorbenen Eigentümers, und mithin auch zur Erbtheilung unter die Intestaterben gehörte, wenn nicht die Witwe im ordentlichen Rechtsweg ein Eigentumsrecht darauf erwirbt konnte.

Mit Ende des 18. Jahrhunderts bestanden in Österreich ohne Vorderbörserreich und Vorarlberg, wo die Posten auf den Fürsten Taxen verpachtet waren, 850 Poststationen, wovon 95 mit dem Erbküchenprivilegium versehen waren. Nachdem diese erblichen Stationen verpflichtet waren, das Briefgeschäft wöchentlich 2 mal zu besorgen, so mußten sie auch die Beförderung der Posten übernehmen. Die Erbküchenprivilegierten waren verpflichtet, das Briefgeschäft wöchentlich 2 mal zu besorgen, so mußten sie auch die Beförderung der Posten übernehmen. Die Erbküchenprivilegierten waren verpflichtet, das Briefgeschäft wöchentlich 2 mal zu besorgen, so mußten sie auch die Beförderung der Posten übernehmen.

Dem System der Erblichkeit des Postdienstes wurde entgegen gehalten, daß die Staatsverwaltung durch Verleihung der Erbkammerprivilegien sich selbst be-  
schwerend und nicht freie Hand behalt, die Postmeister nach ihrer Willkür und  
ihrem Zutrauen zu bestellen, sondern den Postdienst, den fast die meisten  
Bürgermeister vorausgesetzt, den Kindern des mit der Erblichkeit begnadeten Post-  
meisters oder jenen verleihe müsse, dem er solchen bei Lebzeiten abtreten oder  
erkaufen will. Man könne ein zur Karrierefür vorgeschlagener Bewerber zum Post-  
meister zwar fähig, aber in anderen Beziehungen der Staatsverwaltung nicht genehm  
sein. Mit Rücksicht auf diese Bedenken, sowie zur Hintanhaltung von Einwendungen  
und Befähigungsansprüchen in jenen Fällen, wo die Staatsverwaltung im Post-  
wesen andere Einrichtungen zu treffen für nötig erachten sollte, wurde unterm  
1. August 1799 angeordnet, in den künftigen Erblichkeitverleihungen den Vor-  
behalt einzuschließen, daß nur jenen Kainfolgern, die schon Erben, Verwandte oder  
aufzu, der Postdienst verliehen werden sollte, welche außer der Fähigkeit auch  
Rücksicht auf ihre guten Eigenschaften und Gesinnungen des unbedenklichen  
Vertrauens würdig erachtet werden, und daß sich der Imperator und seine Nach-



folgt jede Einrichtung, die im Postwesen im allgemeinen oder im einzelnen zu treffen beabsichtigt werden wird, gefaßt lassen müsse, ohne auf eine Entschädigung je einen Anspruch machen zu können.

Die schädlichen Einwirkungen der Verleihung von Erblichkeitsprivilegien auf den Postdienst machten sich immer fühlbarer. Schon unterm 3. Mai 1804 erstattete der damalige Administrator des Oberrhein Hof- und General Erbland Postmeister- amts Graf Altian folgenden u. v. Vortrag: „Es ist nur im äußersten Nothfalle oder bei außergewöhnlichen Verdiensten um den Staat genehmigt, auf die Ertheilung eines Erblichkeitsprivilegiums anzutragen, weil in der Erblichkeit der Stationen eine der Mitursachen des Verfalls des Postdienstes gefunden wird. Der Besitzer einer nicht erblichen Station, welcher sich nur durch eine 10jährige klaglose Verwaltung des Befugnis erwirbt, die Verkaufswilligkeit auszuüben, wird gewiß während dieser Zeit mehr Sorgfalt für die zweckmäßige und dem Dienste entsprechende Vorweisung einer Post anwenden, als jener, der sie als sein unentgeltliches Eigenthum ansieht, und die er an jeden, der hinlängliches Vermögen besitzt, den Kaufschilling zu bezahlen, und nicht ein landesberühmter Schatz ist, veräußern kann. Durchgängig alle Beschwerden wegen schlechter Bedienung, unhoftlicher Behandlung des Reisenden etc. kommen gegen die Besitzer erblicher Stationen vor.“

Nicht minder Rücksicht verdient der Handel mit diesen Stationen. Jeder erbliche Besitzer sucht von seinem Abnehmer den möglichst höchsten Kaufschilling zu erhalten, das Regale wird auf einen unerschwinglichen Preis getrieben, und werden dadurch dem Käufer schon beim Antritt der Station die Mittel aus den Händen gewunden, die Station im gehörigen und dem Dienste entsprechenden Stand zu erhalten. Schlechtes Zugvieh, Verminderung des erforderlichen Pferdestandes, und die daraus folgende Bedrückung des Landmanns, welcher seine Pferde zur Aushilfe unnötiger Weile stellen und die Kultur seiner Gründe vernachlässigen muß, ist die erste, ein erneuerter Verkauf der Station die weitere Folge . . .“

Mit A. II. Entschluß vom 14. November 1818 wurde angeordnet, keine neuen Erblichkeitsprivilegien zu verleihen, sondern vielmehr darauf Bedacht zu nehmen, daß die bestehenden nach Thunlichkeit, wo es ohne Verletzung der Genauigkeit geschehen kann und mit Schonung des Aerariums in allen Provinzen einzugezogen werden. Dieser Maßregel lag der Zweck zu Grunde, der Postanstalt eine freie Bewegung der zeitgemäßen Einrichtungen zu verschaffen, und die Portiontheile der erblichen Postmeister, welche in den Privilegien in bestimmten Quotienten der Portoeinkommen bemessen war, bei dem sich täglich vermehrenden Correspondenzverkehr nicht über alles Verhältniß zu ihrer Dienstleistung anwachsen zu lassen. Mit A. II. Entschluß vom 25. Oktober 1837 wurde die allgemeine Hofkammer ermächtigt, die Maxime auszusprechen und die Privilegienbesitzer in die Kenntniß zu setzen, daß die Staatsverwaltung von ihrem Rechte Gebrauch zu machen und die Posterblichkeitsprivilegien, jedoch gegen Entschädigung der Beneficiaren, zurückzunehmen sich entscheiden habe. Bezüglich der Entschädigung soll zuerst ein freiwilliges Uebersinkommen mit jedem Bethetheilten auf billiger Grundlage versucht werden.

Im Jahre 1837 sind 3 erbliche Stationen u. z. Wr. Neustadt, Wr. Neudorf und Schrems im Wege freiwilliger Uebersinkunft mit den Besitzern eingekauft worden, u. z. Wr. Neustadt mit einer Ablösungssumme um 59.000 fl. C. M. (darunter der Regalpreis mit 17.000 fl.), Wr. Neudorf mit 34.300 fl. (Regalpreis 4020 fl.) und Schrems mit 50.000 fl. (Regalpreis 26.000 fl.). In diesem Ablösungsbetrage sind auch die Realitäten mit inbegriffen, aus deren Verkauf bei Wr. Neustadt 37.000 fl. C. M., Wr. Neudorf und Schrems je 10.000 fl. C. M. hereingebracht wurden.

Seit 1837 trat ein Stillstand in dem Einlösungsgeschäfte ein; erst im Jahre 1840 wurden 4 Stationen u. z. ohne Realitäten, nämlich Taber um 13.200 fl. C. M. (Regalpreis 6780 fl. C. M.), Froudenthal um 5.000 fl. C. M. (Regalpreis 8050 fl. W. W.), St. Pölten um 53.695 fl. C. M. (Regalpreis 15.000 fl. W. W.) und Hünnerwasser um 10.000 fl. C. M. (Regalpreis 4500 fl. W. W.), dann im Jahre 1841 Staarm um 20.000 fl. C. M. (Regalpreis 4400 fl. C. M.), Kollmann um 4000 fl. (Regalpreis 2000 fl. C. M.), Willersdorf um 35.200 fl. (Regalpreis 2400 fl. C. M.) und Gabel um 6000 fl. C. M. (Regalpreis 5000 fl. C. M.) eingelöst.

In dieser Zeitperiode bestanden noch 85 erbliche Poststationen, u. z. 31 in Böhmen, 17 in Mähren und Schlesien, 1 in Steiermark, 1 in Tirol, 31 in Niederösterreich, 4 in Oberösterreich.

Mit der A. H. Entschl. vom 5. Mai 1841 wurde die allgemeine Hofkammer ermächtigt, die Einlösung aller Posterblichkeitsprivilegien, mit Ausnahme jener in Ungarn und mit Einschluß des Wiener erblichen Postalles zu gleicher Zeit vorzunehmen. Auch wurden die Grundsätze festgesetzt, nach welchen bezüglich der Entschädigung der erblichen Postmeister vorzugehen sei. Rücksichtlich der Bedeckung des zur Einlösung der Erblichkeitsprivilegien erforderlichen Geldaufwandes wurde genehmigt, daß die Entschädigungssummen für die Umwandlung der Posterblichkeitsprivilegien in Dienstverträge in 20 Jahren, auf das Postgefall und auf den Namen der beteiligten Postmeister laufenden Schuldverschreibungen berichtigt und aus dem Postgefälle jährlich 200.000 fl. C. M. zur Interessenzahlung und zur allmählichen Kapitalrückzahlung verwendet werden.

Die Ausführung der Einlösung ist jedoch sowohl in ihren Modalitäten selbst, als in ihren finanziellen Momenten auf Hindernisse gestoßen, welche es nicht rathlich machten, im Einlösungsgeschäfte im ganzen Umfange fortzuführen. Abgesehen davon, daß sich die wenigsten Poststationen zu einem Uebersinkommen mit der Staatsverwaltung herbeiliessen, stellten andere für die Abtretung des Erblichkeitsprivilegiums derartige Geldforderungen und sonstige unerfüllbare Bedingungen, daß an eine Realisierung der Einlösung im Wege freiwilligen Uebersinkommens nicht zu denken war. Dazu kam noch, daß durch das System der Staatsbahnen die Verhältnisse eine völlige Änderung erfahren haben. Durch den Betrieb dieser Bahnen, wurden die meisten auf den Bahnrouthen gelegenen erblichen Poststationen von selbst wertlos oder doch in ihrem Werte wesentlich vermindert. Es wurde daher für zweckmäßig erachtet, im allgemeinen die Maßregel der Einlösung der Posterblichkeitsprivilegien auf sich beruhen zu lassen und Partialenbeseitigung vornehmlich nur an jenen Punkten durchzuführen, wo die Interessen des Postdienstes die Trennung der Postmanipulation von den Postställen und die Einrichtung von Postinspektoren gebieten oder wünschenswert machten.

Durch den Fortschritt des Eisenbahnsystems wurde der gewöhnliche Betrieb des Postdienstes auf den konkurrierenden Routen immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Es entstand nun die Frage, wie künftighin die Einrichtung des Postdienstes auf den Straßenzüge von Seite der Eisenbahnen zu gestalten und wie die Postmeister auf denselben zu behandeln seien. Bezüglich des Rechtsverhältnisses der Postmeister stellte die Oberste Hofpostverwaltung folgende Grundsätze auf: Ein Rechtstitel auf Entschädigung kommt keiner Kategorie von Postmeistern zu. Der Eisenbahnbetrieb kann nämlich in gleichem Grade als ein Regale angesehen werden, wie die Relaisposten nach der Erklärung des Postgesetzes es nach gegenwärtig sind. Eisenbahnen und Relaisposten haben den gleichen Zweck schneller und geregelter Beförderung, nur sind die Mittel verschieden, und das concessionierte Postallgewerbe kann nicht über Beschädigung klagen, wenn der Staat aus dem nützlichen Hoheitsrechte, welches die Posten konzessionierte, auf ein völlig verschiedenes Transportmittel Konzessionen erteilt, oder denselben durch eigenes Einschreiben bahn bricht.

Der Staat hat den Postmeistern, ohne an ihren Einnahmen, an den Kitzgeldern Theil zu nehmen, seit Jahrhunderten mit großem Aufwande die Kunststraßen und die regelmäßigen Fahrten der Postanstalt dargeboten, die Erfüllung



unter Transportwege ist daher nicht als eine Beschädigung der Posthalter, sondern als ein Ereigniß (casus) zu betrachten, welches die großen ihnen bisher zugewendeten Begünstigungen durch den Umschwung der Civilisation für den Augenblick theils entzogen, theils weniger nutzbringend macht. Den erblichen Postämtern wurden für die ihnen durch den Eisenbahnbetrieb erwachsenen Verluste gewisse Berücksichtigungen gewährt, wogegen sich jeder für sich und alle seine Nachfolger im erblichen Postdienste rechtsverbindlich verpflichtete, auf alle ferneren Ansprüche, Entschädigung oder Einlösung ihrer Privilegien zu verzichten.

### Post-Lebensverleihungen.

Die erste Verleihung eines Erbpostmeisteramtes, zugleich als Mannslehen erfolgte mit dem Lebensruf des Erbkaiserzogs Ferdinand vom 11. Dezember 1596 für Johann Baptist von Paar (eigentlich des Postmeisters in Steyr (Steyrmark)). „Wir Ferdinand von Paar (eigentlich des Erbkaiserzogs) zu Österreich, für und von unsern Erben und Nachkommen öffentlich zu Österreich, die Bekennen für alle ungleich, als woylstand unser vorfahren Erbkaiser zu Österreich hochbilligste gedachten, vns ihres unerschlichen Her lehenmans, fürst: Wolverhaltens und tapferen gewaltigen Thaten willen, so sy wider daß Heyl: Christlichen nahmens und glaubens, widerwertige und feindt, vorgesport ihrer Leib und vermögens mit vergessung ihres plunds der ganzen Christenheit zu Wolfahrt, erhaltung und anbrung begangen, mit trefflichen hohen Ehren Gaben, gnaden, Freyheiten, privilegii, Würdigkeiten, prämiencen und sonderlich dahin befreyet und fürsehen worden, daß sy wider ihre Fürstenthumb und Lande mit unschönen hohen Loh: als dem Stallmeister, Cammerer, Marschall, Schenk, Truchseß, und andere mehr Aemter, privilegien und begaben, und also ihre getreuen vnderthanen, die sich vor andern ihren Dienst und willens belassen, zu denselben Aemtern Erblich befürdern und erben mögen: Und wir aber in jüngster Erbmündigung befunden, daß unser Fürstenthumb Steyer bißhero Klein Erbpostmeisteramt gehabt, und aber als Regierender Herr und Landtsfürst in allweg getreuen und zutuehen will in vilerley unserer Edd: Vorfahren Fußstapfen zu treten, und unsern getreuen Ständen und vnderthanen dieses unsers Fürstenthums Steyer von wegen ihrer vnderthänigen gehorsam, derrer sie sich so und allweg bey unsern HochEdl: Hauff Österreich in Kriegs- und Frieden Zeiten, mit Vortreckung ihrer Leib, Gutt und alles vermögens als getreue vnderthanen gutwillig befehlen und vorgezwungen hinführo in solcher gehorsam gegen und unsere Erben und Nachkommen standhaft und vortuehen beharren werden. Hierinnen unser suofft- vndelohnt pfeilen soll. So haben wir mit wolbedachten uneth, gutem zeitigen Rath, rescribiren wissen und vortuehen befehlet unser Fürstenthumb Steyer mit dem gedachten Erbpostmeisteramt Erblich gewürdiget und fürsehen, auch dasselbe mit allen Ehren, Würden, Freyheiten, Vortheilen, Recht- und Gerechtigkeiten, Inmassen andere Erb Aemter in unsern Fürstenthumben und Landen von unsern vorfahren befreyet und begabt sein, gnediglich privilegiert und befreyet: Und nachdem solche Erbämter durch Loh: Eheliche und vortuehende Geschlecht getragen worden sollten, die von unsern Loh: Vorfahren und vns selbst als gedachte standhaften verdienens willens, mit derselben begnadt und belohnt sein, und aber angeregt Erbpostmeisteramt gleicher gestalt mit einem Ehelichen vortuehenden Geschlecht ererbt wurde, wir und dann dervogen unser Rath, Obrist Hoffpostmeister und getreuer Lieber Johann Baptist von Paar gehorsamist angefangen und erlitten, daß wir ihm und seinen Ehelichen Männlichen Leibs Erben solch Amt verbleiben wollten.

Wann wir dann mit gnaden wahrgenommen und betrachtet, daß Adelich Ehelich Erbkommen, darn wir ihm von Paar befunden, auch die gehorsame getreue und fleißige Dienste, so Er unserm Loh: Hauff Österreich, sonderlich

ader Kayser Ferdinand, als Quartiermeister und dann hernach unsern geliebten Herrn Vater Carolo, Erbkaiserzogs zu Österreich Christlichster gedachtes neben dem postmeister, auch als Obrister Veldquartiermeister im Veltung des vortuehenden Aintusend funfhundert und sechs und sechszigsten Jahrs und also allenthalben vii Jahr lang gehorsamist erzaget und bewisen, vns selbst noch würdichkeit erwiesen thut, mit vnter furehin zutuehen und vortuehenden gehorsamist erpiedigt ist, auch wohl ihm mag und solle. So haben wir denselben mit wolbedachten und gutem zeitigen Rath und rechter wissen auf Landtsfürst: macht und vortuehen belohnet. Ihne von Paar und seinen Ehelichen Männlichen Leibs Erben solch Erbpostmeisteramt in Steyer stant allen desselben Ehren, Würden, Rechten und Gerechtigkeiten zu rechten Mannlehen gnedigt und verbleiben, wissentlich in Crafft diß Briefs und manen setzen und wollen, daß sy nun hinführo solch Erbpostmeisteramt von uns und unsern Nachkommen, Regierenden Eltern begaben, es widerumb von uns, unsern Erben und Nachkommen in Jahresfrist zu Lehen empfangen, und sich hinführo von nun an ihr jeder ein Erbpostmeister daselbst in Steyer gegen uns und unsere Nachkommen und sonst Jedermann nennen und schreiben, solch titul ihnen auch hinwider von uns, unsern Erben und Nachkommen auf allen unsern Canzelen, wie auch sonst von Jedermann gegeben und geschrieben werden, Inmassen sy mit weniger alle und Jede Ehr, Würde, Freyheit, Recht- und Gerechtigkeiten, wie auch sonst so dergleichen Erhäubter von uns zu Lehen tragen haben und so oft sich der Fall mit dem meyster amts in allweg freyen, gebrauchten nuzen und gemessen sollen und mögen, von allernemiglich vngelohnt, Gebiethen hinführo allen und jeglichen unsern nachgesetzten Obrigkeiten, vnderthanen und getreuen, Geistlichen und weltlichen, was würden, Standt oder wesen, und wo die allenthalben in unsern Fürstenthumben und Landen gewesen, ernstlich und wollen, daß sy also ihnen von Paar und seinen Ehelichen Männlichen Leibs Erben für und für zutuehen in Ewigkeit, Ley solch unser ihnen gethanen Gnad Raichung, verleihe und gebene Freyheit, rüchlich pfeilen lassen, sy darwider mit beschworen oder bestrafen, auch solches Jemands andern Zuthuen gestatten, Sondern vnter erwarte von Paar und alle ihre eheliche Männliche Leibs Erben für und für zutuehen für Erbpostmeister mehr behaltens unsers Fürstenthums Steyer allenthalben erkennen, Erben und halten, ihnen auch solchem Titel, wie es dann von uns, unsern Erben und nachkommen mit weniger bescholten solle, schriftlich und mündlich geben, und dem andern mit thun, als lieb ihnen Joden sey unser vngnad und darzu ein straff als nemlich dreysig mark lötliges Golts zuermeiden die ein jeder so oft Er freudentlich hinführo thäre, halb in unser Cammer und das andere halbe thail ihnen von Paar und ihren Ehelichen Männlichen Leibs Erben zuerlegen und zubezahlen verfallen sein solle, Inmassen war solches von heut dato unserer Regierung und Cammer, dergleichen auch unser Landtschaft alda in Steyer insonderheit geschrieben und aufgelegt. Mit vorkundt diß Briefs besigelt mit unsern Fürst: anhangenden Insigil, der geloh ist in unser Stadt Graz den ayfften tag Monats Decembris nach Christl: unsers Lieben Herrn und Seligmachs Gelorh, in Aintusend funfhundert sechs und neunzigsten Jahr (H. K. A. Postkisten 1596 — 1599).

Anlaßlich der von Kaiser Mathias dto. Prag 20. Juli 1615 erfolgten Verleihung des Reichs-Post-Generals als männliches Reichsregal und Lehen an Lamoral Fröhern von Taxis, welcher am 19. September 1612 vom innerechten Wiener Hofpostmeisteramte enthoben wurde, stellte Taxis einen Revers aus, in welchem er sich verpflichtete, „zuer Kay: Mayt: Obristen Hof- und Österreichischen Postämtern keinen Eintrag, Irrung, Verhinderung oder Beschwerde, wie und auf was Weis solches immer geschähen und angehen möchte, thun oder zutuehen zu wollen, sündenden ihre Kay: May: für sich und derselben Nachkommen am Reich und dem Haus Österreich vorbrachte Obrist Hof- und Österreichische Postämter von obangezogener Gnad (d. i. Lebensverleihung des Reichs-Postgeneralats) gänzlich ab-



gesondert und angeschlossen, und darunter im wenigsten begriffen und verstanden haben wollen". (H. K. A. Postakten 1601—1643).

Einen gleichen Revers stellte dessen Sohn und Nachfolger Leonhard Graf von Taxis am 24. Februar 1628 aus.

## A. Die Postlehen der Familie Paar.

Mit dem Diplome Kaiser Ferdinand II vom 4. September 1624 wurde dem Hanns Christoph Freiherrn von Paar und dessen ehelichen Leibeserben und derselben Erbeneschen männlichen Stammes das Obriste Hofpostmeisteramt über die Posten in den Erbkingreichen Ungarn und Böhmen und deren incorporirten Provinzen, wie auch im Erzherzogthum Österreich unter und ob der Enns zu einem Mannslehen verliehen. Es wird darin der angenehme, getreuen und erpiedlichen Dienste erwähnt, welche der Kammerer, Erbland Postmeister in Steyer Hanns Christoph Freiherr von Paar zu Krottenstein und Hartberg von Jugend auf in mannigfaltigem Wege, mit ungespartem Fleiß und Bemühung, Tag und Nacht zu kaisert. Wohlgefallen und Belohnen, auch seinem guten Lob und Ruhm erzeigt und bewiesen, auch dem ihm anvertrauten Obristen Hofpostmeisteramte zur Beförderung des Kaisers und des gemeinen Wesens Nutzen wohl vor gestanden und dasselbe in gute Ordnung gerichtet hat. Hanns Christoph Freiherr von Paar solle die Zeit seines Lebens und auf dessen Absterben seine nachfolgenden ehelichen männlichen Leibeserben und derselben Erbeneschen männlichen Geschlechts, so lang deren in Hofpostmeisteramt und was demselben anhängt, als ein männliches Regal und Leben innehaben, nutzen, nießen und gebrauchen, und damit disponiren, verfahren und handeln . . . Doch solle er dieses Lehen, so oft es damit zu Falle kommt (d. i. im Todesfalle des Regenten oder des jeweiligen Leheninhabers) vom neuen anzusehen und zu empfangen schuldig sein. (Arch. Min. d. Innern IV. D. 4 Nr. 11.)

Von dieser Lebensverleihung wurde am 19. April 1625 die N. Ö. Regierung wegen Abnahme des Leheninhabers und Ausfertigung des Lehenbriefes in Kenntniß gesetzt, dergleichen untern 5. April 1628 die böhmische Hofkanzlei wegen weiterer Verfügung hinsichtlich des Königreichs Böhmen.

Am 1. Juni 1629 erfolgte die Lebensverleihung an Hanns Christoph Frh. v. Paar bezüglich des Obristen Hofpostmeisteramts in den Innerösterreichischen Erbländern. (Archiv Min. d. Innern V. C. 4 Nr. 2), am 9. April 1630 die neuerliche Verleihung des Obristen Postmeisteramts neben andern auch über die Posten des Erzherzogthums Österreich unter und ob der Enns als Mannslehen. In der letzteren Urkunde heißt es am Schlusse: . . . „Doch wann es (d. i. das Leben) zu fallen kommt, soll dasselbe von Uns und Unsern Erben allezeit der Älteste dieses Namens und Stammes wiederum ordentlich zu empfangen und zu verdienen schuldig sein, und sich obrister Erpostmeister, die anderen und jüngeren aber sollen sich gleicherweise Erpostmeister („doch daß wüthl Obrist außgeschlossen“) nennen und schreiben“. (H. K. A. Postakten 1601—1643.)

Am 2. Oktober 1645 verlieh Ferdinand III nach dem Tode des Ferdinand Freiherrn von Paar, seinem Bruder Carl als ältesten die Lehen des Obristen Hofpostmeisteramts zu einem wahren und rechten Mannslehen in Ungarn, Österreich unter und ob der Enns, dann in Böhmen und dessen incorporirten Ländern, und am 19. Januar 1646 in den J. Ö. Erbländern.

Am 16. August 1656 richtete Carl Graf von Paar das folgende Gesuch an den Kaiser um Ausfertigung eines Lehenbriefes über das obriste Hofpostamt in den Reichshofkanzlei: „Es ist von undenklichen Jahren her, wie notorium, allezeit ein kais. Obrister Hofpostmeister gewesen, welcher, es haben sich gleich Euer kais. Maj. und dero Vorfahren in den Erbländern oder im Reich auf Collegial- und Reichstagen befunden, sein Amt bei der kaisert. Hofstaat in Sammeln und Aus-

theilung der Briefe und Führung der Correspondenz exerciert hat. Inmassen dann zu Zeiten Kaisers Rudolphi Secundi Anno 1594 Georg Puchl von Puchlberg, und bei Zeiten Kaisers Mathias Carl Magno obrister Hofpostmeister gewesen, nach Carl Magno zu Zeiten Kaiser Ferdinands II aber 1623 und 1636 hat mein Vater, folgend dessen Sohn, mein Bruder Ferdinand Ao 1640 und 41, und nach ihm 652, 653 und 654 solches Postamt ich zu Regensburg auf dem Reichstag bedient . . . Weil dann der Graf von Taxis . . . hiorüber unter dem Praetext zu disputiren sich unterstehen dürfte, daß mein Lehenbrief nicht von E. k. M. Reichshof, sondern der österreichischen Kanzlei ausgefertigt wäre, und nun ich in Sorgen stehen müß, Graf Taxis möchte über kurz oder lang dergleichen zwar unnütze und unbefugte disputationes abermal wider mich oder meine Erben erwecken, bitte ich, damit auch von der Reichshofkanzlei mir ein kaisertlicher Lehenbrief über das kaisert. Obriste Hofpostamt ausgefertigt und extradirt werde . . .“ (H. H. u. St. A. Postwesen im Reich.)

Hiorüber wurde untern 9. November 1656 vom Kaiser Ferdinand III. dem Carl Graf von Paar der Lehenbrief über das Oberste Reichshofpostmeisteramt ertheilt. In dem Briefe heißt es unter andern: . . . und obwohl Er (Paar) der allerunterthänigsten Hoffnung und Zuversicht leben thäte, Er würde auch noch ferner bei solchem ihm anvertrauten Obristen Reichshofpostamte ohne Eintrag oder Hinderung gelassen werden: so habe doch die Erfahrung gegeben, daß ihm von Unserm General-Reichshofpostmeister, denen Grafen von Taxis, bisher allerhand Disputat, fürnehmlich unter dem Vorwand erwecket werden wollen, daß von Uns die von Paar mit besagtem Unserm Kaiserl. Obrist Reichshofpostmeisteramt nicht beehret waren, hiedurch auch verschiedene Vorschriften an Uns von Unsern und des heiligen Reichs Churfürsten wider ihn angewirkt hätten, dannenhero Uns vorgemelter Graf Carl von Paar allunterthänigst gebeten, daß Wir ihm zur Verhütung aller ferneren Differenzion zwischen ihm und dem Grafen von Taxis und sonst unzulässig mit diesem Unserm Kaiserl. Obristen Reichshofpostamt aus Unserer Kaiserl. Reichshofkanzlei allergnädigst befehlen und ihm darüber Unsern Kaiserl. Lehenbrief zu ertheilen geruhen wollten: Das haben Wir angesehen und derowegen mit wohlbedachten Muth, guten zeitigen Rath und rechten Wissen vorgemelten Carl Grafen von Paar diese besonders gnad gethan, und auf dessen Absterben, seine Söhne, jedesmal der Älteste nach dem Recht der ersten Geburt, von Linie zu Linie, und nach aller derer Absterben, sein des Carl Bruder Peter Ernst und dessen hernach folgende männliche eheliche Leibeserben und derselben Erbens Erben männlichen Geschlechts, so lang deren in absteigender Linie vorhanden und im Leben sein werden, besagtes Kaiserl. Obristes Reichshofpostmeisteramt, und was demselben anhängig als ein Mannliches Reichsregal und Leben innehaben, nutzen, nießen und gebrauchen, bei Unser Kaiserl. Hofstaat an allen Orten und Enden, wo selbige in- und außerhalb Unserer Erbkingreich und Ländern sich in Unser oder Unserer vollmächtigen Anwesenheit befinden wird, die Correspondenz fertigen, die Briefe sammeln und austheilen, und die davon gefallenen Enveloppen einzuziehen, auch im übrigen damit thun und handeln sollen und mögen, als sich solches gehöret, auch Mannslehens Art und Eigenschaft ist, von allermännlich ungehindert und unangefochten. Mohrbesagter Carl Graf von Paar hat Uns auch darauf gewöhnliche Pflicht und Eid gethan, Uns und dem heiligen Reich von obbestimmten Lebens wegen, getren, gehorsam, gewärtig und dienstbar zu sein, und davon alles dasjenige zu leisten und zu thun, was einem getreuen Lehenmann gehöret und zustehet . . .“ (H. H. u. St. A. Reichsakten. In specie Postwesen Nr. 21. 1583—1775, III.)

Am 23. September 1659 wurde für den Carl Grafen von Paar vom Kaiser Leopold I. der Lehenbrief über das Obriste Reichshofpostmeisteramt, und am



28. Februar 1660 über das Obste Hofpostmeisteramt in Ungarn, Österreich unter und ob der Enns, dann in Böhmen und dessen incorporierten Ländern erteilt.  
Nach dem Tode des Carl Grafen von Paar erfolgte unterm 24. Jänner 1674 die Vererbung des J. O. Obsten Hofpostamtes und mittelst Lehenbriefes vom 20. März 1674 jense des kaiserl. Obristen Reichshofpostamts an die Vormundschaft seines noch minderjährigen Sohnes Carl Joseph bis zu dessen ehelicher Volljährigkeit, nämlich an die verwitwete Gräfin Francisca Felicina von Paar, geborne von Schwabenberg, Heinrich Christoph Christoph Grafen und Herrn von Wessenshoff und Augustin Grafen und Herrn von Sinzendorf.

Am 2. Mai 1678 wurde der Lehenbrief für Carl Joseph Grafen von Paar bezüglich des Obsten Hofpostmeisteramts in Österreich unter und ob der Enns aufgeführt.

In Folge eines rücksichtlich der vom Freiherrn von Schwabenberg auf die unter Wörth und Klingenberg gehaltenen Præsentation eingegangenen Vergleiches wurde von Kaiser Leopold I. mittelst Diplomes vom 16. August 1690 dem Obsten Reichshof- und General Erbpöbstermeister in den Erblande und Ländern Carl Joseph Graf von Paar und dessen männlicher Descendenz in Ermächtigung beider über seinen jüngeren Bruder Joseph Ignaz Graf von Paar und dessen männlichen Nachkommen das Postwesen im Königreich Ungarn und dessen incorporierten Ländern cum omni prerogativa et commodis, gleichwie in allen anderen Erblande und Ländern als ein Mannslehen und feudum Regale mit erblicher Investitur conferirt. Nicht anders wurde vorgezeichnet, daß die Posten in Ungarn nach Art der übrigen Erblande eingerichtet, die Besoldungen der Beamten und Postbedienten nicht gegen ihre Privat, sondern gegen des Grafen Ausgabung besetzt werden, daß der dergleichen, in K. K. Pflichten stehende Oberpostmeister zu Preiburg sammt den anderen Postbeamten und Beamten in ihren Diensten verbleiben, jedoch mit allen gewöhnlichen præsentialen, Respekt, Gehorsam und ihrer Dependenz an den Grafen v. Paar verwiesen werden, und denselben "zu geziemender portion die Angeldung an Eides statt" zu leisten haben. Graf Paar wurde beauftragt, Postbedienten bei begründeten Ursachen zu amuniciren, und bei sich ergebenden Appetturen die Dienststellen und Ämter zu besetzen. Zur Conservation des Postamts und königlichen Lebens in Ungarn und dessen incorporierten Ländern sollen nicht allein die Patente und Generalien publicirt, sondern auch dieselben durch den kais. Hofkriegsrat allen Kommunikationen eingeschlossen und soll denselben aufgetragen werden, daß sie allen kgl. Postämtern deren Bedienten und was dahin gehörig per totum Regnum et annexas Provincias alle hülffliche Hand bieten, und keine ungewöhnlichen Form und Nebenposten, oder andere dergleichen praeventiva, turbationes, Eröffnung und Spöhrung der Poststraßen, Pörschneiderei und Plunderungen dulden, die Inconsequenzen verfolgen und zu empfindlicher Strafe und Satisfaction ziehen. Mit dem Briefporto und den Rückgebern soll es wie in Österreich und in den übrigen Erblanden gehalten, die Befreiung der kgl. Officialen und vornehmen Ständepersonen mit ihren Briefen auf ein billiges moderirt, auf keine Weise aber zum Nachtheil des kgl. Postregals und ohne des Grafen Einwilligung über diese Moderation eine fernere Befreiung erteilt werden.

Am 14. December 1690 wurde von Kaiser Leopold für Carl Joseph und Joseph Ignaz, Geliebter Grafen v. Paar, ihre Erben und Erbsöhnen männlichen Stammes, der Lehenbrief über das Postregale im Königreich Ungarn und den dazu gehörigen Provinzen mit dem Titel: "Königl. Obste Hof- und General Erbpöbstermeister in Ungarn" ausfertigt (H. K. A. Postakten 1688-1700.) Weitere Lebensvermerken für Carl Joseph Grafen von Paar erfolgten unter der Regierung Kaiser Joseph I. und Karl VI. am 1. Juli 1706. 28. April 1712 und 21. April 1713.

Am 1. Juli 1722 wurde mit der belehnten Familie Paar ein Rencus erteilt, nach welchem derselben die Ehre und Würde des Obsten Hof- und General-Erbland-Postmeisteramts zwar belassen, die innere Einrichtung aber entzogen, und

an Stelle des freien Genusses dieses Regals der Graflich Paarischen Familie ein jährliches Äquivalent von 66.000 fl festgesetzt worden ist. Der bezügliche Rathhabs- und Confirmation-brief Kaiser Karl VI. lautet:

"Wir Carl VI. etc. Geben jedermanniglich, besonders aber denen, so es angeht, hiemit gütigst zu vernehmen, daß nachdem einestheils die beschaffenheit Unsers durch die vorgewesenen kriegszeiten sehr erschöpft worden, Uns auf Mittel und Weis, wie solches in einen besseren Stand gesetzt werden möchte, zu denken hennusget, andertheils aber die Unvermögenheit des ordnari Contribuenten Uns bewegen, auf solche Mittel gütigst bedacht zu sein, wodurch sowohl Unserm Aerario einigermassen geholfen, als der ordnari Contribuent über das Ihm ohnedem zu praestiren obliegende quantum nicht so sehr gravirt werde, und Wir dann unter anderen sonderlich das von der familie dero Grafen von Paar in Unserem Königreich Hungarischen und Böhmisches, auch Österreichischen Erblanden besitzende, und von Unserer Vorfahren hohelichter Gedächtniß als Landfürsten zu Lehen tragende Postwesen für ein solches Mittel angesehen haben, welches, wenn es in ein und andern Punkt erhoben, in etwas gewissern Stand gesetzt und verbessert wird, auf einen mehrern Betrag zu Bestand Unsers Aerari, ohne Beschwerung des Publici gar wohl gebracht und eingerichtet werden könne. Als haben Wir nach mehrmaligen, von Unseren Ministern dieses Postwesens halber eingezogen, aber nicht verfürgen Handlungen letztlich Unseren respective geordneten Rathen, Reichs Hof- und Hofkammer-Räthen, auch haben getreuen benannten Unseren Böhmisches Obste Cancellaren Grafen von Schlick, Grafen von Mielosch sel: Grafen von Würmburg, von Lind, von Pöyschitz, von Fefery, und von Gernaten die Commission gütigst aufgetragen, daß sie zu concertiren und Ausfindmachung dieser Modalität und wirklichen Einrichtung der Sach den Hoch und Wohlgebornen Unsern auch gehörmigen Rath, Cameraren und lieben getreuen Carl Joseph, des heiligen Römischen Reichs Grafen von Paar als dermaligen Unseren Lehen-Mann, Obristen Reichshof- und General Erb-Land Postmeister, und gesammte seine mit investirte Graf Paarische Familie von Unsers wegen vor sich berufen, mit ihnen dieses Werk überlegen und ehest in seine Richtigkeit setzen sollen. Und wie nun Sie diesem Unsern, gütigsten Befehl gehorsamst nachzukommen, und Uns darauf von demselben unterthanig referirt und vorgetragen worden, wasmassen sie nach unterschiedlichen, mit versagedacht Unsern Vasallen, Obristen Reichshof- und General Erb-Land Postmeister Carl Joseph Grafen von Paar und seiner mit investirten Graf Paarischen Familie dergleichen gehaltenen Congressen und reichlich überlegten Sachen bis auf Unsers gütigste approbation nachfolgenden Schluß gefaßt und zu Stande gebracht hätten: Nämlich und pro

Primo, daß so viel die von gedachten Postwesen abfallende Post-Üblichkeiten und Nutzung betrifft, solche von heunt dato an, auf ein gewisses jährliches Einkommen, nämlich auf Sechs und Sechzig Tausend Gulden ihrem determinirt und festgesetzt, und mithin dieses jährliche quantum ihm Carl Joseph Grafen von Paar als dormaligen Vasallo, Possessori, Administratori et Directori, und nach ihm seinen nach Ordnung der Primo Genitur und Ausweis deren Lehenbriefen folgenden Successoren in feudo furallin perpetuall und von Jahr zu Jahren gereicht, und ihm und ihnen allförmig ungeschmälert, frei eigenverbleiben, nach abgezogener dieser Summe der Sechs und Sechzig Tausend Gulden aber alles übrige von bleibende Posteinkommen und Fruchtigkeith Uns als Königl. Landfürsten und Lehen-Herrn und Unseren Nachkommen in perpetuum zuweisen und gebühren, wie auch im Übrigen Uns alheim gestellt bleiben solle, wie Wir ohne Schaden, Abbruch und Nachtheil eines Zeitlichen Vasalli dieses Postwesen vermittelst Unserer höchsten Autorität und gut befindender Veranstaltung in einen erträglichen Stand werden setzen und bringen wollen, wozu, wie auch zu andern Unseren in Postachen künftigh weiter vornehmenden Dispositionen, gleichwie Wir Uns des treuen Rathes oerwähnten Grafen von Paar zu gebrauchen, von selbstem gütigst



geneigt sein, als Uns auch derselbe darunter jederzeit gewärtig und unterthänigst zu bedienen gehalten sein solle.

Secundo, daß mit denen hinführenden Postgefallen vor derensethlichen Einkünften keine Disposition geschehen, sondern fortin alles, es sei gleich als gewöhnlicher, oder aus neuer Einrichtung und Dispositionen abfallendes Postgeld und Einkommen, in die von gedachten Grafen von Paar als Possessore et Directore dieses Postlebens, und seinen Successoribus in denen Postämtern und Häusern aufgerichtete und künftig aufzunehmende Cassen von denen Poststellen, beschworenen Post-Officianten getreulich eingelegt, gedachte Cassen aber alhier vorhero von Zweien anderen, von Unserer Hofkammer respective und ihnen Grafen von Paar sonderbar hierzu bestellt und beschworenen Officianten zu gleicher Zeit gesperrt, und folglich zu Ende eines jeden Monat solche Cassen von ihnen Heiden zugleich wieder eröffnet, das inbezügliche Geldquantum gezahlt und protokolliert, und solchemnach daran nicht allein die Monatlichen Rata deren obgedachten Sechszig Tausend Gulden, und was sonst nach vorweg approbierter und produzierender Graf Paarischen Expensen-Rechnung gebühren müchte, ihnen Grafen von Paar und jeglichem zeitlichen Possessor et Directori dieser Postlebens ohne Erwartung einer ferneren Cameral Anschaffung vor allen anderen richtig abgeführt, sondern auch der Überrest Unserer Hofkammer gegen Quittung entrichtet, mithin nach solcher monatlichen Eröffnung und Distribution des inbefundenen Geldquantums gedachter Cassen von beiden Officianten zum weiteren Gebrauch wieder verspart werden sollen. Es wird aber in der Hofkammer Willkür stehen, jemanden nach ihrem Belieben zu einem Cassa-Controloren zu bestellen, und zu beedigen, dessen Officium sein wird, damit der Einkommen und nach der Vorordnung geschehe, das Geld in die Cassen richtig eingebracht und aufbehalten werde, wo ansonsten aber derselbe sich in die Postämter niemals auf einige Weise einzumischen haben solle, und wie nun auch bei anderen Postämtern ein oder mehrere Cassen aufzurichten sein möchten, als solle mit solchen eine gleiche Disposition und Anstalt, wie mit der hiesigen, observirt und gehalten werden.

Tertio, daß nach Abzug des erst vorgedachten Graf Paarischen monatlichen postständlichen Cassa-Contingens aus denen übrigen Einkünften, insoweit solche erklärlich, und solchemnach ohne Graf Paarischen Entgelt, sowohl monatlich alle Einkünfte, welche zur Verschaffung der benötigten Postamts-Nothdurften erfordert werden, als auch auf Vorlegung Graf Paarischen Interims Quittungen deren Postmeistern und Officianten ausgewechselt werden wird, vor die hiesige Wienerische, wie auch vor die bei anderen Postämtern stehende, derzeit bestellte und künftig succedirende Postbeamte und Bediente, alle zu ihrer Subsistenz erforderliche Salaria, wie nicht weniger die bisher von der kais. Hofkammer denen Posten wegen Führung der Einkünften aber wider Verhoffen nicht erkläglich sein möchten, solche überzahlte Nothdurften, Salarien und Besoldungen aus anderen Unsern Cameral Mitteln richtig abgeführt und entrichtet werden sollen.

Quarto, daß zu desto bequemerer Aufsicht und Beförderung des Postwesens sowohl der jetzt, als künftige Vasallus, Possessor und Director in seiner eigenen Behausung die zur Postantrittung erforderliche Gelegenheit und Commodität, gleichwie es bisher geschehen, ohne weiteren Entgelt des kais. aemali fürhoh zu verschaffen gehalten sein solle. So viel aber den hiesigen, zum Obist Postamte gehörigen Poststall betrifft, wollen Wir solchen ihnen Grafen von Paar und seinen Leben-Successoren zum unum comode et onere dergestalten fürhoh perpetuall überlassen, daß er und dieselbigen sowohl an denen darzu nötigen Leuten und Pferden, als allen andern Erfordernissen auf sein und ihre Unkosten um bisher gewöhnliche Mitteld versehen und versorgen, hingegen Uns und Unserm aemali jährlich Zweitausend Gulden bezahlen, oder sich abziehen lassen, wie auch das sogenannte Aufsatzgeld und der neue Aufschlag Unserm aemali vorbehalten sein solle. Damit aber pro

Quinto auch dem vorgedachten werde, wann etwa wider Unseres Verhoffen das Postwesen durch Kriessläufe, Contagion oder andere Unglücksfälle gehindert, folglich auch in der Ertragnuß gehindert würde, so sollen dieselben in einem oder andern Land sich solche unglückliche Fälle und Contingent der Poststuden der Graf Paarischen Famili an ihrem übrigen utill der jährlichen 60000 Gulden so lang und viel zu keinem Abbruch gereichen, als lang die aus andern Unsern Erbländen einkommende Postgefall zu vollkommener Abstattung des jährlich erstgedachten Graf Paarischen utills und der davon monatlich fallenden Ratae erklecklich sein werden, wie dann anbei erst gedacht Graf Paarischer Famili in ihr arbitrium und meram facultatem gegeben und gesetzt wird, ihr monatliches Contingent davon bei einer Cassa allein, und bei welcher ihr gefälliger, oder bei mehreren in berührten Unsern Erbländen haltenden Cassen divisim omnium primo zu erheben und ihre Contentierung zu suchen, Anbelangend pro

Sexto, das bei diesen Postlehen ihren Vasallis zustehende honorarium, selbtes solle bei ihnen vorgedachten Grafen v. Paar und dessen mit investirter Famili und Successoren allerdings verbleiben, und mithin erwähnte Famili nicht allein bei denen bisherigen Titeln, praerogativen, immunität, auch übrigen Ehren und Administration und Direktion und allen andern postständlichen Verrichtungen, expeditionen, ordinationen, Correspondenzanweisungen, Quittungen, wie solches bisher exercirt worden und werden können, wie auch sonderbar bei gegenwärtigen tract und Punkten bestens geschützt und handgehabt werden. So viel aber die Auf- und Annehmung, auch Bestraf- und Absetzung deren Postofficianten anbelangt, da solle der zeitliche Postlebens Possessor und Director zu denen fürnehmern Postdiensten bei denen Sechszig Hauptstationen in Ländern, wozu vor demmal im Königreich Ungarn Pressburg, im Königreich böhmisch Prag, im Markgrathum Mähren Brünn, in dem Land unter der Enns Wien, in dem Land ob der Enns Linz, dann in L. O. Graiz benannt sein, Uns bei künftiger Erledigung (wessen es vor jetzt mit denen wirklichen Angestellten sein verbleiben hat) zu jeder derselben Ersetzung drei Subjecta vorschlagen, wo sodann derjenige, welchen Wir zur erledigten Stelle gnädigst resolviren werden, bei dem Obisten Postmeister, gleichwie bisher geschehen, das jurament ablegen, die beförigte Instruktion zu empfangen, auch sonst demselben in Postämtern allen Respekt und Gehorsam zu leisten, und also völlig von ihm zu dependiren haben solle, daß er Obist Postmeister gegen einen solchen Beamten auch mit gemessener Bestrafung, wie auch mit der Suspension vom Postdienst unmittelbar verfahren könne. Hingegen soll es mehrgedachten zeitlichen Postlebens-Possessori und Directori zustehen und gebühren, die übrigen sammentliche Postofficier, Postmeister, Postbeförderer und alle andern Beamte (für welche er auch zu stehen hat), nicht weniger alle unter ihm von Altersher gestandenen Couriers immediate aufzunehmen oder auch zu suspendiren, jedoch ohne vorherige Anzeige nicht zu entsetzen. Auf welche bestehende Anzeige wieder diese zu entsetzen kommende Beamte in denen Provinzen durch Anstellung einer Commission, damit der Postdienst nicht leide, abgeloßet und summarissime verfahren werden solle. Wie denn auch diejenigen Officianten, so zur Versorg- und Controlierung deren Cassen (Unserer kais. Hofkammer aufnehmen wird, von denselben allein zu dependiren haben werden.

Pro Septimo, daß jeder Punkten halber, welche wegen Einführung fernerer Postintraßen, Nutzungen und Gefäll, auch fürliche-Exequier- und Vollziehung desjenigen, was sowohl zu Conservir-, als augmentir- und Beförderung Unserer bei diesem Postwesen verstreuten Lehenherrlichen und Landfürstlichen Interesse gedächten ung und kann, über all obstehendes noch weiters zwischen vorerwähnter Unserer deputirten Hofcommission und gedacht Graf Paarischen Famili bishero abgeredet, verglichen und einmüthig geschlossen worden, eine ordentliche, diesen Ratz und obigen Sieben Punkten in nichts praedjudicirliche Instruktion verfasst

Garche der österreichischen Post.







aus auf die ersten um Wien liegenden Poststationen das Rittgeld für 1 Pferd statt des bisherigen Ausmaßes als einfache Station, als 1/2 Station berechnet, mithin für 1/2 Posten abgenommen werde. Der künftige Besitzer des Poststalles hat alle den üblichen Postmeistern zustehenden Rechte zu genießen, in Dienst-sachen den nämlichen Verbindlichkeiten zu unterliegen und wegen Erfüllung dieser Verbindlichkeiten eine Kaution von 50.000 fl. W.W. zu leisten. 2. Soll dem Fürsten und seinen natürlichen Lebensgenossen, nach deren Abgang aber den Mithelbeteiligten des fürstlich päpstlichen Mannesamtes die Würde des kais. k. k. Oberst Hof- und General-Länder-Postmeisters bis zur Erlösung des Fürst-päpstlichen Mannes-amtes innewährend verbleiben. 3. Soll dasselbe in dieser Eigenschaft den Hof auf den Reisen bedienen und dabei den Rang nach dem Oberstallmeister innehaben. 4. Sollen bei seinen Hofreisen von der das Postwesen administrierenden Hofstelle auf Anzeig des Fürsten die zur Begleitung nötigen Postbeamten bestimmt, dorthin, sowie auch die auf der Reise zu befördernden Postmeister in Disziplinarsachen zur Folgeleistung an den Fürsten angewiesen und ihm auch freigestellt werden, sich einen aus den bestimmten Postbeamten zur Beihilfe auszuwählen. 5. Auf seinen Privatreisen soll er für seine Person und sein mit-welche sich die Behabung erstreckt, unentgeltlich bedient werden. 6. Soll er in der Korrespondenz für sich, seine Gemahlin und Kinder als künftige Lebens-nuntiaten die Postfreiheit genießen. 7. Soll das Quantum von 66.000 fl. W.W. in Einkünfte dieser Güter als eine auf dem Postgalle laufende Schuld angesehen werden, in welcher keine wie immer geartete Veränderung eine Verminderung zu bewirken hat. 8. Diese Äquivalentschuld unterliegen nicht allein dem gesetz-allgemeinen Extrasteuern und der Einksteuer in eintretenden Fällen, sondern auch den 9. Wird dem Fürsten und seinen Lebensnuntiaten sowohl bei seinen Privat-behörungen, als bei seinen Hofaufsichtsräten das Posthorn als besondere Auszeichnung zu führen gestattet. 10. In allen übrigen Punkten hat es von den früheren Reversen von den Jahren 1722 und 1743 ganz abzukommen, auch hat es von jenen Rechten und Befugnissen, welche dem verstorbenen Oberst Hof- und General-Einkaufs-Postmeister Wenzel Fürsten von Paar für seine Person; ins-besondere unter 13. März 1793 bewilligt wurden, ganz abzukommen. 11. Da Carl Fürst von Paar für sich und seine Familie vermöge seiner Erklärung vom 22. Dezember 1812 mit Zustimmung seiner drei Brüder Johann, Ludwig und Nikolaus Grafen von Paar und mit Zustimmung des fürstlich päpstlichen Fideicommi- Curators und des Postintendanten-Generals den vom Kaiser verlangten Rechten vollständig entsagt, ausserdem abgetreten, und auf solche gänzlich und für immer Verzicht geleistet hat, so wird ihm dagegen von Kaiser und für die kaiserlichen Nachfolger versprochen, daß die Fürsten von Paar als getreue Lebensleute nach der Ordnung der Erstgeburt auch künftighin zu ewigen Zeiten in dem Besitze des kais. Postlebens mit jenen Ehren und Nutzungsrechten, wie solche vorhin fest-gesetzt worden, kräftig geschützt werden, die Fürsten von Paar hingegen sollen als Vasallen und Lebensleute, sowie es die Lebensrechte vorschreiben, erhalten sein, getreu und gewärtig zu sein, und alles dasjenige zu vollziehen, was getreue Lebensleute zum Nutzen und Besten ihres Lebens Herrn zu leisten verpflichtet und schuldig sind. (H. K. A. Cam. Fasc. 9/2 Nr. 430 und 552.)

Durch die Kaiserl. Friedensschlüsse und durch die Traktate des Wiener Kongresses sind mehrere, vorhin abgesessene Provinzen und Gebiete, in welchen die päpstliche Familie das Oberste Hof- und Länder-Postmeisteramt zu Lehen hatte, in den Vorhand der österreichischen Monarchie zurückgekommen. Über das Ansinnen des Carl Fürsten von Paar um die Lebensinvestitur in den zurück-gefallenen Provinzen wurde mit dem Postlebens-Revers vom 27. August 1819 der Beschluß vom 15. Juli 1813 auch auf alle revindizierten mit dem Königreich Ungarn verbundenen Herzogthümer Kärnten, Krain und Provinzial-Kroatien, in

der mit dem kaiserlich-österreichischen Hofe durch Vertrag vom 10. April 1814, in dem Österreichischen Kaiserthum eingetragenen Gebiete von Tirol und Triest, und dem zu Österreich ab der Linie wieder vereinigt, hies- und hienach-Viertel jedoch mit Ausnahme der im Innviertel gelegenen Poststädte zu Althaus, Braunau, Ried und Schwandlitz, erweitert, in dem ersten Revers jedoch bestimmt, daß der Fürst und seine Lebensnuntiaten das Oberste Hof- und Länder-Postmeisteramt auf ein höheres Geldäquivalent als die 66.000 fl. W.W. Anspruch zu machen, währendfalls diese Verhältnisse, welche Ausdehnung des Obersten Hof- und Länder-Postmeisteramts auf die vorerwähnten Pro-vinzen für möglich anzuwenden und als nicht orthod. geachtet werden solle, (H. K. A. Cam. Fasc. 9/2 Nr. 1010.)

Carl Fürst von Paar ist am 20. Dezember 1819 gestorben. Am 22. Oktober 1827 wurde der verwitwete Fürst Carl Ferdinand von Paar als Vormünderin der noch minderjährigen fürstlich päpstlichen Familie der Postlebensreife von 6. Oktober 1827 für die männliche Besondere unbenutzt, welcher mit jenem vom 27. August 1819 gleichlautend ist.

Auf diesen Grundlagen wurden dem Lebensnuntiaten Carl Fürsten von Paar auch die Lebensrechte vom 20. April 1826 und 17. Dezember 1831 aus-gefertigt. In dem letzteren Lebensrechte heißt es unter anderem: „so haben wir ihm Carl Fürsten von Paar für sich und seine adelichen Nachkommen natürlichen Geschlechts das Leben vorerwähnten Hof- und General-Länder-Postmeisteramts in der Erbherzogthum Österreich ob- und unter der Enns, jedoch mit Ausnahme der im Innviertel gelegenen Poststädte zu Althaus, Braunau, Ried und Schwandlitz, in dem kaiserlich-österreichischen Kaiserthum, in dem Herzogthum Ober- und Nieder-Oesterreich, in dem Herzogthum Steiermark, in dem mit dem Königreich-Illyrien verbundenen Herzogthum Kärnten und Krain, in der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska und in dem Gebiet der reichs-nuntiaten Stadt Triest, ferner in dem Königreich Ungarn in dem Königreich Kroatien und Slavonien in dem großfürstenthum Siebenbürgen mit Inbegriff des Sachsenlandes und der Wojwodina, soeben sammt dem Fürstlichen Banate mit allen in dem Revers vom 15. Juli 1813 festgesetzten Bedingungen, ver-leihen.“ (H. K. A. Nr. 850 F. 10.)

Als große Lebensrente für das der fürstlichen Familie Paar verlebene Post-Lehen wurden, in jedem Veränderungs-falle an Lebensrenten eingebracht: a) für sämtliche deutschen, böhmischen und illyrischen Provinzen 816 fl. 40 kr.; b) für Ungarn 750 fl. und c) für Siebenbürgen 250 Gulden.

## B. Die österreichischen Postlehen der Familie Taxis.

### 1. In Tirol und den vorderösterreichischen Ländern.

Die Familie der Grafen von Thun und Taxis war seit Anfang des 16. Jahr-hunderts im Besitze der Posten in Tirol und den vorderösterreichischen Ländern und mit dem obersten Hof- und General-Einkaufs-Postmeisteramt beauftragt. Die Bezirke von Isen, Trient und Rovereto, in welchen die Familien der Freiherren von Taxis und Fedrigotti besondere Gerichte zu besetzen, waren hierunter nicht begriffen. Im Jahre 1760 fand sich die österreichische Staatsverwaltung bestimmt, die Postverwaltung in Tirol und Vorderösterreich zu reorganisieren und den Grafen Taxischen Familie für die Abtretung des aus dem Postgalle in diesen Ländern gewonnenen Bezuges, sammt den dort eingeführten Postwagen ein Äquivalent von jährlichen 17.200 fl. anzusetzen. Dieses Äquivalent wurde im Jahre 1772 auf den Betrag von 20.000 Gulden W.W. erhöht und unter 25. August 1773 das oberste Postamt und Äquivalent von der Kaiserin Maria Theresia dem Joseph Grafen von Taxis als ein wahres Mannes- und Fürstenthum mit gänzlicher Aus-schließung der weiblichen Besondere gegen den verstorbenen Carl von Thun-



bringung des Postamtes einen geeigneten Ort unentgeltlich verschaffen, als dermaliger Praesent der Post Kommission eine genaue Ansicht auf richtige Besorgung des A. H. Interesses und Bests des Dienstes übernehmen, auf jeden Belehnungsfall eine Lehenaxe von 100 Dukaten erlegen, und in Ansehen des Postaequivalents weder für sich, noch für seine männliche Nachkommenschaft an das Avar einen weiteren Anspruch zu machen nicht befragt sein solle, dagegen wurde ihm der freie Genuß des Postalles beigelassen. (II. E. A. Cam. Fac. 9/7. Nr. 306.)

Am 20. September 1793 wurde unter den gleichen Modalitäten von Kaiser Franz II. das Postamt und Aequivalent dem Sohne des Joseph Grafen von Taxis Alexander — zu Lehen verliehen.

Durch den Pressburger Frieden (1805) fiel Tirol an Bayern. Alexander traf von Taxis herab auch nach dem Eintritte der bayrischen Regierung das Postaequivalent von 20.000 fl. W. W. C. M. weiter bis Ende Juli 1807. Um diese Zeit hatte das Bayerisch-Erzbischöfliche Landes-Kommissariat als Provinzial Kuratel nur die Hälfte des Postaequivalents mit 12.000 Gulden Reichswährung bei der Tirolischen Hauptkassa aus dem Grunde zugewiesen, weil das Postaequivalent nicht allein für die Posten in Tirol, sondern auch gleich für jene der Vorlande, deren Ergebnisse nicht mehr in die Tirolische Hauptkassa fließen, ausgemessen worden ist. Über vielfache Reklamationen wurden unterm 28. März 1809 einseitigen jährlich an Aequivalent 18.000 fl. entrichtet, bis ein definitum erfolgen würde. Da jedoch bald darauf der Krieg ausbrach, ist die Abrechnung und Zahlung der im Rückstande gebliebenen 6000 fl. nicht erfolgt. Am 2. Jänner 1811 erfolgte die kgl. Entscheidung, daß die jährliche Bezahlung von 24.000 fl. W. W. nicht mehr geschoben könne, weil die Krone Bayern sich nicht mehr im vollen Besitze des ehemaligen Oberpostamtsbezirktes Innsbruck durch die Abtretung eines Theiles vom Pustertal und des Walsch Tirol befindet. Bis August 1813 erhielt Alexander Graf von Taxis den Aequivalentsbeitrag von 12.000 fl. RW. in monatlichen Raten. Mit dieser Zeit hörte die Bezahlung der monatlichen 1000 fl. nach auf, weil die bayrische Regierung ohne Zustimmung des Grafen von Taxis ausgesprochen hat, daß statt der obigen 12.000 fl. in Geld, denselben Grundrenten von den ehemaligen deutschen Ordensgütern im Rentamtsbezirke Bräun in einem Anschlagpreise von 12.121 fl. 139 1/2 kr. in allodialer Eigenschaft unter der Bedingung überlassen werden, daß er sich mittels Reverses verpflichte, auf alle weiteren Forderungen an die Krone Bayern hinsichtlich des Postaequivalents zu verzichten. Im Dezember 1813 stellte Graf von Taxis den verlangten Revers aus, machte jedoch den Vorbehalt, seine Rechte gegen andere Staaten, die sich im Besitze der oben Vorlettern verbleibenden Posten befinden, geltend zu machen.

Gleich nach der Wiedervereinigung Tirols mit Österreich im Jahre 1814 machte Graf Alexander v. Taxis dringende Vorstellungen um Wiedereinsetzung in den vollen Genuß seines ehemaligen Postaequivalents von 20.000 fl. Mit dem Hof-Kammerdekrete vom 17. August 1818 Z. 36.513 — 1766 wurde dem Landesobertribunal in Tirol die A. H. Entscheidung bekannt gegeben, nach welcher sich S. M. geneigt erklärte, dem Grafen Alexander von Thurn und Taxis entweder das von der Hofkammer ausgemittelte Aequivalent von 12.000 fl. C. M. als eine auf das Postgefälle fundierte Rente in der Eigenschaft eines Manuskripts flüßig zu machen, wenn er sich ihm von der Krone Bayern verleihe eine Allod Sterzing und Malsbach von allen durch ihn kontrahierten Hypothekarkarten völlig deponiert zurückstellt, oder den gedachten Grafen in der Art zu behandeln, daß ihm die Rente von Sterzing und Malsbach in einem Anschlag von 6666 fl. 40 kr. C. M. W. W. als ein Allod überlassen bleiben, und nur ein Avers von jährlichen 5333 fl. 20 kr. C. M. in der Eigenschaft eines Manuskripts zur Ergänzung der obigen 12.000 fl. darauf gezahlt werden, und nur auf dieses die Nachfolger einen Lehenanspruch haben. Graf v. Thurn und Taxis hat sich für die letztere Alternative entschieden und den geforderten Revers dahin ausgestellt, daß er und alle seine Mitbeschlenen und den des Postaequivalents keine weitere Forderung mehr machen wollen. Der bezügliche Brief wurde dem Grafen Thurn und Taxis am 29. März 1820 unter Z. 6278

zugestellt und über das lehenbare Postaequivalent von 5333 fl. 20 kr. C. M. der erforderliche Lehenbrief ausfertigt; auch wurde ihm und seiner Familie das Oberst Hof- und General Erblandenpostamt in Tirol und den regierungswilligen V. O. Erblanden mit den diesem Amte anhängenden Ehrenprivilegien unter dem Lehenlande verliehen.

Alexander Graf von Thurn und Taxis ist am 25. Mai 1854 gestorben. In das Lehen von seinem Sohne und Lebensfolger Josef Graf von Thurn und Taxis und Taxisgehörig requiriert wurde, ist ihm von Landesobertribunal für Tirol und Vorarlberg das Aequivalent von 5333 fl. 20 kr. C. M. W. W. beim Cameral Zahlente in Innsbruck angewiesen worden.

## 2. In Trient und Bozen.

Am 20. Februar 1853 wurde die Postlands-Konferenz über das Postwesen in Trient, Bozen und Neumarkt den. Bologna von Taxis, so lange deren vom mündlichen Stimmte vorhanden sind, erteilt. Am 12. Oktober 1790 wurde von Kaiser Joseph I. dieses perpetuelle Successionsrecht bei den Hauptpostämtern in Trient und Bozen in ein wahres Mannlehen umgewandelt und angeordnet, daß die Taxis beim O. O. Lehenhof investiert werden.

Am 18. Juli 1714 erfolgte unter Kaiser Karl VI. die erbliche Belehnung als „Oberriste Postmeister an der Eltsch“.

Nach Ableben des Lorenz Anton Freiherr Bologna von Taxis im Jahre 1713 wurde die Investitur der beiden lehenbaren Postämter an Trient und Bozen dem Ferdinand Philipp Bologna Freiherr von Taxis erteilt. Anlässlich der im Jahre 1769 erfolgten Inkorporierung des Tiroler Postwesens wurde dem damaligen Postlehensträger und Oberriste Postmeister zu Bozen, Ferdinand Philipp Freiherr von Taxis ein Aequivalent von 5205 fl. 9 kr. und jenseit zu Trient, Johann Franz Freiherr von Taxis ein solches von 3479 fl. 44 kr. ausgemessen. Gegen dieses Ausmaß haben die beiden Taxis Beschwerde erhoben. Im Jahre 1774 bezah ein Vergleich zu Stande, nach welchem das jährliche Aequivalent für Bozen auf 5800 fl. WW., und für Trient auf 4200 fl. (im Jahre 1785 auf 4121 fl.) erhöht wurde. Außerdem wurde den Lehensträgern der Vorschlag zu allen in Erhaltung kommenden Postförderstellen, das Honorarium der Postadministration, die Befugnis der Ernennung der anderen Beamten, sowie der Bezug der Extra-Estimator-Eindienste eingeräumt.

Im Jahre 1776 trat nach dem Ableben des Ferdinand Philipp Freiherr v. Taxis dessen Sohn, Lorenz Michael, und nach dessen Tode nach im gleichen Jahre der nächstälteste Sohn Ferdinands, Franz Joseph Freiherr von Taxis in die Lehenrechte als Oberriste Postmeister zu Bozen und ab der Eltsch. 1798 war Lehensträger zu Trient Alois Freiherr von Taxis.

Am 30. Oktober 1807 wurde von Maximilian Joseph, König von Bayern die folgende Lehenurkunde für Ferdinand Freiherr von Taxis angefertigt: „Wir Maximilian Joseph, von Gottes Gnaden König von Bayern, bekennen, nachdem Uns durch die Bestimmungen des Pressburger Friedensschlusses vom 26. Jänner 1805, dann durch die Erläuterung des Reichsvertrages und der Raddischen Bundesakte vom 12. Juli 1806 die Oberlehenherrlichen Rechte über alle im ganzen Lande und Brixen gelegenen Lehen (mit Einschluß der vormals von Sulzbürgischen oder einem anderen auswärtigen Lehenhofs ausgeglichen, der deutschen Reichs- und Domkapitel'schen, der Fehrmischen, Haller-Sonnenburger, auch ständlicher Herr und Landesfürst inhaben, daß darauf von Uns gekommen sey Unser hoher getreuer Ferdinand Freiherr von Taxis Bologna und Vologna und Us a. n. gebeten habe; daß Wir ihm als Seniori-familia für sich selbst und als Lehensträger seines Bruders Egid Freiherr von Taxis inmassen dessen anderer Linder



## C. Das Postlehen in Roveredo.

Nach dem Ableben des Postmeisters Giovanni Simonini zu Roveredo wurde dieses Postamt von Erzherrzog Ferdinand Karl am 8. April 1649 dem O. O. Regiment- und Kommissär an den italienischen Grenzen Grafen Cosmas de Cosmi überlassen und am 22. Februar 1652 samt allen Gerechtigkeiten, Nutzen und Einkünften als ein Fideikommiss dergestalt verliehen und investiert, daß dasselbe jederzeit der älteste seiner ehelichen männlichen Descendenz besitzen, nach deren Abgang aber sein leiblicher Bruder Johann Baptista und seine Söhne darin sukzedieren sollten. Eine gleiche Konfirmation erfolgte von Erzherrzog Sigmund Franz zu Österreich unterm 26. November 1661, doch wurde die Bedingung gestellt, daß Graf Cosmi und seine Nachfolger schuldig sein sollten, dieses Postamt, falls sie selbst nicht in loco sein würden, jedesmal durch einen deutschen Substituten verwaltet zu lassen, welcher ein „National und im Land angesehener, hiezu auch qualifizierter Unterthan sein solle“. Am 9. Juli 1666 wurde diese Konfirmation von Kaiser Leopold erneuert. (Arch. Min. d. Inn. V. C. 4. Nr. 31). 1673 folgte im Ante Triam Graf von Cosmi, 1681 Camillo Graf von Cosmi, 1689 Amerigo Graf von Cosmi.

Mit dem 1740 erfolgten Tode des Josef Camillo Grafen de Cosmi ist die Graf Cosmisch männliche Linie zu Verona gänzlich erloschen und danach die derselben als Fideikommiss verliehen gewesene Post zu Roveredo frei geworden. Diese Post wurde nun am 15. Juni 1740 dem Mathias Gressori von Breitenstein gegen von ihm angebotenen Erlag von 34.000 Gulden in der Eigenschaft als Mannslehen für sich, seine Söhne und deren männliche Descendenten verliehen.

Im Jahre 1753 hat Josef Modest Fedrigotti von Oelsfeld den Konsens zum Kaufe dieses Lehens vom Freiherrn von Gressori erhalten. Anlässlich der 1769 erfolgten Inkamierung des Postwesens in Tirol wurde dem Lehenträger ein Äquivalent von jährlich 3460 fl in C. M. W. W. ausgesetzt. Im Postlehen folgten Josef Maria von Fedrigotti, Peter Graf von Fedrigotti († 1831), Josef Graf von Fedrigotti († 1837) und Anton Graf von Fedrigotti, welchem die Lebensverrentung für sich und seinen Bruder Ludwig im Jahre 1837 vom Kabinettum für Tirol und Vorarlberg als landesfürstliche Lehenstube verliehen wurde.

## D. Das Reichspostlehen in Venedig.

Nach dem Ableben des letzten Vasallen Karl Ferdinand Grafen von Thurn und Taxis wurde vom Kaiser Franz II. unterm 23. Februar 1797 dem Franz Grafen von Colloredo und seinen ehelichen männlichen Nachkommen das Oberste und General-Postmeisteramt im Staate Venedig und seinem ganzen Gebiete bis Trient als wahres Mannslehen (das sogenannte Flandrische Reichspostlehen) verliehen. Die in lateinischer Sprache angefertigte Urkunde lautet in wörtlicher Übersetzung wie folgt: „Wir Franz II., von Gottes Gnaden ewiger römischer Kaiser, allezeit Mäher des Reichs, König in Germanien, zu Ungarn, Böhmen, Palmatien, Croatien, Slavonien, Galizien, Lodomerien und Jerusalem, I. H. von Österreich, Herzog von Burgund, Lothringen, Steiermark, Kärnten und Krain, Großherzog von Toscana, Großfürst von Siebenbürgen, Markgraf von Mähren, Herzog von Brabant, Limburg, Luxemburg und Geldern, Württemberg, Ober und Nieder Schlesien, Mailand, Mantua, Parma, Piacenza, Quastalla, Osvicim und Zator, Calabrien, Bari, Monterrat und Tescchen, Fürst von Schwaben und Caropolis, Graf von Habsburg, Flandern, Tirol, Itanau, Kyburg, Görz und Gradiska, Markgraf des heil. Römischen Reiches Burgau, Ober und Nieder Lausitz, St. Pont a Mousson und La Mentana, Graf von St. Namur, der Provinz Vaudemont, Blamont, St. Zutphen, Saarwerda, Salma und Falkenstein, Herr der Mark Slavonien und St. Mechteln, bekennen und machen hienit allermöglichst bekannt, daß Wir, nach dem Unser und des heiligen Römischen Reiches Lehen des obersten Antes der Postkurie im Staate und des ganzen Gebietes Venedig bis Trient nach dem Ableben des letzten Vasallen Carl Ferdinand Grafen von Thurn und Taxis er-

geschichte der österreichischen Post

8

Danach den geistlichen Stand angetreten hat, auch anstatt weiland seines Vaters Bruders Joseph Hieronymus: nem statt der von dem leidet gewesen Lehenträger Alois Freiherr von Taxis zurückgelassenen Söhne Peter Vigi, Johann Nepomuk Alexander und Felix, dann anstatt desselben Bruders Peter Paul, beide Postämter zu Trient und Bozen samt den dazu gehörigen Orten und Pösten, welche in Nachfolge des Hofdekrets vom 20. November 1683 und hienit bestimmter Successionsordnung unterm 20. Mai 1700 der Freilichlich von Taxis-chen Familie zu einem rechten Mannslehen überlassen, somit aber vernachlässigt Hofre-solution vom November 1703 die ob-selben beiden Postämtern von ihnen Freiherrn von Taxis ehonor bezogenen Post-sollfälle eingezogen und anstatt deren ihnen da jährliches Äquivalent n. z. für das Postamt zu Bozen einschließlich des ehonorirten Äquivalent-Zusatzes per 305 fl W. W., id. est 369 fl 36 kr nach dem 24 fl Fuß, in Folge Hofdekrets vom 20. August 1744 . . . 380 fl W. W. oder nach dem 24 fl Fuß 6960 fl, für das Postamt zu Trient aber einschließlich des ehonorirten Zusatzes per 221 fl W. W., id. est 265 fl 21 kr nach dem 24 fl Fuß, nimmlich 4421 fl W. W. oder nach dem 24 fl Fuß 5205 fl 12 kr bestimmt, und der freie Genuß des Poststabes belassen werden, worauf ihnen mit Rücksicht auf die Verhältnisse auch die Ritt- und Wartegelder für die Postämter zu Bozen und Trient durch verschiedene Hof-dekrete, und insbesondere durch jenes vom 26. April 1784 bemessen und das Befugniß eingeräumt wurde, die oben erwähnten Äquivalente nebst den Ritt- und Wartgeldern aus den incamerirten Postfällen in Quartalfrieten zu empfangen und die Verwaltung beider Postämter als ein gnädigst beigegebenes Honorificum ferners auszuüben, zu Lehen wieder zu verlehnen n. z. g. gerufen zu werden, da ihm um so-thane Postämter und die dafür ausgesetzten Äquivalente mit den zu diesen beiden Postämtern gehörigen Pösten und Orten auf Unseren A. H. Regierungsantritt Alois Freiherr von Taxis als letztgewesener Senioris Familiae und Lehenträgers von Uns zu empfangen gebühret; so haben Wir seiner Bitte willfahrt und ihm Ferdinand Freiherrn von Taxis Borlogna und Vallenliga als Seniori Familiae für sich selbst und als Lehenträger, wie obsteht, bemelte Postämter und Äquivalente zu verlehnen Mündelchen n. z. g. verlehnen, Verleihen, auch hienit wesentlich in Kraft dieses Briefs, was Wir ihm zu Recht daran verleißen sollen und mögen, also daß sie und ihre eheliche männliche Leihserben solches Lehen nach Inhalt der wegen der Administration und des Lebensendes unterm 22. März 1710 und 10. Jänner 1711 ergangenen, den hienüt getroffenen Vergleich bestätigenden Resolutionen, auch nach Maßgab mehrerwähnter anderweitiger Hofdekrete inhaben, nutzen und genießen sollen und mögen, als Lehen- und Landrecht ist.

Und er Ferdinand Freiherr von Taxis soll Uns davon allezeit getren, geboren, dienstlich und gewarig sein, auch die Comiere und Estaffeten nach alter ihrer Möglichkeit jedesmal befördern, und in dem übrigen alles dasjenige thun und vollziehen, was ein getreuer Lehen-Vasall seiner Lehen-Herrschaft den gemeinen und Tyrolischen Lehen-erben nach zu thun schuldig und verbunden ist, wie dann nach dieses Lehen auf jeden Veränderungsfall von Uns und Unseren Erben wieder gebührend empfangen, der gewöhnliche Lehen-Revers abzugeben und jedesmal Unserm Tyrolisch General-Taxationsamte 120 fl W. W. an Lehenzux zu bezahlen sind. Inmassen Uns er Ferdinand Freiherr von Taxis dann darum gelobt, und einen beliblichen Eid zu Gott geschworen hat. Ohne Gefährde Mit Erkund dieses Briefs, Gegeben in Unserer Hauptstadt Innsbruck am 30. Tag des Monats Octoberim Jahre Einundsechshundert und sieben- (H. N. A. Cam. Fasc. 9/6 Nr. 702 Z. 1854—71.)

Als im Jahre 1809 Wilschitrol mit Bozen an das Königreich Italien fiel, setzte die italienische Regierung das Äquivalent auf 14.918 Lire 88 Cent. lural. Nach dem Falle des französischen Kaiserreichs wurde 1814 Tirol mit Österreich wieder vereinigt, und wurden dem Ferdinand Freiherr von Taxis als Lehen-träger der Oberpostämter Bozen und Trient die lehensbaren Postäquivalente im früheren Ausmaße wieder angewiesen und vom 1. November 1820 ab dem Provinzial-Kameral-Zahlamte in Innsbruck zur Auszahlung übertragen.



bedigt ist, uns nichts mehr zu Herzen nehmen, als jenen öffentlich ein besonderes Zeichen Unserer kaiserlichen Wohlwollen und Gnade zu geben, welche nicht allein von Alters her durch die Verdienste ihrer Vorfahren, sondern auch vor Allen besonders durch ihre eigenen Uns nützlich erwiesen. Indem Wir daher die rühmliche Ritterschafft, merckwürdliche Treue und überhaupt Eifer mit welchen sich der ansehnliche und rühmliche Ritter des goldenen Vlieses, Kammer-Präsident und Unser wirklich gehobener R. K. Konferenz- und Unser gelehrter Kabinetsthe von Colloredo um Uns, das heilige Römische Reich und Unser kaiserliches Haus wohl verdient gemacht und hievon bei jeder sich ergebenden Gelegenheit unabweisliche Proben gegeben hat, bedenken, Ehren und begünstigen Wir hienmit in Uebung setzen, welche ihre Devotion und Treue Uns und dem heiligen Reiche aufträgt, erzeigen und für ihre Person zu erzeigen sich bemühen, und haben aus Unserm festen Wissen, mit wohlbedachten Mat, zeitlichen Entschädte, aus kaiserlicher Maßvollkommenheit dem benannten Franz Grafen von Colloredo und seinen eheleichen manlichen Nachkommen im Staate Venedig und seinem ganzen Fürstenthum und öffentlichen Laifer (nach Vorher von demselben geleistet und von seinen Nachfolgern gegebenen Fällen immer pflichtgemäß zu leistenden) Schwer der Treue und des Gehorsams) an erster Stelle zu Lehen gehen, verbleiben und spenden, wie Wir es ihm gegenwärtig geben, verbleiben und spenden, so daß er das besagte Postamt im Venetianischen Gebiete als ein wahres Mannslohn von Uns und Unsern Nachfolgern in ununterbrochenem Besitze behalten möge, alle und jede mit dem besagten Lehen verbundene Vorrchte, Beitz, Ehren, Würden, Begünstigungen, Begünstigungen, Vorteile nutzen und nicht möge und solle, jedoch unter den von besagten Grafen von Colloredo Uns reversmäßig verbliebenen und von dessen Nachfolgern in welchem Falle immer klar zu verbliebenen Bedingungen, nicht den Hindernisse zu begeben, was dagegen angewendet oder geändert werden könnte, was Alles Wir durch Macht und Wissen, wie oben, beschränkt und beschränkt wissen wollen, doch unbeschadet Unserer, des heiligen Römischen Reichs und Anderer Rechte.

Weshalb Wir den hochansehnlichen Fürsten, wie die Venetianische Herrschaft und deren Beamte und Diener in Wohlwollen verhalten und in Milde aufordern; dem Orator aber, den Beamten und Dienern und Unsern Untergebenen und jedweden des heiligen Reichs, welche sich sowohl in der Stadt selbst und im Venetianischen Gebiete, als wo immer in Italien und den übrigen Provinzen gegenwärtig und künftig aufhalten, strenge befehlen, daß sie den oft genannten Franz Grafen von Colloredo als den höchsten Vorgesetzten Unserer kaiserlichen Posten erkennen, halten, ansehen und ehren, und denselben oder die durch ihn hienzu bestimmten im Gebrauche oder der Ausübung dieses Postamts sowohl in der Stadt Venedig und den anderen diesem Gebiete zugehörigen Orten, als auch außerhalb des Venetianischen Gebietes, ebenso im ganzen Distrikte von der Stadt Venedig bis Trient alle und jede diesem Amte abhängenden Begünstigungen und Vorrchte frei nutzen; neben, vorziehen und genießen lassen, in denselben fest halten und beschützen, und nicht darauf sehen, daß er durch jene, denen es zukommt, festgehalten und beschützt werde, und diesen Unsern Investitur- und Privilegienbrief festiglich befolgen und auch von anderen, so viel es an ihnen liegen wird, befolgen lassen, in wie weit der oberste Fürst, Senat und die Venetianische Herrschaft Uns die Angelegenheit in Erkenntnis Unserer kaiserl. Wohlwollens anzuwenden zu machen, Unsere und des heiligen Reichs schwerste Ugnade und außerdem eine Strafe von 50 Mark Geldes zur Halfte an unsren Fiskus, oder das kaiserl. Avar abzuführen, zur anderen Halfte aber dem an ihrem Nutzen Unrecht habenden zu bezahlen, zu vermeiden wissen werden. Mit Urkund dieses Briefs, Unserer eigenthümlichen Unterschrift und Unserem abhängenden kaiserl. Siegel, gegeben zu

Wien am 23. Februar 1797. Unserer Reiche des Römischen, Ungarischen und Böhmischen im fünften. (U. K. A. Cam. Fasc. 9/8 Nr. 914 ex 1814.)

Mit dem Ratifikation- und Konfirmationsbriefe Kaiser Franz II. von 23. Februar 1804 erfolgte die Einlösung des Reichspostlehen in Venedig. Von November 1803 wurde die Leitung dieses Postwesens und der Anstellung sämtlicher bezüglichen Personen und die freie Benützung in die österr. Staatsverwaltung übernommen und mit der Kameral-Hofpostanstalts-Expedition vereinigt. Dem Reichsgrafen von Colloredo, seinen manlichen Lehen-erben und Erbsöhnen, welche bei allen Vorrchten, Freiheiten und dem Reichsvertrande nach dem Lehenbriefe vom 23. Februar 1797 unbeschränkt zu verbleiben hatten, wurde ein jährliches Äquivalent von 10.000 fl. bei der Wiener Kameral-kassa angewiesen. (U. K. A. Venezia, Ragalia delle Poste J. IX 1796—1813.)

Anlässlich der Loslösung der venetianischen Staaten von Kaiserthron war der Lehenbrief und das Äquivalent von 10.000 fl. erloschen. Im September 1814 hat ihn die Gräfin Victoria Colloredo, geborene Gräfin Crenzeville, um Verleihung des Venetianischen Reichspostlehen für ihren minderjährigen Sohn Franz gebeten. Das Äquivalent von 10.000 fl. C. M. wurde vom Zeitpunkt der Wiederherstellung der Venetianischen Staaten, vom 26. April 1814 an zur Zahlung bei der k. k. Zentralkassa zu Venedig wieder angewiesen. (U. K. A. C. F. 9/8 Nr. 648 ex 1819.)

## E. Das römische Postlehen.

Kaiser Karl VI. verließ mit Urkunde vom 16. März 1740 dem Michael Fürsten von Thurn und Taxis die österreichische Postrechtlichkeit in Rom unter der ausdrücklichen Bedingung, daraus ein Majorat zu bilden, das nach Absterben der männlichen Descendenz auf die weibliche Linie überzugehen habe. Aus der Belehnungsurkunde geht hervor, daß der Monarch dieser fürstlichen Familie aus besonderer Huld und Gnade dadurch die Existenz sichern und ihr eine gewisse jährliche Revenue zuwenden wollte. Michael Fürst von Thurn und Taxis blieb im Besitze dieser schon seinen Vorfahren verliehenen, vorhin dem Erzhause Österreich zugehörigen Postrechtlichkeit in Rom bis zum Jahre 1755, wo die Kaiserin Maria Theresia die Einlösung des römischen Postlehen von genannten Fürsten bewilligte. Die Einlösungssumme wurde auf 200.181 fl. C. M. festgesetzt. Von dieser Summe wurden dem Oberhofkammermann gemäß 16.000 fl. C. M. zur Bezahlung privater Ausstände verwendet, der Rest von 184.181 fl. C. M. bei dem Wiener Stadtbau zu 6% Interessen deponiert. Dieser letztere Betrag sollte nach den in der Belehnungsurkunde vom 16. März 1740 enthaltenen Bestimmungen das Stammkapital des Majorats bilden und so lange bei dem Wiener Stadtbau mit einer Verzinsung von 6% deponiert bleiben, bis sich eine Gelegenheit zu einem vorteilhaften Ankauf einer Herrschaft in den österr. Lehenstaaten ergeben werde. Fürst Michael von Thurn und Taxis gab hienzu seine Einwilligung. Als in der Folge die Interessen beim Wiener Stadtbau von 6 auf 5, und später auf 4% reduziert wurden, ist dem Fürsten Michael von Thurn und Taxis der hiendurch verminderte Interessenbetrag auf den vormaligen Betrag von 9250 fl. C. M. wieder gebracht und das Kapital entsprechend erhöht worden.

Im Jahre 1766 wurde das den Jesuiten in Mantua gehörige Gut „la corte Mantovana“ zum Verkaufe öffentlich ausgetobt. Fürst Michael von Thurn u. Taxis fand diese Besitzung für seine Familie vorteilhaft, und da das beim Wiener Stadtbau hinterlegte Kapital nach dem erklärten Willen der Kaiserin Maria Theresia abzurufen zum Ankauf einer Herrschaft bestimmt war, hat derselbe im Überflusse des erwählten Gutes gegen Vorzicht auf das Kapital, indem der Wert dieser Besitzung demselben gleichkommen und der Ertrag aus dem Gute den erwählten Interessenbetrag erreichen dürfte, der Ertrag der Corte Mantovana im Jahre 1768 von 9976 fl. C. M. gegen den Interessengeld von Wiener Stadtbau per 9250 fl. C. M. ergab einen größeren Nutzen von 726 fl. C. M. jährlich.



Bessungsgesucht wurde das erhaltene Gut von den Leuten gekauft, und um das Avar von der Interessengruppe zu erhalten, statt des Hancockpals von 1541-1542 M. als Fürstlich Thurn Taxisches Majoratgut substituiert und als bedingtes Aemtergut für die allgemeine Pauschalität in dem Michael Fürsten von Thurn und Taxis übergeben und eine eigene Urkunde ausgefertigt, in welcher zugleich die Rechte des k. k. Hofes auf dessen Rückfall nach Erlösung der männlichen und weiblichen Verwandten des genannten Fürsten vorbehalten wurden.

Schon Fürst Michael von Thurn und Taxis administrierte das Gut Corte Mantovana, von nun an auch „Torrana“ genannt, sehr vollkommen und auf eine Art, welche eine Besserung desselben bezogen ließ. Eine fortwährende Verminderung des Ertrages, der nicht einmal den vorigen Interessengruppe mehr erreichte, war die Folge davon.

Um das Interesse des Avars für den möglichen Rückfall zu sichern, und um die lebenslängliche Verbindung seines Sohnes mit einer gräflich Colloredo zu erreichen, wurde dem genannten Fürsten über einen vom Hof- und Staatsminister Fürsten von Kamnitz unterm 13. November 1777 erstatteten und von Maria Theresia genehmigten Antrag der Vorschlag gemacht, das Gut unter eine Administration zu stellen. Allein auch die eingelegte Administration hatte nicht den gewünschten Erfolg und die Torrana wurde überdies durch Einrisse des Po beträchtlich deterioriert.

Fürst Michael von Thurn und Taxis stellte daher die Bitte um Wiederherstellung des ehemaligen fidei-commissarischen gegen Rückgabe des Gutes Torrana, allein Maria Theresia wies dieses Ansuchen zurück und befohl, die Administration fortzusetzen. Als im Jahre 1790 Fürst von Thurn und Taxis starb, wurde auf Ansuchen seines Sohnes, des Fürsten Anton, mit Genehmigung Kaiser Leopold II. die Verwaltung und Administration der Torrana aufgehoben und die Verwaltung des Gutes dem genannten Fürsten übergeben. Im Jahre 1804 erfolgte das Ableben des Fürsten Anton, das letzten männlichen Besonderen der Familie, und dieses gab der bestehenden italienischen Regierung Veranlassung zur Einziehung des Gutes Torrana. Torrana wurde von 22. November 1806 bis letzten April 1813 durch das Decretum veräußert und erst in letzterem Jahre verordnete der damalige Viceröy von Italien die Zurückgabe dieses Gutes als ein Alod zur freien Disposition der Familie.

#### Postmeister.

Unter Kaiser Ferdinand I. dürfen die Postmeister für die Angelegenheiten des Hofes über ihre ordinari noch 3 Pfunde halten, doch waren sie verpflichtet, gegen den Bezug eines jährlichen Pauschalbates von 20 fl zur Verwahrung der Briefe in Wien, Prag, Trient, Innsbruck und Augsburg immer „Pulgen“ und Wechselbücher in Vorrat zu halten.

Aus einer Urkunde vom Jahre 1631 geht hervor, daß den Postmeistern die von den aufgehobenen Briefen und Paketen eingehobenen Gelder als ein Regale verblieben. Von dem kaiserlichen Brautem, dann den Botschaftern und Agenten, welche die Portofreiheit genossen, erhielten sie Neujahresgeschenke.

Im Jahre 1722 wurden den Postmeistern in Beger, Pilsen, Glatz, Laibach, Oden und Odenburg, dann jenen auf der Strasse zwischen Wien und Prag, Graz, Brünn, Linz, Preßburg und Odenburg die Hälfte, den übrigen aber  $\frac{2}{5}$  von den eingehobenen Briefporto (Briefportobateil) belassen, der Ueberschuss war pro Avar zu verrechnen.

Im Jahre 1726 wurde das Aufsitzgeld aufgehoben und das Ritzgeld auf 15 Groschen gegen den herabgesetzten, daß von den Postbeförderern die pro Surrogato selbst eingehobenen 6000 Gulden dem Avar richtig abgeführt werden. (H. K. A. Postakten 1723—1736.)

Mehreren Postmeistern wurde das eingehobene Briefgeld gegen Zahlung eines bestimmten Betrages ganz in Bestand überlassen.

Vom 1. Februar 1721 an wurde den Untervogts-Postmeistern, welche an Briefgeldern Vierteljahre bis 60 fl verrechneten, die Hälfte, jenen, deren Briefgeld-Einkünften 120 fl erreichten,  $\frac{1}{2}$  und jenen mit einer Einkünfte von 200 fl und darüber  $\frac{3}{4}$  als Briefportobateil belassen. Für die Besorgung der Postwagen-Geschäfte erhielten sie 50% von der Fahrgeldentnahme. Als besondere Vorrechte wurden den Postmeistern schon mit dem Patente kaiserlicher Postmeister vom 2. April 1602 die Befreiung von Militärschulden im Posthause und mit dem Patente Kaiser Ferdinands II. vom 20. Mai 1623 auch die Befreiung von aller Wacht und anderer dergleichen Lasten, Krongeldentnahmen und Auflagen eingeräumt. Ebenso waren sie von der Jagdsteuern und Auflagen entlassen.

Um den Postmeistern in den Kfzstaaten bei der damaligen Trennung aller Artikel eine ergiebige Hilfe zu verschaffen, wurde im Jahre 1609 jenen Postmeistern, welche statt einer bestimmten Besoldung einen Anteil am Briefpostgeössen, falls derselbe jährlich 200 fl nicht betrug, gegen Einziehung dieses Anteiles ein jährlicher Gehalt von 200 fl bewilligt und der bestandene Unterschied in der Bezahlung der Avarial- und Privatbriefe aufgehoben.

Bis zum Jahre 1722 war das Poststatut in Österreich mit allen Einkünften ein Erblehen, womit die Familie Par belehnt war. In diesem Jahre trat, wie bereits früher erwähnt wurde, die grafliche Familie die Postkünfte der Staatsverwaltung gegen Entschädigung ab, und hatte der jwähliche Erblehen nur noch die Leitung des Postwesens als ein Staatsanstellung zu besorgen. Im Jahre 1813 der Staat auch diese Leitung übernahm. Das ursprüngliche Erblehenverhältnis hatte zur Folge, daß der in jener Zeit auf die Briefbeförderung beschränkte Postdienst den Postmeistern in ähnlicher Form, wie das ganze Postdienst dem Erblehensträger von diesem letzteren gleichsam ebenso erblich gegen unentgeltliche Beförderung der ordinari Posten, zugleich aber denselben der Pfandwechsel behufs Beförderung der Reisenden anschließend eingeräumt wurde. Im Verlaufe der Zeit entwickelte sich das Poststatut in allen seinen Zweigen, es wurde unmittelbar Staatsanstellung, und der Begriff des Staatsfactes stand namentlich im Widerspruch mit manchen, in den Verleihungsurkunden des Postmeisterdienstes enthaltenen Bedingungen, namentlich jenen, welche sich auf die Teilnahme an dem Portobetrag bezogen. Bessungsgesucht wurde die Verleihungsform mittelst der Erblehenprivilegien, wo diese einmal bestanden und selbst bei neuen Verleihungen beibehalten, und nur hier und dort teils zu speziellen, teils zu allgemein angeordneten Klauseln die Zulicht genommen, um das Interesse des Staatsfactes zu wahren und dem Postmeister eine freiere Entwicklung zu sichern.

Bezüglich der Portobateile erfolgte im Jahre 1798 die Entscheidung, daß die Postmeister auf die im Interesse der Staatskassen verfallende Portobateile keinen Anspruch machen können, daher bei Bessung der Portobateile das Mittel, um welches der Portosatz erhöht worden war, in Abschlag gebracht wurde. Die angenommene Tendenz, das Postwesen gleich anderen Staatsanstellungen als einen Lohndienst durch die Postmeister besorgen zu lassen, führte jedoch in der Praxis nicht zum Ziele. Die angeordneten Vorbehalte wurden teils den Privilegien eingeschaltet, teils weggelassen, was einen neuen Unterschied in den vorhandenen Erblehenprivilegien herbeiführte. Es gab Privilegien, mittelst welcher lediglich der erbliche Postdienst verliehen wurde, andere sicherten dem Postmeister einen angemessenen Lohn, andere einen bestimmten Anteil an der Portobateile usw. Hierzu kamen wohl die langwierigen Kriege und die hierauf folgenden Finanzverlegenheiten, durch welche die Postmeister hart mitgenommen wurden; die nächste Veranlassung, daß, welche die Postmeister hart mitgenommen wurden; die nächsten Verhältnisse zu erhalten und den Postdienst im Ganzen unter bestehenden die gelegene Ausbesserung.

Nach hergestellter Ordnung im Staatshaushalte und mit der fortschreitenden Entwicklung des Postwesens traten die Folgen hervor, welche das in früherer Zeit



durch die Verhältnisse herbeigeführt, die bei unbuchformigen Verfahren bei der Stellung der Postmeister in das Rechtsverhältnis dieser letzteren gegenüber der Staatsverwaltung gebracht hatte. Zahlreiche Beschwerden und Rechtsstreite wurden, gestützt auf sehr verschiedendartig lautende Verleihungsurkunden, gegen die Staatsverwaltung aus Anlaß von Entziehungen erhoben. Die Ansicht, daß die Befugnisse, den Postdienst auszuüben, das wesentlichste Recht der Postmeister bilde, zeichnete der Staatsverwaltung die Bahn vor, welche bei dem Fortschreiten der Postentziehungen gegenüber den Postmeistern einzuschlagen war. Die Ansprüche der entzogenen Postmeister wurden nur nach den ausdrücklichen Bestimmungen der Urkunden gewährt, die durch letztere den Postmeistern übertragene persönlichen Rechte durch Venehmung der Übertragung derselben in enge Grenzen gezogen, und durch die bei neuen Verleihungen eingeführten Dienstverträge war der Weg zu einem künftigen, allgemeinen rein vertragmäßigen Dienstverhältnis zwischen den Postmeistern und der Staatsverwaltung eröffnet worden. (Vgl. F. M. A. Cam. Fasc. 9 Nr. 569 u. 1589.)

Und so entstanden drei verschiedene Klassen von Postmeistern, und zwar: 1. Erbliche, welche nach Inhalt ihres Privilegiums berechtigt waren, ihre erbliche Poststation welche Rechtskraft auf die Zeit des Besitzes an die Glieder der Familie abzutreten oder an ein zum Postdienst fähiges Individuum nach dem Legalpreis zu verkaufen. Die erblichen Postmeister waren mit Ausnahme weniger verpflichtet, die Briefpost wöchentlich 2 mal auf zwei Seiten unentgeltlich zu befördern. 2. Nicht erbliche, welche nach einem 10-jährigen untadelhaften Besitze der Poststation nur die Befugnis hatten, ihre nicht erbliche Station an ein geeignetes Individuum nach vorläufiger Genehmigung der Hofkammer um den Legalpreis abzutreten. Wenn jedoch der Postmeister nicht durch 10 Jahre den Postdienst versehen hatte oder wenn er gestorben und die Abtretung der Station an ein anderes Individuum nicht vorher angesetzt wurde, wurde diese Befugnis eingezogen und der erledigte Postdienst mit gegen Abschließung eines Vertrages wieder verliehen. 3. Jene Postmeister, mit welchen ein Dienstvertrag bestand und in welchem eine gegenseitige halbjährige Aufkündigung ausbedungen wurde.

Die Postmeister wurden nicht als wirkliche Staatsbeamte angesehen und ihre Witwen und Kinder erhielten keine Pension und keine Erziehungsbeträge. Die Statuten wurden öfters an Bürger verlichen, die ihre Handwerke oder Gewerbe neben der Postmeisterstelle fortführten.

Im Jahre 1840 wurde daran gegangen, die von den Postmeistern bezogenen Portanteile einzustellen und statt derselben Porto-Anfohls-Äquivalente nach bestimmten Dividenden, beziehungsweise jährliche Feststellungen festzusetzen.

### III. Die Organisation der österreichischen Postanstalt.

### f. Verwaltungsdienst.

Mit dem allmählichen Fortschreiten menschlichen Wissens und allgemeiner Bedürfnisse ist die Post nach ihrem dreifachen Zwecke: 1. Briefe und Zeitungen schnell und sicher zu befördern (Briefpost), 2. für Reisen einzelner Personen zu dienen (Expresspost) und 3. Frachtstücke, beschwerte Briefe und zugleich reisende Personen zu verführen (Postwagen), eine der wichtigsten Anstalten jeder wohlgeordneten Staatsverwaltung geworden, und mit Recht nannte dieselbe Freiherr von Lilien „das große allgemeine Verbreitungsmittel alles menschlichen Wissens und Wirkens, eine Weltanstalt zur Beförderung der Kultur, des Handels, der Betriebsamkeit und der Gewerbe“. In den späteren Zeiten hat man das Postwesen auch zu einem Mittel für höhere Staatszwecke und zu einer Finanzquelle gemacht.



Im Jahre 1780 hat die in der Vorlesung der Hofpostkommission eine Änderung dann erfahren, daß ihr die Verbindung der Gradualverrechnungen, die Anfertigung der Postbinden und Postwagen, dann der Rechnungsprüfungen, Kanzlisten, Akzisen, Praktiken, Briefträger, Ausreißer, Postwagenexpeditoren und der Postmeister in nicht erlöbigen Stationen eingeräumt wurde. Sie konnte die Revidenzen, Briefschwarzen und sonstigen Geldstrafen nachsehen, auch Absentierungsbewilligungen erteilen, Beamte suspendieren, an Stelle erkrankter Beamten substituieren, aufnehmen, suspendieren und Packer u. dgl., wenn sie es verurteilten, mit Abschnitte der Packer in den Ländern, wo sie von den Postwagenexpeditoren aufzunehmen waren. Bezüglich der Insetzung höherer Poststellen, oberpostmeisterlicher und deren Adjunkten, Kontrollen, Hauptpostwagen-Expeditoren und Kontrollen, Kassieren, kontrollierende Offiziere, Kassaschreiber, Postnachhelfer, Verrechnung von Poststationen, Personalvermehrung, Erhöhung der Besoldungen, Veränderung der Posttarife oder Rittgelder, Aufhebung einer schon bestehenden oder Einleitung einer neuen Postwagenfahrt, überhaupt bezüglich aller Gegenstände, welche der Mitwirkung der Hofkammer bedürften, hatte sie an die letztere ordentliche Vorlageprotokolle einzubringen.

Als im Jahre 1781 Kaiser Joseph II. die Anordnung getroffen hatte, daß auch bei den untergeordneten Stellen die Geschäfte möglichst vereinfacht und durch ein möglichst geringes Personal besorgt, - alles Mechanische oder Unnütze und auf Formalitäten sich gründende sorgfältigst vermieden werden solle, wurde dem Hofkammer-Präsidenten die unmittelbare Leitung ständlicher Chefs der untergeordneten Stellen übertragen, und auch dem Fürsten von Paar bei der Hof-Postkommission die nämliche Autorität und Leitung des dort angestellten Personals dergestalt eingeräumt, daß derselbe zu keine bestehenden oder gebrauchlichen Formalitäten gefunden, sondern nur verpflichtet war, die Geschäfte nach dem im Jahre 1780 aufgestellten Hauptgrundsatze zu behandeln.

Im Jahre 1783 hat Kaiser Joseph II. anlässlich der allgemeinen vorgekommenen neuen Einrichtung der Hof- und Länderteile und Festsetzung ihrer Agenden auch hinsichtlich des Postwesens und dessen Leitung folgende Bestimmungen erlassen: 1. Die in Wien bestehende Post-Hofkommission wird mit 1. Mai 1783 aufzuheben. 2. Die Handhabung der Postgeneralien und Patente, u. z. nicht nur insoweit, als die Privilegien begünstigen und den Schutz der Postbeamten, sondern auch derselben Schuldigkeit in Beförderung der Passagiers betreffen, haben sich die Länderteile anlegen zu haben. Zu diesem Zwecke wird den Postverwaltungen, welche zwar unter diesem Namen noch fortpers, jedoch nicht als Mitteldinge zwischen den Länderteilen und den Postmeistern, sondern nur dergestalt bestehen bleiben, daß jeder Postverwalter der Stelle eines Postmeisters allein vorsteht, aufgetragen, der Landesstelle alle in Postsachen erlassenen Generalien, Patente, Edikte, gedruckte Nachrichten, Normalreskriptionen u. s. w. vorzulegen, und in allen Fällen, wo es um vorgedachte Gegenstände zu thun ist, sich lediglich an dieselbe zu wenden. Wenn es die Landesstelle an entsprechender Handhabung gebrechen ließe, haben die Postverwaltungen hiervon die Anzeige an die „vereinigten böhmisch-österreichische Hofkanzlei, Hofkammer und Ministerial-Banco-Deputation“ zu machen. 3. Den Landesstellen wird die Bestätigung der Vertreter der Postgeneralien und Patente, sowie der Postbeamten, der letzteren jedoch mit der Beschränkung überlassen, daß wenn es sich um die Suspension oder Entlassung eines Postbeamten oder Postmeisters vom Dienst handelt, sie hiervon jedesmal die Anzeige an die vereinigten Hofstelle zu machen und die Entscheidung der letzteren zu erwarten haben. 4. Den Landesstellen wird die Nachsicht der wegen Briefschwarzen und Postverbrechen Führern auferlegten Strafen eingeräumt. 5. Da die Erhaltung der Poststrassen in den Wirkungskreis der Landesstellen gehört, haben sich die Postverwaltungen und mittelst derselben auch ihre Distrikts-Postmeister bei wahrgenommenen Gebrechen um Abhilfe entweder direkt an die Kreisämter oder an die Landesstelle, bei nicht erfolgreicher Remedur aber an die vereinigten Hofstellen zu wenden.

zu werden. 6. Die Anlegung neuer Postkurse und Poststationen, deren Abänderung, Aufhebung und Fortsetzung bleibt der vereinigten Hofstelle vorbehalten. 7. Von sich ereignenden Angelegenheiten und Berathungen der Post, vom Verluste beschwerer Briefe ist jedesmal sogleich die Anzeige an die Landesstelle zu machen. Postmeister, welche nebst gegen Wogen als gegen die Landesstelle stehen und haben oder dergleichen Vorfälle auch die direkte Anzeige an die vereinigten Hofstellen zu erstatten. 8. Bezüglich der Manipulation und manuellen Rege des Postgeschäftes hat es durchgehend bei der bisherigen Behandlungsmethode zu bleiben, der wozu zu bestehenden Hofpostbuchhaltung ohne Einfluß der Landesstellen und Kammern-Buchhaltungen zu verbleiben. In allen die Manipulation betreffenden Gegenständen ist die Entscheidung unmittelbar von den vereinigten Hofstellen einzuziehen. Ebenso bleiben den letzteren Anforderungen in den Briefen ausschließlich vorbehalten. 9. Dem Fürsten von Paar wurde die Errichtung der bei dem ganzen Postbestande erforderlichen Dienststellen, vor hieher, dergestalt belassen, daß er bei Errichtung einer Postverwalter, Kontrollen, Hauptpostwagenexpeditoren und Kontrollen, dann kontrollierenden Postmeisters und anderen Postmeisterstellen seinen Vorschlag zur A. H. Genehmigung vorzulegen hat. Als obigen untergeordneten Postdienststellen hat er ohne Rückfrage mit tüchtigen Individuen, selbst zu besetzen. 10. Besoldungsverordnungen, Zulagen, Rittgelderbehalten, Gehalts, anderordentliche Pensionen für die Postbeamten, ihre Witwen und Kinder, dann besondere Belohnungen werden allein vom A. H. Orte bewilligt. 11. Über extraordinary Rittgelder, Ausreisungen und andere nicht systematisierte Ausgaben u. s. w. haben die Länderteile an die vereinigten Hofstellen zu berichten. 12. Die bisher bestimmden Tage und Stunden zum Ablauf der Posten bleiben unverändert. 13. Neue Postfreiheiten sind niemandem anzugesuchen. 14. Bei Absentierungs-Lagenen ist die höchste Einwilligung erforderlich. 15. Bei Absentierungs-Lagenen ist, wenn die Entfernung innerhalb des Landesbezirks erfolgt, die Einwilligung der Landesstelle, bei Entfernungen außerhalb des Landesbezirks oder der Entfernung, die Genehmigung bei den vereinigten Hofstellen anzuseuchen. 16. Die Betandanzweise sind den vereinigten Hofstellen anzuzeigen. 17. Die Expeditionen, Expeditionen-Beamten und die Regie des Postwagen-Gefalles werden nur von der Wiener Hauptpostwagen-Expedition und Kontrollierung versehen, welche letztere ihre Abhängigkeit allein von den vereinigten Hofstellen (Vereinigten Hofkammer, Hofkanzlei, Hofkammer und Ministerial-Banco-Deputation) zu nehmen hat, mithin ihr Personal in Dienststunden den Landesstellen ohne besondere Anträge nicht untergeordnet ist. 18. Die Abfuhr der Gefälligkeiter ist quartalier nach der von der Hofpostbuchhaltung darüber an-gedortigten Abrechnung in die Landes-Kassakassa zu leisten. 19. Dem Fürsten von Paar wurde auch die zweckmäßige Befugnis, bei ausbrechendem Kriege die Feldpostämter zu bestellen, bestätigt.

Das Oberste Hofpostamt wurde unmittelbar den vereinigten Hofstellen untergeordnet. (H. K. A. Cam. Fasc. 9 Nr. 88, 454 und 533 ex 1783.)

Im Jahre 1769 erfolgte auch die Aufstellung einer u. v. n. Hofpostkommission zu Innsbruck unter dem Vorsteher des Obrist Postmeisters (Hafen von Taxis). Das Postwesen in Tirol war dergestalt bestellt, daß alle Angelegenheiten, welche die hohe Manipulation, Anstellung neuer Postmeister, überhaupt die Postanfertigung unmittelbar zum Gegenstande hatten, von der Hofpostkommission mit Beziehung eines Subalternates behandelt, jene Angelegenheiten hingegen, welche ein Politikum, Publikum oder Kommerzials beim Postwesen betrafen, dem O. n. v. v. n. nach Einvernehmen mit der Hofpostkommission entschieden wurden.

Vom 1. Jänner 1774 an wurde die O. n. v. n. Hofpostkommission in Ansehung der Tiroler Postgeschäfte dem Tiroler Landesgubernium gänzlich untergeordnet, und mit letztem Oktober 1771 aufgeloben.

Mit 1. November 1774 wurde das Tirolische und Vorderösterreichische Postwesen mit dem Erblichischen vereinigt und sind die bezüglichen Agenden der Wiener Hofpostkommission übertragen worden.



Für die Futurpost, welche mit Ausnahme der lomb-venetian. Provinzen unabhängig von den Landesstellen und von den Postverwaltungen als ein eigener Verwaltungszweig behandelt wurde, bestand (seit 1772) ein Zentral-Verwaltungsamt

Mit der A. H. T. vom 13. Januar 1850 wurde die Errichtung einer „desemminiaturierten unterstellenden Generaldirektion für Kommunikationswesen“ genehmigt, welche mit 1. März 1850 in Wirkksamkeit trat. Sie zerfiel in 3 Abteilungen: 1. für den Eisenbahnbetrieb mit der Unterteilung für technische und für administrative Betriebsgegenstände, 2. für das Postwesen, 3. für die Telegraphie. An der Spitze der

\*) Siehe „Österreichische Postbiographie“ I.



Abteilungen im Eisenbahnbetrieb und Postwesen stand je ein Generaldirektor mit dem Range und Charakt. eines Sektionsrates; die Abteilung für Telegraphie wurde durch den Telegrapheninspektor geleitet. Dem Generalpostdirektor unterstanden unmittelbar das k. k. Postbureau, die ökonomische Verwaltung und die in den einzelnen Kronländern des Reichs errichteten provisorischen Postdirektionen, dann die oberpostdirektion in Venedig und die Postexpeditionen auf freuden. (Gen. Direkt. für Kommunikation) war auch das Institut der Inspektoren (Kommisars) zugeteilt. Sie hatte in Besetzung der Stellen der Posteleven, Postoffiziale, Kontrolloren bei den Postämtern, der sekundären Beamten der Postökonomie-Verwaltung und der Postwachen, dann der Postkonduktoren vorzunehmen. Die Geldgehälter der 2. Abteilung wurden durch die K. O. Postkassen realisiert. In Rechnungsangelegenheiten hatte sie mit der Posthofbuchhaltung in Korrespondenz zu treten.

Im Jahre 1851 bestand im Handelsministerium die folgende Geschäftsverteilung: Sektion I für Handel und Gewerbe; Sektion II für öffentliche Bauten; Sektion III für die Kommunikationen a. z. Departement I für Angelegenheiten des administrativen Postwesens, Departement 2 für Angelegenheiten des administrativen Postwesens, auf den Staatsbahnen, Departement 3 für Angelegenheiten des administrativen Telegraphenwesens, Departement 4 für legislative Angelegenheiten im Post-, Telegraphen- und Eisenbahn-Verkehrswesen; Sektion IV für administrative, Rechnungswesen und Journalistik.

Am 1. November 1851 hat das Handelsministerium die Leitung des administrativen Telegraphenwesens mit der Leitung des Postwesens vereinigt, aus diesem Grunde erfolgte auch die Vereinigung der 3. mit der 1. Abteilung der Generaldirektion für Kommunikationen.

Im Dezember 1851 wurde in Durchführung der neuen Eisenbahnbetriebsordnung beim Handelsministerium eine General-Inspektion für die Kommunikationen-Anstalten provisorisch aufgestellt, welcher zugleich die bisherigen Post- und technischen Telegraphen-Kommissionen untergeordnet wurden.

Mit 1. Jänner 1852 wurde die Generaldirektion für den Eisenbahnbetrieb und das Postwesen, sowie die Direktion des Telegraphen, welche bisher die dem Ministerium untergeordnete Generaldirektion der Kommunikationen ausgemacht haben, aufgelöst und an Stelle derselben eine Generaldirektion der Kommunikationen eingesetzt, die zugleich als eine Sektion des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten einen selbständigen, aber integrierenden Teil desselben zu bilden hatte, und an deren Spitze der mit den Funktionen eines Generaldirektors betraute Sektionsleiter gestellt wurde.

Mit der A. H. E. vom 10. Oktober 1853 wurde die Auflösung der Generaldirektion für Kommunikationen genehmigt und wurden die von derselben besorgten leitenden Geschäfte in Kommunikations-Angelegenheiten als Gestos des Handelsministeriums in der für die übrigen Zweige dieses Ministeriums geltenden Form geführt. Mit A. H. E. vom 21. November 1853 wurde auch die General-Inspektion für Kommunikations-Anstalten aufgehoben und deren Funktionen dem Handelsministerium übertragen.

Mit 21. Dezember 1850 hat das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten zu bestehen aufgehoben und wurden die Ägenden desselben, somit auch die oberste Leitung des Postwesens, dem Finanzministerium zugewiesen. Behufs Vereinfachung der Geschäfte wurde den Postdirektionen aller Kronländer und der oberpostdirektion in Venedig ein erweiterter Wirkungskreis eingeräumt. Mit 1. November 1852 überging die Leitung des Postwesens wieder an das Handelsministerium.

Mit A. H. E. vom 17. Februar 1856 wurde die Organisation einer eigenen Abteilung für Post- und Telegraphen-Angelegenheiten im Ministerium für Handel und Volkswirtschaft genehmigt. An der Spitze der Sektion stand der Generaldirektor.

Vom 1. Mai 1867 an wurde die oberste Leitung und Verwaltung des Postwesens in Ungarn und Siebenbürgen vom kgl. ungarischen Handelsministerium übernommen. Mit diesem Zeitpunkt traten die Postdirektionen in Budapest, Preß-

burg, Odenburg, Kaschau, Großwarden, Temesvár und Hermannstadt und die ihnen unterstehenden ungar. und siebenbürg. Postanstalten mit den bei denselben befindlichen Postbeamten und sonstigen Postbediensteten aus dem Dienstverhältnis zum k. k. Handelsministerium. Eine Ausnahme trat bezüglich der in der Stiefischbanater Militärgränze bestehenden, in den Bezirk der Postdirektion Temesvár gehörenden Postämter und Postexpeditionen und den bezüglichen Bediensteten ein, welche mit 1. Mai 1867 der Postdirektion in Agram zugewiesen wurden und mit derselben unter der Leitung des k. k. Handelsministeriums verblieben.

Vom 1. April 1865 an wurde die oberste Leitung und Verwaltung des Postwesens in Zivil-Kroatien und Slavonien vom kgl. ungarischen Handelsministerium. jene des Postwesens in der Militärgrenze vom Reichs-Kriegsministerium übernommen. Die k. k. Postdirektion in Agram mit den ihr unterstehenden Postämtern und Postbediensteten wurde dem kgl. ungar. Handelsministerium untergeordnet während die Ämter und Postbediensteten in der kroatisch-slavonischen und Serbischbanater Militärgränze dem in Semlin aufgestellten Postinspektorate, welches innerhalb des den k. k. Postdirektionen eingetragenen Wirkungskreises die unmittelbare Leitung der Geschäfte zu übernehmen hatte und dem Reichs-Kriegsministerium unterstellt war, zugewiesen wurden.

Zu Folge der A. H. E. vom 10. September 1870 überging das Postwesen der k. k. Militärgrenze vom 1. Jänner 1871 ab in die Verwaltung des kgl. ungarischen Handelsministeriums und wurde mit dem lokalen Zeitpunkt das Postinspektorat in Semlin aufgehoben.

Postdirektionen. Mit 1. März 1850 sind zur Leitung des administrativen Postdienstes in sämtlichen Kronländern an Stelle der früheren Oberpostverwaltungen, dann auch in Salzburg, Kärnten und Schlesien, in welchen Ländern eigene Oberpostverwaltungen nicht bestanden, provisorische Postdirektionen in Wirkamkeit getreten, welchen die mit der Ausübung des Dienstes betrauten Individuen und sämtliche Postanstalten in ihrem Bezirke untergeordnet waren. Es bestanden Postdirektionen in Wien, Linz, Prag, Brünn, Troppau, Lemberg, Krakau, Czernowitz, Graz, Laibach, Klagenfurt, Salzburg, Innsbruck, Zara, Triest, Ofen und Pest, Preßburg, Odenburg, Kaschau, Großwarden, Agram, Temesvár und Hermannstadt. In Verona eine Oberpostdirektion. Im Jahre 1851 wurden die Postdirektionen zu Krakau, Czernowitz, Troppau, Salzburg, Klagenfurt und Laibach aufgelöst und die Verwaltungs-geschäfte der beiden ersteren der Postdirektion in Lemberg, jene der anderen den angrenzenden Postdirektionen in Brünn, Linz, Graz und Triest übertragen.

Vom 1. März 1852 wurden die k. k. Telegraphenämter in den Kronländern den betreffenden Postdirektionen untergeordnet. In Folge Neuorganisation der Staats-telegraphenanstalten wurden die Postdirektionen ihres Wirkungskreises in Telegraphenangelegenheiten im Jahre 1856 wieder entlassen und wurde die unmittelbare Oberaufsicht und Vollziehung des gesamten Telegraphenwesens der Direktion der k. k. Staats-Telegraphen in Wien übertragen.

Zu Folge A. H. E. vom Jänner 1860 wurde die lombardisch-venetianische Oberpostdirektion in Verona aufgelöst und an deren Stelle eine Postdirektion (Direzione delle poste) in Venedig errichtet.

Zu Folge A. H. E. vom 21. Oktober 1860 wurden die Postdirektionen in Linz, Zara, Preßburg, Odenburg, Kaschau und Großwarden aufgelassen und die Ägenden der Postdirektion Linz jener in Wien, Zara jener in Triest und der übrigen jener in Pest zugewiesen, im Jahre 1863 aber wieder aktiviert. Im Jahre 1872 erfolgte die Aufstellung einer Postdirektion in Czernowitz und 1876 die Kombinierung der dortigen Telegraphen-Direktion mit der Postdirektion.

Auf Grund der A. H. E. vom 5. März 1873 wurde das Wiener Stadtpostgebiet aus dem Ausscheidung der Postdirektion für Österreich unter der Enns ausgeschieden und für dasselbe eine eigene Postdirektion mit der Bezeichnung „k. k. Postdirektion für Wien und Umgebung“ errichtet. Auf Grund der A. H. E. vom 12. November 1881 wurden die Postdirektionen für „Wien und Umgebung“ und „Österreich unter der Enns“ zu einer Behörde unter der Bezeichnung „k. k. Postdirektion für Öster-



reich unter der Eins" vom 1. Dezember 1881 ab vereinigt. Mit demselben Tage wurde die k. k. Telegraphendirektion für Österreich unter der Enns aufgelassen und mit der Besorgung der Agenten derselben die vorgenannte Postdirektion betraut.

Mit 1. März 1882 wurden die k. k. Telegraphendirektionen in Linz, Innsbruck und Graz, dann mit Ende Dezember 1883 jene in Triest, Zara, Brunn, Prag und Leuberg aufgelassen und deren Agenten an die betreffenden Postdirektionen übertragen. Mit Ende Dezember 1883 wurden auch die Telegraphen-Haupt- und Bezirkskassen in Wien, sowie die übrigen Telegraphen-Betriebskassen, dann die Telegraphen-Zentraldepot in Wien aufgelassen und deren Agenten den hiesigen Postdirektionskassen, beziehungsweise der Post-Ökonomie-Verwaltung überwiesen.

In Folge der Vereinigung der Telegraphen- mit den Postdirektionen erhielt jede der letzteren vom 1. Jänner 1884 an die Bezeichnung: „k. k. Post- und Telegraphen-Direktion“.

## 2. Aufsichts-, Kontroll- und Kassadienst.

Schon seit 1794 wurden Visitationen der Haupt- und andern Poststationen durch eigene hiesig bestimmte Postorgane vorgenommen. Im Jahre 1793 wurde der Postmeister Rathsar Hefer in Namost in der Eigenschaft eines „Commissarius“ mit der Visitation der Posten betraut. In dem bezüglichen Dekrete heißt es: „Es hatten Ihre Majestät zu dem besseren Dienst und Aufrechthaltung des öffentlichen Postwesens nothwendig befunden, einen Commissarius aufzustellen, welcher in den österreichischen und böhmischen Erblanden die Posten von Zeit zu Zeit visitiren, wie selbe bestellt unterziehen, die findenden Fehler und Gebrechen verbessern und die Postmeister zu ihrer Dienstscholdigkeit anhalten solle“. Später oblag es den Postverwaltungen in den Provinzen, sämtliche ihnen untergebenen Poststationen und Postämter zu visitiren und sowohl von der Manipulation, als dem Stande der Pferde und der Beschaffenheit des Personals Einsicht zu nehmen. Auch den Kreisämtern ist die Visitation der Landpoststationen übertragen worden. Damit den Oberpostverwaltungen für die von ihrem Amtssitze entfernten besetzte Organe verschafft werden, welche im Kreise derselben den Gang und Zustand des Postdienstes wahrnehmen, in dringenden Fällen aber handtath einwirken, wurden im Jahre 1839 zur Überwachung und Beaufsichtigung der Postämter und Poststationen Postinspektorate und die bei einzelnen Postämtern angestellten Postbeamten in der Eigenschaft als Postinspektoren bestimmt, welche dieselbe Amtswirklichkeit wie die wöchentlichen Postinspektorate auszuüben hatten. In den deutschen Provinzen wurden die Avarial-Abatz-Postämter in Postinspektorate umgestaltet und den Avarial-Abatz-Postmeistern der Titel „Postinspektor“ erteilt. Als Postinspektoren wurden die kontrollierenden Postoffiziale bei den Absatzpostämtern bestimmt.

Mit A. H. E. vom 27. November 1845 wurde die Hofkammer ermächtigt, die k. k. Zentralinspektoren der Finanzwache zugleich als Zentral-Postinspektoren zu verwenden.

Im Jahre 1845 wurden der obersten Hofpostverwaltung zur Beaufsichtigung des Dienstbetriebes 2 Postkommissäre angewiesen, mit welchem Amte der kaiserliche Ratsherr verbunden war. Bei Dienstreisen gebührte denselben auch die unentgeltliche Beförderung durch die Postmeister. Mit 1. Mai 1850 ist das Institut der Postkommissäre im ganzen Umfange des Reiches in Wirkksamkeit getreten: im Jahre 1853 wurde dasselbe aufgehoben, im Jahre 1873 aber wieder eingeführt.

Was den Kontrolldienst im Postwesen betrifft, entbehrt derselbe bis auf die Zeiten Kaiser Karl VI. ja selbst der Kaiserin Maria Theresia einer festen kamerarischen Grundlage. Nahere Aufschlüsse über das damalige Kontrollwesen gibt ein Manuskript des Obriht-Postamts-Kameral-Kontrollors Philipp Anton Wiesner vom Jahre 1745: „Unvergleichliche Gedanken, wie das k. k. Postregale um ein nützliches verbessert, und dabei die so hochnothige wahre Controlle eingeführt

werden konnte“. Wiesner sagt darin: „Den Grafen von Paar und ihrem unendlichen Fleiß hat man es zu danken, daß die hiesigen Posten sowohl in Städten, als auf dem Lande also gut und ordentlich eingerichtet sind, daß man mit wenigen Unkosten alhier besser, als in den meisten auswärtigen Staaten mit großem Aufwand nicht geschickt, befördert wird, wie denn jene Passagier und Curien, welche große Reisen zu machen haben, ihre Freunde nicht bezogen können, wenn sie aus andern Ländern kommen, wiederum die erste österreichische oder andere Erbland-Poststation betreten, nicht minder ist der Briefwechsel in besagten Erblanden so löblich regulirt, daß die Briefschaften mit besonderer Geschwindigkeit und ziemlicher Acuratesse nicht allein durch ganz Europa, sondern auch in andere Welttheile befördert werden. Überdies fehlt es nicht an den förderlichen, in Post-sachen ergangenen landesfürstlichen Verordnungen, Universalien und dergleichen. Allein ein einziges scheint noch an der Vollkommenheit dieses sonst so schönen Werkes abzugehen, ich meine die so notwendige rechte Controllorie. An der bisherigen Übergehung dieses so wichtigen Werkes ist keine andere Ursache gewesen, als daß in jenen Zeiten, wo die Grafen von Paar die sammtlichen Postgefälle für sich allein genossen, sie von den meisten Postmeistern keine Verrechnung des Briefporto verlangte und sich mit dem allein begnügt, was ihnen ein solcher bei Antretung seines Officii für die Station per Pausch bezahlt, oder was einige andere an jährlichen Hestand abgeführt, und was sonst bei dem alhierigen Obriht Postamt eingegangen, nach solcher Zeit aber und bei Übernahme dieser Gefälle niemand vorhanden gewesen sein mag, der einige Kenntniß von solcher Controllorie besessen und seit dem aus Sorge, sich odios zu machen, keiner sich getraut hat, damit aufzutreten.“

Ich melde alhier nicht unsonst, daß es ein odioses Werk sei, wann einer allein gegen 500 Postbeamte aufsteht, diesen mehrere Vorrichtungen auflaufen ihre bisherigen Gemächlichkeiten abstellen und ihnen den Weg zum nefas abschneiden solle. Ein Theil derselben findet da und dort (hier) und bei solcher Gelegenheit werden die besten Gedanken, so den alleinigen a. h. Dienst zum Endzweck haben, oft dergestalt untergraben und angeschwärzt, daß eine solche Person entweder gar nicht gehört, oder das, was sie vortragt, simplischer verworfen wird.

Dermalen besteht die in den Erblanden eingeführte Controllie lediglich in dem, daß ein Controllor dasjenige quantum in Empfang nimmt, was theils bei seinem Hauptpostamt eingeht, und theils von den Landstationen in ihren eingehenden Extrakten generaliter angesetzt und verrechnet wird; davon macht er sodann jedem seine Privatberechnung, was ihm entweder über das angesetzte Briefporto und Rittaufschlag hinaus gebührt, oder was einer über Abzug seiner Besoldung dem acario herein zu bezahlen habe. Ich übergehe hierbei, was hierorts bei dem Obriht Postamt die Controlloren noch besonders zu verrichten haben, wo der Zusammenfluß von allen Ländern ist, da über alles in das pecuniäre einschlagende ihr Bericht abgefordert wird, und sie folgsam das universale zu re-spicien haben, mithin als Controlloren, Cassierer, Taxatoren, Expeditores, Concipisten, ja sogar Abschreiber agiren müssen, bei allen dem bleibt das feine zurück und man muß blindlings glauben, was jeder angibt, empfangen oder eingenommen zu haben; ich stelle nicht in Abrede, daß unter so vielen auch viele umsichtige, accurate und gewissenhafte Beamte sich wirklich befinden worden, allein es zeigt auch die Erfahrung, daß unter solchen nicht minder verschiedene nachlässige und mit einem weiten Gewissen anzutreffen sind, welche zum Theil weder ein Protokoll über das bei ihnen eingehende Briefporto führen, mithin quid pro quo verrechnen, andere aber austatt des Briefporto von den Partien Heu, Haber und dergleichen Sachen annehmen, und den Worth hiefür sich allein zu eignen, ohne den acario daran gebührenden Antheil zu verrechnen. Verschiedene Postmeister geben per Pausch ein gewisses quantum, damit sie der Formirung der Extrakte überheben sind, diejenigen, so ihren guten Conto dabei finden, begehren eine Verlangern-dessen nach der anderen, wann der terminus der Bestandzeit expirirt, jene hingegen, auf deren Stationen durch Veränderung der Zeiten und Umstände der







hilfe von 1000 Gulden erfolgt. Für die Beförderung der Ordinar-Briefpost, Amtsstätten und für die Verführung der Postwagen erhielten dieselben die für Ararialtäre bestimmte Ertagebahr aus der Oberpostamtkassa, für die Beförderung der loco aufgegebenen Ertagebahr das gewöhnliche Aufsatzgeld.

Für die Besorgung der Geschäfte der Fahrpost bestanden, wie bereits erwähnt, in Wien die Postwagen-Hauptexpedition und Kontrollierung, später die Haupt-Postwagen-Direktion, und in den Provinzial-Hauptstädten die Postwagen-Expeditionen, welche letztere auch über die Postwagenunter ihres Bedarfs die Aufsicht zu führen hatten.

Anlässlich der im Jahre 1829 erfolgten Vereinigung der Provinzial-Postwagen-Expeditionen mit den Postverwaltungen fand auch auf Grund der A. II. El. vom 6. März 1830 eine Neuorganisation der Oberpostverwaltungen statt. Solche wurden errichtet für Mähren und Schlesien in Brünn, Böhmen in Prag, Galizien in Lemberg, Kroatien in Triest, Tirol und Vorarlberg in Innsbruck, Österreich ob der Enns in Linz, Steiermark in Graz und Illyrien in Laibach. Die von der obersten Hofpostverwaltung als Postinspektorate beantragten Absatzpostämter wurden nur als Absatzpostämter reguliert und den Vorstellern derselben gleich jenen der übrigen Absatzpostämter der Titel „Ararial-Postmeister“ beigelegt. Dem Vorsteher der österr. Briefsammlung in Krakau wurde der Rang eines Ararial-Postmeisters eingelegt; die Vorsteher der Absatzpostämter in Trient und Rovereto, welche bisher „Postamtskontrolloren“ benannt wurden, hatten den Titel „Postamts-Verweser“ zu führen.

Bis bestanden (außer den Oberpostverwaltungen) Absatzpostämter, Poststationen, Briefsammlungen und Postrelais.

Im Jahre 1837 fungierten als Ararial-Absatz-Postämter: a) in Niederösterreich: Wr. Neustadt, St. Pölten und Krems; b) in Mähren und Schlesien: Troppau, Iglau, Olmütz und Bielitz; c) in Oberösterreich (bezw. Salzburg): Salzburg und Steyer; d) in Böhmen: Karlsbad, Eger, Teplitz, Czassau, Königgrätz, Rumburg, Pilsen, Budweis, Reichenburg; e) in Illyrien: Klagenfurt und Villach; f) in Tirol und Vorarlberg: Bregenz, Bozen, Trient, Rovereto, Landeck, Feldkirch, Bruck; g) in Galizien: Podgorze, Czarnowitz, Stanislaw, Hoelmin, Brody, Tarnow, Przemyśl; h) in Steiermark: Marburg, Bruck a. d. Mur; i) im Küstenland: Capo d'Istria.

Im Jahre 1850 sind an Stelle der Oberpostverwaltungen provisorische Postdirektionen getreten. Als Vorstand des im Sitze einer Postdirektion befindlichen Postamtes hatte ein „Postamts-Vorwahr“ die gesamte Postmanipulation zu leiten. Die früheren Amtsebenen der Manipulationsämter: „Hofpostamt, Oberpostamt, Postinspektorat, Ararial-Postamt, Absatz-Postamt“ hörten auf, und trat an deren Stelle überall die Benennung: „Postamt“. Die verschiedenen Postanstalten erhielten folgende Amtsebenen: a) k. k. Postamt für jene Postanstalten, wo bloß der Manipulations- ohne Postalldienst besorgt wurde; b) k. k. Postamt und Poststation, wo beide Verrichtungen in der Person eines Postmeisters vereinigt waren; c) k. k. Poststation, wo entweder der Poststall allein oder getrennt vom Amtsdienste besorgt wurde; d) k. k. Postexpedition für die ehemaligen Briefsammlungen.

Mit 1. August 1850 wurden 2 fahrende Postämter (bureaux ambulants) auf der Eisenbahnstrecke zwischen Wien und Oderberg in Wirkksamkeit gesetzt; mit 8. April 1851 zwischen Wien—Prag und Dödenbach; mit 1. August 1851 zwischen Wien und Gloggnitz. Die Anzahl dieser fahrenden Postämter vermehrte sich mit dem fortschreitenden Ausbaue der Eisenbahnen. Die stabilen Postanstalten in den Eisenbahnknoten führten ursprünglich die Bezeichnung: „k. k. Postamt“, oder „k. k. Postexpedition“ im Bahnhofs an N. N., je nachdem dieselben von landesfürstlichen Beamten oder von Postmeistern geleitet und besorgt wurden.

Im Jahre 1865 wurde zunächst in Niederösterreich die Ruralpost (Landbrieftragedienst) ins Leben gerufen, 1869 auch in einem Teile Böhmens. Im Jahre 1873 erfolgte die Einführung des Landbrieftragedienstes in allen Kronländern.

Im Jahre 1873 fand eine Reorganisation der nicht ararialischen Postanstalten statt. Die Inhaber der kleineren Postämter bis zu einer Jahresbestellung von 300 fl. hatten den Titel „Postexpedienten“, jene von größeren Postämtern, alle erblichen und jene Postmeister, die ein Postamt, das mit einer Poststation verbunden war, oder eine Poststallhaltung versahen, den Titel „Postmeister“ zu führen.

Im Jahre 1899 erfolgte die Einteilung der nicht ararialischen Postämter hinsichtlich der Ausübung des Amtsdienstes nach Maßgabe ihrer jährlichen Arbeitsleistung in 3 Klassen mit der Unterteilung in Stufen.

Im Jahre 1900 wurden neue Normalbestimmungen rücksichtlich der Personalverhältnisse bei den nicht ararialischen Postämtern erlassen, nach welchen die Postmeister die selbständigen und verantwortlichen Vorsteher der Postämter I. und II. Klasse sind, mittelst Dekretes ernannt werden, Beamte der Post- und Telegraphen-Anstalt sind und durch die Anstellung in ein dauerndes Dienstverhältnis zu derselben treten. Besonders verdiente Postmeister der I. Statusklasse können vom Handelsministerium zu Oberpostmeistern ad personam ernannt werden. Die selbständigen Inhaber von Postämtern III. Klasse führen den Titel „Postexpedienten“ und werden mittels Dienstvertrages gegen halbjährige Kündigung bestellt. Gleichzeitig fand eine Neuregulierung der Bezüge statt.

Mit 1. Juli 1900 wurden in Orten, wo die Aufstellung eines Postamtes noch nicht gerechtfertigt war, zur Erleichterung des Postverkehrs Hilfsstellen unter der Bezeichnung „Postablagen“ errichtet.

Im Jahre 1901 wurde angedordnet, daß jenen Personen, welche den Beförderungsdienst bei den nicht erblichen Poststationen bzw. am Sitze eines Ararialamtes besorgen, der Titel „Poststallhalter“ zuzukommen hat, während jene, welchen der sonstige Beförderungsdienst übertragen ist, lediglich als „Postfahrten-unternehmer“ zu bezeichnen sind.

Im Jahr 1910 fand eine neuerliche Regelung der Personalverhältnisse bei den Postämtern I. und II. Klasse statt. Nach derselben bestehen Oberpostmeister als Vorstände der Postämter I. Klasse, 1. und 2. Stufe und Postmeister bei den Postämtern I. Klasse 3. und 4. Stufe, und bei den Postämtern II. Klasse.

## IV. Postgesetzgebung. Postpatente und Postordnungen.

### 1. Unter Ferdinand I.

Die älteste Postordnung ist die König Ferdinands I. vom 20. August 1535. Sie erging an den Regenten und die Räte des Regiments der niederösterreichischen Lande und betrifft Bestimmungen über die Aufrechterhaltung der Briefe vom Hofe, dann von den Regierungen und Hauptmannschaften an den Hof. Es wird dem Hofpostmeister aufgetragen, den Postboten in allen Legern (Stationen) zu verkünden, daß sie keinen Brief annehmen sollen; worauf „Cito oder ein Justicia“ steht, es wäre denn, daß solche Briefe von den Regierungen oder den Hauptmannschaften gefordert seien, was aus den Postzetteln zu entnehmen ist. Es habe sich bisher zugetragen, daß durch den Mißbrauch der erwähnten Bezeichnungen, welche auf den Briefen in „schlechten und garlichen Sachen“ gemacht wurden, die posterey mit denselben briefen eylendts gefertigt und die post phardt damit abgemergelt worden seyen, das in vubsern Sachen daran vns und vnsern Landen gelegen gewesen, dest langamer bescheid kommen und vil verabsaumt worden ist. Es wird daher dem Regenten und den Räten befohlen, daß sie durch den Kanzler bei ihrer Verwaltung verordnen lassen, daß wenn in Hinkunft Posten an den Hof gefordert werden, die Postzettel durch ihn neben dem Postmeister unterschrieben und wenn die Sache eilend ist, in diese Postzettel und auf den Paketen etliche



cto, und wenn die Sachen mehr als der Elle bedurften, zu diesen Cito noch eine hastata gemacht worden, darnach die Abfertigung der Postzeitel durch den Kancel geschoben soll, das folgt aus der vsach, das nach Empfang der hof-, so an vnns und in vnsern Sachen gefertigt werden die post durch erwenneten Postmeister mit pferden, sachen, sovil weniger aufgehalten und verzogen wirdet, zu dem die post theilts dieser mehr geraster befinden werden, und in nötige Sachen von stat kommen können.“ (H. K. A. Postakten.) Zu dieser Postordnung erhielt der Hofpostmeister Anton von Taxis unterm 26. August 1536 eine eigene Instruktion, von welcher bereits im Abschnitte II Punkt I (Periode der Hofpostmeister) Erwähnung geschah.

## 2. Unter Mathias.

Fürstbischof Mathias erließ unterm 6. März 1600 ein Patent wegen Darbringung von Rössen während der Eisgefahr. „... demnach an bestellung und befürderung der posten vnder diesem longarischen Landtag der Rom: Kay: Mayt: und der hungarischen trawzen vill gelegen, dieselben aber yetzo allhie wegen der vbersehr bey Presburg mit den Rössen nit übergefürt oder vortgeführt werden können, damit nun hierunter nichts verabsambt werde. So ersuchen Wir Euch in der Rom: Kay: Mayt: vnser gnedigsten freundlichen geliebten Herrn und Brüderm namon, gnediglich befehle-ndt, Ir die Landleuth, und Ewre Väterthanen wollet auf ersuchen und begern deß hiesigen und der andern Postmeister zu Pernert, Vischaut und deren Verwalter, Postbotten und Curir, die notdurfft von guten gerechten Rössen, sovil man deren Xedesmals bedürfftig, gegen Puer bezahlung, weilen es nur vñb wenige tage Zubuh, biß sich der Thonawstromb gar erheuet, und man mit Pötten oder Post Zellen am heigen vfer überkommen kann, gnedwillig darlegen und Zu einichen saumbschit oder verhinnderung nicht vrsach geben ... Gehen auf dem Khünigl: schloß Presburg den 6. tag Monats Martij Ao 1600.“ (H. K. A. Postakten 1601—1613).

## 3. Unter Ferdinand II.

Am 25. April 1605 (römer) erließ ein Patent Kaiserliche Ferdinand wegen Beförderung der Posten aus Walschland und Abstellung vngestirter Mißstände. „Wir Ferdinand etc. Fürchten allen und jeden vnsern nachgesetzten Obrigkeitlichen und Landleuthen, nicht weniger allen zwischen hie und Venedig so wol von duenen nach Wien in diesem vnsern Landt-fürstlichen Gebiet geschaden Obristen: und andern Postmeistern, Postfürerern, derselben Verwaltern, und allen denen, so bey dem angerichteten Postwesen besetzt und verweilt sein, beydenß sich dencken, bekandten Curiren, vñb sonst Meniglich, denen dises vnser offne Patent zuernemen fürkombt, vñb er gead, und alles gets. Und können Euch nit pergen, das vn mehrmals mit beschwörung furkomen, und anbracht worden, welcher gestalt, fürnemlich die auß Italia vñb von Venedig herans ablaufenden Ordinari und extra Ordinari Posten mit aufgebung vñbgehörigen schweren sachen, als Weinlagren, Trichen, Scatin, vñb dergleichen, beladen vñb beschwärt, und mit solchen schweren pürden die Posten in vil weg gehindert und verabsambt werden. So wil auch am andern dises fürkombt, wie das sich der Postmeister vñb Postbeinderer vñbverschiedliche Grund Obrigkeitlichen anmassen, mit denen Postfürerern zuschaffen, die zur Post bestellte Röß ihres gefallens zu gleger oder vñbgleger zeit mit gewalt zunehmen, und jhrer geleghait nach, dort und dahin züge- brauchen. Wie dann furs dritte, die hin: und wider reisende Curier, wann sie die Ordinari, oder andere vnser extra Ordinari Posten gleich antreffen, daß sie doch dieselben nit mitnehmen oder füren, sonder das widerspil mit pochen, poldern, ja gar droliren worten, vñd schlugen von denen Postfürerern erzwingen wollen, daher dann oftmals geschehen, das so wohl die Ordinari Post, als auch vnser aigne Sachen, biß in zehon und zwölff stund zu zöten aufgehalten, vñb verligon bliben. Gleichorweil, vñb zum Vierten, seind wir auch dessen mit beschwör be-

richtet worden, wann an einem oder andern Ort Kriegspuck am an: vñb abzug, durch die Statt, Märckt, vñb ander Flecken gefürt das jhr die Postfürerer auch nit verschont, sondern mit gleichnessiger einloerung des fremden volcks, sowol zu fürfallenden aufpöten vñb anzuhen, sie zu gleichel puch, vñbgepuch sie sonst mit dem Min-amen Postwesen grang-und zehen gezogen worden. Wie nit weniger zum fünften, diese beschwörung am tag, das oftmals Etliche von hier oder andern Orten auß, mit jren aigen Rössen Item Gutschen und dergleichen, auch theils wol gar zu Fuß ihre Reisen ansteltten, aber vnversichens wo es jnen zu sün kombt, an diesem oder jenem orte, am oder mehr Röß von den Posten lögern, und haben wollen, und da man jnen dieselben mit gewert verweigert, (wie dann diese Ordnung altersher gehalten worden, das man solchen reisenden, welche nit von dem Eisten Orth oder Hauß Post von denen so abraisen, die Post nehmen, keine Post Röß hernach geben soll.) Sie so dann die Röß mit gewalt selbst auß dem Stall nehmen, und damit ihres gefallens fortreiten wollen. Dabey auch endlichen vñb zum Sechsten, in möglichen bewest, wann jenzelten Gefürste Personen, Pötschafften, oder ander, so wol bekand als vnbe- kandte, durchs Landt, oder hieher zu: oder von vñs reisen wollen und dieselben etwo mehrer Röß, als man bey denen Posten in bestellung zu erhalten schuldig, be- dürfftig gewesen, man damit langsamb, oder wol gar nit aufkommen, welches dann ein schimpfliches ansehen, neben andern mehr vñbgegrahalten gehen. Damit aber solche obstehende, alle vñb jede verhinnderungen, beschwörungen, vñbordinungen, mißbreuch, auffhalt: vñb versammbauß vnserer aigenen, vñb das genaue wesen antruffenden sachen, möglichst abgestellt: der nothwendigen Posten mehrer be- fuderung, und in allem ein besser Ordnung fürgenommen, vñb erhalten werde. So sindt wir zu mögliches nachrichtung, diese vnser Patent aufzuerichten, ge- ursacht worden. In welcher krafft wir nun dises gredig vñb ernstlich an: vñb bey allen und jeden Posten vnser Fürstenthumben vñb Lande, hie mit beuolen und geordnet haben wollen, das keiner wer der sey, ransier dessen was vnser aigne sachen betriern, oder von vñs selbst, oder vnserer nachgesetzten Obrig- keiten und Officern in vnsern Namen etwo beschelen mochte) hinfür wider Lagwein, Trichen, Scatin und dergleichen schwere sachen ferners nit mehr denen Posten aufgeben, sondern solche schwere Wahrn gleichwol mit andern geleg- haiten, oder Sämbferten fortschicken, so wenig auch die Postfürerer vñb besserer Portfürerung der laufenden Posten willen, bey ernstlicher vñb hoher straff- vermeidung dergleichen nit annehmen sollen. Als wol wir auch über das allen vñb jeden Grundherrschaften, vñb welchen diser oder jener Postfürerer gesessen, hie mit auch dises anferlegt: vñb geloheten haben wollen, das jhr (außer dessen, was sie die Postfürerer, auch von jnen Gründen oder Häusern zuruchen schuldig) sie im wenigsten beschwären, noch jrer Personen und hantunden Poströß willen (Nachdem sie damit nur in vnsern bestellungen vñb plichten sein) mit jnen leichtes schafften, Ir die Postmeister vñb denselben vñbgehebe. Euch auch wider diese vnser verordnung weiter, als obgemelt, nicht bedrängen lassen, sondern, da es beschäde, bey vñs vñb einschung gehorsamlich einkommen sollet, inmassen dann auch obgemelter anregung nach, hie mit allen vñb jeden reisenden, Curirn dises maadert vñb beuolen sein solle, das nñb weniger vnserer sachen ver- hinderung willen, Sie die antreffende Ordinari oder extra Ordinari Posten, ohne weigerung vñb einiche entschuldigung alldaldit mitführen, auch sich deß poldern vñb aller droungen gegen denen Postfürerern also enthalten sollen, damit wir nit zu andern ernstlichen einsohen vñbursacht werden, wie sie dann auch auff solche der Posten mitnehmung ersagende vnbillliche verweigerung, bey denen andern Posten gar nit gefürdet, oder jnen aigne Poströß erhaltt werden sollen. Als wol wir dann auch dises bey allen grundt Obrigkeitlichen, Stetten, Märkten, vñb Gerichten hie mit geordnet und statuiert haben wollen, das ainichen Postmeistern, Postfürerern oder wo vnsern Posten gelegt, in denen Durchzügen mit einlegung ainichen Kriegsuncks, ainet oder mehr Person durchauß kein vñbgelegenheit oder beschwörung zugefügt, sondern wie mit denselben also auch



in Forderungen aufsetzen, jezt Personen verschont, und gänzlich Exempt sein sollen, angesehen, das sie ohne das zu unser und der Kriegswesen angehörigen Sachen Tag und Nacht Sorg tragen, und mehrers als andere bewachen sein müssen, so auch mit dem in desto mehr thessiger abwart; und verrichtung jezt Dienste be- wegt werden. Als wenig auch dies freyets wie obsteht zu gedulden, sondern mit dem ernstlich eingetheilt, und habet sich solle, das hinfür keine mehr wie der jezt sein, und nicht von uns geforderte Patent zuweisen haben wurde, gestat- tet, daß die Posten stellen, oder die Postföhrer darzu nötigen, sondern da- mit auf diese warnung mit dergleichen eigenthümlichen Freund oder Muetwillen bedrohen, der solle zur straff an Marx Lottigs Goldts vubellich abgezalen: der- jezt aber, so es nit im vermögen, mit dem Leib solche straff anzusetzen und zu büßen schuldig sein. Wie dann gegen furweisung diß alle und jede Oberrhat und Richte jezt den Postmüster anff jr begern gegen dergleichen gewaltthättern bezeugen, und alle gefährliche hülff zu leisten, ebennässig verbunden sein sollen. Als wol wir auch ferner und zum beschluß, jezt allen Oberrhaten, und weltlichen in allen und jeden Flecken hinfür auch außerlegt und gebotten haben wollen, wann sich antrag (wie dann oftters beschicht) das etwo fürstliche Per- sonen dergleichen Postschafften, andere bekannte oder unbekante Personen auf der Post reisen, und etwo mehr Rod als sie die Postmüster und Postföhrer in Posthaltung zu erhalten schuldig, bedürftig, und jr die Gericht von jezt Post- föhren und hülff zugesprochen wardet, das jr sodann ohne alle weigerung und aufschub jezt awern vndergebenen fuhren und Nachschafften gegen der ge- rechtlichen bezahlung, und das sie auch dafals auch ohne allen Schaden halten, jezt gedürliche hülff und beystand zu etzigen schuldig sein sollet. Und wie nun diß alles so obsteht, vnsrer Landtsfürstlicher willen und maynung, also wollen wir auch denseligen jezt jeden beehren wirdet, vnsrer Postmüster, Postföhrer und alle hohen bestide, zu allen getrewen wachsamkeit vleiß und fürsichung, das alle Postschafften schuldigemassen befördert und gleicher weiß von den Reisenden kein Föhrer werde, hienit alles ernest vermahnt, und diesem allen gehorsamblich zu- gehorchen mandirt und geboten haben. Gegeben in vnsrer Statt Gritz den Anden Aprilis im Antwanendt Sechshundert und im dritten Jahr. (Patentsammlung des Archivs des k. k. Ministeriums des Innern.)

Diese Urkunde erweist sich als das erste allgemeine Postpatent: es gibt Aufschub über die damaligen Mißbräuche, steht den Postleuten den nötigen Schutz, verleiht ihnen das Vorrrecht der Befreiung von Militärsquartierung und ermächtigt sie anderwärts zur Erfüllung ihrer Dienstpflichten. Allein die Gewalt- thaten gegen die Postorgane dauerten fort. Aus einem untern 31. August 1621 vom bevollmächtigten Kommissär für Böhmen, Karl Fürst von Liechtenstein, für Böhmen erlassenen Postpatente geht hervor, daß sich auf den kaiserlichen, vormalig und allem zu ihrer Majestät und des heiligen Römischen Reichs, auch der Konigreich und Lande wohlangesehenen, ordentlich bestellten Posten, (also) Unordnungen zur Verhinderung des Postwesens begehen. Viele unter- schrieben, so daß fast keiner mehr dienen will. Es werden ungewöhnlich große Frachten und Felleisen mitgeführt, welche nicht zu erheben sind, und davor auch der Postillon weiter auf noch abzuzieh kann. Durch starkes Antreiben der Post- pferde werden dieselben krumm und untüchtig gemacht, oft tot geworfen, so daß die in kaiserlichen Sachen reisenden Kuriere, oder sonst vornehme, von oder zu der kais. Majestät oder Churfürsten und Stände reisenden Personen, für welche die Posten zunächst bestimmt sind, nicht befördert werden können, und bisweilen gar keine, oder aber ganz untüchtige Rosse, mit denen man mehr gebüßert als befördert wird, vorhanden sind. Damit nun die Posten als ihrer Majestät hohes selbst eigenes Recht im gebührenden esse erhalten werden, wird

im Namen S. M. befohlen, daß sich in Hinkunft alle auf der Post Reisenden der Hinkunft der kais. Post und der in den ausgesetzten Poststädten gehaltenen Rosse, namentlich aber des übertrags der eingelegten Posten gänzlich enthalten. Nachdem ferner auf dem Lande oftters Personen, welche nicht von Prag aus geritten, noch daselbst Erlaubniß genommen, sondern anders- woher auf die Postlager kommen, um nach ihrem Gefallen hin und wieder zu postieren und die Postillione mit Schlägen und Drohworten gewaltthätig zur Her- gebung der Rosse zwingen, wird allen Postmeistern, dergleichen Verwaltern Postbeförderung, Postillionen, und allen anderen, bei denen das Postwesen eingelegt be- stellt und angeordnet ist, befohlen, daß sie kennen, wenn er nicht von Prag aus mit Be- willigung geritten, oder eine Erlaubniß-Holte vorweisen hatte, unterwegs auf- zusitzen erlauben auch einige Rosse ansorgen. Sollten sie von einigen Personen hiezu genötigt werden, sind dieselben von dem Gerichte in Arrest zu bringen. (Patentsammlung des H. H. u. St. A.)

Im Postpatente Kaiser Ferdinand II. dto. Wien 13. September 1621 für Österreich unter und ob der Enns wird angeordnet: 1. Die Postmeister oder Post- boten sollen Niemandem ohne einen von Hof, der kais. oder Hof-Expedition oder dem General-Feldmarschall ausgestellten Passierzettel ein Rod zu geben schuldig sein oder Macht haben. 2. Derjenige, welcher dawider die Rosse mit Gewalt nimmt, und etwa in seinen eigenen Privatsachen von der Poststraße ab- und auf die Seiten hin und wieder gebrauchen wollte, soll gestraft werden. 3. Jeder soll, der er „auf das Rod sitzt“, das gebührende Postiergeld -- von jedem Rod oder Person eine halbe Krone -- bezahlen und also reiten wie es von Alters her postbräuchlich ist, die Rosse nicht überreiben, daß sie hernach gar unfaulen müssen. 4. Kein Postmeister oder Postbote soll verbunden sein, Felleisen oder Bündel im Gewicht über 40 oder 50 Pfund zu führen. Wenn solches geschähe, soll dafür besonders bezahlt werden.

Die Obrigkeiten sollen den Postorganen im Falle der Not guten Schutz und Beistand leisten, damit sie von niemandem beschwert oder vergrößert werden (Patentsammlung Minist. d. Innern.)

Im Postpatente des Statthalters in Böhmen Karl Fürst von Liechtenstein dto. Prag 4. März 1623 für Böhmen wird im Namen des Kaisers der Befehl „in so über Traktierung der Leute und Rode bei Leibesstrafe abgestellt. Außer der behördlichen Bewilligung und an gehörigen Orten gefertigtem Zettel soll sich niemand unterstehen, sich der Rosse zu bemächtigen, und wenn die Bewilligung erfolgt, die Rosse nicht mit schweren Truhen und Felleisen beladen, weil die Posten nicht für die Abführung von Mobilien und Waaren, sondern nur für die Personen allein bestehen. Sollte sich jemand unterfangen, dieser Verordnung entgegen zu handeln, sollen die Postverwalter und Knechte mit Hülfe und Assistenz der be- nachbarten Inwohner sich denselben bemächtigen oder wohl versehen und hienüber berichten, oder die Personen selbst einführen, wo dann gegen die Verbrecher und Freyer, ohne Ansehung oder Respektierung der Personen mit solcher Bestrafung, worin sich andere zu spiegeln unfehlbar, verfahren werden soll. Nachdem bei den schweren Läufen, wie alle anderen Sachen, auch die Robföhrung, Beschläge und andere Nothdurften, ja auch die Rosse selbst in 4 und 5 fachen Werth gestiegen, und keine Möglichkeit ist, in Bestall- und Unterhaltung des bestanden und der Rosse mit der vorigen Bezahlung auszuliegen, werden künftig für ein jedes Rod (außer der kais. Kuriere, welche die Curierschilde führen), 2 Gulden 50 kr zu bezahlen sein.“ (H. K. A. Patentsammlung)

Im Postpatente Kaiser Ferdinand II. dto. Wien 26. Mai 1623 wird erwähnt, daß die reisenden Kuriere die Posthalter und Verwalter, auch deren Postknechte und zugehörigen Leute mit allerhand verübendem Muthwillen, Frevel auch harten Streichen, Haufen und Verwundungen traktieren ihnen die Rosse mit Gewalt weg- nehmen, dieselben mit Auflegung schwerer Felleisen vorzüglich krumm oder wohl gar zu Boden reiten, wodurch dann oftters aus Mangel der Rosse die eigenen kais. lichen sehr eiligen Sachen Schreiben und Befehle merklich verhindert und niemals



in frühen Zeit wieder ins kaiserliche Hoflager, noch nach andern Orten geliefert werden. Die Kuriere und andere postweise Personen unterstehen sich auch, wenn zwischen die Postreise vom kaiserlichen Hof aus nicht sogleich zugehen oder sonst in sehr abgelegenen sind, und ihnen die Zeit zur Erlangung der Postreise nicht alsbald erfüllt würde, und sie sich mit andern Mitteln auf die erste Post begeben, die Postverwalter fortsetzen zu zwingen, Reise herzugeben und ungeschert erheblicher Entscheidung und nicht unbilliger Verweigerung, sich dieselben eigenmächtig und mit Gewalt selbst zu nehmen, mit großen, schweren Fesseln und Fesseln zu belegen, damit heug und Thal wider den gewöhnlichen Postbrauch 2. 3. gegen den kaiserlichen ordinar-Postfall nicht zu unternehmen, ja sogar auch von der Hauptpost aus kein „Pägel“ mit sich führen zu wollen. Diese Befugnisse werden bei Lebensstrafe verboten. Außer der kaiserlichen Bewilligung und bei der zugehörigen Hofstadt gefügigen Postart, welcher jedesmal bei der Hauptpost aufzuweisen und dieselbe zu hinterlassen ist, soll sich niemand unterstehen sich der Postreise zu befehlen und bei erfolgter Bewilligung dieselben mit Fesseln sollen die Postverwalter oder ihre Knechte die zunächst gelegene Obrigkeit um Assistenz anrufen, darüber berichten oder aber die Vertreter an den kaiserlichen Hof selbst einleiten. Wenn die Obrigkeit Hilfe und Assistenz verweigern sollten, sollen sie verbunden sein, den den Postmeistern und Knechten hieraus entstandenen Schaden abzustatten. Bei den kaiserlichen Zeiten, wo mit der vorigen Bezahlung das Ausgehen nicht gefunden werden kann, ist ad interim — mit Ausnahme von den eigenen kaiserlichen und aller Erzherzöge zu Österreich Kuriere, welche die gewöhnlichen Kuriere schilde führen — für jedes Roß der Betrag von 2 fl. 30 kr. zu bezahlen. Wer dies verweigert, dem soll kein Postroß gegeben werden. Damit die Postverwalter aller Orten, wo die kaiserlichen Posten eingelegt und gehalten werden, desto besser dem bestellten Postwesen obwalten und die ihnen aufgegebenen Sachen und Schreiben bei Tag und Nacht befördern mögen, sind sie von aller Buße und Einquartierung des Kriegsvolks zu Roß und Fuß, wie auch von aller Wache und andern dergleichen oneribus, Kriegskontribution und Auflagen gänzlich befreit. (H. K. A. Postakten 1601—1643.)

Am 9. August 1624 wurde das Patent vom 13. September 1621 wiederholt.

Mit dem Patente ddo. Wr.-Neustadt 26. September 1625 wurde bei dem Unterstande, als die allgemeine Forderung nachgelassen hat, insbesondere Ufer und andere Futter wohlförder geworden ist, der Betrag für die Bezahlung eines Postrosses mit 6 Schilling Pfennig oder 45 kr. festgesetzt. Zugleich wurden die früher erlassenen Postregulation und Mandate erneuert. (H. K. A. Patentsammlung.)

#### 4. Unter Ferdinand III.

Unter ddo. Wien 3. Januar 1642 wurde rückichtlich der Reichspost ein dem Patente vom 26. Mai 1623 ähnliches Patent erlassen. In demselben fehlt nur die Festsetzung der Gebühr für die Benutzung der Postreise. (Urnigh. De. regali posturum juris.)

Das Patent ddo. Wien 26. Juni 1649 handelt von der Beförderung der Post aus Weiskand. Es wird darin erwähnt, daß die aus und durch Italien kommenden Briefe und Schreiben sehr spät und viel langsamer, als es der Zeit nach geschehen konnte, in Wien einkamen, worüber sich die am Hofe anwesenden päpstlichen, spanischen und venedischen Botschafter oftmals beschwerten. Es wird daher den zwischen Wien und Venedig gelegenen Postmeistern, Verwaltern und Beförderern ernstlich anbefohlen, solche Briefe nicht aufzuhalten oder liegen zu lassen, sondern ohne Verzug weiter zu senden, die Poststellen allerorts gebräuchlichermaßen zu unterstellen, und in denselben Stunde der Ankunft und Abfertigung sowie die Ursache einer etwaigen Verzögerung vorzumerken. (Arch. Min. d. Inn. I. Nr. 1237—1748. V. C. 4 Nr. 8 ex 1649.)

Das Patent ddo. Graz 11. Februar 1651 ist lediglich eine Wiederholung des Patentes vom 2. April 1603. (H. K. A. Patentsammlung.)

Das Patent ddo. Wien 30. April 1652 handelt von der Postbeförderung auf den vier Posten in Krain und von der Abstellung der Lehenrosse und Schiffe für Kuriere und Postreisende. Der Postmeister zu Laibach, Mathias Strobl sowie die drei Postbeförderer zu Oberlaibach, in „Pierbaumwald“ und (reutz, Gregor Tschitsch, Jo. Andree Tschitsch und Franz Gergel, haben darüber beschwerde geführt, daß sich unterschiedlicher Herrschaften Untertanen, besonders zu Laibach und Oberlaibach, dem alten Postgebrauche zuwider, strafmäßig unterstehen, den auf der Post ankommenden Kuriere entgegenzuhalten, dieselben abzurufen und um billigeres, als das gewöhnliche Kuriergeld beträgt, bald mit Lehenrossen zu Land, bald mit Schiffen zu Wasser, zu befördern, so daß nimmer auf den erwähnten vier Posten kein Kuriere die Post gebraucht. Die bei den Obrigkeiten ebenfalls geführte Beschwerde sei erfolglos geblieben. Es wird den Obrigkeiten anbefohlen, dergleichen Mißbräuche einzustellen, die Dawiderhandelnden zu bestrafen und wird den genannten Postbeförderern das Recht eingeräumt, „wenn sie dergleichen Verbrecher ertappen und in actu der Fortführung der Kuriere betreffen“, denselben Pferd und Schiff abzunehmen. (Arch. Min. d. Inn. I. Nr. 1237—1748. V. C. 4 Nr. 9 ex 1652.)

#### 5. Unter Leopold I.

Kaiserliches Patent vom 7. Mai 1661, daß beim Grazer Postauto für Briefe, und zwar von 1 Bogen 3 kr., vom Loth 6 kr. zu bezahlen sei. (H. K. A. Postakten 1660—1672.)

Das Patent Kaiser Leopolds I. ddo. Wien 15. Jänner 1662 für Österreich ob und unter der Enns stellt sich zumeist als eine Wiederholung früherer Postpatente dar. Es wird darin angeordnet, daß keiner, ausser den eigenen kaiserlichen Sachen und die vom Kaiser selbst oder seinen nachgesetzten Obrigkeiten im kais. Namen aufgegeben werden, weder Truhen, noch dergleichen schwere Sachen den Posten aufgeben, die Postbeförderer solche auch nicht annehmen, sondern mit andern Gelegenheiten fortschicken sollen. Die Postbeförderer sollen außer dem, was sie von ihren Gründen und Häusern zu reichen schuldig, weiters nicht beschwert werden; die Grundherrschaften sollen mit denselben und den Postrossen nicht das geringste schaffen, noch dieses auch durch andere thun lassen, sondern wenn dieses geschähe, dem kais. Kämmerer und Obristen Reichs-Hof- und der Erb-königreiche und Länder General-Postmeister Carl Grafen von Paar behufs weiterer Maßnahmen hievon die Anzeige machen. Die Postreisenden sollen die antrifffenden Ordinari und extraordinari Posten ohne aller Weiger- und Entschuldigung annehmen und mitführen, sich aller Brohungen und Tathlichkeiten, als Schlägen und Verwunden der Postbeförderer und ihrer Leute, gänzlich enthalten, widrigens sie bei andern Posten gar nicht befördert und außerdem bestraft werden. Die Postverwalter und Postbeförderer sollen in den durchzügen mit Einquartierung von Kriegsvolk oder Soldaten, mit Auflagen, allen Wachten und andern Personal oneribus, Kriegs-Kontributionen verschont werden. Niemandem wird gestattet, sich eigenmächtig oder mit Bedrohungen ein oder mehrere Kasse aus den Ställen zu nehmen, oder die Postbeförderer hiezu zu nötigen, widrigens er eine Mark lötligen Golds Strafe zu bezahlen, und wenn er es nicht im Vermögen hätte, solche Strafe mit dem Leibe auszusitzen hat. Die Obrigkeiten und Gerichte in den Städten, Flecken und andern Orten haben den Postverwaltern und Postbeförderern auf ihr Anrufen wider dergleichen Gewalttätigkeiten alle gebührliche Assistenz zu leisten, würden sie solche verweigern, hätten sie außer sonst zu gewärtigender Strafe auch für den den Postbeförderern oder ihren Knechten dadurch erwachsenden Schaden aufzunehmen. Im Falle als fürstliche Personen, ihre Botschafter und andere Leute die auf der Post reisen und etwa mehr Kasse, als die Postverwalter und Postbeförderer in Destallung zu halten schuldig sind, bedürften, haben die Obrigkeiten

Geschichte der österreichischen Post.



den letzteren bei den Bürgern und Nachbarschaften mit Beschaffung der notwendigen Rosse und Nothdurften gegen billige Bezahlung alle Hilfe zu erweisen. Weil durch vielfältige Aufladung großer Truhnen und schwerer Felleisen, auch so ungewöhnliches Überreiten der Posten die Rosse krumm, untüchtig und manchmal gar zu Boden geritten werden, soll man von einer postreisenden Person Truhnen oder Felleisen über 40, meistens 50 Pfund, mit der Post zu führen nicht annehmen und wenn jemand aus Muthwillen, Frevel und übermüthiger Strapazierung ein Roß untüchtig oder gar zu Boden reiten würde, solle derselbe dem Postbeförderer um solchen Schaden Satisfaktion zu geben schuldig und keiner befugt sein, die von der vorigen Post gehalten Rosse weiter als bis auf die nächst gelegene Post zu gebrauchen, sondern bei jeder Post sowohl, als unterwegs abzuwechseln. Als neue Weiterungen kommen in diesem Patente vor: „Nachdem auch durch Verbauung der alt gewöhnlichen Poststeige an Beförder- und Überbringung Insorier und des gemeinen Wesens anbetreffenden Ordinari Posten und Staffetten bisher merklich und überaus viel vermindert worden, als wollen Wir, daß nicht allein diejenigen Poststeige und Strassen, so bis dato gebracht werden und noch unverbaut sind, auch ferner also unverbaut gelassen, sondern auch diejenigen, so entweder schon wirklich verbaud und zugeschlossen worden, alsobald auf Liegebrunn und Anzeigung ein oder des anderen Postbeförderers wiederum eröffnet und heftig offengelassen, vorderst aber beide in guten Stand erhalten und zu dem Ende die notwendige Reparierung derselben jederzeit zur rechten Weil vorgekehrt, nicht weniger die Posten, da bei unstäten und bösem Wetter die Strassen also verderbt, mit Wasser und Kot überschwenmt, auch die Wege also grundlos sind, daß daseelbst die Posten weder Tag noch Nachts flüchtig durchkommen können, auf absehbigen Rain und Wegen durchgelassen werden, und die Postbeförderer auf solchem Fall die Zaune durchbrechen, von sich selbst befugt sein sollen.“ Gleicher gestaltung befehlen Wir allen Ernstes, daß sich die Lehensrollen lückenlos nicht unterstehen sollen, Briefe zu sammeln, das Posthorn zu gebühren, die Leute von der Post absperrig zu machen, oder mit vorreitenden Knechten und aufgeschobenen Felleisen die reisenden Personen zu führen. Im Betretungsfalle sollen denselben Posthorn und Rosse, wie von Alters gebräuchlich und statuiert ist, weggenommen und sollen dieselben außerdem gestraft werden.“

— So oft sichs begibt, daß Unser obrister Reichs-Hof- und in Unsern Erb-königreich und Landen General-Postmeister entweder aus Unserem Befehl neue Posten einlegt, oder aber eine vacierende ersetzt, soll diesen Postbeförderern, wenn sie nicht mit eigener Wohnung und Stallungen selbst versehen sind, jederzeit das gehörige Quartier und Accomodament zur Wohnung und Stallungen, jedoch gegen Bezahlung leidlichen Bestands unweigerlich erfolgt werden.“ (H. H. u. St. A. Patentsammlung 10.)

Am 7. November 1664 erließ Erzherzog Sigmund Franz von Österreich ein Patent an den Hof- und Obristen Erbpastmeister der O. und V. O. Lande, Franz Werner Freiherrn von Thurn und Taxis, seine untergeordneten Postmeister und Postverwalter zwischen Augsburg und alla di Trento, Innsbruck und Freiburg im Breisgau, dann Innsbruck und Salzburg, daß der erwähnte Obrist Postmeister seines tragenden Amtes wegen, in Person oder durch seine Substituten alle obstehenden Posten zu visitieren, zu bereiten, Unordnung und Fehler ab-, dagegen gute Ordnung anzustellen habe.“ (A. M. d. I. II. A. 4 Nr. 22.)

Am 8. März 1672 erging ein dem Patente vom 15. Jänner 1662 gleiches Generalmandat.

Am 16. April 1695 wurden von Kaiser Leopold I. zwei Postordnungen erlassen. Die eine ist eine Wiederholung der Patente vom 15. Jänner 1662 und 8. März 1672 und räumt den Postbeförderern wider diejenigen, welche Gewalt brauchen, Not- und Gegenwehr ein, und gestattet den Boten und Lehensrollern, ein differentes Horn zu führen, damit sie mächtlicher Weile vor verschlossenen Orten ein Zeichen ihrer Ankunft oder bei dem Wasser zum Überholen geben

können. Das alte Botenwerk soll gelassen, die Mißbrauche aber und das neue gänzlich abgestellt werden.

Die zweite ist ihrem Sinne nach eine Postmeisterordnung und enthält folgende Bestimmungen: 1. Jeder Postverwalter, Postverweser und Postbeförderer soll zufolge abgelegter Eidespflichten die ihm anvertraute Post in eigener Person besetzen und bedienen und von derselben ohne wichtige Ursache und vorher erlangter Lizenz nicht über drei Tage abwesend sein. 2. Dieselben sollen zur Bedienung der Posten gute, ehrliche, katholische Leute, Postillione u. dgl. Bediente, denen man wohl vertrauen kann, halten, zumal wann durch Untreue, Undeik, Nachlässigkeit oder anderwärts Verbrechen eines Postillions oder anderen Bedienten Schaden, Verlust oder andere Inconvenienz entsteht, der Postverwalter, Postverweser oder Postbeförderer hierfür zu stehen schuldig und gehalten ist, welche jedoch hernach an des Postillions oder anderen Bedienten Besoldung und Lohndien, oder beschaffener Sachen nach an dessen Personen sich wieder zu erholen haben. 3. Alle an dieselben ergohenden Anstandsverordnungen und Dekrete sollen sie nicht allein lesen und vernehmen, sondern denselben auch jedesmal gehorsamst nachkommen, widrigenfalls sie Bestrafung zu gewärtigen hätten. 4. Kein Postbeförderer soll dem anderen seine Postillione durch Geschenke, Versprechen oder andere dergleichen Persuasionen abreden oder absperrig machen, viel weniger den Postillionen zugelassen sein, vor der Zeit und ohne Abschied aus dem Dienst zu treten, und sich anderwärts wiederum in Dienst zu begeben; soferne ein Postillon hiewider handelt, oder auch ein Postbeförderer einen Postillon, der von seinem gewesenen Herrn keinen Abschied vorzuweisen hat, in Dienst aufnehmen würde, sollen beide empfindlich gestraft, und der Postillon in keinem Postdienst weiter gelitten werden. 5. Soll ein jeder Postverweser und Postbeförderer über diejenigen Pferde, worauf die kaiserliche Besoldung gereicht wird, um die vorfallenden Kitten desto fürsorglicher fortzusetzen, sechs gute, brauchbare und zum Postfahren und Reiten dienliche Pferde samt wenigstens zwei Kaleschen mit allem dazu notwendigen tauglichen Geschirr, Sättel und Zeug, stets unterhalten und solche zu Verschönerung des Postdienstes gehörigen Pferde durch anderwärtige schwere Feld- und Wirtschaftsarbeiten nicht dergestalt verderben und abnutzen, daß sie hernach bei häufig vorkommendem Kitter entweder nicht zu Hause, oder zum Postlaufen untauglich sind. 6. Die wöchentlich zweimal hin und wider gehenden Ordinari Posten soll ein jeder Postverweser und Postbeförderer sowohl nachts als tags jedesmal zu Pferd, keineswegs aber bei Vermeidung von 10 fl. Strafe zu Fuß oder durch andere zufällige Gelegenheit in der vorgeschriebenen Zeit und Stunde befördern, sonderlich aber, weil die sogenannten eigenen Posten und Staffetten um ihrer Eilfertigkeit und Erheblichkeit halber eine mehrere Beschleunigung erfordern, so sollen selbe in einem starken Trab gleichfalls in der anbefohlenen Zeit und Stunde befördert werden. 7. Damit solches desto besser zu seiner Wirklichkeit komme, sollen die Stundenzettel, worin keiner dem andern in Vormerk- und Einschreibung der Stunden im geringsten über-vorteilen oder zu kurz tun, viel weniger an einem Ort die Ordinari Posten länger, als zur Iterabnehmung der an jeden Ort gehörigen, und Widerhinzunahme der etwa mitgehenden Briefe unumgänglich nöthigen ist, die Staffetten aber im geringsten nicht aufgehalten werden sollen, von den Hauptposten in und außer den kaiserlichen Erblanden jedesmal zurückgefordert, examiniert und nachgesehen und der Saumselige oder sonst Schuldige, falls er nicht erhebliche und unvermeidliche Ursache beibringen und im Stundenzettel vermeldet hätte, nach Befund mit un-nachsichtlicher Strafe belegt werden. 8. Wenn ein Postillon auf der Gegenpost die Ordinari oder eine andere Staffette antrifft, soll er selbe ohne Widersprechen annehmen und mit sich zurückführen, wegen Annehm- und Auswechslung der Kitten aber wird ein jeder mit seinem Gegenreiter nach beiderseitigem Gutbefinden sich gütlich zu verstehen wissen. 9. So oft ein Postreisender oder Kurier auf einer Post ankommt, soll derselbe gegen gewöhnliche Bezahlung, welche vor der Abfahrt erlegt werden soll, mit den notwendigen Pferden entweder zum Fahren oder zum Reiten, je nachdem es jedes Orts Gelegenheit und Beschaffenheit zuläßt, schleunigst



und unangefordert werden. 10. Nachdem öfters die auf der Post Reisenden von den Postbeförderern mehr Pferde, als nötig, mit Gewalt erzwingen, die Postkalesche oder mit sich führende Chaise mit zwei und drei Bedienten bedecken, hingegen aber nach Belieben per Pausch dafür bezahlen, was sie selbst wollen, überdies auch den Postbeförderern, wenn sie mit Prügeln, Degen und anderem Gewehr nicht ohne augenscheinlicher Gefahr ihres Lebens und körperliche Beschimpfung des Postwezens gewaltthätig begegnen und mithin zum öftern nicht den halben Teil des schuldigen Rittgeldes bezahlen, wodurch die Postbeförderer nicht allein in Schaden gebracht, sondern auch die alten, bei dem Postwesen wohlverdienenden Usus und Gewohnheiten in ferneren ablehnen Konsequenzen benachteiligt werden, so soll es zur Verhütung solcher Mißbräuche, und damit so wenig die Postbeförderer in anforderndem Rittgeld excedieren, als ein Postreisender Ursach haben möge, wider die Postbeförderer einige Ungerechtigkeiten oder Gewaltthätigkeit zu bezogen, bei dem urtheilen Herkommen und der Universaltregel sein unabänderliches Verbot haben, anderen Chaisen, die nur mit einem Pferd geführt werden, wo auch die schweren großen Kollwagen verboten und bei Strafe von den Postbeförderern nicht zu befördern sind) auf der Post ankommt, derselbe nach Anzahl der bei sich habenden Personen und überdies für den Postillon a parte und ungehindert die Kalesch von der Person  $\frac{1}{2}$  Reichsthaler bezahlen soll. 11. Wenn so viel Ritte nach einander vorkommen, daß es einem Postbeförderer unmöglich wird, wegen Mangels der Pferde alle miteinander zu befördern, und es geschieht, daß einige auf der Post Reisende die Postbeförderer mit Ungestüm aufahren, so daß sie sich fast nicht schon lassen oder selbst vom Haus weglaufen müssen, so soll in solchen Fällen ein Postbeförderer, wenn er wegen vorüberiger vieler Ritte keine Pferde bei der Hand haben, noch von seinen Nachbarn um billige Bezahlung sich solche verschaffen könnte, mit aller Bescheidenheit die auf der Post Reisenden zur Geduld verweisen, nach sich gebotener Gelegenheit zur Beförderung aber dieselben auf möglichst beste fortführen. Würde aber jemand bei so augenscheinlicher Unmöglichkeit zur Beförderung den Postbeförderern unziemliche Gewalt anzutun sich nicht scheuen, so wird den Postbeförderern mit Zuziehung der Ortsobrigkeit und wenn es die höchste Noth erfordert, Gewalt mit Gewalt abzuwehren, und eine in allen Rechten zugelassene Defension vorzunehmen, Fug und Macht erteilt. 12. Keineswegs aber soll ein Postbeförderer schuldig sein, für den Fall er mit Pferd und Leuten bis etwa auf ein einziges Pferd entblüht wäre, dieses übrig geliebte Pferd jemandem erfolgen zu lassen, sondern solches soll zu ihrer kaiserlichen Majestät eigenen Diensten zurückbehalten werden, damit nicht Noth sei, eine ankommende Stafette liegen zu lassen oder zu retardieren. 13. Viele auf der Post Reisende sind in dem irrigen Wahn, es sei ein Postbeförderer gehalten, jedweden auf diese Weise, wie er von der Haupt- oder einer anderen Post, id est etwa fahrend oder reitend wegzukommen, wieder weiter zu befördern. Weil aber wegen Unterschied des Weges, da es an Orten teils ganz eben und gleich, daher zum Fahren bequem, an anderen aber bergig, tief, morastig und also besser und geeigneter zu reiten ist, eine Differenz gemacht und nach jedes Orts Gelegenheit die Beförderung geschoben muß, so soll jeder postreisende Cavalier oder Kurier solches von selbst vernünftig considerieren und wider die Gebühr keinen Postbeförderer beschweren, sondern mit solcher Beförderung, wie es jedes Orts Beschaffenheit, auch andere Circumstände zu lassen, sich befriedigen. 14. Damit vernünftet des zu des allgemeinen Wesens Dienst ungerichteten Postwezens nicht etwa verdächtige, oder andere einer begangenen Mißthat halber flüchtige Personen in oder außer Land geführt werden, oder sich der Post zu ihrer Flucht und Sicherheit bedienen mögen, soll kein Postverweiser oder Postbeförderer bis auf die sechste Post von hier (Wien) bei wirklicher Entsetzung seines Amtes, auch beschonener Dingen noch Leib- und Lebensstraf, einige fremde

oder unbekannte Menschen, die nicht von der Haupt- oder anderen Post bei ihnen ankommen, oder sonst einen Passirungszettel oder ein Dekret vom Obrist Hofpostmeister vorzuweisen haben, befördern. 15. Ebenwenig soll ein Postverweiser oder Postbeförderer Niemanden abscheit der ordinari Poststrassen, sondern einen jeden denselben Weg, wie insgemein die ordinari Posten und Stafetten geführt werden, von Post zu Post befördern, es sei denn, daß eine wohlthätige, im Lande angemessene Person auf ihre Herrschaften, Güter oder andere Orte außer der Poststrasse geführt zu werden verlangen würde. In diesem Falle ist solches zu tun einem Postbeförderer erlaubt, wenn dies nur ohne Verhinderung des ordinari Cursus und ohne Schaden und Nachteil des Gegenreiters, oder sonst wegen Weite oder Schlimme des Wegs geschehen kann. 16. Weil durch die Geraden den Leuten, die Leute mit vorreitenden Knechten und aufgekündeten Felleisen, sowie das Postkutschen zu führen, und das Briefsameln eingestellt, jedoch ein differentes Horn zugelassen wurde, sollen die Postverweiser, Postverweiser und Postbeförderer nicht haben, daß davor nicht gekündet werde. 17. Weil den auf dem Land, und sonst den Obrigkeiten in Städten, Märkten und Flecken, auch kaiserlichen und anderen Bedanten und Bedanten an der richtigen Bestellung ihrer Briefe viel gelegen, wird den Postbeförderern ernstlich befohlen, auf die der ordinari oder den Stafetten begehenden Postwegsbriefe, besonders wenn dabei etwas specialiter rekommandirt wird, fleißig und genau Rücksicht zu haben, und alle Briefe entweder durch die hierzu bestellten Herrschaften und dergleichen Inten, oder sonst durch sichere, schnelle Gelegenheit ohne Verzug richtig bestellen zu lassen, wegen des Briefporto aber niemanden über die von Alters gewesene und beim Obrist Hofpostamt gebührende Taxe zu beschweren, mit den Herrschaften, Klöstern und deren Beamten, oder sonst anderen, die ihre Briefe nicht stück, sondern bestandweis, oder unter Vorwand einiger Freiheit gegen jährliche Discretion bezahlen, nach Proportion der Vielheit ihrer aufgegebenen und abnehmenden Briefe leidenschaftlich, jedoch ihnen selbst ungeschädlich, zu traktieren und akkordieren, damit dem Postwesen und sonderlich ihren Sukzessoren dinstfalls kein Präjudiz zugezogen werden möge. Schließlich werden die gesamten Postverweiser, Postverweiser und Postbeförderer angewiesen, die jüngst publizierten kaiserl. Generalien für sich selbst und ihre Unterhabenden in steter und fester Observanz zu halten, wider die von S. M. ratifizierte Postordnung nicht handeln oder dies von andern zu tun gestatten, sondern soll, so oft von einer auf der Post reisenden Person dem zuwider gehandelt wurde, jeder Postbeförderer, wenn es in loco seiner Post geschieht, dergleichen Contravenienten nicht befördern, oder wenn unterwegs einiger Exzeß sich begibt, durch den Postillon dem nächsten Postbeförderer solches denuncziieren, wo sodann die Daserwiderhandlungen nicht nur nicht weiter befördert, sondern über den Casus auch berichtet und die fernere Nothdurft von Amtswegen bei Hof, oder wo sonst nötig vorgekehrt werden sollte, allermaßen sich die Postverweiser und Postbeförderer der allermöglichsten Manuelpenz, Hilfe und Protection sich zu versichern haben. (II. II. u. St. A. Patentanhang N. 15, 1635—1703; und Cod. Austr.)

Mit dem Patente dto. Wien 13. Juli 1635 wurden Verordnungen, im Postwesen eingerissene Mißbräuche abgestellt. Die kaiserl. Bedienten sollen gegen die ihnen erteilte Postbefreiung nicht excedieren, diese Befreiung nicht auf ihre Domestiken oder andere Particulares ausdehnen, sondern dieselbe nur pro qualitate officii gebrauchen, sich aller Durchschwarzung und Unterschlagung fremder Briefe, wie auch der geschriebenen, schon so oft verbotenen „Zeitungsbüchlein“ und anderer Exasse in den Correspondenzen und Agenten um so gewisser enthalten, als gegebenen Falles das kaiserl. Obrist Hofpostamt gemäß der alten Observanz beauftragt sein sollte, dergleichen verdächtige Briefe und Pakete, jedoch in Gegenwart der Partei oder eines seiner Organe zu eröffnen, die Briefe sollen nicht allein ihrer Befreiung verlustig, sondern auch zur Bestrafung angesetzt werden. Niemandem gebührt das Gratiale neuerlicher Verleihung der Postbefreiung, das



selbe bleibt ausschließlich dem Kaiser vorbehalten. - Damit die auf der Post häufig versendeten geschriebenen "Parthiar-Blätter" und Zeitungen, worin öfters publica und höchst verbotene Secreta, welche bei den Ausländern schädliches Nachdenken und andere gefährliche Confusionen verursachen, dannher in allweg sollten verschwiegen bleiben, wider Eid und Gewissen pflegen ausgesprengt zu werden, fernerhin desto leichter abgestellt und verhütet werden mögen", wird dem General-Hof-Postmeister die ihm obdem von Amtswegen zustehende Voranstaltung und Disposition zur Verfassung derlei geschriebener Zeitungen dergestalt eingeordnet, daß zur Verhütung aller Unordnung solche verfaßte "Blätter" jedesmal der landesfürstlichen Regierung ad censuram gebracht, sodann gemäß derselben Zensur, ohne nachher etwas weiter dazu zu setzen oder davon zu nehmen, nach fernerer Verabreichung des General-Hof- und Erbpöstmasters, welchem hiefür die Verantwortung obliegt, entweder abgeschriben, oder ungehindert nach Belieben gedruckt und abzugeben werden mögen. Die Abschickung unzensurierter, geschriebener oder gedruckter Blätter und Zeitungen ist verboten. (Cod. Austr. II. T. 8. 175.)

Die ddo. Wien 24. November 1699 erschiene Postordnung ist mit dem Patente vom 16. April 1695 identisch.

Die für Schlesien erlassene Postordnung Kaiser Leopold I. ddo. Breslau 16. November 1702 bestimmt: 1. Daß jeder Postverwalter oder Beförderer die ihm anvertraute Post in eigener Person besitzen und bedienen, nicht aber anderen Unverwandten ein Geld vermehren, oder auch ohne Geld überlassen, und ohne Lizenz nicht über drei Tage abwesend sein soll. 2. Zur Bedienung der Posten sollen gute, schnelle, möglichst katholische Leute und tüchtige Postillione, nicht aber unkräftige Bulen und ledigliche Personen genommen werden. Ein antreuer Postillon soll, anderen zum Exempel, den gerichtlichen Obrigkeiten und Justizmitteln zur Bestrafung übergeben werden. 3. und 4. Wie im Punkte 4 und 5 der Postordnung vom 16. April 1695. 5. Die hin und wieder gehenden ordinari Posten sollen in den vorgeschriebenen Stunden und zwar die zu Pferd angelegten jedesmal zu Pferd ohne Mitnahme von Waren, großen Paketen und Personen, die fahrenden aber mit Kalesche, mit 4 bis 6 Personen besetzt und die eigenen Posten und Staffetten im Galopp oder starkem Trab befördert werden. 6. Wie im Punkte 7 der P. O. von 1695. 7. Wenn ein Postillon auf der Gegenpost die ordinari oder eine Staffette antrifft, soll er dieselbe mit sich zurückführen, es ist jedoch keinem Postbeförderer gestattet, um den Ritt zu ersparen, auf einen rückfahrenden Postillon zu warten und die Post oder Staffette bei sich liegen zu lassen, ferner einen Reisenden, den er mit seinen Pferden auf eine Poststation geführt, ohne Wissen des dortigen Postbeförderungszu dessen Nachteil mit diesen Pferden zurückzufordern, oder die nächste Poststation und angesetzten Meilen zum eigenen Vortheile zu überfahren. 8. Kein Postbeförderer soll bei Verlust seines Diensts die an andere Stationen lautenden versiegelten ordinari Briefpakete, Briefbeutel und Staffetten ohne besondere Erlaubnis eröffnen, sondern dieselben an den Adressat verschlossen liefern, auch die an andere Postsätze gehörigen einzelnen Briefe aus eigener Gewissensucht dazugeben, in deren Amt sie schließen, nicht entziehen. 9. Die auf dem fahrenden Postkurse dienenden Postbeförderer haben die ihnen anvertrauten Waren und Pakete in dem mitgehenden Frachtzettel vorzumerken, und dafür zu sorgen, daß in den kais. Zollhäusern alles richtig angegeben und verzollt werde. 10. Die Briefe sind auf das beschleunigteste zu bestellen, ambestellbare Briefe an den Aufgabort zurückzusenden. Niemand soll mit dem Brief- und Paketspoße über die publizierten Tarife beschweren, und hierbei der Unterschied gemacht werden, daß von den im Inlande aufgegebenen und verpackenden Briefen und Paketen, und zwar vom Loth in Briefen, und vom Pfund in Paketen, sowie auch von 100 Thalern an Geld, nur die Hälfte des sonst gewöhnlichen Porto genommen und bei Sendungen auf kürzere Wegstrecken eine halbe Moderation bewilliget werde. 11. Wie im Punkte 10 der P. O. von 1695. Bei der ordinari fahrenden Post soll nur ein Reichs-Orth (= 1/4 Thaler) per Person

und Meile bezahlt werden. 12., 13., 14., 15. Wie im Punkte 11, 12, 13 und 14 der P. O. von 1695. Unbekannte Leute, welche nicht von der Hauptpost aus mit Postpferden ankommen, oder nicht mit einem Passierungszettel von derselben versehen sind, sollen bis auf die vierte einfache Post nicht befördert werden. Die Postbeförderer sind schuldig, wenn Reisende bei ihnen zuerst die Post nehmen, dieselben bezüglich ihrer Person und ihres Standes zu befragen. Diejenigen Postbeförderer, deren Stationen die nächsten an die Hauptpost sind, haben, wenn Reisende von ihnen dahin zu befördern sind, deren Namen auf einem Zettel zu verzeichnen, und letzteren durch ihre Postillione beim Hauptpostamte abgeben zu lassen. 16., 17. Wie im Punkte 15 und 16 der P. O. von 1695. Das Botenwesen soll möglichst gehemmt und unterbrochen werden. (H. K. II Zirkularsammlung.)

## 6. Unter Karl VI.

Unterm 1. März 1715 erließ Kaiser Karl VI. das Reichsposipatent. (H. K. A. Postakten 1700-1717.)

Das Patent ddo. Laxenburg 12. Juni 1722 handelt von den Portofreiheiten, dem Kittaufschlage und Briefporto. Jedermann ist gehalten, vom 1. Juli seine Briefe nach dem festgesetzten Posttarife zu bezahlen. Frei sind nur die kaiserlichen und die Briefe des kais. Erzhause, jene der Hofämter und Stellen in Amtssachen, der Vorstände der vornehmeren Hofämter und Hofstellen, des Reichshofrates und der Reichskanzlei, der Vorstände der Länderstellen und der dort befindlichen Amtsleute in Amtssachen. Die Briefschaften, welche in den Erbländern verbleiben, mason mit der Bezeichnung "ex officio" versehen werden. Von den nicht das Publikum (den öffentlichen Dienst) betreffenden Expeditionen, ist das gewöhnliche Porto zu entrichten. Bezüglich der littigendor wird festgesetzt, daß wo bisher per Pferd oder Person 15 Groschen auf einer einfachen, bei einhalb und doppelten Posten das Rittgeld in gleicher Proportion bezahlt worden ist, künftig 17 Groschen pro Pferd und Person zu entrichten sind. Soach der neue Aufschlag zwei Groschen per einfacher Post zu betragen habe. Das bereits in Wien übliche Aufsitzgeld wird auch in den Hauptstädten Prag, Olmütz, Brünn, Breslau, Graz, Laibach und Linz eingeführt. Betreffs des Briefporto, an welchem bisher bei den in den ungarischen, böhmischen, nieder- und innerösterreichischen Erbkönigreichen und Ländern angestellten Poststationen für den halben Bogen, oder in schwereren Paketen für das halbe Lot 3 kr. bezahlt wurden, ohne Unterschied, ob der Brief von diesen oder von anderen Stationen kommt oder dahin abhauft, wird für billig befunden, daß die Briefe, welche von Poststationen eintreffen oder abgehen, wobei das Aerarium weder bei der Aufnahme nach Abgabe einigen Nutzen hat, in einer höheren, jene aber, welche von anderen dem Aerar das Porto vergütenden Stationen ankommen, in einer geringeren Taxe bezahlt werden sollen. Es wird daher als Norm festgesetzt, daß von den in den ungarischen, böhmischen, nieder- und innerösterreichischen Erbkönigreichen und Ländern gelegenen Poststationen ankommenden oder dahin abgehenden Briefen der halbe Bogen nebst dem Konvort zu 4 kr. und in schwereren Paketen das halbe Lot im gleichen Werte, von Briefen aber, welche von den obgenannten Poststationen nicht einlaufen oder dahin abgeschickt werden, der halbe Bogen mit 6 kr. bezahlt werde. Für Pakete mit 1 Pfund oder mehr im Gewichte, sollen von den 32 Lot 2 nachgeschen und soll das Porto nur für 30 Lot abgenommen werden. Nachdem es infolge dieses Unterschiedes in den Taxen bei dem Wiener Hof- und Generalpostamte wegen der zahlreichen Korrespondenz behufs Vermeidung von Unordnungen erforderlich wird, daß die eine Gattung von Briefen an einem, die andere aber an dem anderen Fenster ausgeteilt und angenommen werde, hat jedermann seine absendenden Briefe schon vorhin zu Hause zu sortieren. Um die Korrespondenz nicht aufzuhalten und die Pakete zeitlich schließen zu können, sollen die Briefe in Wien an beiden Posttagen um 8 Uhr abends, und



in Linz um 12 Uhr mittags um so gewisser auf der Post sein, als im widrigen Falle dieselben durch die Postämter nicht befördert werden könnten. (H. K. A. Zirkularsammlung, und Cod. Austr. IV. S. 93).

Am 17. August 1722 erschien das bereits im Abschnitte 1 erwähnte Botenpatent.

Am 1. Juni 1726 wurde ein Patent bezüglich der Post- und Fuhrwesenstaxe und Ordnung erlassen. Es wird darin erwähnt, daß infolge sehr wohlfeiler Fournage viele unbefugte Lohnkutscher und Lehenrößler sich auf das Fuhrwesen abgestalt verlegen, daß selbe sogar die Reisenden mit 4 Pferden auf Postur und viele Meilen Wegs führen und auf dem Lande unterlegte Pferde halten. Dieses wird abgestellt; ferner wird vom Anfang Juli das frühere Postaufsatzgeld von den Reisenden 15 Groschen eingehoben, das Postgeld künftig nicht nach den Personen, sondern nach der Anzahl der eingespannten Pferde bezahlt. Die hiesigen (Wiener) Landkutscher und Lehenrößler werden in der in ihren Privilegien enthaltenen Zahl von 20 belassen, und wird jedem derselben gestattet, über in ihren Privilegien zugestanden 12 Zugpferde nebst 1 Reitpferd noch 7, mithin in Summe 20 Pferde zu halten. Als Taxe haben sie des Tags von einem Pferde, wenn dasselbe 3 Meilen Wegs fährt und noch am selben Tage zurückkommen kann, 1 Gulden, folglich für 4 Rosse 4 Gulden, auf weitere Distanzen aber und wenn sie noch am selben Tage zurückkommen, für 1 Rosß 1 fl 15 kr, mithin für 4 Pferde 5 Gulden, falls aber die Fuhr auf elliche und mehrere Tage ginge, pro Tag für 1 Rosß nur 1 Gulden, in den Kasten zu wartigen, aber für jedes Pferd nur 36 kr. zu begehren, dafür den Knecht zu verlasten, die Fournage ohne Entgelt der Reisenden beizuschaffen, den Wagen und alles zum Fuhrwesen Notige herzugeben.

Die Landkutscher und Lehenrößler haben auf ihren Pferden die vor- üblichen „Kometer“ zu führen und wird ihnen gestattet, mit ihren gewöhnlichen Wagen oder mit Chaisen über Land zu fahren. Außer der Post und den hiesigen Landkutschern und Lehenrößlern darf niemand mit 3 oder 4 Pferden über Land um Lohn fahren. Bei den Lehenwagen inner den Linien bleibt es bei dem, daß selbe auf 4 Meilen Wegs, jedoch nur mit 2 Pferden, fahren können. Sie dürfen jedoch auf dem Lande nicht unterlegte Pferde halten, noch weniger zusammenspannen, und müssen ihre Gebühr, wie vorher, dem Armonhaus abstanen. Wenn ein solcher unbefugter Lohnkutscher, Lehenrößler oder anderer Fuhrmann zur Beinträchtigung des Postfuhrwesens und der hiesigen privilegierten Landkutscher und Lehenrößler gegen diese Anordnung handeln würde, sollen dessen Rosß und Wagen dem Armonhaus in der Absergasse verfallen sein. (H. K. A. Fasc. 10 und Cod. Austr. IV. S. 589).

Im Patente vom 1. Juni 1726 bezüglich der unbefugten Lehenrößler und verbotenen Briefsammlung der Boten wird angeordnet, daß dort, wo der Postkurs geht, oder durch die Posten die Briefe bestellt werden können, den ordinari und den Herrschaftsboten die Briefsammlung verboten und den Herrschaftsboten nur jene Briefe mitzunehmen gestattet wird, welche ihnen von ihrer Herrschaft mitgegeben werden. In jenen Orten hingegen, wo die Briefe durch die Post nicht bestell werden können, steht es jedermann frei, seine Briefe durch andere Ge- legenhait bestellen und überbringen zu lassen.

Am 6. Juni 1726 wurde ein Botenpatent für Böhmen erlassen. Es wird jedermann gestattet, für sich und mit seinen eigenen Briefschreibern einen Boten zu schicken, und durch denselben die Antwort zurückbringen zu lassen. Ein solcher Boten kann auch, wenn zwischen dem Ausgangs- und Endorte seines Ganges ordentliche Poststationen nicht aufgestellt, oder von den Postämtern de- pendierende Briefsammler vorhanden sind, nicht nur die Briefschaften desjenigen, der ihn bedungen und abgeschickt hat, sondern auch jene von anderen Leuten an- nehmen und befördern.

Alle in- und ausländischen Boten, Lehenrößler, Landkutscher und Fuhrleute sollen bei ihrer Ab- und Rückreise in Orten, wo sich kaiserl. Poststationen oder Briefsammler befinden, bei sich ergebendem Verdachte von Briefschwindeln verurteilt werden. Um allem Unterschleife vorzubeugen, werden die Boten, Lehenrößler, Landkutscher, Fuhrleute und sonstige unbefugte Briefsammler ohne einen von den Postämtern gratis zu erhaltenden Passierzettel bei dem Tor in den Stadt nicht hinausgelassen, außer jenen, welche von ihren Obrigkeiten mit eigenen Kenn- zeichen und Pflichten versehen sind und glaubwürdige Atteste vorweisen, daß sie ermahnt worden seien, keine fremden Briefe anzunehmen. (H. K. A. Patent- sammlung.)

Untern 13. Juni 1735 wurde den Postämtern die Annahme von Briefen mit dem Inhalte von Geld und anderen Präziosen untersagt. (Vgl. Cod. Austr. IV. S. 581.)

## 7. Unter Maria Theresia.

Die Bestimmungen der Postordnung ddo. Wien 14. December 1748 stimmen mit jenen der Patente vom 15. Januar 1662 und 16. April 1695 dem Wesen nach überein. Von Boten und Landkutschern wird befohlen, Reisende nur mit einem Pferde zu befördern, wie auch den Postreisenden nicht erlaubt wird, sich unterwegs von der Post abzuwenden und eine andere Gelegenheit zu nehmen, es sei denn, daß sie sich an einem Orte 3 Tage aufgehalten haben, wo ihnen dann freistehen soll, sich der Post oder eines anderen Fuhrwerkes zu bedienen. Unter dem gleichen Datum erschien auch eine Postmeister- und Botenordnung.

In der Postmeisterordnung sind die Punkte 1 bis 7 mit jenen der Post- meisterordnung Kaiser Leopold I. vom 16. April 1695 identisch. Punkt 8 lautet: „Wird sich begibt, daß ein Postillion auf der Gegengast die ordinari oder eine andere Staafte antrifft, soll er selbige ohne Widerrede anzunehmen und mit sich zurückzuführen schuldig sein, wegen Annehm- und Auswechslung der Ritte aber wird ein jeder mit seinem Gegenreiter noch beiderseits huthaltend sich gutlich zu verstellen wissen, und nach solcher Verständn. wenn etwa auf einer Post von den Gegengastern Pferden einige vorhanden sind, oder wenn einem unter- wegs ein anderer Ritt begegnet, so soll ein jeder Passagier sowohl im ersten Fall sich von den Gegengastern Pferden annehmen und befördern, als auch im andern Falle unterwegs die Wechselung unwillkürlich zu gestatten gehalten sein. 4. So oft ein Passagier auf einer Post ankommt, soll derselbe gegen das gewöhn- liche Postgeld, welches sogleich beim Aufsteigen zu bezahlen ist, mit den not- wendigen Pferden, entweder zum Fahren, oder zum Reiten, auf das schnellste be- fördert werden. Wenn aber wegen des höchsten Dienstes und vorfallender Kaiser- oder sonst wichtigen Ursachen die Postur aus Mangel der Pferde nicht sogleich befördert, auch von den Landeseinwohnern die Pferde nicht beigebracht werden könnten, so haben sich die Passagiers zu gedulden, und soll einer nach dem andern, gleichwie sie ankommen, so geschwind als möglich bedient werden. Da im Falle aber ungehindert aller Vorstellung der augenscheinlichen Unmöglichkeit, je- mand den Postmeister wider Verhoffen gleichwohl eine ungezügelmde Gewalt an- thun, und sie mit verbal oder real Injurien traktieren würde, so wird ihnen, wenn es die höchste Noth erfordert, Gewalt mit Gewalt abentreifen, und eine in allen Rechten ausgeschlossene Defension fürzukehren, hiemit Fug und Macht erteilt.“ 10. Weil auf den Poststationen vielseltige Ungelegenheiten, Streit und Tätig- keiten sich darum ereigneten, weil die Postreisenden sich allen schwerer und in den vorigen Postgeneralien verbotener Wagen bedienten, dieselben nicht allein mit großen Kisten, Truhen und anderen schweren Sachen vorne und hinten, so viel immer darauf zu bringen war, beladen, sondern auch meist den im Wagen befindlichen Personen annehm ein oder zwei Bediente zurück und vorne auf dem Kutschersitze, und diese annehm mit grossen Peitschen immer auf den Postknecht und Pferde zugehauen, und sie fast aus dem Athem gejagt aufsitzen lassen, und



bedeutet mit so viel Pferden, mit wie viel sie von hier, oder einer anderen Hauptpost, wo die Wege gut und die Posten nicht so lange beschwerlich, abgefahren, auch auf andern längeren beschwerlichen Posten, wo nicht möglich also fortzukommen, befordert sein wollen: Als werden hiemit in Kraft dieses nicht allein die schweren, in vorigen emanirten Postgeneralien nicht erlaubten Wagen, sondern auch allschwere Verpackung mit Lagen und Leuten, und Führung der Peltchen gänzlich verboten, die Reisenden aber auf das unterm 1. Juni 1726 von Kaiser Karl VI. in Sachen emanirte und hiemit in allem und jedem confirmirte Patent verwiesen, vermöge welchem dieselben a proportionem der allzuschweren Gepäckten Wagen oder mehrerer Anzahl der Personen, wo es die Not erfordert, auch mehrere Pferde ohne Weigerung zu nehmen gehalten, dahingegen auch der Postmeister die Reisenden zur Nahrung und Bezahlung mehrerer Pferde, als sie zur Beförderung ihrer Personen und Lagen nöthig haben, zu zwingen nicht befugt sein sollen. 11. Im Falle ein Postmeister wegen häufiger Ritte an Leuten und Pferden, also entbleibt, daß er nur ein einziges Pferd zu Hause hat, so soll niemand ihm dieses Pferd aus dem Stall zu nehmen befugt, noch er solches herzugeben schuldig sein, sondern zu unsern eigenen Diensten auf, und zurück behalten werden, damit nicht Noth sei, eine vorkommende Staffelte erliegen zu lassen. 12. Wie Punkt 13 im Patente vom 1. Juni 1726, 13. Wenn Reisende den Postmeistern auf der ganzen Strasse, welche sie zu passiren haben, ihre Reise Staffelte kund machen und die nötigen in Bereitschaft zu haltenden Pferde bestellen lassen, ist das Wargeld von 50 kr. pro Pferd zu bezahlen. 14. Keinem sollen im Obisten Hofpostamt Pferde veräußert werden, der nicht den Erlaubnißzettel vom Reichsviskanzler, oder dem Hof- und Staatskanzler beibringt, in gleichen sollen die Postmeister auf der 1. und 2. Station Passagieren, welche nicht per posta, sondern mit andern Gelegenheiten dahin kommen, Postpferde nicht folgen, auch wenn sie den vorerwähnten Erlaubnißzettel bei sich hätten, es sei denn, daß sie zugleich einen vom Obisten Hofpostamt ausgestellten Auspaß hätten, daß sie unbedingt per posta weiter befördert werden können. Ingleichen sollen die Postmeister von Wien bis auf die 6. Post, fremden oder unbekannten Menschen, welche nicht von der Haupt- oder einer Post bei ihnen ankommen, oder einen Auspaß vorzuzeigen haben, Postpferde nicht ansetzen, widrigens sie nicht nur ihres Dienstes einsetzen, sondern auch Unständen am Leibe gestraft würden. 15. bis 17. wie im Patente von 1726; im Punkte 17 fehlt die Bestimmung vom 1. 1726 bezüglich des Pauschakordes."

Die wesentlichsten Bestimmungen der Botenordnung wurden bereits im Abschnitte I "Botenwesen" angeführt.

Das Patent vom 21. März 1750 betrifft die Regulierung des Briefporto und die Einführung von Dilligencen. Es lautet: "Wir Maria Theresia etc. geben zu erkennen, daß gleichwie unsere uneründete Sorgfalt Wir dahin widmen, die innerliche Wohlfahrt Unserer Länder durch hierzu diensame Anordnungen zu befördern, also Wir in Sonderheit Unser Augenmerk auf all dasjenige richten, was Unsern getreuesten Unterthanen zur Aufnahme ihres pflegenden Handels und Wandels, mithin zur Emporbringung des Comerciü gedehlich sein kann; da nun die sowohl in- als ausländische Correspondenz einen nicht geringen Theil des erstemaltem Comerciü ausmacht, und Wir beobachtet haben, daß unsere bisherige Posttaxe, so und die schweren Briefe und Paketen belanget, den Handelsleuten und andern Correspondenten beschwerlich gefallen sei, noth dem Wir auch die von Inländern und Fremden vorgebrachte Beschwerden, daß von ihren Pönern zum öftern für die auf die Post schickenden, schweren Briefe ein mehreres, als die Post überkommen, angeschaut, vielmals auch zu ihrem größten Nachtheil von jenen die Briefe, um den Betrag daran sich zu Nutzen zu machen, gänzlich unterschlagen und auf die Post gar nicht aufgegeben werden, in gütigste Erwägung gezogen, und dem obblühliche Maß zu geben. Uns entschlossen haben, als ist von Uns endlich angeordnet worden: daß a primo Junii dies 1750. Jahres an gerechnet,

Fürhin von den bei Uns in den hungarischen, böhmischen, nieder- und inner-österreichischen Ländern bestellten Postämtern und Stationen angehenden Briefen, welche über gesagte Länder nicht weiter hinausgehen, sondern in solchen abgegehen werden (außer denen, so an Postbüreau adressirt werden, als welche nach der bisherigen Brieftaxe per 4 kr. von einem einfachen Briefe bei der Aufgabe zu frankieren sein) gar keine Tax oder Zahlung entrichtet, sondern solche gänzlich frei u. z. täglich angenommen; dahingegen an den Orte der Abgebung von den einfachen und geringeren Briefen der doppelte Porto mit 8 kr. von einem einfachen Briefe, weil bei der Aufgabe nichts bezahlt wird, entrichtet, von den schweren Briefen aber ein weniger bezogen, der gestalten auch und nach eben solcher Taxe alle von anderen und fremden Ländern ankommenden Briefe bei der Abnehmung bezahlt werden sollen. So viel hingegen die über vorgenannte Erb-königreich und Länder weiters in jenseitig angehörige Länder, als Toskana, Mantua, die österreichischen Niederlande, Tirol und Vorderösterreich, in-gleichen die in das Römische Reich abgehenden Briefe belanget, diese zahlen bei der Aufgabe wie vorhin 6 kr. von dem einfachen Briefe, welche aber in weitere und fremde Länder abgehen, zahlen bei der Aufgabe eben so viel, als bei der Abnehmung, nämlich 8 kr., jedoch übrigens mit gleichmäßiger Moderirung der Taxe von den schweren Briefen, nach Inhalt der von abgefaßten Posttaxe, welche bei den in Anfangs gemeinen Unsern Erb-königreichen und Ländern bestellten Post-ämtern öffentlich wird ausgehängt werden, und auch sonst zu haben ist.

Damit nun auch die schweren Waren und auch sonst zu haben ist. Post nicht aufnehmen kann, richtig und scheinung befordert werden mögen, so sind Wir gütigst bedacht gewesen, zum Behelfe des Comerciü Dilligencen, oder wöchentlich abgehende und ankommende Postwagen einzuführen, deren Wir noch mehrere, wohin es weiters fürträglich sein kann, gütigst anordnen werden. (H. K. A. Fasc. Nr. 7. 1750—1751.)

Nach dem Patente vom 3. August 1750 werden nicht nur tägliche Posten in das Reich, nach Graz, Prag, Brünn, Olmütz, Znaim und Preiburg hin und zurück errichtet, "damit jedermann täglich Gelegenheit habe, in seinen Angelegenheiten zu schreiben", sondern auch eigene Postwagen nach Linz, Passau, Triest, Prag und zurück, welche wöchentlich an bestimmten Tagen ab- und Tag und Nachts postmäßig fortgehen, auf Rechnung des Ärzars unterhalten, und überdies noch ein neuer Postwagen nach Troppau und Breslau vom 29. August an etablirt, die Taxe für die mit diesen Dilligencen reisenden Personen, für Waren, Pakete, Geldgrupp u. dgl. wird ermäßigt. In den Ländern, wo fahrende Posten eingerichtet sind, ist keinem Boten, Fuhrmann u. dgl. gestattet, Geldpakete, mit Geld oder Prellösen beschwerte Briefe, dann Waren im Gewichte bis 20 oder unter 20 Pfund zur Beförderung anzunehmen. Wenn die fahrende Post dertat beladen wäre, daß sie ein dergleichen nicht 20 Pfund schweres Paket nicht mehr annehmen könnte, bleibt es dem Auf-geber freigestellt, solches gegen eine ihm von der Postwagen-expedition gratis zu erteilende Bollette mit beliebiger Gelegenheit zu verschicken. (H. K. A. Fasc. Nr. 10. 1750—1752.)

Mit dem Patente vom 27. August 1750 wird den Postreisenden benedlich verboten, die Postpferde zu überfahren und Peltchen mit sich zu führen. Den Postknechten wird es erlaubt, wenn auf der Straße auf sie oder auf die Pferde geschlagen würde, mitlen auf dem Wege die Pferde auszuspannen und nach Hause zu reiten. (H. K. A. Fasc. Nr. 10.)

Im Patente vom 20. September 1751 wird erwähnt, daß außer den Dilligencen nach den meisten Hauptstädten der Erb-königreiche und Länder "Journaliere" oder tägliche reisende Posten eingerichtet werden. Des weitern wird die in-ländische Brieftaxe bezüglich der bei einer Landpoststation aufzugehenden und an eine andere Landpoststation oder einen nachstehenden Ort adressirten Briefe dertat herabgemindert, daß von dergleichen einfachen Briefen, wenn sie nicht an ein Haupt- oder Absatzpostamt dirigirt sind oder über ein solches noch weiter laufen, sondern bei einer andern innerhalb gelegenen Landpoststation abgelegt



werden, nicht mehr als 3 kr. bei der Aufgabe und ebensoviel bei der Abnahme des Briefes vom 1. November 1751 an bezahlt werden sollen. Wenn aber ein bei einer Landpoststation aufgegebenen Brief an ein inländisches Hauptpostamt oder über ein solches weiter dirigiert wird, sind am Aufgabepostamt die Abgabegelder je 4 kr. zu zahlen. Ferner wird die Taxe von inländischen größeren und schwereren Schriftenpaketen ermäßigt.

Am 16. Mai 1760 wurde ein „Passage-Geld“-Patent erlassen. Nach demselben ist von allen, welche mit der Post oder anderen gedungenen leichten Fuhrren die Linien oder auf dem Lande eine Wegschränke passieren, nebst der bisherigen Linien- oder Wegemautgebühr ein Passagegeld, und zwar zwei Groschen von jedem Pferde zu entrichten. (H. K. A. Cam. Fasc. 9/1 Nr. 180 ex 1773.)

Das Postpatent vom 5. Februar 1772 erneuert im allgemeinen die Bestimmungen der früheren Patente vom 8. März 1772, 16. April 1795 und 14. Dezember 1748. Ergänzt werden dieselben durch die Anordnung, daß es sonst nirgends als nur bei den Hauptpostämtern erlaubt ist, mit der Ordinarie einen Passagier fahren zu lassen, welche Erlaubnis jedoch nur wohlbekannten und akkreditierten Leuten zu erteilen ist. Bei beigegebenen Aushilfsperden wird der Postmeister ermächtigt, sich von dem an die Pferdebesteller zu zahlenden Postgeld pro Pferd und einfache Post 6 kr., bei  $1\frac{1}{2}$  Posten 9 kr. und bei doppelten Posten 12 kr. abzuziehen.

Den Wirten, Bürgern und Bauern auf dem Lande wird verboten, Reisende auf der Poststraße um Geld mit gedeckten Wagen oder Kaleschen zu befördern und wird ihnen nur mit Zeilwagen (worunter solche ohne Sitz und mit rohren Decken verstanden werden) um Geld zu fahren bewilligt; auch wird keinem Wirt erlaubt, Passagieren ein Reitpferd zu geben. Nur dann, wenn ein Passagier von einem Orte abfahren wollte, wo keine Post oder Landkutschner wären, können Wirt, Bürger und Bauern denselben um Geld auch mit Kaleschen und gedeckten Wagen zur nächsten Poststation führen. (H. K. A. Patentsammlung.)

## 8. Unter Joseph II.

Mit dem Patente vom 24. Oktober 1782 wird das Postpatent vom 5. Februar 1772 vollständig bestätigt.

Das Patent vom 15. September 1785 enthält die Bestimmungen über die auf das Postregale zu führenden gerichtlichen Vormerkungen und lautet: „Bisher ist die Gewohnheit bestanden, bei erblichen oder mit Bewilligung verkauften Posten das Regale, d. i. das Befugnis zur Posthaltung als eine Realität anzusehen, deren Worth auf einige tausend Gulden anzuschlagen, und darauf, wie auf die übrigen bei der Posthaltung gemeinlich vorfindigen, wahren Realitäten eine ordentliche Vormerkung oder rechtliche Verhypothekierung Platz greifen zu lassen. Dadurch geschah es, daß zuweilen die öffentliche Postverwaltung darunter gelitten, weil bei ausbrechenden Konkursen und dem durch die vorgemerkten Schulden zu hoch getriebenen Kaufschillinge der Posten sich nicht leicht Käufer gefunden, und die Postverwaltung unsicheren Händen anvertraut werden mußte. Zuweilen liefen auch die Privatglaubiger Gefahr, die keine Sicherheit hatten, weil nach dem landesfürstlichen Vorbehalte die erblichen Postmeister wegen Verbrechen oder übler Verschwendung ihrer Erbllichkeit entsetzt werden können. Diese Art der gerichtlichen Vormerkung auf das Regale hat daher künftig nicht mehr statt, und ist allein als ein Privatverständnis zugelassen, daß wenn eine Veränderung mit einer erblichen oder der Verkauf einer zwar nicht erblichen, jedoch von einem Postmeister durch volle 10 Jahre ohne Ausstellung versehenen Poststation von Uns bewilligt wurde, das Befugnis zur Posthaltung in einen billigen Anschlag kommen möge, weil in solchen Fällen Wir geneigt sind, dieses Befugnis vorzüglich demjenigen Käufer oder Uebernehmer zu verleihen, welcher, insofern er die zu dem Postdienste erforderlichen Eigenschaften besitzt, von dem Verkäufer dazu vor-

Bei Konkursfällen oder wenn ein mit der Erbllichkeit begabter Postmeister wegen Schulden unvernünftig wird, die Post selbst fortzuführen, kann sie zwar gerichtlich sequestriert und durch einen tüchtigen, geprüften und von Unserer politischen Landesstelle begnadigten Administrator für den Verschuldeten oder die Massa fortgeführt werden. Diese Verwaltung kann jedoch niemals länger dauern als 6 Monate, binnen welcher Zeit die Gläubiger, oder die Vertreter der Massa die Bewilligung zur Veräußerung anzusehen, und sodann bei dem Verkäufer nach den oben bestimmten Maßregeln sich zu benennen haben. Übrigen vorerwähnten Wir hienit, daß um den öffentlichen Postdienst nicht in Gefahr geraten zu lassen, Stallbesoldungen, Kittgelder, Briefportoanteile und Gebühren, welche den Postmeistern wegen Beförderung des Postwagens nach einem Pauschquantum ausgemessen werden, als bloße persönliche Löhnungen, die wegen taglicher oder wöchentlich Besorgung der Ordinarie gegeben werden, in Zukunft keiner gerichtlichen Pfändung unterliegen sollen.“ (H. K. A. Cam. Fasc. 9/1 Nr. 578.)

Am 11. Mai 1786 wurde ein Patent bezüglich der Versendung der Bankozettel, Obligationen, Wechselbriefe und Anweisungen erlassen. Mit demselben wird die frühere Vorschrift, bei der Aufgabe eines beschrifteten Briefes die darin enthaltene Summe in den Postämtern offen zu zeigen und nach Verhältnis derselben ein erhöhtes Porto zu bezahlen, aufgehoben und jedermann freigestellt, Bankozettel und Obligationen auf der reisenden Post ohne alle Anzeige und nur gegen Entrichtung des gewöhnlichen Postporto zu versenden. Die Gewährleistung des Arsars für derlei Versendungen hört auf, und geschehen dieselben auf jedermanns eigene Gefahr. (H. K. A. Cam. Fasc. 9/1 Nr. 155.)

Am 18. Dezember 1788 erschien eine neue Briefpostordnung

## 9. Unter Franz II.

Am 21. Oktober 1796 wurde das Postpatent für Westgalizien erlassen.

Mit den Patenten vom 18. Juni 1798, 8. Oktober 1803 und 20. August 1806 wurde das Briefporto erhöht. Als Gründe für diese Erhöhung wurden im ersten Patente angeführt, „daß seit mehreren Jahren die gute Einrichtung der fahrenden und reisenden Posten zum Vortheile und zur Gemächlichkeit der Reisenden sowohl, als des Briefwechsels vorzüglich zum Augenmerke genommen und in dieser Absicht die zu langen Strecken mit Mittelstationen unterlegt und an allen Hauptstrassen der tägliche Verkehr eingeführt worden sind. Indem aber durch diese dem Publikum so gedehlichen Anstalten, die noch durch verschiedene andere Vorkehrungen, vorzüglich in Rücksicht auf Geldversendungen erweitert werden, dem Aerar bereits bedeutende neue Auslagen zugewachsen sind, wurde bei dem Briefporto eine im Vergleiche zu anderen Ländern sehr mäßige Erhöhung billig befunden.“ (H. K. A. Cam. Fasc. 9/1.)

Im Patente vom Jahre 1803 wird als Grund der Erhöhung angegeben, daß die Bedeckung der unausweichlichen Staatsverordnungen erheischt, auch das Postregale zu einem ergiebigeren Ertrage zu bringen. Durch die Portoerhöhung im Jahre 1806 sollte der eingehende reine Ertrag lediglich zur Tilgung der in Umlauf befindlichen Wiener Stadt-Bankozettel verwendet und an die hierzu eigens bestimmte Bankozettel-Tilgungskassa abgegeben werden.

Die mit dem Hofkammerdekret vom 10. Juli 1817 kundgemachten Vorschriften haben der Postwagenanstalt auf denjenigen Straßen, welche der Postwagen befährt, das ausschließliche Recht gesichert, alle Frachstücke unter 10 Pfund, welche von dem Eigentümer nicht selbst verführt oder mit eigener Gelegenheit abgesendet werden, zu verführen. Diese Verführung kann jedoch einem dritten übertragen werden, wenn er das Frachstück postamtlich siegeln läßt und einen Erlaubnisschein gegen Ertrag der Hälfte der Gebühr löst.

Mit dem Hofdekret vom 31. Dezember 1819 wurde aus den früheren Patenten angeordnet, daß nebst der Post nur die durch besondere Befugnisse und



Erwerbszweckes dann berechtigten Fuhrleute Reisende auf der Poststraße in halb oder ganz gedeckten Wagen oder in offenen Kaleschen fahren dürfen. Allen Wirten, Burgern und Untertanen, die nicht in diese Klasse von berechtigten Fuhrleuten gehören, sind solche Fahrten nicht erlaubt, die Wagen, mögen ihnen oder den Reisenden gehören, sind solche Fahrten nicht erlaubt, die Wagen, mögen ihnen oder dem berechtigten Fuhrmann ist, bis zur nächstgelegenen Poststation; ebenso ist ihnen die absichtliche Umfahrung der Postorte nicht gestattet. Alle berechtigten Fuhrleute dürfen auf der Poststraße vor Zurücklegung von 6 Posten oder bevor der Reisende, den sie fahren, nicht 3 Tage an einem Ort zugebracht hat, keine Pferdeverwehlung vornehmen.

Am 30. Juli 1827 wurde bekanntgemacht, daß die Unternehmung der Eilfahrten mit dem Gebrauch der Postpferde und unter dieser Benennung der Eil- der Staatsverwaltung in der Ausübung des Postregals zusteht.

Die Postpatente, auf welche sich die Rechte der Postanstalt bisher gründeten, rührten, wie aus dem Vorangehenden zu ersehen, aus lang verflochtenen Jahrhunderten her, sie pflühten nicht mehr auf die so sehr veränderten Verhältnisse des Stadtfuhrwesens, welches in früherer Zeit gewisse Beschränkungen erfahren, reifte förmlich zu einer Nebenpostanstalt, wodurch nicht allein die Postmeister in ihren Verträgen und ihrem Erwerbe verlor, sondern auch dem Postinstitute selbst wesentliche Schädigungen zugefügt wurden. Bei dem Mangel einheitlicher und gesetzlicher Bestimmungen darüber, was in das Reservat der Postanstalt gehört und was im Transportwesen der Privatverkehrsmittel überlassen ist, stand das Postinstitut mit denselben in fortwährender Kollision, aber auch vielfache im Widerspruch stehende behördliche Entscheidungen und ein immerwährender Kampf zwischen den politischen und Kameralbehörden waren die Folge, indem die ersteren aber das Staatsmonopol zu schützen trachteten, von der dringenden Notwendigkeit überzeugt, daß diesen Unständen nur durch die Schaffung eines neuen und vollständigen Postgesetzes abgeholfen werden kann, hat Kaiser Franz im Jahre 1822 die Zusammenstellung eines solchen Gesetzes angeordnet. Langwierige Verhandlungen fanden statt, ohne zu einem größeren Ergebnisse zu führen, so daß sich Kaiser Ferdinand I. untern 17. Oktober 1835 veranlaßt fand, die allgemeine Hofkammer dringendst aufzufordern, das österreichische Postwesen zeitgemäß zu verbessern und auf eine der Wichtigkeit dieses Instituts, dem Handel, dem Verkehr und dem Nationalwohlstand entsprechende Stufe der Volkswirtschaft zu heben. Am 30. August 1836 erließ Kaiser Ferdinand an seinen obersten Kanzler das folgende Handbillet: „Ich habe vernommen, daß der Vorschlag der allgemeinen Hofkammer wegen Einführung eines neuen Postgesetzes bei der vereinigten Hofkanzlei sich in der Wichtigkeit des Gegenstandes Mir daran liegt, daß diese Verhandlung mit der der Wichtigkeit des Gegenstandes angemessenen Beschleunigung zu Ende geführt und meiner Schlußfassung unterzogen werde, so mache Ich Ihnen zur Pflicht, darauf einzurwirken, daß Meine Willensmeinung erfüllt werde.“ Am 5. November 1837 kam nun das neue Postgesetz zustande, dessen Grundbestimmungen nach heute in Wirksamkeit stehen.

## 10. Unter Ferdinand I.

Das Postgesetz vom 5. November 1837 wurde mit der folgenden Kundmachung publiziert:

„Wir Ferdinand I. etc. In Erwägung der wichtigen Vortheile, welche eine zweckmäßige Einrichtung der Staatspostanstalt Unseren treuen Untertanen gewährt, und in Absicht, die in dieser Anstalt gelegenen Mittel zur Belebung des Verkehrs zu vervollkommen, haben Wir Uns bestimmt gefunden, die auf das Postwesen sich beziehenden Gesetze und Vorschriften einer sorgfältigen Prüfung unterziehen zu lassen, Wir haben hienach befohlen, daß nicht nur die gesetzlichen Anordnungen in klare Bestimmungen zusammen gefaßt, und die Grenzen der dem

Staate vorbehaltenen ausschließenden Rechte, Befugnisse und Vorzüge genau festgestellt werden, sondern daß auch hierbei dem Verkehre und der Erwerbstätigkeit Unserer treuen Untertanen jede Erleichterung, die sich mit dem Zwecke und Wissen der Postanstalt vereinigen läßt, zu Theil werde.

Inbesondere haben Wir den Frachttransport von dem ausschließenden Vorbehalte der Postanstalt gänzlich auszuscheiden, und auch in Absicht auf den Umfang, den die Art der Ausübung der übrigen ausschließenden Rechte der Postanstalt erhebliche Beschränkungen in den bisherigen Bestimmungen statunden zu lassen angedeutet.

Nach diesen Grundsätzen ist das hergehende Gesetz abgefaßt worden, welches das Wesen und den Umfang des Postregals bestimmt, und mit dem 1. Julius 1838 in Unseren Staaten, mit Ausnahme von Ungarn und Siebenbürgen, in Wirksamkeit zu treten hat. Von dem Zeitpunkte der Wirksamkeit dieses Gesetzes an, treten die bisher bestehenden Anordnungen rücksichtlich desjenigen, worüber dieses Gesetz eine Bestimmung enthält, außer Kraft.

Über die Art und Weise der Verwaltung und Benutzung des Postregals und über die Einrichtung und Tarife der Postanstalten werden die Vorschriften auf der Grundlage dieses Gesetzes, durch besondere Kundmachung zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden. Bis dahin ist sich nach den bewährten Anordnungen einzurichten nach den bisherigen Anordnungen zu verfahren.

Die den Postmeistern und anderen Personen auf vorschristsmäßige Art eingeräumten Rechte oder auferlegten Verbindlichkeiten, welche sich auf besondere, Verleihungen oder Verträge gründen, werden durch dieses Gesetz nicht aufgehoben, vielmehr haben diese Verleihungen und Verträge für die Hauthaltung der gedachten Rechte und Verbindlichkeiten auch künftig, bis ihre Erlösung den Gesetzen gemäß erfolgt, zur Richtschnur zu dienen.

Nach diesem Gesetze begründen die dem Staate in Hinsicht auf Transporte von Sachen und Personen vorbehaltenen ausschließenden Rechte und die den Anstalten zur Ausübung dieser Rechte zugehörigen Vorzüge und Auszeichnungen das Postregal.

Der Sachtransport, auf den sich der Staatsvorbehalt bezieht, begreift in sich Briefe und periodische Schriften. Außer den Postanstalten ist niemandem gestattet, Orte mit ebendari in unmittelbarer oder mittelbarer Postverbindung stehen. Ausgenommen hiervon sind Frachtbriefe und Urkunden überhaupt, welche Waren führen, offen oder von Gefäßinhabern unter amtlichem Siegel mitgegeben werden, periodische Schriften, wenn seit ihrer Herausgabe mehr als ein halbes Jahr verlossen ist, ferner Briefe und periodische Schriften, wenn dieselben weder versiegelt, noch auf irgendeine andere Art verschlossen sind, oder durch eine verlässliche Person verschickt werden und außerdem derjenige, der den Transport vornimmt, sich dabei nicht mit der Sammlung von Briefen oder Schriften für Rechnung zweier oder mehrerer Versender oder Adressaten beschäftigt. Reisende, Fuhrleute, Schiffer oder Boten jeder Art, die an der Grenze des Staatsgebietes anlangen, sind verpflichtet, die mitgebrachten Sachen, welche das Verbot trifft, wenn sie deren Weiterbeförderung innerhalb des Staatsgebietes Postamt gegen Bezahlung der vorgeschriebenen Gebühren zu übergeben.

Bezüglich des Transportes im Umfange eines Ortes (Lokalspost) unterliegen nur Briefe der Beschränkung, daß in dem Ort, für welchen zu dieser Art des Transportes eine Staatspostanstalt besteht, niemandem gestattet ist, eine Anstalt zu diesem Zwecke zu errichten.

Die dem Staate im Personentransporte vorbehaltenen Rechte beziehen sich auf den Transport zu Wasser und zu Land. Es ist untersagt, auf dem Meere, auf Seen, Flüssen oder Kanälen Anstalten zu einer in bestimmten Zeiträumen



stattfindenden regelmäßigen Beförderung von Reisenden zwischen zwei oder mehreren Orten zu errichten oder zu unterhalten, für deren gegenseitige Verbindung in derselben Richtung zur See oder auf derselben Wasserstraße eine Staatspostanstalt zum Transporte besteht. Ebenso ist untersagt, auf Straßen, auf welchen Staatspostanstalten zur Beförderung der Reisenden bestehen, Reisende mit Pferdewechsel zu befördern, wenn der Reisende nicht früher in ununterbrochener Fahrt 12 Meilen mit denselben Pferden zurückgelegt, oder nicht wenigstens 48 Stunden an denselben Orte, wo der Pferdewechsel stattfindet, verweilt hat. Dieses Verbot des Pferdewechsels auf Poststraßen bezieht sich jedoch nicht auf den Fall, in welchen ein Reisender sich durch Pferde, die sein Eigentum sind, weiter befördern läßt.

Der Staat übt die ihm rücksichtlich des Sachen- und Personentransportes vorbehaltene Rechte durch eigene Anstalten (Postanstalten), oder durch Einhebung einer Gebühr von Privatunternehmungen aus. In ersterer Beziehung ist es den das Postregale verwaltenden Behörden vorbehalten, an allen Orten, an denen solches zweckmäßig erkannt wird, Postanstalten zu errichten, so lange es angemessen gefunden wird, aufrecht zu erhalten und für Rechnung des Staates selbsten zu verwalten, zu lassen oder deren Betrieb und Verwaltung anderen Personen für ihre Rechnung zu gestatten.

Zu den besonderen Vorzügen und Auszeichnungen der Postanstalt gehören: a) die auf den Postdienst sich beziehenden Befugnisse und die aus denselben fließenden Einkünfte der Postmeister, dann die von ihnen für Rechnung des Staatsschatzes eingehobenen Gelder sowie die für den Dienst bestimmten Transportmittel, Vorrichtungen und Gerätschaften können weder mit einem Verbote belegt, noch kann auf dieselben ein Pfandrecht erworben werden; b) auf die den Postanstalten übergebenen Sendungen kann vor der Abgabe an den Adressaten weder ein Verbot gelegt, noch ein Pfandrecht erworben werden; c) die Posthäuser sind frei von Militärequartierung, die Postmeister und ihre dem Postdienste gewidmeten Diener und Pferde dürfen von Gemeinden, Obrigkeiten und anderen Personen zu solchen Feiern- und anderen Dienstleistungen, durch die sie dem Postdienste entzogen werden, nicht verhalten werden. Die Postmeister haben jedoch die auf ihrem Hause- oder Grundbesitze haftenden Steuern, Gällen und andere Leistungen zu tragen; d) nur die Postbediensteten sind berechtigt, sich des Posthoras zu bedienen und das für diesen Dienst eingeführte Dienstkleid zu tragen; e) allen Wagen, welche durch die Postanstalt gefahren werden, soll jedes andere Fuhrwerk auf den Straßen, wenn es ohne offenkundige Gefahr geschehen kann, auf ein mit dem Posthorn gegebenes Zeichen ausweichen.

Die Bestimmungen rücksichtlich des Sachentransportes mittels der Fahrpost wurden mit dem am 6. Juli 1838 kundgemachten und vom 1. November 1838 ab in Wirksamkeit getretenen Fahrpostordnung erlassen. Am 18. Dezember 1838 erfolgte die Verlautbarung der mit 1. Mai 1839 in Wirksamkeit getretenen Postordnung für Reisende mit Extrapost, am 20. Dezember 1838 die Verlautbarung der mit 1. Mai 1839 in Wirksamkeit getretenen Briefpostordnung, am 24. Dezember 1838 die Kundmachung des Stafettenunterrichts; am 16. März 1839 wurde eine Dienstinstruktion für die k. k. Poststationen hinausgegeben, am 20. August 1839 ein Reglement für Privatunternehmungen von Personentransporten mittels periodischer Fahrten zu Lande.

Mit diesen Reformen hat die österreichische Post den Ansprüchen des fortschreitenden Verkehrs einen Teil ihrer früheren Monopolrechte geopfert, aber auch den Grundstein zu ihrer weiteren modernen Entwicklung gelegt.

#### 11. Unter Franz Josef I.

Mit dem Patente Sr. Majestät des Kaisers Franz Josef I. vom 26. Dezember 1850 wurde das Postgesetz vom 5. November 1837 provisorisch auch für Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien, Slavonien, die serbische Wojwodschafft, das Temeser Banat und die Militärgrenze mit 1. Februar 1851 in Wirksamkeit gesetzt.

Mit dem Gesetze vom 21. März 1865 über den periodischen Personentransport wurde der Staatsvorbehalt des Personentransportes zu Wasser und zu Lande mit der Beschränkung aufgehoben, daß es verboten bleibt, auf Poststraßen, das ist solchen Straßen, auf denen Poststationen bestehen, wie auch auf anderen Straßen, welche zur Beförderung benutzt werden können, Ausstellungen und Beförderung von Reisenden mit Pferdewechsel an den von ihnen mitgeführten Waren (Extraposten) zu errichten oder zu unterhalten. Von dem periodischen Personentransporte dürfen die Abgaben der Staatspostanstalt, welche in Wasser in der Postkasse, zu Lande in den Posthorn und dem besonderen Privatklasse bestehen, nur von jenen Privatunternehmungen angewendet werden, welchen kein ausdrücklich die Befugnis erteilt wird.

Das Gesetz vom 2. Oktober 1865 enthält die Bestimmungen über die gebührenfreie Benützung der Postanstalt (Postfreiheits), das Gesetz vom 6. April 1870 jene zum Schutze des Brief- und Schriftverkehrs.

## V. Der Sachen- und Personentransport der österreichischen Post.

### 1. Die Briefpost.

Soll dem Beglunge regelmäßiger Postverrichtungen wurde der Post das ausschließliche Recht der Briefbeförderung eingeräumt. Zum Schutze dieses Rechtes des Postregales — wurden schon in den alten Postpatenten und Capitulationen die erforderlichen Maßnahmen getroffen und wurde namentlich allen Boten, Leuten, Lehren u. dgl. das Sammeln, Befördern und Austreten der Briefe unter irgendwelcher strafandrohung verboten.

Anfänglich beschränkte sich die Bestimmung der Postanstalt nur auf den Transport von Briefen und kleineren Sendungen.

Bis zur Errichtung des Postwagens (fahrende Post) wurden Korrespondenzen und Pakete nur mit der fahrenden (ordnari oder extraordinari) Post befördert. Um diese Posten in ihren schnelleren Laufe nicht zu behindern, durften dieselben patentmäßig mit schweren Privatverordnungen nicht belastet werden und mußten solche mit Privatgegnheiten befördert werden, wenn sie nicht mittels extraordinari Posten (Stafetten) versendet werden wollten.

Nach der Postordnung vom 13. Juni 1735 wurde den Postämtern die Annahme von Briefen mit dem Inhalte von Gold und anderen Präziosen untersagt. In der Postordnung Kaiser Leopold I. vom 16. April 1695 wird zuerst die Rekommandation von Briefen erwähnt.

Am 21. März 1750 ergab eine Verordnung bezüglich der Auf- und Abgabe der Briefe und Pakete. Nach derselben waren Briefe in der Anzahl von den inländischen zu Hause jederzeit zu separieren, da bei den Postämtern in den Hauptstädten ein besonderes Fenster zur Abgabe der ausländischen und ein anderes für die inländischen Briefe bestimmt war. Die Briefadresse hatte deutlich geschrieben zu sein. Insofern ein Brief an einen Markt, Flecken, Dorf, Schloss, Kloster zu bestimmten. Solange wurde auf den Posten nicht angenommen, Gold und Juwelen wurden auf Verlangen gegen Anhandlung eines Postschirms befördert. Die Annahme von Viktualien bei der ordnari Post war verboten. Die Abgabe der Briefe geschah bei den Postämtern in den Hauptstädten in 24 Stunden nach eingelangter ordnari. Nach dieser Zeit waren dieselben den Briefträgern zur Bestellung auszufolgen.

Unterm 13. August 1754 wurde von der Kaiserin Maria Theresia verordnet, daß mit den O. Ö. Herrschaften, Städten, Märkten und Gemeinden zur Beförderung



ihren Wirtschaftskorrespondenzen mit dem Oberpostamte in Linz Pauschkontrakte abgeschlossen werden sollen.

Am 3. Juli 1769 wurde vorgeschrieben, daß auf allen Briefschaften der Aufgebot anzumachen sei.

Nach der Verordnung vom 7. Dezember 1803 konnten Briefe und Pakete bis fünf Pfund zur Briefpost aufgegeben werden; es blieb jedoch freigestellt, die das Gewicht von ein Pfund übersteigenden Briefschaften und Pakete der fahrenden Post zu überweisen.

Mit 1. Oktober 1859 wurden im internen Postverkehr Expeditbriefe, mit 1. Juni 1866 Kartenvbriefe eingeführt, mit 1. Februar 1891 Bahnhöfbriefe zugelassen.

Einen weiteren Geschäftszweig der Briefpost bildet die Annahme Versendung und Bestellung von Drucksachen, Mustern und Proben, Zeitungen und Korrespondenzkarten gegen ermäßigte Taxen.

4. Schon in der Postordnung vom 20. September 1751 wurde für gedruckte Sachen, Rechnungs- und Wirtschaftsakten, wie auch Sachen von geringem Gewicht, zu mehrer Favorisierung des Publici, wenn die Ordinar nicht ordentlich beschwert ist, ein proportioniertes und moderiertes Porto zugelassen, bezüglich dessen sich die Aufgeber bei den betreffenden Postämtern melden konnten. Diese Portobegünstigung wurde jedoch am 26. Jänner 1789 wieder aufgehoben.

Mit Hofkammerdekret vom 20. Mai 1819 wurde gegen Frankozwang bei der Aufgabe die Postgebühr für angebundene Bücher, Broschüren, Musikalien und andere Druckwerke sowie auch Warenmuster, wenn sie unter Kreuzband mit angesehener Adresse mittels Briefpost versendet werden, mit einem Drittel des gewöhnlichen Briefporto festgesetzt, der Betrag durfte jedoch nicht geringer als die Taxe für den einfachen Brief sein. Diese Portobegünstigung wurde am 26. April 1826 auch auf die gedruckten und lithographierten Preislisten der Handelsleute, dann auf die Börsenblätter ausgedehnt. Derlei Sendungen durften jedoch keine Briefe beigegeben werden. In dem Portoregativ vom 15. Mai 1842 wurde für Kreuzbandsendungen und Warenproben die gleiche Ermäßigung beibehalten, dertel Sendungen aber nur bis zum Gewichte von zwei Pfund zur Beförderung mit der Briefpost zugelassen. Vom 1. Juli 1848 ab wurde für Zeitungen, welche außer dem Wege der Pränumerierung durch die k. k. Postämter versendet wurden, sowie für andere Drucksorten, denen außer der äußeren Adresse etwas geschriebenes nicht beilag, dann für Korrekturbogen ohne Manuskript, ferner für Warenmuster, bei Versendung unter Kreuzband und Frankierung bei der Aufgabe der vierte Teil der Briefportogebühr, als Minimum aber 1 kr. Konventionsmünze eingehoben.

Nach den Bestimmungen über die Briefportotaxen vom 26. März 1850 war für Kreuzbandsendungen ohne Unterschied der Entfernung der gleichmäßige Satz von 1 kr. für das Lot bei der Aufgabe zu entrichten. Den Warenproben und Mustern durfte im Falle der Taxermäßigung nur ein einfacher Brief angehängt werden, welcher bei der Ausmittlung der Taxe mit den Mustern mitzuwägen war. Warenproben und Muster genossen abrigens diese Portobegünstigung als Briefpostsendungen nur bis zum Gewichte von 16 Lot einschließlich.

Anläßlich der Einführung der österr. Währung im Jahre 1858 wurden die vorgenannten Gebühren auf 2 kr. ö. W. pro Lot festgesetzt. Nach der kais. Verordnung vom 21. November 1863 wurde der Portosatz für Kreuzbandsendungen mit 2 kr. ö. W. bis zum Gewichte von ausschließlich 1 Zollet, von 1 bis 2 Zollet mit der doppelten, von 2 bis 3 Zollet mit der dreifachen Gebühr usw., für Sendungen mit Warenproben und Mustern aber bis einschließlich 2 Zollet mit der einfachen Briefportogebühr, von 2 bis einschließlich 4 Zollet mit der doppelten, von 4 bis einschließlich 6 Zollet mit der dreifachen Gebühr usw. festgesetzt.

Vom 1. Oktober 1866 an betrug die Taxe für Drucksachen, Warenproben und Muster bei Versendung mit der Briefpost im Inlande 2 kr. für je 2 1/2 Zollet.

lot; die Sendungen durften das Gewicht von 15 Zollet nicht übersteigen und durften den Warenproben und Mustern kein Brief mehr angehängt oder beigefügt werden.

Mit 1. Juli 1872 wurde das Porto für dertel Sendungen im internen Postverkehr und im Wechselverkehr mit Deutschland, wie folgt, festgesetzt: bis 3 Lot oder 30 Gramm 2, über 3 bis 6 Lot oder 100 Gramm 4, über 6 bis 9 Lot oder 150 Gramm 6, über 9 bis 12 Lot oder 200 Gramm 8, über 12 bis 15 Lot oder 250 Gramm 10 Kreuzer. Zugleich wurden Drucksachen bis zum Gewichte von 1 Pfund oder 500 Gramm zur Beförderung mit der Briefpost zugelassen. Die Taxe für solche Sendungen im Gewicht über 15 Lot bis 1 Pfund betrug 15 Kreuzer.

Vom 1. Juli 1875 wurde das Maximalgewicht der mit der Briefpost zu versendenden Drucksachen innerhalb der österreich-ungar. Monarchie und im Wechselverkehr mit Deutschland auf 1 Kilogramm ausgedehnt. Die Taxen betrugen bis 50 Gramm 2, über 50 bis 250 Gramm 5, über 250 bis 500 Gramm 10, über 500 bis 1 Kilogramm 15 Kreuzer. Die Taxe für Warenproben bis zum Maximalgewichte von 250 Gramm betrug ohne Unterschied des Gewichtes 5 Kreuzer.

Mit 1. März 1891 wurde die Taxe für Drucksachen im Gewicht über 50 bis 150 Gramm im internen und im Verkehr mit Ungarn auf 3 kr. herabgesetzt.

Nach den Postanordnungen von 25. November 1899 und 22. Dezember 1900 betrugen die Gebühren für Drucksachen bis 50 Gramm einschließlich 3 h, über 50 bis 100 Gramm 3, über 100 bis 250 Gramm 10, über 250 bis 500 Gramm 20, über 500 Gramm bis 1 Kilogramm einschließlich 30 h, für Warenproben, ob solche allein oder mit Drucksachen vereint versendet werden, bis 250 Gramm einschließlich 10 h, bei größerem Gewichte 20 h.

ii. Zeitungen. Eine besondere Einnahmequelle für die Postbeamten bildete das „Beneficium correspondenti“, aus welchem sich mit der Zeit die Institution der sogenannten Postzeitungen entwickelte. Derartige geschriebene Zeitungen bestanden schon zur Zeit des Kurfürsten Maximilian I. mit den Venetianern. Solche Nachrichten in Zeitform wurden aus verschiedenen Städten an große Handelsplätze gesendet, welche über die Weltlage orientiert sein wollten. Da es nun für die Postbeamten am leichtesten war, derartige schriftliche Mitteilungen anderswohin zu versenden, entwickelte sich mit der Zeit ein reger Verkehr mit geschriebenen Zeitungen, welche unter Konvert an die Adressaten gelangten (Vergl. Mendel: Über das alte Postamt in Wien).

Mit der Zeit hatten sich der Versendung solcher geschriebenen Zeitungen auch andere Ämter und Kanzleien bemächtigt, was zu allerbald Unzukömmlichkeiten führte, so daß sich Kaiser Leopold I., wie bereits im Abschnitte IV erwähnt wurde, veranlaßt fand, mit dem Patente vom 12. Juli 1695 die Verfassung und Versendung solcher geschriebener „Particular Blätter“ ausschließlich dem Hof- und General-Edpostmeister unter gewissen Verpflichtungen einzuräumen.

Im Jahre 1722 wurde rücksichtlich der Zeitungen mit den Postbeamten ein Vergleich dahin getroffen, daß sie von jedem Zeitungsexemplare dem Ärar einen gewissen Betrag als Portoschuldung entrichten. Dem Postverwalter Noll in Prag wurde der Vertrieb gedruckter Zeitungen für ein halbes Jahr um den Betrag von 500 fl. überlassen, bezüglich der geschriebenen Zeitungen „sollte er dem Ärar einigen Nutzen verschaffen“. Diese Zeitungsendungen erreichten eine ziemlich hohe, so daß beim Wiener obersten Hofpostamt für jeden Postbeamten im Jahre über 500 Gulden entfielen. Ingegnen waren die Beamten genötigt, sich zur Sortierung der Zeitungen, Schreiben der Adressen, Konvertierung, Austragung in die Stadt und dgl. auf ihre Kosten eigene Personen zu halten und die Anlagen für Papier, Schreibmaterialien usw. zu bestreiten.

In den Jahren 1751 und 1752 wurde den Buchhändlern verboten, ausländische Zeitungen zu verkaufen und auszugeben, da hiezu allein die Postämter, welche hievon die gebührende Taxe Stück für Stück zur Postamtskassa zu ent-



richten haben, berechtigt waren. Derlei ausländische Zeitungen konnten nur beim obersten Hofpostamt bestellt werden.

Mit der A. H. E. vom 6. Mai 1759 wurde angeordnet, daß vom 1. Juni 1759 an alle Zeitungen, Broschüren und Journale, die durch die Post kommen, der Stempelung unterliegen. Für Zeitungen und Tagblätter wurde die Stempelgebühr mit  $\frac{1}{2}$  kr. für Broschüren die gleiche Gebühr, jedoch für jeden Hogen festgesetzt. Der Stempel hatte das österreichische Wappen zu tragen.

Die Verleger der inländischen Zeitungen wurden stückweise nach dem von ihnen angekündigten Preise bezahlt, die Preise der ausländischen nach dem Kurse in W. berechnet; die Stempelgebühr wurde dem täglich im Ante erscheinenden Stempelbeamteten entrichtet und von den Parteien eingehoben. Die Ober-, Absatz- und sonstigen Postämter erhielten von jeder politischen Zeitung 2, von jeder literarischen 1 Gulden W. W.

Im Jahre 1848 wurden jenen Wiener Zeitungsredaktionen, welche die Post zu versendenden Zeitungen selbst mit Kuvert, Kreuzband oder Schließe und der erforderlichen Adresse versehen und so der Postzeitungs Expedition übergeben, Erleichterungen in der Art gewährt, daß ihnen die früher für die Postkassa eingehobene Kuvertgebühr jährlicher 24 kr. C. M. pro Zeitungsexemplar verabfolgt, die postamtliche Versendungsgebühr statt mit 20 nur mit 15% des Prämumerationsbetrages bemessen und den von den Prämumeranten an die Redaktionen unmittelbar eingesendeten Prämumerationsgeldern die Portofreiheit eingeräumt wurde.

Im Jahre 1863 wurden an Stelle des Zeitungsstempels zur Entrichtung der Stempelgebühr für ausländische Zeitungen eigene Stempelmarken eingeführt; mit dem Gesetze vom 27. Dezember 1899 RGBl. 261 wurde der Zeitungsstempel aufgehoben.

Im Laufe der Zeit wurden den inländischen Zeitungsredaktionen gegen bestimmte Verpflichtungen hinsichtlich der Aufgabe und Versendung der Zeitungen mehrfache Gebühren - Begünstigungen zugestanden. Für inländische Zeitungen, welche von den Zeitungsunternehmungen zur Beförderung an die Abonnenten aufgegeben werden, sind nach der Taxordnung vom 22. Dezember 1906 für jedes Exemplar einer wöchentlich mehrmals erscheinenden Zeitung ohne Unterschied des Gewichtes sowie für jedes Exemplar einer zwar seltener, mindestens aber 2mal im Monate erscheinenden Zeitung bis zum Gewichte von 250 Gramm 2 h zu entrichten. Übersteigt das Gewicht einer Nummer einer solchen Zeitung 250 Gramm oder erscheint die Zeitschrift seltener als 2 mal im Monate, beträgt das Porto für jedes Exemplar 2 h für je 100 Gramm. Das Porto für gebührenpflichtige Zeitungsbeilagen beträgt für jede Beilage bis 10 Gramm  $\frac{1}{3}$ , über 10 bis 20 Gramm  $\frac{2}{3}$ , über 20 bis 30 Gramm 1 h.

C. Korrespondenzkarten. Mit 1. Oktober 1869 wurden von der Postverwaltung zur Beförderung kurzer schriftlichen Mitteilungen nach allen Orten Österreich-Ungarns gegen eine Gebühr von 2 Neukreuzer Korrespondenzkarten eingeführt; seit dem Jahre 1870 wurden dieselben im Verkehre mit Deutschland und seit 1871 im Verkehre mit fremden Staaten gegen bestimmte Gebühren zugelassen. Mit 1. August 1880 wurden Korrespondenzkarten mit bezahlter Antwort, vom 15. Oktober 1884 ab portofreie Korrespondenzkarten mit und ohne Antwortkarte eingeführt. Vom 1. Jänner 1885 ab wurden auch durch die Privatindustrie hergestellte Korrespondenzkarten zugelassen. Die gegenwärtige Gebühr beträgt im inländischen Verkehre Österreich-Ungarns sowie in jenem mit Bosnien, Deutschland, Montenegro und Serbien 5, mit dem übrigen Auslande 10 h pro Karte (im Frankierungsfalle) im Nichtfrankierungsfalle das Doppelte.

## 2. Die Fahrpost.

Bis zur Regierungszeit der Kaiserin Maria Theresia fand durch die Postanstalt ein Sachtransport (Beförderung von Frachten und Geld- oder Wertsendungen) mittels einer Fahrpost nach heutigem Begriffe nicht statt. Im Jahre

1774 erschien ein Verzeichnis über die Ankauf und den Abgang der Posten in Wien, in welchem auch die Ankunfts- und Abgangstage der ordinari Postwagen (im Unterschiede zu den ordinari oder Briefposten) aufgeführt sind. In einem am Schlusse angefügten „Notaudum“ heißt es: „Alles, was an Geld, Paketen und andern Sachen mittels dieser Postwagen bestellt werden solle muß wenigstens 2 Stunden vor Abgang besagter Wagen zur Expedition gebracht werden, indem alles ordentlich vorher eingeschrieben und kartiert werden muß, mithin nicht erst dann angenommen werden kann, wann die Post abgehen solle“. In dieses Jahr dürfte sonach der Beginn des Sachtransportes mittels der fahrenden Post fallen.

Im Jahre 1748 wurde dem Fürsten von Taxis gestattet, einen wöchentlich von Wien nach Regensburg und weiters abgehenden Postwagen — „Jiligence“ — anzulegen, mit welchem jedoch innerhalb des österreichischen Gebietes Brief- und Aktenpakete nicht befördert werden durften.

Die Beförderung von kleinen Verschlägen, Truhen, Schachteln und Paketen im Gewichte unter 8 Pfund nach Orien, wo Postwagen verkehren, durch Loren wurde mit der Botsordnung vom 11. Dezember 1748 untersagt, sonach der Export der Postanstalt vorbehalten.

Im Jahre 1749 ordnete die Kaiserin Maria Theresia an, daß auf den Hauptstraßen nach und nach Postdiligenzen eingeführt werden sollten und daß sich jemand finden möchte, dieses Werk zu übernehmen. Daraufhin hat der fürstlich Taxische Bevollmächtigte in Wien, Fiedrich von Löh, einen solchen Postwagen von Wien nach Passau und von Wien nach Prag und zurück und zwar letzteren vom 1. Juli 1749 an auf der Landstraße über Enzersdorf, Stokarjan, Malbheim, Hollarbrunn, Jetzelsdorf, Znaim, Fraum Wirtshaus, Lindwitz, Schellertau, Iglau, Deutschbrod, Habern, Casian, Kolin, Planian Oval nach Prag mit der Fahrdauer von 39  $\frac{1}{2}$  Stunden proweise auf seine eigenen Kosten mit dem Anerbieten eingerichtet, denselben bei sich ergehenden Nutzen und allenfälligen Verlangen der k. k. Hofkammer zu überlassen. Der Fahrpreis pro Person wurde von Wien nach Prag mit 13 fl. und die Gebühr für 1 Zentner Effekten mit 7 fl. 20 kr. festgesetzt, was sich um 1 fl. 20 kr. beziehungsweise 4 fl. kr. billiger stellte, als die frühere Postbeförderung auf der Poststraße.

Im Jahre 1750 wurden bereits eigene Postwagen (Jiligence) nach Linz, Passau, Tries, Prag, Troppau, Breslau und zurück auf Rechnung des Arats unterhalten, welche wöchentlich an bestimmten Tagen ab- und Tag und Nacht postmäßig fortgingen. Die Taxe für die mit diesen Diligenzen reisenden Personen, dann für Waren, Pakete, Geldgruppel und dgl. wurde ermäßigt. Zugleich wurde mit dem Patente vom 5. August 1750 in den Ländern, wo fahrende Posten eingerichtet waren, keinem Boten, Fuhrmann und dgl. gestattet, Geldpakete, mit Geld oder Pretiosen beschwerte Briefe, dann Waren im Gewichte bis oder unter 20 Pfund zur Beförderung anzunehmen.

Mit der Zeit wurden die Postwagenfahrten auf den meisten Postreuten eingeführt; am 21. Juni 1777 wurde auch eine Postkonvention mit den kurfürstlich Sächsischen Höfen bezüglich einer fahrenden Post zwischen Prag und Löbau, Prag und Dresden, Adorf und Eger abgeschlossen.

Mit dem kaiserlichen Reskripte vom 9. März 1776 wurden die Bestimmungen rückständlich der Haftpflicht für die bei der Postanstalt angetroffenen Wertsendungen erlassen. Hiernach hatte die Postanstalt für die aufgegebenen Gelder, Bankgelder, Obligationen ex fundis publicis oder Privatschuldverschreibungen dann Pretiosen nur in dem Falle zu haften, wenn die Briefe offen zu den Postämtern gebracht, die darin enthaltenen Stücke denselben vorgezeigt und hierfür ein Rezipisse mit Benennung aller Stücke ansorgfältig wurde. Demjenigen, der sich dieser Vorschrift unterzog, wurde der erlittene Schaden unmittelbar vom Arat ersetzt, woun die im Rezipisse enthaltenen Stücke ganz oder zum Teile im Besitze der Erbländer durch Untrene oder Nachlässigkeit der wirklich verpflichteten Beamten oder der Postillione verloren oder zugrunde gehen sollten. Wegen der



durch unvorhergesehene Zufälle, wie Feindesmacht, Straßenräuberei, Fenerschunst oder Überschwemmung entstandenen Schäden konnte ein Ersatz nicht gefordert werden. Die Reklamationsfrist wurde für Sendungen nach dem Inlande auf 3, für solche nach dem Auslande auf 6 Monate festgesetzt.

Im Jahre 1783 wurde mittels Hofdekretes jenen Denunzianten, welcher einen Veruntreuer eines beschwerten Briefes ausfindig machen und überweisen sollte, nebst Verschönerung seines Namens und Verleihung der Strafflosigkeit, wenn der Angeber auch Mitwirkter gewesen wäre, eine Belohnung von 100 Dukaten zugesichert. (Im Jahre 1843 ist diese Bestimmung außer Kraft getreten.)

1785 wurde das Gewicht der Frachstücke, welche nach dem Patente vom 5. August 1750 dem Postwagen bis 20 Pfund zur Beförderung ausschließlich vorbehalten blieben, auf 10 Pfund herabgesetzt.

Im Jahre 1823 wurde der bisherige Zwang, alles gemünzte Geld, dann Banknoten, Einlösungs- und Ankaufschleusen nur mittels des Postwagens verpacken zu können, aufgehoben und die Wahl der Mittel zur Versendung von Geldbeträgen, wie auch die Verwendungsart der Staatspapiere lediglich dem Ermessen der Partien überlassen.

Mit Mai 1823 wurden zur Beförderung von Reisenden auf mehreren Haupt- und Nebenposten Postwagen eingeführt, mit welchen außer dem in 20 Pfund bestehenden Gepäck der Mitreisenden auch Geldbriefe, Pretiosen und kleinere Postgegenstände befördert werden. Jeder Elfwagen mußte in der Regel mit vier Pferden bespannt werden. Auf jenen Straßenzügen, wo solche Postelfahrten bestanden, wurden die ordinar Postwagen aufgehoben und statt derselben Brandard (Gepäck-)wagen errichtet, welche die Bestimmung hatten, den mit dem Postelwagen Reisenden das Gepäck vor- oder nachzuführen und alle sonst mit dem Postwagen beförderten Gegenstände aufzunehmen. Auf jenen Straßen, wo keine Elfwagen verkehrten, gingen nach wie vor Postwagen, mit denen auch Reisende befördert wurden. In diese Zeitperiode fiel auch die Einführung von Extrafahrten (Extrapos) mittels vierstägiger leichter Wagen oder gedeckter Kaleschen und mit einer Bespannung von zwei Pferden. Bei diesen Fahrten war es den Reisenden überlassen, nach Gefallen unterwegs auf Poststationen zu übernachten. Im Jahre 1825 wurden die Elffahrten auch auf Neben- und Seitenrouten ausgedehnt. Im gleichen Jahre wurde auch die Briefpostbeförderung mit der Elffahrt in Verbindung gebracht.

Nach der Dienstinstruktion für die Poststationen vom Jahre 1839 bestanden Fahrposten als regelmäßige ärarische Beförderungsanstalten für Reisende und Sendungen unter folgenden Benennungen: a) Kurierfahrten (zur schleunigen Beförderung der Briefpost und nebenbei von Reisenden nach der Zahl der Plätze des Wagens, dann nach Umständen von Geldsendungen und kleinen Frachten); b) Mallefahrten (zur vereinten Beförderung der Brief- und Fahrpostsendungen, dann von Reisenden); c) Elffahrten (zur Beförderung von Reisenden mit ihrem Gepäck unter Mitbeförderung der Briefpost und teilweise von Fahrpostsendungen); d) Packfahrten (Brandardwagenfahrten zur Beförderung von Fahrpostsendungen, insbesondere größerer und schwerer Frachstücke, der Briefpost und nach Umständen eines Reisenden).

Nachnahmen. Seit 1. Juni 1860 werden Sendungen mit Nachnahme bei der Fahrpost zur Beförderung zugelassen. Der Nachnahmebetrag durfte anfänglich 50 fl. ö. W. nicht übersteigen. Für derlei Sendungen ist das nach Gattung, Wert und Gewicht entfallende Porto, dann für die Vermittlung der Nachnahme eine besondere Provision zu entrichten. Der zulässige Nachnahmebetrag wurde im Laufe der Zeit bis auf 500 fl. bzw. 1000 K erhöht und die Provision mehrfachen Änderungen unterworfen. Gegenwärtig beträgt diese Provision im Inlande 2 h. für je 4 K, mindestens jedoch 12 h.

Vom 15. Dezember 1871 ab wurden im internen Verkehre Österreich-Ungarns gestempelte Postnachnahmekarten eingeführt, mittels welcher die Einziehung rückständiger Forderungen bis zur Höhe des für Nachnahmesendungen jeweilig festgesetzten

Maximalbetrages bewerkstelligt werden konnte. Dieselben wurden mit 1. März 1883 wieder aufgehoben.

Vom 1. Juli 1892 an können im internen wie im Verkehre mit Ungarn und einzelnen Staaten im Auslande rekommandierte Briefpostsendungen mit Nachnahme versendet werden.

### 3. Post-(Geld-)Anweisungen.

Vom 1. Oktober 1850 an konnten bei Postämtern, wo Staatsbeamte angestellt waren, Geldbeträge bis zu 50 fl. gegen Anweisungen auf Postämter gleichen Ranges bar eingezahlt werden. Für solche Anweisungen war die tarifmäßige Gebühr für Papiergeldsendungen nach Abzug der Frankokasse für einen einfachen Brief zu entrichten. Der Absender mußte die Anweisung mit der Briefpost an den Empfänger unter Kuvert einsenden und den Brief mit der entsprechenden Frankomark versehen. Die Auszahlung der bar eingeleisten Beträge erfolgte nach vorausgegangenem Aviso an den Vorzeiger der Anweisung. Der einzuzahlende Betrag wurde im Laufe der Zeit bis auf 1000 fl. und an die n.-ö. Postkasse bis auf 5000 fl. erhöht.

Mit 15. März 1867 wurde eine Abänderung im Postanweisungsverfahren vorgenommen. Es konnten Geldanweisungen bis zum Betrage von 25 fl. ö. W. gegen die gleichmäßige Gebühr von 10 Nkr. bei allen Postämtern des Inlandes aufgenommen und ausbezahlt werden. An mehreren größeren Postorten konnten dieselben nach einem anderen dieser Postorte bis 1000 fl. und nach Wien bis 5000 fl. ö. W. ausgestellt werden. Für diese höheren Postanweisungen wurde das gewöhnliche Fahrpostporto wie für eine Geldsendung im gleichen Werthebetrage erhoben, wobei das Gewichtsorto für Postanweisungen über 25 bis 50 fl. bis 5 Meilen mit 10, über 5 bis 50 Meilen mit 15 und über 50 Meilen mit 20 Nkr. für Postanweisungen über 50 fl. aber mit dem gewöhnlichen Minimalsatze zu berechnen war. Vom 20. Mai 1868 an konnten Geldbeträge zur Zahlung auch im telegraphischen Wege angewiesen werden. Die Maximalbeträge der Postanweisungen sowie die Gebührensätze für dieselben erfüllten in verschiedenen Zeiträumen mannigfache Änderungen, bis im Jahre 1890 die Postanweisungen über mehr als 500 fl. (sogenannte Kassaanweisungen) eingestellt und im österreichisch-ungarischen Verkehre sowohl für gewöhnliche, als telegraphische Postanweisungen die Wertgrenze mit 500 fl. festgesetzt wurde. Gegenwärtig sind für gewöhnliche Anweisungen im österreichisch-ungarischen Verkehre folgende Gebühren ohne Unterschied der Entfernung festgesetzt: Für Beträge bis einschließlich 20 K 10 h, über 20 bis 100 K 20 h, über 100 bis 300 K 40 h, über 300 bis 600 K 60 h und über 600 bis 1000 K 1 K.

Vom 15. September 1884 an wurden portofreie Postanweisungen und im Jahre 1904 eigene Zeitungsanweisungen zur Überweisung der Bestellungen und Bezugsgelder für die im Inlande erscheinenden Zeitungen an die Zeitungsadministrationen eingeführt.

Der Postanweisungsverkehr mit dem Auslande ist nach besonderen Übereinkommen geregelt.

Postaufträge. Die Einführung des Postauftragsverkehrs im internen Verkehre erfolgte mit 1. November 1882. Gegenwärtig können Geldbeträge bis inklusive 1000 K durch Postaufträge (Postmandate) eingezogen werden.

### 4. Estafetten.

Unter Estafetten wird der zur Versendung von Briefen, Schriften und anderen Gegenständen vom Versender beehrte Transport mittels besonderer Ritts vorstanden. Von solchen Transporten (extraordinari Posten) wird schon in den ältesten Postpatenten und anderen Schriftstücken erwähnt. Die Beförderung von Estafetten-sendungen durch die österreichische Post wurde mit 9. April 1897 eingestellt.



### 5. Der Personentransport.

Wie wenig bequem in älteren Zeiten das Reisen mit der Post selbst für Personen höherer Stellung war, beweist ein Schreiben der Gemahlin des kaiserlichen Erbprinzen vom Jahre 1695, in welchem sie ihn von Reichstagen zu Regensburg an das Fußeslager seiner Mutter nach Graz rief und ihn lud, er möchte sich mit dem Postwagen nicht zu viel anfeigen, damit er nicht erkrankte. (Vergl. Huter, Ferdinand II., S. 16, Seite 316.)

Der Personentransport durch die Post war ursprünglich von einer behördlichen Bewilligung abhängig. Es sollten die Postmeister oder Postboten niemandem ohne einen befriedlich ausgestellten Passier- (Passagier-)Zettel Postdienste erfordern. Durch besondere Anordnungen wurde bestimmt, wer diesen Zettel ausfertigen hatte.

Die Ausweisung mit Passierscheinen oder Pässen seitens der Postreisenden wurde zwischen kaiserlichen Patenten vom 9. Februar 1587 aufgehoben.

Welchen Rangsdiensten aber die Postbedienten hinsichtlich des Personentransportes ausgesetzt waren, geht aus dem Patente des Erbprinzen Ferdinand vom 2. April 1693 und den weiter folgenden Patenten hervor, so zwar, daß sich Kaiser Leopold I. veranlaßt fand, mit der Postordnung vom 16. April 1695 dem Postbedienten wider diejenigen, welche tiwohl brauchen, das Recht der „Nacht- und Regewechel“ einzuräumen. Hierbei, wie über weitere Bestimmungen hinsichtlich des Personentransportes wurde bereits im Abschnitte IV, dann V, Punkt 2, Erwähnung getan.

## VI. Das österreichische Posttarifsystem.

### A. Das Briefporto.

1. Die Postsetzung oder Gebühr für die Beförderung von Briefen mittels der Post hat anfänglich nicht bestanden. Im Jahre 1585 wurde der damalige Hofpostmeister Hans Wollner aufgeführt zu betrachten, wie mit Rücksicht auf die großen Unkosten des Postwesens auf die Briefe der Parteien eine leidentliche Fee zu schlagen wäre, und vor darunter exempt sollte. Unten 15. Januar 1585 berichtet derselbe hierüber an den Präsidenten und die verordneten Hofkammerer, daß er sich erinnere, daß vor einigen Jahren ein gleiches Vorhaben gestellt wurde, daß man jedoch davon in der Erwägung Umgang genommen habe, daß sich eine solche Neuordnung nicht allein ohne besondere Beschwerden nicht einführen ließe, sondern auch nur einen geringen Nutzen abwerfen würde. Vornehmlich wurde auch dabei erwogen, daß dies zum Verluste der kaiserl. Majestät Reputation und zu merklicher Nachrede gereichen würde.

Vom kaiserl. Hofstaate und den bei demselben befindlichen fremden und ausländischen Personen wurden sich nicht 10 oder 12, die von ihren Briefen zahlen. Man fange an in der kais. Maj. Kammer, man komme auf ihre Maj. gehaltenen Kasse, Kammerrathe, auf alle Kationen, auf das Hofgesind insgesamt, auf die Kapellen und Mägen, deutsche und Wollische hoch und niederen Standes, so bester nicht geringe Sorge, daß sich keiner derselben ohne besondere Bewilligung dabin gewöhnen laße, für seine Briefe zu zahlen, weil sie alle von alten Zeiten und unendlichen Jahren her gewohnt und frei gewesen sind.

Außer dem Hofgesinde befinden sich beim Hofe 5 Botschafter, als der Nuntius, dann 3 Agenten zu Hispanien, der Venezianische, Mantuanische und Florentinische und der hispanische Trant, welcher für seine Briefe bisher nicht einen Pfennig bezahlt hat. Die anderen 4 Botschaften und 3 Agenten haben zwar für ihre Briefe bisher gezahlt, es sind daran aber so wenige, daß es der Mühe nicht werth sei, eine Ordinari Post damit abzufertigen.

Wie viel der Kaufleute, die mehr Kramer, bei Hofe sind, das ist bekannt, er wisse aber nicht mehr als 4, welche in 14 Tagen oder 3 Wochen einmal nach Venedig oder Mailand schreiben und weil es wenige Briefe sind, zahlen sie auch, was ihnen beliebt.

Und weil bisher bei allen Postämtern dergleichen Zustand, und das Briefgeld den Hof- und anderen Postmeistern freigelassen worden, wo denn ein jeder mit Empfang, Einordnung, Übersetzung und Überantwortung der Briefe nicht geringe Mühe, Sorge und Verantwortung das ganze Jahr hindurch habe, so wolle er sich versichern, daß es ihre Maj. bei dem jetzigen Gebrauche verbleiben lassen werde. . . . Nachdem er aus Erfahrung wisse, daß eine solche Taxe und Steuerung nicht auftragen würde, so konnte er ihnen nicht einmischen. Es sei besser, man lasse es bei der alt hergebrachten Gewohnheit, als daß man später mit Spott davon wieder abgehen müßte. (H. K. A. Postakten 1586—1593.)

Ebenso berichtet der Pfaffburger Postmeister Hans v. Paar am 9. Juli 1585, daß ihm unbekannt sei, was für einen Nutzen die Einführung einer Brieftaxe ihrer kaiserl. Majestät bringen würde, da in sein Amt nur auf die Sentenzen gegeben gebracht werden. Wenn etwa monatlich einmal ein Bürgersmann ein Sendschreiben auflegt, so schenkt er dem Postknecht ein paar ungarnische Denari. Würde für Privatbriefe eine Taxe festgesetzt werden, würden solche Briefe reisenden Leuten aufgegeben, nicht aber zur Post gebracht werden.

Im Jahre 1629 wurde über eine Beschwerde des Obhofpostmeisters Hans Christoph Friedrich v. Paar, daß sich fast jeder weitere, die Brieftaxe zu bezahlen anordnet, daß mit Aussetzung der wirklichen geleerten Kasse und derjenigen kaiserlichen Personen, welche quetschende Schreiben mit der Post abzufertigen haben, alle anderen Personen für ihre abzusehenden Briefe und daß die von Alters her brauchende Posttaxe ungewisserlich bezahlen sollten, während v. Paar Briefe ohne Bezahlung weiter seinen guten Willen annehmen nicht schuldig sei.

Aus einem Berichte der Buchhalter und Rathh. Räte vom 11. Januar 1631 geht hervor, daß in den Akten über Brieftaxen nichts gefunden wurde, solche sind auch nie verordnet worden, so viel sei aber bekannt, daß die Hofpostmeister der Briefgelder als ein Regale genossen haben. Es sei in Erinnerung, daß nach 26 Zeiten des Hofpostmeisters Carlo Magno für Briefe auf denjenigen Posten, die über Graz und Venedig und sonsten ins Weichland gingen, nach dem Gewichte und zwar von der Länge deren zwei 3 Lot machten, 12 kr. bezahlt werden mußten. Was durch Tirol und Augsburg aus Italien kam, bezahlte man 6 kr.; aus dem Reich, falls nach dem Lot, und zwar pro Lot 6 kr., das meiste aber nach dem „Gewichte“. (H. K. A. Postakten 1601—1631.)

1661 berichtet Graf Carl v. Paar, daß es mit den Brieftaxen in Wien und anderen Orten so gehalten wird, daß von einem halben Bogen 3, von einem ganzen Bogen, wie auch vom Lot 6 kr. bezahlt werden. Mit dem kaiserl. Patente vom 7. Mai 1661 wurde angedeutet, daß beim Grazer Postamt die gleichen Taxen zu entrichten sind.

Im Postpatente Kaiser Leopold I. vom 16. April 1695 wird den Postbedienten befohlen, wegen des Briefporto niemand über die von Alters hergewohnte und bei dem christl. Hofpostamt gebräuchliche Taxe zu beschweren, mit den kaiserlichen, klostern und deren Beamten oder sonst anderen, die ihre Briefe nicht stellen, sondern beständweise oder unter Vorwand einiger Frießel gegen jährliche Brückentaxen bezahlen, nach Proportion der Vielheit ihrer aufgegebenen und abnehmenden Briefe teilweise, jedoch ihnen selbst insbedeutlich zu akkordieren.

2. Mit dem Patente Kaiser Karl VI. vom 12. Juni 1722 wurde eine zwei-stufige Brieftaxe festgesetzt, und zwar a) für Briefe von und nach den ungarischen, böhmischen, nieder- und mährischen, erbkaiserlichen und Landen 4 kr. für den halben Bogen nebst Kupon, bei schwereren das halbe Lot in gleichem Werte; b) für Briefe aus und nach anderen Postorten 6 kr. für den halben Bogen. Die Sendungen im Gewichte von 1 Pfund und darüber werden nur 30 Lot für 1 Pfund berechnet. Diese Taxen wurden sowohl bei der Auf- als bei der Abgabe entrichtet.

(Geschichte der österreichischen Post.)



gehoben, so daß sich die vorhin angegebenen Beträge auf 8 bzw. 12 kr. für den einfachen Brief stellten. Diese Taxe zeigte sich jedoch so hoch, daß noch im selben Jahre, und zwar mit dem Patente vom 16. Oktober 1722 eine Moderierung in der Progression vorgenommen wurde. Es stellten sich sonach die Brieftaxen wie folgt:

I. Stufe 8 kr. pro Lot: Von	1	—10	Lot	pro Lot 8 kr.
10	—20	"	"	6 "
20	—1	Pfund	"	5 "
1	—1 1/2	"	"	4 "
1 1/2	—2	"	"	3 "
2	—4	"	"	2 "
Über 4	—	"	"	1 - bzw.
das Pfund zu 30 kr.				
II. Stufe 12 kr. pro Lot: Von	1	—16	Lot	pro Lot 12 kr.
10	—20	"	"	9 "
20	—1	Pfund	"	6 "
1	—1 1/2	"	"	4 "
1 1/2	—4	"	"	3 "
Über 4	—	"	"	1 1/2 " bzw.
das Pfund 45 kr.				

Gleichzeitig wurde beim Obersten Hofpostamt in Wien, dann bei den Hauptpostämtern Prag, Brünn, Břeclav, Linz und Graz im gegenseitigen Verkehre die vollständige Freibrage der Briefe (ganz statt der früheren Halbfrankatur) bei der Aufgabe gestattet, so daß bei der Abgabe die Aufzählung ohne einer weiteren Nachzahlung stattfand.

3. Vom 1. Juni 1750 ab wurde eine neue Taxordnung eingeführt, zufolge welcher die obligate Halbfrankatur abgestellt und die Einhebung der ganzen Gebühr bei der Zustellung der Sendungen angeordnet wurde. Es blieb jedoch freigestellt, inländische Briefe auch bei der Aufgabe gegen Bezahlung der bei der Abgabe ausgemessenen Taxe zu frankieren. Das Maximalgewicht der im Inlande zu versendenden Briefe und Pakete durfte 8 Pfund nicht übersteigen, im Auslande mußten bei der fahrenden Post aufgegeben werden.

a) Die einheitliche, bei der Abgabe einzubehaltende Taxe für in- und ausländische Briefe in den ungarischen, böhmischen, nieder- und innerösterreichischen Erbkronländern und Ländern betrug: Für den einfachen Brief (1/2 Lot) 8 kr., für den doppelten (1 Lot) 16 kr., für 1 1/2 Lot 24 kr., für 2 Lot 32 kr., für 3 Lot 48 kr., für 4 Lot 1 fl. Von 4 Lot bis 10 Lot stieg das Porto pro Lot um 10 kr., von 11 bis 19 Lot um 8 kr., von 20 bis 28 Lot um 4 kr., von 29 Lot bis 2 Pfund um 3 kr., bis 3 Pfund um 2 kr., bis 5 Pfund um 1 1/2 kr., über 5 Pfund um 3 kr. für jedes weitere Lot.

b) Die Taxe für Briefe nach Toskana, Mailand, Mantua, den österreichischen Niederlanden, Tirol, Vorderösterreich und in das Römische Reich betrug für den einfachen Brief 6, für den doppelten 12, für 1 1/2 Lot 18, für 2 Lot 24 kr., von 3 bis 5 Lot stieg das Porto um 12 kr. pro Lot, von 6 bis 11 Lot um 10, von 12 bis 19 Lot um 8, von 20 bis 28 Lot um 4 kr., von 29 Lot bis 2 Pfund um 3, bis 3 Pfund um 2, bis 5 Pfund um 1 1/2 kr., über 5 Pfund um 3 kr. pro Lot. Die Taxe für die nach anderen fremden Ländern aufgegebenen Briefe wurde mit den Beträgen wie unter a) festgesetzt.

Für mit der Briefpost beförderte Juwelen und andere Präziosen wurden für je 100 fl. Wert 1 Reichstaler, für jeden Dukaten in Gold 1 Groschen an Porto bezahlt.

4. Mit dem Patente vom 20. September 1751 wurde vom 1. November 1751 ab eine neue Taxordnung eingeführt, welche mit einer geringen Änderung die Taxsätze für ausländische Briefe beibehielt, für inländische Briefe aber unter Wieder-

aufnahme der obligaten Halbfrankierung (gleicher Porto bei der Aufgabe und außerdem bei der Abgabe einzubehalten) eine Art Distanzporto nach drei Klassen festsetzte, und zwar:

a) für inländische Briefe von einem Hauptpostamt zum andern (3. Klasse) für 1/2 Lot 4, für 1 Lot 8 kr., von 2 bis 5 Lot um 5 kr., von 6 bis 10 Lot um 6 kr., von 11 bis 20 Lot um 4, von 21 bis 1 Pfund um 3, bis 2 Pfund um 2, bis 3 Pfund um 1 1/2, bis 5 Pfund um 1 kr. pro Lot mehr.

b) Für inländische Briefe zwischen einem Hauptpostamt und einer Zwischenstation (4. Klasse) für 1/2 Lot 4, für 1 Lot 8 kr., von 2 bis 5 Lot um 4, von 6 bis 10 Lot um 2, von 11 bis 5 Pfund um 1 kr. pro Lot mehr.

c) Für inländische Briefe der zwischen den Hauptpostämtern gelegenen (Mittel-)Stationen unter sich (5. Klasse): für 1/2 Lot 3, für 1 Lot 6 kr., von 2 bis 5 Lot um 2, von 6 bis 5 Pfund um 1 kr. pro Lot mehr.

Nachdem die Gebühr sowohl bei der Aufgabe wie auch bei der Abgabe einzubehalten war, stellte sich der Gesamtportooberschlag pro Brief auf den doppelten Betrag der angegebenen Tarifsätze.

In diesen drei Klassen wurde vom Gewichte von 1 Pfund an das Pfund nur zu 30 Lot berechnet.

5. Mit 1. November 1789 trat eine neue Taxordnung ins Leben. Es wurden nur zwei Taxklassen für Briefe mit der Gewichtsprogression von 1/2 zu 1/2 Lot festgesetzt. a) Zur I. Klasse gehörten alle Briefe, die in fremde Staaten, in das Römische Reich, die österreichischen Niederlande und wälschen Staaten und in das Großherzogtum Toskana gingen oder aus selben einlangten. Die Taxe betrug für 1/2 Lot 8 kr., bis 5 Lot für jedes 1/2 Lot um 8 kr. mehr; über 5 bis 10 Lot um 5 kr., über 10 bis 20 Lot um 4 kr., über 20 Lot bis 1 Pfund um 2 kr. pro 1/2 Lot, über 1 bis 5 Pfund um 2 kr. pro Lot mehr.

b) Zur II. Klasse gehörten alle Briefe, welche aus den böhmischen, österreichischen, galizischen, ungarischen und siebenbürgischen Erblanden, aus Tirol und den österreichischen Vorlanden einlangten oder in dieselben abgesendet wurden. Die Taxe, welche vom Absender bei der Aufgabe und außerdem vom Empfänger bei der Abgabe zu entrichten war, betrug: für 1/2 Lot 4 kr., für 1 Lot 8 kr., über 1 bis 14 1/2 Lot um 2 kr., von 15 Lot bis inklusive 1 Pfund um 1 kr., pro 1/2 Lot, über 1 Pfund für jedes Lot um 1 kr. mehr. Die inländischen Briefe konnten auch bei der Aufgabe gegen Bezahlung des Aufwandsabspertes (sonach gegen den doppelten Betrag der angegebenen Tarifsätze) frankiert werden. Pakete im Gewichte über 5 Pfund wurden zur Beförderung mit der Briefpost nicht angenommen. Für einen rekommandierten Brief mußte bei der Aufgabe nebst der Brieftaxe eine Gebühr von 6 kr. bezahlt werden; wenn die Abgabe eines rekommandierten Briefes gegen Empfangsschein (Rezeptes) erfolgen sollte, was der Angäher selbst auf dem Briefe anzudeuten hatte, waren 3 kr. beim Aufgabestampfe zu entrichten.

6. Vom 1. November 1791 ab wurde die Taxe für die inländischen Briefe (obige II. Klasse) in der Weise abgeändert, daß sowohl bei der Auf- als bei der Abgabe für Briefe von 1/2 bis 5 Lot für jedes 1/2 Lot um 4 kr., von 5 1/2 bis 10 Lot um 3 kr., von 10 1/2 bis 20 Lot um 2 kr., von 20 1/2 Lot bis 1 Pfund um 1 kr., pro 1/2 Lot, und über 1 bis 5 Pfund um 1 kr. pro Lot mehr zu bezahlen war. (Gesamtportooberschlag pro Brief sonach das Doppelte.)

7. Mit dem Patente Kaiser Franz II. ddo. 18. Juni 1798 wurde das Briefporto vom 1. August 1798 an erhöht und wie folgt festgesetzt:

a) I. Klasse (ausländische Briefe): von 1/2 bis 5 Lot 12 kr., von 5 1/2 bis 10 Lot 8 kr., von 10 1/2 bis 20 Lot 6 kr., von 20 1/2 Lot bis 1 Pfund 4 kr. für jedes 1/2 Lot.

b) II. Klasse (inländische Briefe bei der Aufgabe und bei der Abgabe): von 1/2 bis 5 Lot 6 kr., von 5 1/2 bis 10 Lot 4 kr., von 10 1/2 bis 20 Lot 3 kr., von 20 1/2 Lot bis 2 Pfund 2 kr., für jedes 1/2 Lot, über 2 bis 5 Pfund 1 1/2 kr. pro Lot. (Gesamtporto pro Brief im doppelten Betrage.)



8. Eine abermalige Erhöhung des Briefporto fand vom 15. November 1803 ab mit nachstehenden Taxen statt:

a) 1. Klasse ausländische Briefe: durchschnitts 16 kr. für je  $\frac{1}{2}$  Lot.  
b) 2. Klasse Briefe aus und nach den böhmisches, österreichischen, galizischen, magyarischen und siebenbürgischen Erblanden, Tirol, den österreichischen Vorländern, dem venetianischen, italienischen und Albanien zu gleichem Teile bei der Auf- und Abgabe: durchschnitts 8 kr. für je  $\frac{1}{2}$  Lot, bei der Aufgabe und ebensoviel bei der Abgabe, sowohl Gesamtporto 16 kr. für je  $\frac{1}{2}$  Lot.

9. Vom 1. November 1804 trat eine weitere Erhöhung des Briefporto um die Hälfte der im Punkte 8 angegebenen Gebührensätze ein; es betrug nämlich das Porto für ausländische und das Gesamtporto für inländische Briefe 24 kr. für je  $\frac{1}{2}$  Lot.

10. Vom 1. Juli 1810 wurde die bisherige Taxe für Auslandsbriefe von 24 kr. auf 48 kr. für je  $\frac{1}{2}$  Lot erhöht.

11. Vom 1. Oktober 1810 ab wurde im inländischen Verkehr das System des Postporto eingeführt und zwar eigene Postsätze: a) für Briefe, welche durch eine Strecke von 4 Poststationen und b) für Briefe, welche auf eine weitere Distanz als 4 Poststationen zu befördern waren, wobei es keinen Unterschied machte, ob die eine oder die andere dieser 4 Poststationen mehr als 2 Postmilen enthielt. Für Briefe unter a) wurde das Porto mit je 8 kr. für die Aufgabe und für die Abgabe, somit das Gesamtporto mit 16 kr., für jene unter b) mit je 16 kr. für die Aufgabe und für die Abgabe, somit das Gesamtporto mit 32 kr. in Banko-erfolg für je  $\frac{1}{2}$  Lot Gewicht festgesetzt.

12. Zufolge des Finanzpatentes vom 20. Februar 1811 hatte die Einrichtung des Briefporto vom 15. März 1811 an in der Wahl der Einlösungsscheine zu erfolgen. Die Gebühr für den einfachen  $\frac{1}{2}$  Lot schweren Brief wurde bei Entfernungen bis 4 Poststationen mit je 4 kr., bei Entfernungen über 4 Poststationen mit je 7 kr., für die Aufgabe und für die Abgabe, zusammen also mit 8 kr., bzw. 14 kr. in Einlösungsscheinen festgesetzt, die Taxe für Auslandsbriefe mit 14 kr. für je  $\frac{1}{2}$  Lot.

13. Mit 1. Februar 1814 wurde die vorige Brieftaxe für Entfernungen bis 4 Poststationen beibehalten, für Entfernungen über 4 Poststationen aber von 7, bzw. 14 kr. auf 8, bzw. 16 kr. W. W. pro  $\frac{1}{2}$  Lot; die Taxe für Auslandsbriefe pro  $\frac{1}{2}$  Lot von 11 auf 16 kr. W. W. erhöht. Die Rekommandationsgebühr betrug 6 kr., die Gebühr für Rezipisse sowohl bei der Aufgabe als bei der Abgabe beim Hauptpostamt in Wien 4 kr.; bei allen übrigen Ämtern 3 kr., für ein Rekommandationsgesetz in Wien 1 d., bei allen anderen Postämtern 20 kr. W. W.

14. Mit 16. Mai 1817 wurde im Inlandsverkehr das Porto für Briefe bis 4 Poststationen bis zu 10 Lot mit 6 kr., über 10 bis 20 Lot mit 4 kr., über 20 bis 1 Pfund mit 3 kr. für jedes  $\frac{1}{2}$  Lot, über 1 bis 5 Pfund mit 2 kr. für jedes Lot, und über 4 Poststationen mit 12, bzw. 8 und 6 kr. W. W. bei der Auf- und bei der Abgabe, zusammen also mit dem doppelten Betrage festgesetzt. Das Porto für Auslandsbriefe betrug bis 10 Lot für jedes  $\frac{1}{2}$  Lot 24 kr., über 10 bis 20 Lot 16 kr., über 20 Lot bis 1 Pfund 12 kr. pro  $\frac{1}{2}$  Lot, über 1 Pfund 6 kr. pro Lot, Rekommandationsgebühr 12 kr. W. W.

15. Vom 1. Juni 1817 an erhielt das System des Distanzporto eine weitere Ausdehnung. Die Briefgebühr im inländischen Verkehr wurde nach 7 Abstufungen für Entfernungen von je 3 Poststationen, im ausländischen Verkehr nach 5 Abstufungen für die gleichen Entfernungen festgesetzt, wobei bezüglich des Auslandes die Entfernung vom Aufgab-ort bis zur Grenze, bzw. von der Grenze bis zum Abgab-ort in den Ländern des Kaiserstaates galt. Bei der inländischen Korrespondenz wurde die frühere Habitrantatur (Entrichtung der halben Gebühr bei der Aufgabe und der halben bei der Abgabe) aufgehoben und die Portogebühr nur einmal, und zwar bei der Abgabe vom Empfänger des Briefes entrichtet. Die Frankierung bei der Aufgabe blieb freigestellt. Für die Aufgabe der auf frankierten Briefe wurden bei allen Postämtern eigene Behälter (Briefkästen) bereit gehalten.

in welche die Briefe eingelegt werden konnten. Die Briefgebühr mußte in jedem Laude in der gangbaren Währung erlegt werden. Die Gewichtsmessungen wurde mit je  $\frac{1}{2}$  Lot bestimmt.

Die Portogebühr für Briefe im inländischen Verkehr wurde, wie folgt, bemessen:

I. Stufe (bis einschließlich 3 Poststationen): Von  $\frac{1}{2}$  bis 16 Lot je 6 kr. in Einlösungsscheinen, bzw. 2 kr. C. M., über 16 Lot bis 1 Pfund um 3 kr. in Einlösungsscheinen oder 1 kr. C. M. pro  $\frac{1}{2}$  Lot mehr. Ferner bei gleichen Gewichtsgrenzen und für je  $\frac{1}{2}$  Lot.)

II. Stufe (über 3 bis 6 Poststationen): 12 kr. und 6 kr. in E. Sch., bzw. 4 kr. und 2 kr. C. M.

III. Stufe (über 6 bis 9 Poststationen): 18 und 9 kr. in E. Sch., bzw. 6 und 3 kr. C. M.

IV. Stufe (über 9 bis 12 Poststationen): 24 und 12 kr. in E. Sch., bzw. 8 und 4 kr. C. M.

V. Stufe (über 12 bis 15 Poststationen): 30 und 15 kr. in E. Sch., bzw. 10 und 5 kr. C. M.

VI. Stufe (über 15 bis 18 Poststationen): 36 und 18 kr. in E. Sch., bzw. 12 und 6 kr. C. M.

VII. Stufe (über 18 Poststationen): 42 und 21 kr. in E. Sch., bzw. 14 und 7 kr. C. M.

Für Briefe im ausländischen Verkehr:

I. Stufe (bis einschließlich 3 Poststationen): von  $\frac{1}{2}$  bis 16 Lot 6 kr. in E. Sch., bzw. 2 kr. C. M., über 16 Lot bis 1 Pfund 3 kr. in E. Sch., bzw. 1 kr. C. M. für je  $\frac{1}{2}$  Lot

II. Stufe (über 3 bis 6 Poststationen): 21 und 12 kr. in E. Sch., bzw. 8 und 4 kr. C. M.

III. Stufe (über 6 bis 9 Poststationen): 30 und 15 kr. in E. Sch., bzw. 10 und 5 kr. C. M.

IV. Stufe (über 9 bis 12 Poststationen): 36 und 18 kr. in E. Sch., bzw. 12 und 6 kr. C. M.

V. Stufe (über 12 Poststationen): 42 und 21 kr. in E. Sch., bzw. 14 und 7 kr. C. M.

Bei Sendungen im Gewichte über 1 Pfund wurde die Gebühr nach vollen Loten berechnet.

Die Gebühr für einen rekommandierten Brief betrug 12 kr. W. W., bzw. 1 kr. in Metallmünze, die Gebühr für ein Rezipisse sowohl bei der Auf- als bei der Abgabe 6 kr. W. W. oder 2 kr. Metallmünze, die Gebühr für ein Rekommandationsgesetz in Wien 1 d. W. W. oder 20 kr. Metallmünze, bei den anderen Postämtern 36 kr. W. W. oder 12 kr. Metallmünze.

Vom 1. Februar 1818 an wurden die obigen Briefportogebühren in allen Ländern des österreichischen Kaiserstaates (das lombardisch-venetianische Königreich ausgenommen) nur in Konventionsmünze eingelohoben.

16. Mit dem Hofkammerdekret vom 15. März 1812, Zahl 11350, 439 wurde ein neues Portoregulativ hinausgegeben, welches in allen Ländern des österreichischen Kaiserstaates mit 1. August 1812 in Wirksamkeit trat.

Das neue Tarif stufte nur 2 Entfernungsstufen nach der geographischen Lage der Postorte nach Wien, in gerader Linie, und zwar die I. Stufe für Entfernungen bis einschließlich 10, die II. für solche über 10 Meilen. Der Portosatz für den einfachen inländischen Brief (bis  $\frac{1}{2}$  Lot) betrug in der I. Stufe 6, in der II. 12 kr. C. M. Nach Maßgabe des Gewichtes stieg das Einf- und Schriftporto wie folgt:

Bis einschließlich  $\frac{1}{2}$  Lot war der Hache, über  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{3}{4}$  Lot der  $\frac{1}{2}$ fache, über  $\frac{3}{4}$  bis 1 Lot der 2fache, über 1 bis  $\frac{1}{2}$  Lot der 3fache, über  $\frac{1}{2}$  bis 2 Lot der 4fache, über 2 bis 3 Lot der 5fache, über 3 bis 4 Lot der 6fache, über 4



Bis 4. Lot der 7fache, über 5 bis 8 Lot der 8fache, über 8 bis 12 Lot der 9fache, über 12 bis 16 Lot der 10fache, über 16 bis 24 Lot der 11fache, über 24 bis 32 Lot der 12fache Briefportalsatz von 6 oder 12 kr. (nach Maßgabe der Erklärung) usw. von 8 zu 8 Lot Mehrgewicht ein einfacher Briefportalsatz mehr einzuheben.

für Briefe innerhalb des eigenen Bestellungsbezirktes eines Postamtes (Stadtpost) war bis zum Gewichte von einschließlich 2 Lot der besondere Portosatz von 2 kr., bei größerem Gewichte der vierte Teil der nach der vorhin angegebenen Gewichtsprogression von 2 kr. entfallenden Gebühr zu entrichten. Die Rekommandationsgebühr wurde auf alle Entfernungen mit 6 kr., die Gebühr für ein Retourcouplisse wie für einen einfachen Brief (6, bzw. 12 kr.) festgesetzt. Die Ausstellung von Auf- und Abgabenscheipissen hatte mangelnd zu erfolgen.

17. Vom 1. März 1843 ab wurde:

Beibehaltung des Portosatzes von 6 Kr. auf 20 Meilen in gerader Linie unter  
weiter.

18. Vom 1. Juni 1848 wurde im Inlandverkehr (mit Ausnahme Engarns) der Portosatz für den einfachen Brief auf die Entfernung bis einschließlich 10 Meilen von 6 kr. auf 3 kr. Q. M. herabgesetzt, für die Entfernungen von 10 bis 20 Meilen, dann für alle übrigen Entfernungen blieben die früheren Portosätze von 6 und 12 kr. aufrecht.

Zugleich wurde die Einkerbung einer Bestellgebühr für Briefe in allen Orten, wo Ararialpostämter bestanden, aufgehoben.

19. Vom 1. April 1849 ab wurde für den einfachen Brief auf die Entfernung über 10 bis einschließl. 30 Meilen (statt 10 bis 20 Meilen) der Portosatz von 6 Kr. eingehoben.

20. Mit 1. Juni 1850 wurden zur Frankierung der Briefpostsendungen Briefmarken und gleichzeitig neue Briefportotaxen im inländischen Verkehr eingeführt. Die Gewichtsprogression wurde von Lot zu Lot festgesetzt. Die Taxe für einen einfachen Brief (bis inklusive 1 Lot) betrug a) im Bezirke des Aufgebots selbst (Stadtpost) 2 kr., b) bei einer Entfernung bis 10 Meilen einschließlich 3 kr., c) über 10 bis 20 Meilen 6 kr., d) über 20 Meilen 9 kr. C. M. für Briefe von 1 bis einschließlich 2 Lot war das doppelte, von 2 bis 3 Lot dreifache, Porto für den einfachen Brief usw. einzunehmen. Die Rekommandationsgebühr betrug für Briefe im eigenen Bezirke (Stadtpost) 3 kr., für alle anderen 6 kr. C. M., die Gebühr für ein Retourrezepte war gleich jezt für einen einfachen Brief.

21. Auf Grund des Mandatarates von 92 (1922) sind die Bestimmungen für ausländische Briefpostsendungen gelten die bisherigen Bestimmungen.

Die Befreiung des österreichischen Lot- und Maßwesens vom 1. November 1858 an in österreichischer Währung, wie folgt, festgesetzt: Lokalporto bis 16 Lot 3 kr., Porto bis einschließlich 10 Meilen 10 kr., über 10 Meilen 15 kr. ö. W. pro Lot. Retentionsgebühr für Lokalbreite 5, für die übrigen 10 kr. Retentionsgebühr 10 kr. ö. W.

22. Mit der kaiserl. Verordnung vom 21. November 1856 wurde die Postgebühr für Briefe, welche zwischen den Orten des Inlandes gewechselt wurden, unterschieden der Entfernung mit dem gleichnamigen Betrage von 5 kr. Ö. W., den einfachen Brief festgesetzt. Das Lokalfporto mit 3 kr. blieb aufrecht. Für die Bestimmungen bei der Briefpost galt das Zollgewicht als Grundlage. Als einfacher Brief war derjenige zu behandeln, welcher weniger als 1 Zollettmal schwerer war. Für Briefe von 1 bis ausschließlich 2 Zollettmal war das doppelte, von 2 bis ausschließlich 3 Zollettmal das dreifache Briefporto usw. zu entrichten.

24. Vom 1. Juli 1878

Am 1. Juli 1873 an war für inländische Briefe, deren Gewicht  $\frac{9}{10}$  Zollot (5 Gramm) übersteigt, bis zum Gewichte von 15 Zollot (= 250 Gramm) nur einfache Porto zu entrichten. Briefe im Gewichte von mehr als 15 Zollot

waren von der Beförderung mit der Eilpost ausgeschlossen. Hiernach betrug das Porto für den gewöhnlichen frankierten Brief bis 10 Zollet einschließlich 5, bei größerem Gewichte 10 Nkr., für den gewöhnlichen unfrankierten Brief 10 bzw. 15 Nkr.; für frankierte Lokobriefe bis 10 Zollet 5, bei größerem Gewichte 6, für unfrankierte 6 bzw. 9 Nkr.

275. Vom 1. Jänner 1853 ab wurde unter Aufrechterhaltung der zweifachen Brieftaxe das Gewicht der einfachen Briefe im internen Verkehre Österreich-Ungarns von 15 auf 20 Gramm erhöht. Die Taxe für einen frankierten Brief bis 20 Gramm betrug daher auf alle Entfernungen 6, bei größerem Gewichte (über 20 bis 250 Gramm) 10 Nkr. für frankirte Briefe, 15 Nkr. für gleiche Gewichtserhöhung, galt auch für Lokalfreie.

26. Mit 1. Jänner 1990 trat eine neue Postanordnung innerhalb des österreichischen Postgebiets in Kraft. Das Porto für gewöhnliche frankierte Briefe bis zum Gewichte von 20 Gramm einschließlich wurde im Ortsverkehr und im Landpostverkehr bis 10 h bzw. 20 h festgesetzt. Bei unfrankierten Briefen trat ein Zuschlagsporto, und zwar ohne Unterschied des Gewichtes bei Lokalanwendungen mit 6, im Fernverkehr mit 10 h hinzu. Rekommandationsgebot und Gehalt für Rück- ein 25 h.

27. Mit der am 16. Januar 1907 in Kraft getretenen Posttaxordnung wurde das Porto für einen gewöhnlichen frankierten Brief ohne Unterschied der Entfernung bis zum Gewichte von 20 Gramm mit 10 h., bei einem Gewichte von mehr als 20 Gramm mit 20 h. für unfrankierte die doppelte Gebühr eines frankierten Briefes festgesetzt.

## B. Das Fahrpostporto

Bis zur Errichtung der Postwagen (fahrenden Posten) wurden Sendungen mit Geld, Waren usw. nach den diesfalls festgesetzten Bestimmungen mit der ordinari Post (reitenden, oder Briefpost) befördert.

1. Die erste Taxordnung für den Fahrposttransport findet sich im Jahre 1750 in einem gedruckten Verzeichnisse über sämtliche ordinar Postwagen und Tarife vor. Die Taxen für Waren sowie die Passagiergebühren wurden auf den einzelnen Konten verschieden, nur die Taxen für Aktensendungen blieben die gleichen. Die Waren wurden nach dem Gewichte und nach Maßgabe der Entfernung des Aufabortes vom Bestimmungsorte, grade und lange, doch leichte Pakete nach Proportion taxiert. Für kontante Barschaften und Proctoren wurde die Postgebühr nach Maßgabe der Beförderungstrecke und für je 100 fl. Wert bemessen. Für jede einzelne Taxenbestimmung wurde eine besondere Taxenliste aufgestellt.

2. Nach dem Tarife vom Jahre 1754 wurde bei gleichem Entfernungsmaße wie unter 1. die Gewichtsprogression bis 10 Pfund mit je 10 bis 20 mit je 5, und über 20 mit je 10 Pfund festgesetzt.

... zu dem Tarife über Harschaften und Pretiosen vom Jahre 1783 wurden  
... Gebühren nach der Einkaufung von 4 zu 4 Meilen für Tufaten nach Stücken,  
... für Silbergeld nach Gulden bemessen. Für Sündungen auf Gold war nur die  
... für Obligationen, Bankozettel und Wechsel nur der vierte Teil der Gebühr  
... Silbergeld zu bezahlen.

4. Im Jahre 1862 wurde das Postwagenporto für das Silbergeld und für das Gewicht von 15 Pfund übersteigenden Frachtstücke um ein Drittel erhöht. Ihr grade, jedoch leicht wiegende Frachtstücke wurden um einige Grade höher sortiert. Für Frachtstücke von hohem Werte wurde in dem Falle, als sich die Portogebühr nach dem Gelbfarve höher als nach dem Gewichtstarife stellte, die vere Gehöhr nach dem Gelbfarve eingekoben.

Für jede Goldsendung mußte ohne Rücksicht darauf, ob derselben ein Brief beigegeben war oder nicht, das Briefporto mit 12 kr. bezahlt werden.



5. Nach dem Hoffmannsdekret vom 18. Dezember 1806 wurde vom 1. Februar 1807 an die bisherige Taxe für Frachten um ein Drittel, die Taxe für Banknoten, Wechselbriefe und Anweisungen an Überbringer um die Hälfte, die Taxe für bares Geld, Gold, Silber, Perlen und solche Wertsendungen, von denen das Porto nach dem Werte und nicht nach dem Gewichte zu bezahlen ist, ebenfalls um die Hälfte erhöht.

6. Weitere Portoregulierungen bei der fahrenden Post fanden in den Jahren 1809 und 1810 statt. Im Jahre 1811 wurde die Entrichtung des Porto in der Valura der Einlösungschein, im Jahre 1817 in Konventionsmünze angeordnet.

7. In den Jahren 1818 und 1820 fand eine Herabsetzung der Postwagengebühren statt.

8. Im Jahre 1842 wurde ein neues Portoregulativ für alle Länder des österreichischen Kaiserstaates erlassen, welches mit 1. August 1842 in Wirksamkeit getreten ist. Dieses Regulativ schuf die erste Grundlage für eine systemmäßige Gebühreneinmessung im Seidentransporte der Fahrpost.

Die Bemessung des Porto für die Beförderung der Fahrpostsendungen auf inländischen Gebieten erfolgte nach dem Verhältnisse des Wertes und des Gewichtes, wobei noch die Rekommandationsgebühr und die Briefpostgebühr in Anwendung kam.

Das Wertporto betrug für jedes 100 fl. C. M. nach Maß der Entfernung 38 2/3 Meilen 2, über 2 bis 6 Meilen 4, über 6 bis 10 Meilen 6, über 10 bis 20 Meilen 8, über 20 bis 30 Meilen 10, über 30 bis 40 Meilen 12, über 40 bis 50 Meilen 14, über 50 bis 60 Meilen 15, über 60 bis 70 Meilen 16, über 70 bis 80 Meilen 17 kr. und von da von 10 zu 10 Meilen 1 kr. mehr.

Für Wertsendungen unter 100 fl. wurde bis einschließlich 25 fl. ein Viertel, über 25 bis 50 fl. die Hälfte des für 100 fl. festgesetzten Portobetrages eingehoben. Für Werte über 50 fl. entfiel der volle Portosatz für 100 fl. Bei Wertsendungen über 1000 fl. wurde für den Mehrbetrag die obige Gebühr bis zur Wertsumme von 10.000 fl. um ein Sechstel, über 10.000 fl. um ein Drittel ermäßigt.

Das Gewichtporto betrug bei Sendungen von 8 Lot bis einschließlich 1 Pfund auf 3 Meilen 2 kr., bis 36 Meilen von je 2 zu 3 Meilen, über 36 bis 100 Meilen von je 4 zu 4 Meilen, über 100 Meilen von je 5 zu 5 Meilen je 2 kr. mehr.

Für Sendungen im Gewichte unter 8 Lot war die Hälfte der für 1 Pfund festgesetzten Portogebühr zu entrichten.

Für Sendungen von höherem Gewichte als 1 Pfund wurde für das Mehrgewicht bis einschließlich 6 Pfund für jedes Pfund, über 6 bis 22 für je 2, über 22 bis 52 für je 3 und über 52 bis 100 Pfund für je 4 Pfund die Hälfte des Portosatzes für 1 Pfund, vom Mehrgewichte über 100 Pfund aber für je 5 Pfund der volle Portosatz für 1 Pfund eingehoben.

Die Rekommandations- und die Briefportogebühr im gleichen Ausmaße wie für Briefpostsendungen.

Für die Versendung von Schriften und Dokumenten, ohne und mit angehefteten Wert, für Sendungen mit Geld und Geld stellenden Effekten, für verpackte Sendungen und auch für Waren, Perlen und sonstige Effekten bestanden besondere Taxierungsbestimmungen.

Mit 1. August 1843 und 1. Juli 1844 traten in dem Portoregulativ mehrfache Modifikationen ein.

9. Mit 1. Januar 1850 traten rückseitlich der Fahrpostgebühren folgende Bestimmungen in Wirksamkeit: a) Für alle Fahrpostsendungen ohne Unterschied des Inhaltes, Wertes, Gewichtes und Entfernung war eine Grundtaxe mit dem unveränderlichen Betrage von 10 kr. zu entrichten. b) Bei Fahrpostsendungen ohne angegebenen Wert, oder mit dem angegebenen Werte von weniger als 50 fl. hatte die Taxierung lediglich nach dem Gewichte, bei Sendungen mit einer Wertangabe von 50 fl. und darüber sowohl nach dem Werte, als nach dem Gewichte stattzufinden.

Die Portogebühr nach Wert und Gewicht der Sendungen betrug für jedes 100 fl. vom Werte und für jedes Pfund vom Gewichte bis einschließlich 5 Meilen 1 kr., über 5 bis 50 Meilen für jede weiteren 5 Meilen, über 50 bis 100 Meilen für jede weiteren 10 Meilen, und über 100 Meilen für jede weiteren 20 Meilen je 1 kr. mehr.

Besondere Taxierungsbestimmungen bestanden für Sendungen mit Banknoten, Wechsel, Obligationen, für kleine Gold- und Silbersendungen, und für Schriften ohne und mit angehefteten Werten.

10. Mit 1. November 1858 wurden die Postgebühren in österreichischer Währung bemessen.

11. Auf Grund der kaiserl. Verordnung vom 21. Januar 1867 fand eine Ermäßigung der inländischen Fahrpostgebühren in folgender Weise statt: Als Gewichtporto war für jedes Zollpfund oder den Teil desselben 15 1/2 Nkr., und zwar bis auf die Entfernung von 50 Meilen für je 5, von 50 bis 100 für je 10 und von 100 für je 20 Meilen zu berechnen und wurde hierbei ein Minimalportobetrag festgesetzt. Für Sendungen, deren Gewicht 5 Zollet und deren Wert 50 fl. nicht überstieg, wurde das Gewichtporto bis 5 Meilen mit 10, über 5 bis 50 Meilen mit 15 und über Meilen mit 20 Nkr. bestimmt.

Für Lokalfahrpostsendungen (Maximalgewicht 5 Zollpfund) war statt des Gewichtsporto ein fixer Betrag von 10 kr. einzuhellen.

Das Wertporto betrug für je 150 fl. Ö. W. oder den Teilbetrag bei Lokalsendungen 2, bei allen übrigen Sendungen bis einschließlich 5 Meilen 3, über 5 bis 15 Meilen 5, über 15 bis 50 Meilen 10, über 50 Meilen 15 Nkr.

Portoregulierungen erfuhren Sendungen im Werte von mehr als 1500 fl. (für den übersteigenden Wertteil nur die Hälfte des Wertporto), dann Sendungen, deren Wert 100 fl. Ö. W. nicht überstieg (Wertporto bis 20 Meilen 3, über 20 bis 80 Meilen 5, über 80 Meilen 10 Nkr.).

12. Vom 1. November 1878 ab trat ein neuer Tarif für Fahrpostsendungen im internen Verkehre in Wirksamkeit. Für jede Fahrpostsendung war ein Gewichtsporto und für Sendungen mit deklariertem Werte außerdem nach ein Wertporto einzuhellen. Das Gewichtsporto wurde nach 3 Abstufungen bemessen, und zwar für Pakete a) bis 500 Gramm bei Entfernungen bis 10 geographische Meilen (I. Zone) einschließlich mit 12 kr., auf alle weiteren Entfernungen (II. bis VI. Zone) mit 24 kr.; b) über 500 Gramm bis 5 Kilogramm für die I. Zone mit 15 kr., auf alle weiteren Zonen mit 30 kr.; c) über 5 Kilogramm für die ersten 5 Kilogramm mit den Sätzen wie unter b), dann für jedes weitere Kilogramm bis 10 geographische Meilen (I. Zone) 3 kr., über 10 bis 20 (II. Zone) 6 kr., über 20 bis 50 (III. Zone) 12 kr., über 50 bis 100 (IV. Zone) 18 kr., über 100 bis 150 (V. Zone) 24 kr. und über 150 Meilen (VI. Zone) 30 kr. Für Sperrgutsendungen um die Hälfte obiger Sätze mehr.

Für Briefe mit Wertdeklaration (ohne Unterschied des Gewichtes bis 250 Gramm) für die I. Zone 12 kr., für alle weiteren Zonen 24 kr.

Für Lokalfahrpostsendungen, welche 2 1/2 Kilogramm nicht übersteigen durften, an Gewichtsporto 12 kr., an Wertporto für je 150 fl. oder den Teil hiervon 3 kr. Als Wertporto ohne Unterschied der Entfernung: bis 50 fl. 3 kr., über 50 fl. 3 kr. für je 150 fl., Minimum 6 kr.

Vom 1. April 1886 wurde das Gewicht bei Fahrpostsendungen im Lokalfahrverkehre, und zwar bei ärarischen Ämtern bis 50 Kilogramm, bei nicht ärarischen bis 30 Kilogramm ausgedehnt. Das Gewichtsporto wurde nach der I. Zone, das Wertporto wie oben bemessen.

Vom 1. September 1890 ab fand die Entrichtung der Postgebühren im Fahrpostverkehre mittels Postmarken statt.

13. Mit 1. Januar 1900 trat eine neue Postanordnung für den Verkehr innerhalb des österreichischen Postgebietes und mit Ungarn in Kraft, welche noch gegenwärtig wirksam ist. Die Gebühren sind, wie folgt bemessen:

Gebühren der österreichischen Post.



2) Für Pakete ohne Wertangabe wird das Porto nach der Entfernung und nach dem Gewichte der Sendung erhoben. 1. bis 5 Kilogramm auf Entfernungen von 10 bis 30 Meilen einschließlich (1. Zone) 30 h, auf alle weiteren Entfernungen 60 h; 2. über 5 Kilogramm für die ersten 5 Kilogramm wie unter 1., für die übrigen 5 Kilogramm oder den überschüssigen Teil für die 1. Zone 6 h, für die 2. Zone 12 h, für die 3. Zone 24 h, für die 4. Zone 36 h, für die 5. Zone 48 h, für die 6. Zone 60 h. Für Sperrgut die Hälfte mehr. Für unfrankierte Pakete bis 5 Kilogramm außer dem Porto ein Zuschlag von 12 h.

3) Für Sendungen mit Wertangabe wird eine Porto- (Gewichts-) und eine Versicherungsgebühr (Wertporto) eingehoben. An Porto: 1. für Briefe ohne Unterscheid des Gewichtes für die 1. Zone 24 h, auf alle weiteren Entfernungen 48 h, für unfrankierte Briefe ein Portozuschlag von 12 h. 2. Für Pakete der nach a) aufgeführten Befreiung. An Versicherungsgebühr (Wertporto) ohne Unterschied der Art der Sendung bei einer Wertangabe bis K 100 einschließlich 6 h, bei höherer Wertangabe für je K 300 oder einen Teil hiervon 6 h, Minimum aber 12 h. Bei Wertangabe von Goldbriefen ist die Versicherungsgebühr im 1½fachen Betrage zu entrichten.

c) Für dringende Paketsendungen außer dem tarifmäßigen Porto und etwaigem Filialpostgeld die Gebühr von 1 K 20 h für jedes Stück.

## VII. Postkurse.

Wie schon früher erwähnt, wurden in alten Zeiten Postverbindungen durch Boten unterhalten und Poststationen je nach Bedarf errichtet, angelegt und aufgehoben. 1159 gingen Boten nach Breslau, Odenburg, Bruck, Prag, Krakau, Passau und Linz. 1151 organisierte Roger I. von Taxis in Tirol und Steiermark auf ein- und den Erbländern eigene Reihboten, um die Verbindung zwischen Italien und Worms noch gegen Augsburg und Worms aufgehoben, dagegen Posten von Wien nach Feldkirch und von da einerseits über Hohenau nach Innsbruck, anderseits über Lindau nach Worms legte. 1505 wurde eine Post von Hagenau über Venedig und Straßburg, dann durch das Postertal nach der Drau, Radmannsdorf bis Triest errichtet.

1509 gingen Posten von Nassenreith nach St. Maria im Münstertal, von Innsbruck nach Riva, aus der Au in Kranz nach Laibach; 1512 durch das Postertal Innsbruck nach Trient, Köln und Worms; 1513 von Sterzing nach Glinns; von Linz nach Linz nach Wien und Graz; 1515 eine Hofpost von Innsbruck bis Bern; 1516 von Konstanz in die Schweiz. In denselben Jahre legte Franz von Taxis eine Post von Innsbruck über Trient nach Wien und Italien an; 1517 bestand eine Post zwischen Posten von Innsbruck nach Marchdorf und in die Niederlande; 1521 bestand und dem Jantzen; 1522 wurde eine Post von Wien nach Nürnberg errichtet; 1527 die Post von Innsbruck nach Wien aufgehoben und für die Dauer des kaiserlichen Hoflagers in Prag eine solche von Innsbruck über Augsburg nach Prag gelegt; 1529 bestand eine Postverbindung mit Graubünden; 1530 eine Verbindung zwischen Wien und Preßburg.

1536 gingen Boten und eigene Landposten von Wien und Prag nach Stuttgart und ganz Schwaben; 1557 bestand eine Postverbindung von Wien über Oberburg und Waradin nach Szibeth; 1559 unterhielten der Hofpostmeister Christoph von Taxis und der Postmeister zu Venedig, Rogiero v. Taxis, auf ihre eigenen Kosten eine wöchentliche Post zwischen Augsburg und Venedig.

Nach einem vom Hofpostmeister Paul Wolzogen im Jahre 1566 vorgelegten Verzeichnisse über die Postmeisterämter bestanden Postlinien von Wien nach Linz, Innsbruck, Italien, Augsburg, den Niederlanden, Prag, Raab, Komorn, Preßburg, Kaschau, Kanisza, Graz. Im Jahre 1586 richtete der Kaiser Hofpostmeister Jakob Hennot über kaiserlichen Auftrag einen Postkurs von Venedig über Trient und Innsbruck nach Augsburg ein.

1592 wurde eine Fußpost von Wien nach Krakau. 1605 eine solche von Linz nach Wien. 1619 eine reisende ordinäre Post von Bruck a. d. Mur nach Salzburg; 1620 eine Post von Wien über Olmütz nach Neisse und Breslau; 1621 von Prag nach Frankfurt a. d. Oder; 1643 eine Fußpost von Prag über Glatz nach Breslau. 1652 eine reisende Post zwischen Regensburg und Prag; 1663 eine Expresspost von Wien nach Ung. Altenburg eingerichtet.

Im Jahre 1665 hat das Erzstift Salzburg aus eigenem landesherrlichen Postregale fahrende und reisende Posten angelegt und von Kaiser Leopold ein Verleihungsdekret erhalten, daß den Erzbischöfen zu Salzburg im Postwesen kein Auftrag geschehen solle.

1687 ging der Postkurs von Wien nach Augsburg über St. Pölten, Amstetten, Linz, Wels, Altheim, Braunau und München; von Augsburg nach Innsbruck über Füssen und Nassenreith; von Wien nach Hamburg über Stockerau, Hollabrunn, Steinhau, Tabor, Prag, Aussig, Peterswalde, Dresden, Leipzig, Braunschweig und Lüneburg; von Innsbruck nach Trient über Steinach, Brenner, Brixen, Bozen; von Wien nach Geln über St. Pölten, Linz, Passau, Regensburg, Nürnberg, Würzburg, Frankfurt; von Wien nach Ala über Linz, Wels, Salzburg, Innsbruck, Brenner, Bozen, St. Michael. 1707 wurde eine fahrende Post zwischen Regensburg und Eger eingerichtet.

Im Jahre 1720 bestanden von Wien aus folgende Postkurse: a) über Bruck a. d. Mur, Graz, Laibach, Gorz, Treviso, Venedig, Ravenna, Rom nach Neapel; b) über Linz, Leoben, Klagenfurt, Villach, Oberdrauburg, Lienz, Trient, Bozen, Trient, Ala, Mantua, Modena, Bologna, Florenz nach Rom; c) von Augsburg nach Ulm; d) über Linz, Passau, Regensburg, Nürnberg, München, Frankfurt, Köln, Kerpion, Elßfeld, Gera, Bielefeld, Osnabrück, Hannover, Braunschweig, Lüneburg, Hamburg, Berlin, Königsberg, Danzig, Gdansk, Warschau, Lublin, Brest, Petersburg; e) über Wollersdorf, Polzitz, Nikolsburg, Pöhlitz, Brünn, Wischau, Proßnitz, Olmütz, Sternberg, Zuckmantel, Neisse, Breslau, Frankfurt a. d. Oder, Peterwardein, Belgrad, Sofia, Philippopol, Adrianopol, nach Konstantinopel; f) über Fischauend, Deutsch-Altenburg, Wiesenburg, Raab, Komorn, Buda, Offen, Mohacs, Esseg usw. wie unter g); h) von Deutsch-Altenburg über Preßburg, Leutschau, Epieries, Kaschau, Tokai, Bona, Klausenburg, Hermannstadt nach Kronstadt. Die Briefposten verkehrten nach den einzelnen Routen in der Regel höchstens zweimal in der Woche zu bestimmten Tagen.

Nach einem Verzeichnisse von Jahre 1714 verkehrten tägliche Posten nur zwischen Wien und Preßburg; Brünn, Olmütz, Prag, Graz, Linz und Passau. In dieser Zeitperiode fiel auch der Verkehr von ordinäre Postwegen, von denen einer täglich nach Preßburg und nach Krems, Zweifels, Linz, Salzburg, Ofen, Graz, Laibach, Trient, Prag wöchentlich ein- bzw. zweimal abging und dort ankam.

1745 wurde eine tägliche Briefpost — sogenannte Journalierpost — zwischen Frankfurt und Wien eingerichtet; die Kosten von Frankfurt bis Passau wurden vom General-Reichspostmeister der Fürsten von Taxis, von Passau bis Wien von Ärar getragen. Solche Journalierposten, welche die Beförderung der Korrespondenz durch eine tägliche Gegebenheit in möglichst kurzer Zeit zum Zwecke hatten, wurden nun im Laufe der Zeit nach allen Hauptorten des Staates, wie auch auf andere Nebenrouten, wo diese die Verhältnisse notwendig erscheinen ließen, ein-







fürte a. M. abgeschlossen. Am 23. November 1867 ist mit dem Norddeutschen Bunde, Bayern, Württemberg und Baden ein Postvertrag abgeschlossen worden, dessen Bestimmungen anstatt jener des deutsch-österreichischen Postvertrages vom Jahre 1850 für den Verkehr mit allen jenen des deutsch-österreichischen Postvertrages von österreichischen Postvereinen angehört, dann mit Lauburg und Schleswig in Anwendung kamen. Der norddeutsche Bund umfaßte das Königreich Preußen und Sachsen, die Großherzogtümer Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz, Oldenburg, Sachsen-Weimar, die Herzogtümer Braunschweig, Anhalt, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg-Gotha, Sachsen-Meiningen, die Fürstentümer Lippe, Reuß, Schwarzburg, Waldeck, die freien Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck und die nördlich vom Main gelegenen Teile des Großherzogtums Hessen. Am 7. Mai 1872 der Postvertrag zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und Deutschland, am 25. Juli 1872 das Übereinkommen mit Bayern und Württemberg.

2. Mit Frankreich: am 1. Januar 1818 und 2. September 1857.

3. Mit Griechenland: am 1. Mai 1834, 9. Dezember 1850, 5. April 1867 und 4. Dezember 1878.

4. Mit Großbritannien und Irland: am 10. Oktober 1865.

5. Mit Indien: mit Tashkent am 9. August 1817 und am 5. November 1850 über die Grundlagen des österreichisch-indischen Postvereins; am 23. April 1867; mit dem Kirchenstaate am 15. Oktober 1815 und 30. März 1852; mit Modena am 30. Dezember 1817, am 2. Juli 1819 und 29. Oktober 1851; mit Parma am 13. Dezember 1817; 3. Juli 1819 und 17. September 1851; mit Sardinien am 1. Januar 1819; 28. September 1853; 22. Juli 1856 über die Auswechslung von Reisenden, Geld- und Warensendungen.

6. Mit Montenegro: am 25. Mai 1871.

7. Mit den Niederlanden: am 19. Dezember 1851, betreffend die Beförderung der niederländisch-indischen Post über Triest.

8. Mit Ostindien: das Abkommen vom Jahre 1875, betreffend den gegenseitigen Austausch von Paketsendungen.

9. Mit Polen: am 17. August 1819.

10. Mit Rußland: am 16. August 1819; am 30. Jänner 1843 bezüglich Befreiung des Frachtlagerzuges; am 14. Juli 1850; am 23. April 1854; am 6. Februar 1860; am 21. Mai 1873; am 1. April 1898.

11. Mit Rumänien: am 24. Juli 1868; am 15. Februar 1903.

12. Mit Spanien: am 30. April 1852.

13. Mit der Schweiz: am 22. Juni 1816; am 6. Juni 1817; am 26. April 1852; am 15. Juli 1868; am 2. Februar 1879 in betreff des Fahrpostverkehrs, und am 12. August 1900 das Übereinkommen betreffs Regelung der besonderen Beziehungen zwischen der österreichischen und schweizerischen Postverwaltung.

Besondere Postverträge mit der Generalpostdirektion in Bern am 1. Juni 1828; in Zürich am 18. Mai 1825; in Chur am 1. November 1820; in Genf am 1. Jänner 1831; mit dem Oberpostamt in Schaffhausen am 1. Jänner 1819; mit der Postdirektion in St. Gallen am 21. Mai 1825; in Tessin am 1. Jänner 1835.

Infolge Aufhens der Passsacher Messagerie wurde mit Graubünden am 1. August 1826 ein eigener Postvertrag abgeschlossen. Nach demselben sollen direkte Verbindungen zwischen den österreichischen, k. k. Posten in Vorarlberg und der Landstadt und den Posten des Kantons Graubünden bestehen. Die Briefposten aus Vorarlberg werden wöchentlich zweimal, und zwar das erstmalig vereint mit der Fahrpost, das zweimal mit eigenem Ritt oder Fußboten, jene aus der Landstadt wöchentlich dreimal, und zwar auf der Straße über den Splügenberg oder Chivanna, einmal vereint mit der Fahrpost, das zweimal mit eigenem Ritt oder Fußboten, einmal vereint mit der Straße über den St. Bernhardinsberg und Bollenz, das drittelmal mit Benutzung der Posten des Kantons Zürich im Kanton Tessin abgefertigt. Außerdem werden noch Botenläufe eingerichtet zur Verbindung der Täler und Gegenden von Bergell, Ober- und Unter-Engadin mit Chiavenna; zur Verbindung der Gegend von Poschiavo (Puschlav) mit Tirano; zur Verbindung

des unteren Engadins von Martinsbruck mit Nauders; und ein wöchentlich zweimaliger Kurs mit der Europost über Bolzano zur Verbindung mit dem Miessertale. Die Beförderung der Briefposten hat entweder mittel, Postlinien oder mittels der Boten in Postmontur und mit den Postinsignien versehen, zu erfolgen. Die weiteren Bestimmungen handeln von den Kosten, welche teils von der österreichischen Postanstalt, teils von Graubünden zu tragen sind.

14. Mit Serbien am 14. Dezember 1868 und am 4. März 1907.

15. Mit der Thurn und Taxischen Postverwaltung am 25. Mai 1817; am 16. September 1829, nach welchem zu jeder Zeit Postverbindungen für Instruierung und Auswechslung der gegenseitigen Korrespondenz stattfinden sollen, und zwar von Seite Bismarck von Eger auf der Route über Hof mit Schleiz im Fürstentum Reuß; von Seite Österreichs und Vorarlbergs durch Bayern mit dem Königreich Württemberg; von Seite der Lombarden und Vorarlbergs durch die eigentümlichen Kantone und das Großherzogtum Baden mit Frankfurt a. M. Die Thurn und Taxische Postverwaltung erstreckte ihre Amtswirtschaft auf das Königreich Württemberg, Kurfürstentum Hessen, Großherzogtum Nassau, Grafschaft Hessen-Homburg und Grafschaft Meissenheim, das Herzogtum Sachsen-Gotha, das Fürstentum Lichtenberg, Herzogtum Sachsen-Meiningen-Hildburghausen, sämtliche als Erbmantelthronen; das Herzogtum Sachsen-Altenburg als Pacht; das Fürstentum Hohenanthronen; das Fürstentum Sachsen-Altenburg als Pacht; das Fürstentum Lobenstein, Reuß-Schleitz, Lippe-Deimold, Lippe-Schaumburg-Lippe, Waldeck, Birkenfeld, sämtlich zufolge eines Postablassungsvertrags, das Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt mit Ausnahme der Stadt Frankenhäusen und Umgegend als Erbmantelthronen, das Amt Arnstadt im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen, als Erbmantelthronen, die freien Bundesstädte Frankfurt a. M. als Fürstlich Thurn Taxische Postanstalt, Bremen, Hamburg und Lübeck dergleichen. Ein weiterer Postvertrag wurde am 31. März 1851 abgeschlossen.

Allgemeiner Postverein. Am 9. Oktober 1874 wurde zu Bern ein Vertrag bezüglich der Gründung eines allgemeinen Postvereins zwischen Österreich-Ungarn, Deutschland, Belgien, Dänemark, Ägypten, Spanien, den Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Italien, Luxemburg, Norwegen, den Niederlanden, Portugal, Rumänien, Rußland, Serbien, Schweden, der Schweiz und der Türkei abgeschlossen, welchem späterhin noch andere Staaten beigetreten sind. Die Länder, zwischen welchen der Vertrag abgeschlossen wurde, bildeten nach demselben für den wechselseitigen Austausch der Korrespondenzen zwischen ihren Postanstalten ein einziges Postgebiet unter der Bezeichnung: „Allgemeiner Postverein“.

Die Bestimmungen des Vertrages erstrecken sich auf Briefe, Korrespondenzkarten, Bücher, Zeitungen und andere Drucksachen, Warenproben und Geschäfts-papiere. Als Zentralorgan wurde ein internationales Postbureau (Bern) errichtet, dessen Kosten von den Verwaltungen aller vertragschließenden Staaten getragen werden. Alle drei Jahre soll ein Kongreß von Bevollmächtigten der am Vertrage teilnehmenden Länder zusammentreten, um den Verein weiter auszubilden, notwendige Verbesserungen einzuführen und die gemeinsamen Angelegenheiten zu besprechen. Jedes Land hat eine Stimme und kann sich durch einen oder mehrere Abgeordnete oder durch Delegation eines anderen Landes vertreten lassen. Der Vertrag trat am 1. Juli 1875 in Kraft.

Weltpostverein. Auf Grund der Bestimmungen des vorstehenden im Jahre 1874 zu Bern abgeschlossenen Vertrages sind die Bevollmächtigten der Regierungen der dem allgemeinen Postvereine beigetretenen Länder in Paris zu einem Kongresse zusammengetreten, auf welchem am 1. Juni 1878 zwischen denselben ein neuer Vertrag geschlossen wurde. Nach demselben bilden die Länder, zwischen welchen der Vertrag abgeschlossen ist, sowie jene, welche demselben beitreten beabsichtigen, für den wechselseitigen Austausch der Korrespondenzen ein einziges Postgebiet unter der Bezeichnung „Weltpostverein“. Die Bestimmungen des Ver-



trages erstrecken sich auf Briefe, Postkarten, Drucksachen jeder Art, Geschäftspapiere und Warenproben.

Unter gleichem Datum wurde zu Paris ein Übereinkommen, betreffs Austausch von Briefen mit Wertangebe (Lettre de valeur), am 4. Juni 1878 ein Übereinkommen, betreffs Austausches von Postanweisungen und am 3. November 1880 ein Übereinkommen über den Austausch von Postpaketen ohne Wertangebe (Colis postaux) im internationalen Verkehre abgeschlossen.

Am 21. März 1855 wurde zu Lissabon der Additionskontak zum Pariser Weltpostvereinungsvertrag vom 1. Juni 1878, und am 4. Juli 1891 der Weltpostvertrag zu Wien abgeschlossen, welchen sich unterm gleichen Datum die Übernkommen über den Austausch von Briefen und Schachteln mit Wertangebe, von Postanweisungen, Postpaketen, über den Postauftragsdienst und über die Vermittlung von Zeitung-abonnements und periodischen Druckschriften durch die Post anreihen.

Weitere Verträge und Übereinkommen des Weltpostvereines wurden am 15. Juni 1897 zu Washington und am 26. Mai 1906 zu Rom geschlossen.

## IX. Die österreichische Feldpost.

Bezüglich des Feldpostwesens finden sich folgende Daten vor:

Am 22. August 1496 wurde eine Feldpost von Sondrio aus errichtet.

Am 23. November 1532 entschuldigten sich Kanzler und Regenten der niederösterreichischen Lande bei König Ferdinand, daß die Posten, welche vom Obristhauptmann Hanns Galzianer ankommen, nicht früher bestellt werden können, da in Ungarn zu wenig „Postlerer“ seien, es solle aber in Hinkunft besser werden.

Am 13. März 1549 beschrieb sich der Postverwalter zu Linz Moritz v. Paar durch den Hofpostmeister Mathias v. Taxis bei König Ferdinand I., daß der Graf zu Salza die Legung neuer Posten von und zu dem „Veldlager“ verweigert habe. König Ferdinand befahl hierauf dem letzteren, darauf zu sehen, daß künftig dergleichen nicht mehr vorkomme.

Am 11. März 1566 berichtete der Feldpostmeister Pettau, daß er samt den Feldpostboten über acht Monate keine Besoldung empfangen habe; der Anstand betrage über 1300 fl. Im Jahre 1566 wurde auch der Kommer Postmeister Georg Schott vom Kaiser Maximilian zum Feldpostmeister mit fünf Postpforden in das Feldlager „adfluß der Thurnau“ aufgenommen. Auf jedes Pferd erhielt er 8 fl. monatlich (H. K. A. Postakten 1526—1599.)

Am 7. November 1567 beantragte der Feldoberst Lazarus v. Schwendi, das Feldpostwesen sofort wieder aufzuheben und die Posten wieder durch die Ordinari Feldkurier zu lassen. Dem Feldpostamte waren ein Feldpostmeister und zwei Feldkurier zugewiesen.

Am 17. Juni 1566 legte der n.ö. Postmeister H. Ch. Wolzogen ein Partikulare über die Kosten vor, die seinem Verwalter samt 2 Kurieren, 4 Postrossen, den Postknechten und für einen „Kutschy“, welcher den Verwalter samt seinen Aufzügen geföhrt, anlässlich des Feldpostwesens vom Juli bis November 1595 erwachsen sind, und zwar für den Verwalter monatlich 15 fl., für jeden Kurier das tägliche Lohngeld von 50 kr., für jedes Postross monatlich 10 fl., für den Wagen täglich 14 Pfd. (H. K. A. Postakten 1526—1599.)

Am 26. Juli 1600 wurde vom Erzherrzog Mathias zur Versicherung des Feldpostwesens Markus Antonius Gader v. Paar bestimmt; auf jedes Pferd samt Knecht erhielt er monatlich 10 Taler und zu seiner Ausstättung 300 fl. Zur Bedienung der Feldpost unterhielt er 3 Kurier, 4 Postrossen und 1 Wagen.

Am 16. Juli 1602 teilte Kaiser Rudolf II. seinem Bruder Erzherrzog Mathias mit, daß sein Hofdiener und n.ö. Postmeister Carlo Magno, welcher auch das Feldpostwesen versuche solle, dem vorgewiesenen Feldpostmeister mit der Anzahl Pferde und Knechte gleichgehalten werden solle. Am 26. Juli 1602 wurde angeordnet, daß Magno das Feldpostwesen durch einen tüchtigen Verwalter versehen lassen sollte. Damit er sich für das Feld mit Rossen, Zelten, Wagen und Knechten desto besser ausstatten möge, sollen ihm 200 fl. in Abzinsung gerichtet werden.

Am 30. September 1620 berichtete der Hofpostmeister Carlo Magno, daß über kaiserlichen Auftrag die Posten von und zu dem Feldlager über Linz und Budweis eingelegt werden sollten, daß aber derzeit von Linz aus keine Post dahin bestube, sondern erst eingerichtet werden müsse. Da bis Prag 12 Posten verordnet seien, auf deren jede wenigstens 100 fl. erforderlich sind, möge die Hofkammer das Entsprechende veranlassen.

Am 11. Februar 1631 berichtete der Prager Postmeister Ferdinand Prager an die Räte, Statthalter und Landoffiziere des Königreichs Böhmen, daß bei dem jetzigen, sehr gefährlichen Kriegswesen die von ihrer Majestät und der katholischen Liga von und zu derselben Armada durch Kurier und eigene Stafetten wesentlich sehr nötig hin und wider gehenden Schreiben durch Sachsen und die Mark Brandenburg nicht sicher fortzubringen seien, inmaßen unlängst ein kaiserlicher Kurier, der mit kaiserlich und kurfürstlich bayerischen Schreiben zum Generalleutnant Grafen v. Tilly gegen die Dessauer Elbschanze oder wo ihre Reiter ausgesprengt, des Pferdes, aller Schreiben und was er bei sich gehabt, beraubt, ganz ausgezogen und hernach ins Oberfeld des Schenkels geschlossen worden ist. Graf v. Tilly will daher, daß alle vom kaiserlichen Hof und aus dem Reich kommenden Schreiben nicht mehr nach Leipzig, sondern so lang sich derselbe zu Frankfurt a. d. Oder befinden wird, der größeren Sicherheit wegen von Prag durch Frankfort oder Lausitz auf dem nächsten Wege überschickt werden. Da aber an diesen Orten keine Ordinari Gelegenheit ist und eigene reitende Posten deshalb zu unterlegen zu viel Unkosten bereiten würden, erscheint es notwendig, daß diefalls entweder bei der böhmischen Kammer angeordnet werde, daß vom Rentamt zu fünf oder sechs Meilen eigene Tag und Nacht laufende Fußboten angestellt oder durch ein offenes Patent allen Städten, Märkten und Flecken zu fünf und sechs Meilen, wie es die Gelegenheit bei Frankfort gehen wird, befohlen werde, so oft ihnen dergleichen eigene Posten zukommen, solche bei Tag und Nacht auf eigene Unkosten sicher und schnellst hin und wider zu befördern. (H. K. A. Postakten 1601 bis 1643.)

Im Monate Juni 1636, als die Armada noch am Rhein zu Drusenheim kampierte, wurde der Wt-Sensatler Postmeister Jakob Schögl nach Ableben des früheren Feldpostmeisters Christof Zunselt auf Intervention des Hoch- und Deutschmeisters v. Stadion vom Generalleutnant Grafen Gallas und dem Generalkommissar Frederik v. Waldenrode als Feldpostmeister gegen eine Besoldung monatlich 40 fl. bestellt. (H. K. A. Postakten 1634—1639 und 1673—1687.)

Als derselbe bei Landau auf diesen Dienst resignierte, ist an dessen Stelle der Feldkurierkavalier Bonet als Feldpostmeister aufgenommen worden.

1637 wurden durch den Oberst-Hof- und Erblandpostmeister Karl Grafen v. Paar, um mit der in Polen stehenden königlichen Armada leichter zu korrespondieren, zwischen Wien und den polnischen Grenzen auf dem kürzesten Wege noch sechs Posten, und zwar zu Wischau, Kremsier, Bistritz, Weiskirchen, Neutischin und Petrowald angelegt und den dahin neu bestellten Postförderern als Anreizgeld eine halbe Jahresbesoldung mit je 96 fl. und dem Kurier, welcher die Posten einlegt und 28 Posten zu reiten hatte, als Rittgeld 21 fl., Trinkgeld 7 fl. und Lohngeld 24 fl. bezahlt.

1671 wurde in dem Reichs- und holländischen Kriege gegen die Krone Frankreich, Johann Georg Metzger, damaliger Graf Paurischer Sekretär, später Postmeister zu Braun, als Feldpostmeister zu der unter Kommando des Generalleutnants



Montenecoli gestandern kaiserlichen Armee im Reich abgeschickt, 1673 aber zurückberufen und an seine Stelle Johann Eberhard Rebell, damaliger Graf Paarischer Sekretär, zum Feldpostmeister bestellt.

Am 24. April 1672 erhielt Karl Graf von Paar die Weisung, dem Generalleutnant, bestellten Obristen zu Raab und Obrist Land- und Hauszeugmeister Rainund Grafen von Monteneoli zu seinem bevorstehenden Abmarsche „mit denen Völkern nach Eger“ vom Hofpostamt zwei Kuriere und einen Postoffizier mitzugeben; und die Posten auch an den Orten und Plätzen, wo er mit dem Hauptquartiere hinkommen oder sich befinden wird, ordentlich nach Wien einzurichten. Ein Feldpostmeister erhielt zu jener Zeit eine monatliche Besoldung von 100 fl., ein Feldkurier die Post- oder Rittgelder, und wenn Mittel vorhanden waren, etwas in Abschlag der Besoldung, in den Feldzügen eine Zulage bis 15 Gulden.

(H. K. A. Postakten 1660—1672.)

Als der Frankfurter Reichspostmeister Johann Wenzel die zur kaiserlichen Armee gehörigen Briefe zurückgehalten und dafür vom Feldpostamt die bare Bezahlung und Gutmachung begehrt hat, erhielt er unterm 9. Jänner 1674 vom Kaiser Leopold den Befehl, die von der kaiserlichen Armada abgehenden oder an dieselbe einlangenden Pakete jedesmal un eröffnet dem gewöhnlichen Postenlaufe nach ihrer Bestimmung zuzuführen. (H. H. v. St. A. Aufg. 638.) Der Feldpostmeister Rebell ist bis zum Ende des Krieges verblieben. Als im Jahre 1674 die kaiserliche Armee verteilt wurde und ein Korps unter General Souches, das andere aber unter Duc de Bourneville am Ober-, bzw. Unterrhein lagerte, und bei jedem Korps ein besonderes kaiserliches Feldpostamt eingerichtet worden ist, wurde zum Bournevillischen Korps der Wiener Obrist Postamtsoffizier Max Franz Bartuschka im März 1674 als Feldpostmeister mit kaiserlichen offenen Patenten abgeschickt, nach welchen die Leichposten mit den kaiserlichen Feldpostämtern in gutem Vernehmen und Korrespondenz stehen und denselben alle dahin gehörigen Briefe zuführen und vice versa wieder annehmen sollen.

Am 8. Mai 1689 wurde dem Grafen v. Paar befohlen, den zum Feldpostmeister bei der unter dem Oberkommando des Herzogs v. Lothringen stehenden Hauptarmee im römischen Reich bestimmten Heinrich Gottfried Wittekind nebst drei Feldkurieren sogleich dahin zu beordern und mit dem Respekt und Gehorsam an die in Capite kommandierende hohe Generalität der Ordnung und dem Herkommen nach zu weisen; ferner für die unter dem Kurfürsten von Bayern stehende Armada im römischen Reich, welche nach dem Kurfürsten der Feldmarschall Graf von Caprara zu kommandieren hat, und zu der in Ungarn unter Kommando des Ludwig Markgrafen zu Baden zu formierenden Armada je einen Feldpostamtsoffizier mit zwei Feldkurieren zu bestellen und dieselben anzuweisen, den Respekt und Gehorsam an ihre vorgesetzten Generals zu tragen. Unterm 12. Mai 1689 teilte die Hofkammer dem Karl Joseph Grafen v. Paar über sein bezüglich des Feldpostwesens bei der kaiserlichen Armada im römischen Reich geschehenes Erinnern mit, daß man zwar kein Bedenken habe, ihm das Feldpostamt zu seiner Disposition und guten Einrichtung zu überlassen, daß es zuvor jedoch nicht üblich gewesen sei, einem Feldpostmeister außer der Besoldung von monatlichen 100 fl. etwas weiteres zu reichen, sondern wenn vom Proviant oder Forrage daneben dem vorigen französischen Kriege das General-Kriegscommissariat dafür gehalten, es könne das Postwesen bei der Armee nicht allein ohne allen Entgelt des acerrim publici gar wohl bestreiten, sondern auch über alle Unkosten pro Cassa Campestri noch ein namhaftes davon gehalten werden. Man zweifle also nicht, daß der Graf bei den jetzigen der kais. Maj. obliegenden großen Kriegs- und Hofausgaben ernes Feldpostwesen, wo nicht unentgeltlich auf sich nehmen, doch wenigstens mit dem monatlichen Auswurf sich begnügen lassen werde. Auf dieses hin richtete Graf Paar, daß in allen deutschen Kriegen bis Ende 1647 einem Feldpostmeister die Besoldung monatlicher 100 fl. allein und niemals Ausstaffierungsgelder gegeben wurden. Im letzten französischen Kriege 1672 seien dem damaligen

Feldpostmeister Metzger nur die monatliche Besoldung von 100 fl., seinem Nachfolger Rebell aber, als er mit einem Schreiben von Wien in das Reich gegangen, für Reisegeld, 6 Pferde und einen Kutscher in allem 540 fl., und 1676 denselben in Ansehung seines Wohlverhaltens 500 fl. Ausstaffierungsgelder nebst der monatlichen Verpflegung, welche in Geld 100 fl. ausgetrieben, gereicht worden. Dem 1674 zum Korps des Duc de Bourneville von Wien entsendeten Postoffizier Bartuschka sind zu seiner Ausstaffierung 500 fl. aus dem kais. Hofpostamt gereicht worden. Auch bei Anfang des Türkenkrieges 1683 sind dem jetzigen Postverweser zu St. Pölten, Johann Michael Dürfler, welcher in qualitate eines Feldpostmeisters der kais. Armee zugeordnet wurde, 500 fl. zu seiner Equipage erfolgt worden. Hierüber wurden unterm 2. September 1689 dem Grafen v. Paar „für diesmal und ohne weitere Konsequenz“ 1000 fl. zur Adjuta für die zwei Feldpostämter im Reich bewilligt. (H. K. A. Postakten 1688—1700.)

1691 wurde Johann Caspar Werner, welcher vorher am Schwarzwald ein Partikularfeldpostamt bedient hatte, zur Hauptarmee ins Reich als Feldpostmeister abgeschickt.

Die Besorgung des Feldpostdienstes im Reiche durch Graf Paar hatte nun wiederholte Streitigkeiten zwischen demselben und dem General-Reichspostmeister Grafen zu Thurn, Valsassina und Taxis, und beiderseitige Beschwerden bei den höchsten Staatsstellen im Gefolge. So beklagte sich im Jahre 1689 der Reichspostmeister Eugenius Alexander Graf v. Taxis beim Reichshofrat, daß vom Hofkriegsrat zwei präfixirte Paarsche Feldpostmeister zur Bedienung der Armeen im Reiche abgeordnet seien (siehe oben) ungeschickt er (Taxis) mit solchem Regal privative beehrt worden, und kauftte daran die Bitte, die Paarschen Postmeister zu entsetzen und die Administration der Feldpost ihm zu übertragen. Aber auch anderweitige Vorkommnisse gaben Anlaß selbst zu kaiserlichem Einschreiten.

Im Jahre 1691 hat der Kurfürst von Sachsen bei der Armee am Rhein ein eigenes Feldpostamt mit sich geführt. Auf die hierwegen vom Grafen v. Paar eingeklagte Beschwerde hat der Kaiser das folgende Schreiben ddo. Wien 2. Juli 1691 an den genannten Kurfürsten gerichtet: „Euer Lbden belieben ab hieselbe verwalten Anschluß seines mehrern Inhalts zu vernehmen, was an Mich Mein Cammerer und Obrist Reichs-Hof- und Meibler Erbkanigreich und Landen General-Erbpostmeister Carl Joseph Graf von Paar wegen des von Euer Lbden angestellten Feldpostamts und dadurch ihm zuwachsenden Nachtheils in Untertänigkeit gelangen lassen. Gleichwie Ich nun von E. Lbden genugsam versichert bin, daß dero Intention keineswegs ist, weder Mir in dem Mir reservierten hohen Postregal, weder ihm Grafen von Paar in seiner Befugniß und hergebrachten Pöbelion das geringste Nachtheil zuzufügen, sondern es vielmehr bei dem alten Herkommen, gleich es des Churfürsten zu Bayern Lbden im vorigen Feldzug auch gethan, gern bewenden zu lassen: So trage Ich zu Euer Lbden das freundschaftliche Gehörne Vertrauen, thut es auch an dieselbe gnädiglich gesinnen. Sie werden zu Abschneidung dero etwa sonst anwachsenden Irrungen und Confusionen die gehörige Verfügung zu thun nicht entgegen sein, daß dero Feldpostamt abgestellt und neben dem Meinen kein anderes Feldpostamt bei alldiesiger Armee am Rhein gehalten werden möge. An dem, neben dem es an sich selbsthin billig, beschließt mir von E. L. ein sonders angenehmes Gefallen, den Ich hingegen mit V. verleihe.“ (H. H. v. St. A. Aufg. 638.) Ein gleicher kaiserlicher Handbrief erging unterm 9. Juli 1691 an den Kommandierenden Grafen Caprara, in dem es unter anderem heißt: „Wie Ich nun, sein des Grafen von Paar Anlangen nicht unbillig zu sein befände, indem erselb dieselben kappzogenen Lehenbriefe klar, er auch in dessen ruhiger possession bisher gewesen, und eben des Churfürsten in Bayern Lbden, welche auch eigene Feldpostamt vor einem Jahr bei erzaller Armee einzuführen und zu halten verordnet, bei Vernehmung erwählten seiner Jurium davon ganz unbedenklich abgestanden ist, also wolle Ich die Nothdurft indessen des Churfürsten in Sachsen Lbden, mit guter manier vorstellen und durch sein, damit auch von demselben das zu introduciren verordnete eigene Feldpostamt abgestellt und ohnverstandner Gr. v. Paar bei seiner diesseitigen Befugniß



unbekannt und ungekrönt gelassen werde . . . . . (H. K. A. Postakten 1658—1700)

Dessen ungeachtet wurde das kaiserlich sächsische Feldpostamt nicht aufgegeben, was eine neuerliche Beschwerde des Grafen v. Paar zur Folge hatte. Kaiser Leopold erließ daher unterm 14. Juni 1692 an den kommandierenden General am Rhein den folgenden Befehl: „Nachdem Wir bei Unseren im Reich agierenden Armeen Niemandem als Unserm Obristen Hofpostmeister die Besetzung der Posten gestatten thun, dieses auch bei letzthin vorgewesener Versammlung zu Augsburg dem Churfürstlichen Collegio zu wissen gethan, welches dann dieselbe mit Uns eingetungelt gelassen werden möge, massen Wir dann zu Unserm Ende sowohl an den jetzt regierenden Churfürsten, als auch an Unseren General Reichs- und Niederländischen Erbpfortmeister Grafen von Taxis gewendet haben . . . . Das kaiserliche Schreiben gleichen Inhalts an den Grafen von Taxis lautet: „Wir haben nicht allein der Feldposten bei Unserer im Reich sich befindenden Armee sich anzuordnen, sondern auch bei uns mit Ihr Lhd. diesfalls in guter Intelligenz stündet, und die Beförderung solch Unserm Reichs-Hofpostamt höchst nachtheiligen Eingriffes Euch mit gelackter Ihr Lhd. um ein gewisses verglichen hättet. Gleichwie Wir aber die Bestellung der Posten bei Unserm im Reich stehenden Armeen Jedem andern, als Unserem beehrten Reichs-Hof- und Erbland-Postmeister, dem Grafen von Paar, nicht gestatten können, gestalten Wir dann solch Unsere gnädigste Intention bei Euch vorgewesenem Wahltag unseres geliebten Sohnes Lhd. zum kaiserlichen König dem Churfürstlichen Collegio intimirt. Uns zu unterthänigen Ehren auch dasselbe sich damit verstanden, und es nur an dem ist, daß Du Dich mit ermelten Grafen von Paar wegen Beförderung der Briefe und Pakete der Billigkeit nach vergleichst bei Unserer geduldeten gnädigsten Resolution Wir es auch gnädigst lassen, und dem Grafen v. Paar hierin nicht beschweren sehen wollen, sondern zu dem Ende Unsere an Weiland den letztverstorbenen Churfürsten zu Sachsen diefalls abgelassene dehortatoria, auch an dergleichen jetzige Churfürsten Lhd. an Euch laßt, daß Du Dich der Churfürstlichen Correspondenz abdringst, und Deine subordinirte Postmeister in Unsern und des kaiserlichen Reichs Städten Frankfurt, Nürnberg, Augsburg, Heilbronn und Schwabhausen anweist, ermelten Grafen von Paar im Reich bestellten Feldpostamt alle hülffliche Hand zu bieten, und der Churfürstlich Sächsischen Privatpost keine Briefe zuzuführen, noch von denselben anzunehmen.“ (H. K. A. St. A. Antiqua 635.)

Im spanischen Erbfolgekriege schrieb Kaiser Leopold am 12. September 1701 dem Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden, daß er bei der Reichs-Armada ein Feldpostamt aufzustellen befohlen habe, daß dem Grafen von Paar oder seinen hierzu bestellten Bedienten bei Führung der nötigen Feldkorrespondenz von Niemandem Hinderung geschehen solle und von den nächstgelegenen Reichspostämtern die nötige Kommunikation verschafft werden möge. In gleichem Sinne schrieb der Kaiser auch an den Fürsten von Taxis. Hierüber begehrt sich der letztere, und der Kurfürst von Mainz intervenierte zu dessen Gunsten beim Kaiser und schrieb auch an den Reichsvizekanzler. Am Schlusse dieses Schreibens heißt es: „und gleichwie dieses der höchsten Gerechtigkeit gemäß ist, und ich ohnedem des Herrn Reichsvizekanzlers Eifers in Conservation der Reichsgesetze versichert genug bin also verlasse mich auch darauf gänzlich und zweifle anbei nicht, weil der mehr genannte Graf von Paar des Herrn Reichsvizekanzlers Schwager ist, er werde die Unbilligkeit der Sachen demselben im Vertrauen auch von selbst vorzustellen nicht abgeneigt sein.“

Weil der am 12. September 1701 an den kommandierenden General Markgrafen von Baden erlassene Befehl bezüglich des Feldpostamtes von keinem Erfolge begleitet war, ergingen an denselben am 12. Februar 1702 dieselben neuerliche kaiserliche Weisungen. Auf Grund derselben schrieb der Markgraf von

Baden ddo. Lang Kündel den 15. Mai 1702 an den Grafen Taxis nach Augsburg und Baron Wetzel nach Frankfurt, daß sich die Reichsposthalter nicht der Armee unterziehen, Briefe, die an die Generalität und sonst zur Armee gehören, nach ihrem Belieben auch ein und andere Posten zurückzubringen und die Præstension zu formieren, daß, wer solche haben wollte, darum eigens schicken solle, und dann auch gesamte Reichspostämter mit dem anwesenden kaiserlichen Feldpostamt gegen Seiner Majestät Befehl die nötige Korrespondenz bisher unterlassen und für das künftige difficultum . . . Diese Verweigerung könne keineswegs gestattet werden: im Beharrungsfall würde man sich gezwungen sehen, nicht nur auf andere dispositiones bedacht zu sein, sondern auch Seiner Majestät zu berichten, daß man seitens der Reichsposthalter den Dienst vielmehr zu vermindern, als zu befördern sehe . . . Es möge daher ernstlich befohlen werden, daß die Reichsposthalter alle zur Armee gelangenden Briefe an das anwesende und von Seiner Majestät zu diesem Ende herangestellte Feldpostamt einreichen, und von Seiner Korrespondenz aufhören und kontinuierieren. (H. K. A. Antiqua 638.)

Die Sache kam von neuem an den Reichshofrat. Taxis erwahnt in seiner diesfälligen Vorstellung, „man nehme seine Jura nicht zu Herzen und man müsse sich endlich wegen des gegen Paar nicht haltenden Schutzes beschweren und wider die letzteren aus der kais. geheimen Reichshofkanzlei ergangenen Befehle des Jure naturalis defensum gebrauchen, oder es möchte wohl gar deswegen ein gemeines Reichsgravamen zu besorgen sein.“

In der vom Grafen von Paar eingebrachten Gegendarstellung wird erwähnt: „Das Feldpostamt sei ein essentielle connexum des Hofpostamts und über Menschen (gedenken wir davon getrennt gewesen, sondern fast von 100 Jahren her allezeit von den Paar verwaltet worden. Es gehöre mit zu dem kaiserlichen Heerhaupt und folge demselben, sei auch bei des römischen Königs Josephs Willkür mit dem Churfürstlichen Collegio ausgemacht worden, daß in der Capitulation nichts davon gedacht, sondern relicto jure allein die Abstellung der Mährische dem Kaiser recommandiert, und es wegen der strittigen Punkten bis zu Austrag der Sache bei der Leopoldinischen Capitulation verbleiben solle, wie denn auch der Kaiser Zusatz verworfen worden; mithin gebe und nehme dieses keinen Theil nichts, sonst wäre in der noch strittigen Vergleichssache das Judicium elusum, und es würden der Churmainzischen und Taxischen Erklärung zuwider, alle Urtheile sammt allem jure quæsito auf einmal unbillig vernichtet.“ (Vergl. Beust, Versuch einer Erklärung des Postregals.)

Hierauf erfolgte unterm 26. Ju der Graf von Paar bei Bestellung des bei der kaiserl. Armee in dem Reich gehindert zu lassen und zu manöuvrieren der von denen Taxischen Bedienten, den kaiserl. Hof- und Commissarios versucht werden solle, eine Pauschalbetrag von 1000 Lasten erweilich, sondern der Feldpostamt geschworenen Reversalien zu den geordneten Taxis von Taxis aber nicht akzeptiert.

Nachdem ein Ausgleich im pflanzlichen Feldpostamt eingeleitet worden, so Administration des Feldpostamts nach von Taxis dabei zu lassen und zu wie anno 1666 auf Reichs- und Wä verglichen worden, mit demselben seiner ferneren præstension und For der Feldpostoffizier 400 fl.



der Feldpost zur Ruhe zu weisen, und es lediglich bei dem Vergleich de anno 1666, zu dessen Unterschrift- und Fortsetzung der Graf von Paar sub termino orthum angenommen wird, alles seines Inhalts ein für alle mal, wie auch wegen der freundschaftlichen Briefe bei der bisher geduldeten Unversatz ohne einige Neuernung zu lassen und solches gleichfalls, wie hienit geschieht, aufzuheben, bei Vermeidung der in der Traktation von Ao 1666 enthaltenen Strafe." (H. H. v. St. A. Antiqua 638.)

In einer Entscheidung gegenüber stellte Graf Paar die Ungelegenheiten vor, welche durch die Bezeichnung eines Taxischen Bedienten unfehlbar erfolgen würden, er wolle lieber den Nutzen des Feldpostwesens nach Abzug der Kosten, oder auch Gewinn und Verlust mit Taxis teilen; und ersuche ein anderes friedliches und beutungs-mittel durch kaiserliche Entscheidung oder durch eine Kommission zu treffen. Hierüber erstattete der Reichshofrat sein Gutachten an den Kaiser, worauf jedoch lange Zeit keine Resolution erfolgte. (Vergl. Deust.)

Am 26. April 1702 wurde bei dem unter Kommando des Feldmarschalls Herzog Karl von Lothringen abgegangenen Detachement ein kleines Postamt mit einem Schreiber und 4 Pferden aufgestellt, am 30. April 1703 aber wieder aufgehoben.

Am 1. Februar 1704 wurde dem Feldmarschall Sydert Graf von Heube, welcher mit dem Oberkommando in Ungarn und Steierbürgen betraut worden ist, ein Postoffizier mit Postillionen, Pferden, Wagen und Kaleschen beigegeben.

In der Anstunde bei der kaiserlichen Feldpost im Reiche danerten fort. Am 11. Juli 1704 hat der gräflich Paarische Anwalt von Heimisch dem Kaiser angezeigt, daß sich jetzt ein königlich preussischer Feldpostmeister hervorne, „es möge deswegen an Chur Brandenburg und an die kommandierende Generalität Demonstration abzufolgen werden.“ Untern 22. Jänner 1706 schrieb Kaiser Joseph I. an den König von Preußen, daß sich der Reichs-Obrist Hof- und General-Feldpostmeister Carl Joseph Graf von Paar darüber beschwert, daß vom Könige während des Feldzuges im Reiche bei der Reichsarmee eine eigene Kaleschenpost aufgeführt und ihm dadurch an seinen über die Feldpost bei der Reichsarmee privative per infundatione et rem indicatum erlangten jribus et emolumentis sehr präjudizirte und geschadet werde. In dem Briefe heißt es dann weiter: „Wie Wir nun in Kraft obtragenden A. H. Lohenherlichen Ante in alle Weg schuldig und gehalten sind, ihm Grafen von Paar hierin die hilfreiche Hand zu leisten und dergleichen bei dem völligen Genuß solch seines hergebrachten Rechts zu hindern, so versichere Ich Mich an Euer Lohen hiermit in: Obgleich und brüderlich. Sie werden künftighin von solch angelegter Feld-Cabinet-Post von selbst abstecken und dadurch den Grafen von Paar in seinen jribus et emolumentis weiters nicht verlihren lassen.“ (H. H. v. St. A. Antiqua 638.)

Zur Unterlegung und Erhaltung einer Feldpost bei dem in Niederungarn stehenden Korps wurden vom 15. Juli 1706 die Gage für einen Postoffizier mit monatlich 6 fl und für einen Kurier monatlich 6 fl und 2 Pferdeportionen bewilligt. (H. K. A. Postakten 1700—1717.)

Am 21. Februar 1712 rekrutierte der Hofkriegsrat an Graf Paar, daß sich in dem in die Niederlande abzuschießenden Kriegskorps ein Feldpostamt mit der nötigen Anzahl der gewöhnlichen Kuriere zu gleicher Zeit zu verfügen und alle ein und anderen dahin gehenden Regiment anzuhängen habe. Inzwischen, bis der Hofkriegsrat-Präsident und Generalleutnant Prinz Eugen von Savoyen herüber kommen und bei gedachtem Korps anlangen wird, soll das Personale auf den General der kavalieren Carl Colonna zu Fels das gebührende Aufsehen haben und den Vorrichtungen Völlig forsch. Am 2. März 1712 wurde angeordnet, daß das in die hurgandischen Lande abgehende Feldpostamt samt Bagage seinen Zug dahin mit dem Sphendischen Husarenregiment nehme. Während des Zuges soll

sich das Feldpostamt derart verhalten, daß alle Exzesse unter schwerer Verantwortung vermieden bleiben. (H. K. A. Postakten 1700—1717.)

Am 9. September 1712 rekrutierte Kaiser Karl VI. rückschicklich der Streitigkeiten an den Fürsten Taxis: „Deiner Idden ist Vorhin bekannt, was ein Zeit hero zwischen derselben und dem Grafen von Paar an Unversatz, Reichshofrat wegen Unserer kaiserl. Feldposten für Strittigkeiten in übereinstimmten Rechtestren anhangig seien. Nun sind zwar anjolge die diesfalls vorhandenen akte in Unserem kais. Reichshofrat zur gehörenden Relation gebracht, anjend aber suspena ulteriori relatione die gute Intention verordnet worden; daher Wir dann nicht zweifeln, es werden von beiden Theilen die behörigen Vollmachten zu obigen Ende nachstens beigebracht werden. So Wir Deiner Idd, mit gedachtem Voreilen hienit notifiziren lassen wollen. Sie werde inzwischen und bis zu gut- und rechtlichem Ausgang der Sachen sich mit Unserem kaiserl. Feldpostamt wegen der Correspondenz, Abnahm deren Briefe und deren Cabinetposten solcher gestalten betheiligen, damit dadurch Unserem kaiserl. Interesse sowohl, als dem bono publico nicht geschadet, sondern auch alle formere Welterung vermieden werden mochte.“ (H. H. v. St. A. Antiqua 638.)

Am 30. Jänner 1734 beforwortete der Kurfürst Philipp Carl zu Mainz beim Kaiser die Bitte des General-Reichs-Erbpostmeisters Fürsten zu Thurn und Taxis, ihn bei den jenzigen Kriegsläufen bei seinen Gerechtsamen zu manutenern, da er bereits ein Feldpostamt bei seiner Majestat und sonstigen postierten Truppen am Rhein-strom aufgestellt, auch künftighin bei Fortsetzung der Armeen und angehenden Kampagne nöthigst sorgen lassen würde.

Am 16. Februar 1734 wurde Graf Paar vorstehend, daß sowohl bei dem im Römischen Reich, als in Italien zu stehenden kommandierenden kaiserlichen Armeen ein Feldpostamt aufzustellen ist und jedem Feldpostmeister zur Anschaffung der nöthigen Pferde, Kaleschen und Andertandnisse gegen Verrechnung 2000 fl. zu verordnen sind. Nachdem das kaiserliche Kommando alle Unkosten zu lasten hat, sollen demselben alle eingehenden Brief- und Litzigelder, dann die 40 fl. Postmeistervergütung nebst den 10 Mund- und 10 Pferdeportionen, welche das Feldpostamt aus der Kriegskasse, bezw. dem Feldpostamtamt zu empfangen hat, zugute kommen. An Briefe sollen im Römischen Reich nach dem Fürst Taxischen Fuß für den ordinarium Brief, der im Reiche 10 kr. kostet, 8 kr. in Italien aber nach österreichischem System für den inländischen Brief 4 kr. für den ausländischen 6 kr. bei der Auf- und Abgabe bezahlt werden. Damit aber alle, sowohl die eigenen kaiserlichen, als die in deren Verpflegung stehenden Auxiliärtruppen sich danach zu richten wissen, wurde durch den Hofkriegsrat verordnet, daß bei der Armeen keinen anderen als dem kaiserlichen Feldpostante die Sammlung und Anstellung der Briefe vorbehalten und gestattet wurde. Die Postfreiheit kam nur den kommandierenden Generalen, dem kaiserlichen General-Kriegskommissariat, der Feldkriegskasse, dem kaiserlichen Provinzialamt zu. Zugleich wurde die Reichskasse beauftragt, den Fürsten Taxis zu erörtern, daß seine subordinierten Postämter die zur Armeen gehörigen Briefe und Pakete dem Feldpostamt anzuführen und von diesem zu übernehmen haben. (H. K. A. Postakten 1723—1736.)

Mit 21. Jänner 1736 wurde das Feldpostamt im Römischen Reich end mit 2. Jänner 1736 Jenes in Italien, wieder aufgehoben. Injenglich der Feldpostwesen in dieser Zeitperiode ist folgendes zu bemerken: Die zu den Feldpostämtern zugewiesenen Beamten (Feldpostoffiziere) wurden nur auf Kriegsdauer aufgenommen, daher bei Auflösung der Feldpost wieder entlassen. Im Frieden wurde denselben zumeist, jedoch nur auf eine beschränkte Zeit der Fortsetzung des Feldpostgeschäftes gewährt und wurde auf dieselben bei Besetzung der gewöhnlichen Poststellen besondere Rücksicht genommen. Der Personalstand eines jeden Feldpostamtes bestand aus 1 Feldpostmeister, und je nach der Stärke der Armeen aus 3 bis 4 Postoffizieren, 1 Amtsdienner, 4 bis 6 Postillionen und 2 Statutenjungen. Der Feldpostmeister erhielt 500 fl., jeder Feldpostoffizier 400 fl.



jeden Postillon zu k. k. jeder Stafettenjunge 20 fl. jährlich an Besoldung und außerdem an Kostgeld für Postmeister 3 fl., jeder Postoffizier 2 fl. täglich, der Amtsdienner für Kost und Lohn täglich 24 kr., der Postillon 3 fl. und der Stafettenjunge 1 fl. 50 kr. wöchentlich. Jedes Feldpostamt wurde mit der künftigen Anzahl Pferde, Kaleschen, Kutscher und den sonstigen Ausfordernden ausgerüstet. Die Pferdejournee mußte von Feldpostämtern gegen bare Vergütung aus dem Militärmagazin bezogen werden.

1756 erteilte die Aufstellung eines Feldpostamtes bei den Truppen in Böhmen, 1757 die Aufstellung von eigenen Feldstafetten-Konduktoren, welche die von und zu der Armee expedierten Stafetten von Station zu Station zu besorgen hatten. Ein solcher Kondukteur erhielt außer dem Rittgelde täglich 1 fl. Feldpostmeister war der Olmützer Postverwalter Caspar Hofer.

Als im Jahre 1759 angewandt wurde, daß bei der Reichsarmee holländische österreichische Feldpostbeamte zuzukerufen und das Postwesen bei der kombinierten Reichsarmee künftig nur durch das kaiserliche Reichspostamt besorgt werden soll, überreichte Graf Paar unterm 21. März 1759 demgegen eine Vorstellung, in welcher er ausführte: Ich würde nicht ermaugt haben, dergestalt ein solches das bedürftig zu verfügen, sofern nicht meine aufhabenden Pflichten nach verabschiedet, außerdem an noch ein so andere ihrer k. k. Majestät A. H. d. u. Dienst und Interesse betreffende a. u. Vorstellungen zu machen, u. z. bestehen diese im nachstehenden: Es haben nämlich meine Urgroßvater und Vorfahren schon im 30 jährigen Reichs- und Schwedenkrieg, als die kaiserl. Truppen unter Commando ihrer Durchl. des E. H. Leopold Willh. u. wie auch der kais. Generälen Gallas, Blatzel, Tilly, Papenheim, Piccolomini im Reich und in den Niederlanden gestanden, jederzeit mit exclusion des Reichspostgenerals die Feldpost unter bestell, und diese von weiland Kaiser Mathia verliehen. Durch so viele dessen Nachfolger auf dem kais. Thron aus dem alldurchdringendsten Erzhaus von Österreich beauftragt praerogationen bis auf jetzige Zeiten und sogar noch danach conservirt, als ihrer Maj. Armeen im letzteren französischen- und bayerischen Krieg nicht als kaiserliche, sondern als königlich hungarische und holländische in dem römischen Reich agiert, und obwar von Zeit zu Zeit das Reichspostgeneralat sich hierinnen einmischen versucht, ist jedoch selbiges nicht nur vicar des von dem Lanoral Freiherrn von Taxis, als mit dem Reichspostgeneralat am ersten belehnten anno 1616 ausgestellten Levers, kraft welchem derselbe für sich und seine succedoren sich kräftigst vorhanden, unter keinerlei Vorwand ihr kais. Maj. Obristen Hof- und österreichischen Postämtern einigen Eintrag, Irung, Verhinder- oder Beschränkung zufügen zu sollen, noch zu wollen, sondern auch von darinnen allemal abgewiesen worden, dieweil die Correspondenz von dem kais. Hof an dem Generalat und vice versa von diesem an jenen, viel schwerer in solcher Leut Händen geachtet worden, welche ihr Maj. allein verpflichtet und zugehört sind.

In gegenwärtigen Krieg u. z. anno 1757 vernünftigen sich mit ihrer Maj. eigenen, auch ein Theil Reichstruppen unter dem vorhin ungewöhnlichen Namen einer Reichsarmee, und da bei selbiger sich ein Feldpostamt befand, war dieses par froh, daß man dessen abgehe- und ankommende Briefpakete durch Böhmen nach dem Reich ungetrübt beförderte, gleichwie das k. k. seine Expeditionen sowohl außer, als in andere Länder ebenfalls ohne Anstand abschickte. Nachdem also die Reichstruppen, welche dahin nur unter dem Namen Auxiliar-Völker bei der kaiserl. Armee sich befanden, jetzt eine eigene Armee formirten, getraute ich mich um so weniger mit einiger Vorstellung gegen das mitgebrachte Reichspostamt anzuklagen, als anno 1745 zur Zeit, als die sächsische Armee sich mit der von ihrer k. k. Maj. conjungirt hatte, derselben ihr eigenes Feldpostamt restatirt worden, mithin auf diesen Vorgang das Reichspostgeneralat sich berufen und mit gutem Fug ein gleiches hatte praetendiren können. Da aber meines Wissens wederhohem Reichspostgeneralat selbst niemals beigefallen, bei jetzigen Conjunctionen das k. k. Feldpostamt verdrängen und aus seiner Activität setzen

zu wollen, solcher dem A. D. Erzhaus zureichend, von so vielen Kaiserlichen demselben erworbenen praerogativ aber ohne alle Noth freiwillig sich zu begeben, ein solcher Vorgang wäre, welcher seiner Zeit von den übelsten Folgerungen sein dürfte, wo im Gegentheile ein solches Recht zu conserviren, von anderen große Summen hierauf billig würden verwendet werden, anstatt daß bei demaliger Verfassung durch solches k. k. Feldpostamt dem acrio vielmehr anoch ein Nutzen zufließen muß, gestalten die vorhandenen Rechnungen zeigen, daß bei diesem detachirten Feldpostamt von 1. 7 bis Ende 1758 an Briefporto eingegangen 4499 fl. 45 kr., an Rittgeldern 617 fl. 46 kr. und an Stafetten-Rittgeldern 338 fl. 37 kr. zusammen also in einem Jahr 5436 fl. 8 kr., wobei anoch anzumerken kommt, daß nachdem in heuriger Campagne dieses k. k. Corps d'armee um ein namhaftes gegen voriges Jahr verstärkt wird, diese Einnahme nicht minder um eben so viel zu nehmen müsse, ohne daß deswegen mehrere Pferde dabei zu halten erforderlich, sondern sogar auch noch diese Anzahl verlangenden falls vermindert werden kann . . .

Gleichwie jedoch zu verhoffen, es werden ihre k. k. Maj. nach Vernehmung dieser Umstände nicht gemeint sein, von dem und dem Durchl. Erzhaus durch beinahe anderthalb saecula zustehenden juribus und praerogativen, von welchen sowohl demal, als in künftigen Zeiten die Sicherheit derselben Correspondenz abhängt, einen so ansehnlichen Theil zu sacrificiren, so stelle vielmehr gehorsamt abheim, daß nachdem der übrige Stab ohnedies mit dem von der Reichsarmee vereinigt, folgsam das k. k. Feldpostamt frolin nicht minder unter dem Commando des H. Prinzen von Zweybrücken stünde, ob nicht vielmehr dieser Herr anzugehen wäre, womit derselbe frolin belieben möchte, bei Expeditionen deren an ihre kaiserl. Majestäten und dergleichen commandirenden Generalen abwendend Stafetten des k. k. Feldpostamts sich zu bedienen, gleichwie solches ohnehin mit denen dahin einlaufenden beschiet, als welche sowohl von hier als der Hauptarmee an das diesseitige Feldpostamt dirigiert, und durch selbes Sr. Durchlaucht zu Händen gelangen. Es berührt jedoch Altes von ihr k. k. Maj. a. g. Entschluß und Verfügung. Wien den 21. Merz 1759.

Hierüber ergingen unterm 29. März 1759 Dekrete an den Grafen Paar und Witzek, daß ihre Maj. nach mit der Reichskanzlei gedogenem Einvernehmen resolvirt, daß 1. die k. k. Feldpost, wie bisher, noch fernhin, bei der kombinierten Armee verbleiben, 2. alle k. k. Generals, Offiziers und andere in ihre k. k. Maj. Diensten stehende militäres ihre Briefe nirgends anders als alda abgeben, dahin gegen 3. denen Reichstruppen frei bleiben solle, sich dieser oder der Reichspost zu bedienen, 4. was des commandirenden Generals Prinzen zu Pfalz Zweybrücken Durchl. an den kais. Reichsvizekanzler abgehen lassen, wird auf die Reichspost aufgegeben werden; was aber dieselbe an den k. k. Hofkriegsrath oder an das Directorium in publicis et camerabus abschicken, gehört auf die k. k. Feldpost, wo übrigens 5. in Ansehung deren Ritten jedem freigelassen werden solle, sich dieser oder jener Post zu bedienen. (H. K. A. Fasc. Nr. 13.)

Im Jahre 1778 wurde bei den beiden Armeen in Böhmen und Mähren je ein Feldpostamt errichtet, und als Feldpostmeister der Obrist-Hofpostamtsoffizier Ignatz Heidl bestimmt. Dem Feldpostamt in Böhmen wurden 6 Postbeamte, 1 Amtsdienner, 7 Postillone, 6 Stafettenjungen, 40 Reitpferde und 20 Wagen; jenen in Mähren 3 Beamte, 3 Postillone, 4 Stafettenjungen, 20 Reitpferde und 10 Wagen zugewiesen. Außer den gewöhnlichen Feldpostgebühren wurden dem Feldpostmeister 5 Brot- und 4 Pferdportionen, einem wirklichen Feldpostoffizier 2 Brot- und 2 Pferdportionen aus den Magazinen verabfolgt.

Im Jahre 1787 fand die Aufstellung von Feldpostämtern bei der Hauptarmee in Ungarn und bei den an der türkischen Grenze versammelten Korps in Slavonien, im Temesvarer Banat, Kroatien, Siebenbürgen und Galizien, im Jahre 1790 bei der Armee in Mähren und dem Truppenkorps in Böhmen und Galizien statt. Dem Feldpostamt bei der Hauptarmee in Mähren wurden 5 Beamte, 1 Amtsdienner, 7 Postillone inklusive Oberknecht, 16 Stallungen, 1 Schneid, 20 Reit-







damaligen Obrist Hof- und General-Erblanden-Postmeisteramts-Administrator Grafen Dietrichstein die Weisung „für den Fall, als E. H. Karl bei der untergebenen Armee eines Feldpostamts bedürfte, solches in den k. k. Erbstaaten den bestehenden Rechten und der Pflicht gemäß zu bestellen, sobald das Reichsfeldpostamt zurückzuweisen“. Gleichzeitig wurde der Fürst Taxische Bevollmächtigte, Freiherr v. Wunsch, unter Hinweis darauf, daß das Reichsfeldpostamt in den k. k. Erbstaaten zu unterrichten ist, ersucht, daß das von Reichsfeldpostante seit dem Eintritte in die k. k. Erbstaaten bezogene Briefporto nach Abzug der Kosten rückersetzt werde. (H. K. A. Cam. Fasc. 9/12 Nr. 396-273.)

Graf Dietrichstein berichtete nun an Erzherzog Karl unterm 9. Februar 1801, wie folgt: „Ich säume nicht, Euer Kgl. Hoheit, da ich mir in dieser Angelegenheit höchst dero Bestimmung unterthänigst erbitte, zugleich jene Gründe geltend zu machen, aus welchen die Amtirung des Reichsfeldpostamtes bei der k. k. Armee, so lange diese in den Grenzen der Reichsfeldpostante sich befindet, wenigstens auf die Art, wie sie selbst derozeit besteht, nicht wohl zulässig ist. Nach den bestehenden Rechten und Gewohnheiten steht dem Fürsten von Taxis nur dann die Errichtung eines Feldpostamtes bei der k. k. Armee zu, wenn sich dieselbe außer den Grenzen der k. k. böhmisch-österreichischen Erbstaaten entweder im Reich oder Italien befindet; tritt die Armee aber in die Grenzen der k. k. Erbstaaten zurück, so hören auch die diesfälligen Rechte des Fürsten von Taxis auf, und treten jene des Obristhofpostmeisters ein, welcher sodann das Feldpostamt zu bestellen hat. Vorrüglich aber verdient das höchste Aearium Rücksicht, weil dieses bei dem Bestande des Reichsfeldpostamtes sowohl das Postporto von den bei demselben auf- als von selbst abgehenden Partikularbriefen, als auch die Beträge, welche von der Feldoperationskassa für Couriere und Estafetten bezahlt werden, verliert, da das Reichsfeldpostamt alle diese Bezüge nur zum Vortheile des Fürsten von Taxis verrechnet. Nebst dieser auf Recht und Rezesse, dann den Nutzen des höchsten Aeariums gestützten Betrachtung spricht auch die Gewohnheit und vorrüglich das allernueste Beispiel vom Jahre 1797 für die Errichtung eines eigenen Feldpostamtes, denn als damals die Armee um Wien gelagert war, wurde auf A. H. Befehl ein eigenes Feldpostamt errichtet, welches bei der damals bis an die Grenzen Italiens vorgedrungenen k. k. Armee bis zum Friedensschlusse von Campo formio verblieb. Sollte jedoch wegen Kürze der Damer die Errichtung eines eigenen erblandischen Feldpostamtes nicht genehmigt werden, wäre der Reichsfeldpostdirektor von Haidorf anzuweisen, daß zwar dieses Reichsfeldpostamt ohne Praejudiz oder ohne andurch dem Fürsten von Taxis ein Recht für ähnliche Fälle einzugehen, bei der Armee fernerhin bestehen kann, er jedoch das eingehende Postporto und Rittegebühren zu verrechnen und den über die Erhaltung seines Feldpostamts und dessen Personals erbrigenden Betrag, auf welchen der Fürst von Taxis ein Recht haben kann, in die höchste Postkassa abzuführen habe ...“ (H. K. A. G. Postm.-Amtsaktiv. Akten Nr. 25.)

Erzherzog Karl antwortete hierauf unterm 26. Februar 1801, daß es nicht mehr nötig sein dürfte, ein eigenes neues Feldpostamt zu errichten. Das Reichsfeldpostamt wurde anfangs März 1801 aufgelöst und die Korrespondenz der Behufe wurde derselben die Dislokation der Armee mitgeteilt und deren Gehaltung zur Pflicht gemacht.

Am 10. April 1801 wurde die böhmisch-mährisch-schlesische Legion aufgelöst. Mittels Schreibens des Legationskommandos, Hauptquartier Linweis ddo. 10. April 1801 wurde das Feldpostamt angewiesen, sich am 12. April mit dem Hauptquartier nach Prag zu verfügen und sich daselbst ebenfalls aufzulösen.

Am 2. September 1805 erging an den Gouverneur von Tirol, Grafen von Brandis ein Präsidialschreiben des Inhaltes, daß die Zusammenziehung der kais. k. k. Armee die Aufstellung auch einiger Abteilungen von Feldpostämtern in Innsbruck, Landeck oder Meran und für die italienische Armee in Trient notwendig mache. Die vom Gouverneur zu ernennenden Feldpostbeamten sollen

treue, rechtschaffene, des Postdienstes und nebst der deutschen, auch einer oder der anderen Sprache möglichst kundig, die Stafettenreiter und Postknechte aber treue, nuchterne, starke Menschen sein.

Der Stand der Feldpostämter war folgender:

1. Bei der Armee in Italien: a) zu Padua: 1 Feldpostmeister, 4 Feldpostoffiziere, 1 Postwagenbeamter, 1 Buchhaltungsbeamter, 1 Konduktor, 1 Amtsdienner, 1 Schmied, 6 Stafettenreiter, 6 Postknechte, 34 Pferde, 5 halbgedeckte, 4 offene leichte Kaleschen, 1 Amtswagen für die Kanzlei, 1 Rüstwagen zur Bagage, 1 Leiterwagen zur Fournage, 1 Feldschmiede; b) bei der Abtheilung in Trient: 1 Unterfeldpostmeister, 2 Postoffiziere, 2 Postknechte, 2 Stafettenreiter, 8 Pferde, 1 halbgedeckter, 1 offene Kalesche, 1 Rüstwagen, 1 Leiterwagen.

2. Bei den Feldpostämtern in Tirol: a) bei der Abtheilung im nördlichen Tirol zu Innsbruck: 1 Unterfeldpostmeister, 2 Feldpostoffiziere, 1 Amtsdienner, 2 Postknechte, 2 Stafettenreiter, 10 Pferde, 1 halbgedeckter, 2 offene Kaleschen, 1 Rüstwagen, 1 Leiterwagen; b) bei der Abtheilung in Mittel-Tirol zu Landeck oder Meran: 1 Unterfeldpostmeister, 1 Postoffizier, 2 Postknechte, 2 Stafettenreiter, 8 Pferde, 1 halbgedeckter, 1 offene Kalesche, 1 Rüstwagen, 1 Leiterwagen.

3. Bei der Armee in Deutschland (zur Zeit in Weis): 1 Feldpostmeister, 4 Feldpostoffiziere, 1 Postwagenbeamter, 1 Buchhalterbeamter, 1 Konduktor, 1 Postamtsdienner, 1 Schmied, 6 Stafettenreiter, 6 Postknechte, 32 Pferde, 5 halbgedeckte, 4 offene Kaleschen, 1 Amtswagen, 1 Rüstwagen, 1 Leiterwagen, 1 Schmiede.

An Gerätschaften für alle Feldpostämter: Feldsessel, Tische, Kasentruhen, Felleisen, Fächer für Briefschaften, Papiere u. dgl., Pferdegeschirr, Sattel- und Keitzeug.

Am 26. September 1805 wurde eine eigene Instruktion für die Feldpostämter hinausgegeben. Nach derselben sind die Feldpostämter lediglich zum Dienste der Armee gewidmet, sie haben sich bei schwerster Ahndung mit Beförderung der Briefschaften oder Frachten von anderen Parteien nicht abzugeben; hingegen wird das Militär, und was zu selbem gehört, alle Briefschaften bei den Feldpostämtern aufzugeben und von selbem die einlangenden Briefe zu empfangen haben.

Für Briefe, beschwerte Schreiben und Frachtstücke sind die in den k. k. Staaten eingeführten Tarife anzuwenden ...

Bei dem Feldpostante der Hauptarmee wird eine Journal- oder tägliche Post, bei den übrigen Abteilungen der Feldpostämter nach Umständen und Befehl des kommandierenden Generals eine wöchentlich zweimalige oder öftere Post eingeführt. Nach Schluß der Post werden alle Briefe kartiert, gepackt, und wenn das Feldpostamt zu Padua oder sonst wo im Venetianischen, dann außer den k. k. Staaten sich befindet, einem der vom Armeekommando angestellten Kuriers zur Beförderung bis an die Absatzstation oder Oberpostamt in den k. k. Staaten, welche vom Armeekommando dazu jeweilig bestimmt werden, übergeben. Zu Kurieren wird das Armeekommando oberoffiziere oder auch vertraute geschickte Unteroffiziere verwendet. Der Kurier erhält den gewöhnlichen Stundenpaß, in welchem die Pakete anzumerken sind, und eine gewöhnliche Karte für alle beschwerten Briefschaften in duplo, von denen er ein Exemplar mit den Paketen und beschwerten Briefschaften dem Absatz- oder Oberpostante zu übergeben, das andere aber mit Bestätigung der richtig geschehenen Übergabe dem Feldpostante zurückzubringen hat. Auf gleiche Weise hat der Kurier vom Absatz- oder Oberpostante die an die Armee gehörigen Sendungen in einem Felleisen wohlverwahrt zu übernehmen und an das Feldpostamt zu überbringen. Beschwerte Briefe werden dem Kurier allzeit mit der erforderlichen Bedeckung wöchentlich nur ein- oder zweimal mitgegeben. Das Postirrigeld, Trink- und Schmiergeld haben die Kuriere auf allen Stationen wie jeder andere Reisende taxmäßig zu bezahlen. Für dormalen wird des Feldpostamt der italienischen Armee in Padua seine beschwerten und unbeschwerten Briefschaften durch den Kurier bis Villach, jenes







der hierzu nötigen Feldpostämter mit Personal, Pferden und Requisiten erforderlich, und behufs Zeitersparnis die entsprechenden Vorkehrungen beim Hofkriegsrat und den Landesgouverneuren eingeleitet wurden.

Dem Hauptfeldpostamt in Böhmen wurden zugewiesen: 1 Oberst Feldpostamtstrolirer, 2 konfrolirende, 4 manipulierende Feldpostoffiziere, 6 Akzessisten, 4 konfrolirende, 8 manipulierende Feldpostoffiziere, 10 Akzessisten, 1 Buchhalter, 1 Buchhalter, 2 Schreiber, 2 Oberpostknechte, 56 Postillione, 6 Amtsdienner, 144 Pferde, 12 halbgedeckte, 16 offene Kaleschen, 2 Antswagen für die Postkammer, 16 halbgedeckte, 16 offene Kaleschen, 2 Antswagen, 4 Kaleschen, 4 Leierwagen für Fourage, 2 Feldschmiede, 15 Kuriersattel, 4 Postamtssiegel, 2 Kassatrüben.

Dem Hauptfeldpostamt in den Innerösterreichischen Ländern: 3 Feldpostmeister, 3 konfrolirende, 4 manipulierende Feldpostoffiziere, 6 Akzessisten, 4 Amtsdienner, 1 Buchhalter, 1 Schreiber, 1 Oberknecht, 28 Postillione, zugleich 4 offene leichten Kaleschen, 1 Antswagen, 1 Feldschmiede, 1 Antswagen, 3 Kaleschen, 3 Leierwagen, 1 Feldschmiede, 9 Kuriersattel, 4 Postamtssiegel, 2 Kassatrüben.

Außerdem wurde ein Feldpostamt in Galizien mit 1 Feldpostmeister, 1 konfrolirenden, 1 manipulierenden Feldpostoffizier, 2 Akzessisten, 1 Buchhalter, 2 Amtsdienner, 1 Schreiber, 15 Postillionen, 38 Pferde, 5 halbgedeckte, 4 offene leichten Kaleschen, 1 Antswagen, 1 Feldschmiede, 1 Antswagen, 3 Kaleschen, 3 Leierwagen, 1 Feldschmiede, 9 Kuriersattel, 2 Amtssiegel, 2 Kassatrüben.

Zur besonderen Auszeichnung wurde sämtlichen Feldpostbeamten vom Kaiser eine Kampagneuniform bewilligt. Dieselbe bestand in einem dunkelgrün melierten Kaput mit blauem stehendem Kragen und blauen Aufschlägen im militärischen Schnitt mit glatten gelben Knöpfen, einem Hut mit den Ehrenzeichen und einem weißen, nicht gar hohen Federbusch, einer schwarz lackierten Kuppel samt Säbel oder Degen mit dem gewöhnlichen Post-Portepce, woran der kais. Adler und das Posthorn gesteckt ist.

Für die Postillione wurde eine Uniform, bestehend aus einem roten Postrockel, einer gelben Weste, einem Hut mit schwarz und gelben Federbusch, einem Posthorn mit schwarz und gelber Schnur und einem ordinären tuchernen Mantel, auf Kosten des Arzts angeschafft.

Den besoldeten Feldpostbeamten wurde eine zweimonatliche Gratissage bewilligt. Am 11. März 1809 wurde angeordnet, daß die Bediensteten des Feldpostamtes in Innerösterreich nach Graz einzurücken und sich dort beim Landespräsidium wegen ihrer weiteren Bestimmung zu melden haben. Der für das Hauptfeldpostamt in Böhmen bestimmte Oberst Feldpostamtstrolirer hatte nach Linz, das übrige Personal an den Sammelplatz Budweis abzugehen.

Ein weiteres Feldpostamt trat bei der k. k. italienischen Armee des Erzherzogs Johann in Wirklichkeit.

Zur Herstellung der Kommunikation mit dem Hauptquartiere des Kaisers und jenem des Erzherzogs Generalissimus wurden vom 8. Mai 1809 ab von Wien täglich zwei Kuriers abgesandt, welche gemeinschaftlich bis Stockerau und von da nach zwei verschiedenen Routen abzuhängen hatten, und zwar der eine kurierartigen Angelegenheiten Graf Stadion, das Armenministerium, das Hauptfeldpostamt usw. ins kaiserliche Hauptquartier nach Zórá, der andere mit den Posten an den Erzherzog Generalissimus oder an das Armeegeneralkommando über Horn, Zórá in der Richtung gegen Böhmen gegen Böhmen Grätzen zum Hauptquartier des Erzherzogs Generalissimus. (H. K. A. Cam. Fasc. 9/2.)

Am 10. Mai 1809 wurde behufs stehender Beförderung der Briefschaften nach den ungarischen Provinzen, sowie nach Innerösterreich und Italien eine detaillierte Briefexpedition vor der Brücke zu Floridsdorf aufgestellt, welche die eingelaufenen Briefschaften und Posten ordentlich zu kartieren und über Lasseer und Schlöbhof nach Preßburg zu befördern hatte.

Im Mai 1809 hat der das französische Feldpostwesen dirigierende Marschall Duroc die Absendung eines Beamten des Wiener Oberhofpostamtes in das französische Hauptquartier veranlaßt, welcher der französischen Feldpostdirektion in jedem nötigen Falle an die Hand zu gehen hat. Zu diesem Dienste wurde am 19. Mai 1809 der oberste Hofpostamtsoffizier Brendel v. Stierburg bestimmt. Derselbe hatte das französische Hauptquartier überall hin zu begleiten, die Feldpostdirektion bei der französischen Armee in den österreichischen Ländern zu besorgen, alle Anstalten zu treffen, welche zum Dienste der französischen Feldpost erforderlich sind und von derselben verlangt werden. Sämtliche Postmeister wurden beauftragt, dem Brendel Gehorsam zu leisten und seinen Verfügungen pünktlich nachzukommen. Zur Durchführung der ihm gestellten Aufgaben und um allfälligen Unfug der französischen Offiziere hintanzuhalten, wurden ihm französische Gendarmen als Assistenz beigegeben.

Die aus Galizien zur böhmischen Armee einberufenen Feldpostabteilung wurde am 17. September 1809 nach Komorn zu dem dem kaiserlichen Hoflager zugeordneten Detachement dirigiert. Im Oktober 1809 bestand eine Hauptfeldpostdirektion in Totis mit 1 Direktor, 1 Feldpostmeister und 3 Beamten; im Hoflager zu Totis befanden sich 5 Feldpostbeamte, bei den Feldpostabteilungen in Leitmischl 1 Feldpostmeister und 3 Beamte, in Neuhäusel 6 Beamte, in Freistadt 2 Beamte.

Am 1. Jänner 1810 wurden sämtliche Feldpostanstalten aufgelöst.

Im Mai 1812 wurde bei dem in Galizien aufgestellten Observationskorps ein Feldpostamt errichtet.

Während der Dauer des Feldzuges 1813 bestand ein eigenes Postamt im A. H. Hoflager. Unterm 29. November 1813 erstattete der Staats-Konferenz und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Fürst Metternich einen Vortrag an den Kaiser bezüglich besserer Einrichtung des Feldpostdienstes, nach welchem den Feldpostämtern bestimmte Dienstleistungen vorgeschrieben und der Feldpost von jenem des kais. Hoflagers getrennt werden sollte. In Stuttgart dieses Vortrages wurde die Aufstellung einer Feldpostdirektion als leitende Behörde und die Errichtung eines eigenen Hofpostamtes genehmigt.

Im Jahre 1815 fungierte bei der Armee in Frankreich eine Feldpostdirektion mit den ihr unterstellten Feldpostämtern, welche Ende November 1815 vereinigt und mit Ausnahme eines kleinen, beim General der Kavallerie Baron Frimont zurückgebliebenen Detachements zur Rückkehr in die österreichischen Staaten ausgewiesen wurden. Am 8. Dezember traf die aufgelöste Feldpostanstalt mit einem Stabe von 18 Beamten, 6 Amtsdiennern, 5 Oberknechten, 75 Postillionen, einem Sattler und Schmied, 127 Pferden und 45 Wagen in Wien ein.

Zufolge H. K. Dekretes vom 9. Februar 1815 wurde für die Feldpostbeamten folgende Uniform bestimmt: Graumelierter Rock mit Unterfutter von gleichem Tuche, schwarzem Kragen und Aufschlägen, weißtuchenes Gilet, lange grüne Beinkleider mit Stiefel und Sporen, Hut und Knöpfe wie bei der Galauniform, stählerner Säbel ohne Portepce.

Während des Aufenthaltes eines österreichischen Armeekorps in Neapel wurden die Korrespondenzen von Mantua nach Florenz, Rom und Neapel durch besondere Militärkurier befördert. Nach der Rückkehr dieses Truppenkorps wurden diese Expeditionen am 1. März 1818 eingestellt und die Korrespondenzen für die k. k. Missionen in Florenz, Rom und Neapel durch die gewöhnlichen zwischen Mantua und Florenz verkehrenden Postkuriere befördert.

Am 5. November 1822 hat der Hofkriegsrat bezüglich der Korrespondenz der im Königreiche beider Sizilien dislozierten k. k. Armee bekanntgegeben, daß nach dem Tarife zur Militär-Okkupationskonvention vom 18. Oktober 1821 nur jene Briefe und Pakete an die kgl. neapolitanischen Postämter zur unentgeltlichen Expedition gewesen sind, welche den inneren Dienst der k. k. Armee im Königreiche beider Sizilien betreffen. Die über die Grenzen dieses Königreiches reichende Dienstkorrespondenz aber muß durch das k. k. Feldpostamt der österreichischen Post befördert werden.



amt befördert werden. Als mit A. H. E. von 20. Dezember 1826 die ganze Räumung des Königreichs beider Sizilien von den k. k. österreichischen Truppen angeordnet wurde, hatte sich das Feldpostamt an die am 12. Februar 1827 von Neapel aufbrechende Marschkolonne des Hauptquartiers anzuschließen und mit denselben die Rückreise nach dem Kaiserstaate fortzusetzen.

Im Jahre 1831 wurde eine neue Feldpostinstruktion herausgegeben, nach welcher ein Feldpostamt aus je einem Feldpostmeister, Kontrollor und Postbuchhaltungspersonale zu bestehen hatte. Als Montur erhielten die Postilione einen Korsehut mit einem gelben und schwarzen Federbusch, ein rotes Röckel mit schwarzem Tuchkragen und Armschuldrücken samt Armschild und gelben Knöpfen, ein weißes Gilet mit gelben Knöpfen, eine graue mit Leder besetzte Reithose, einen grauen Mantel mit Regenkragen und schwarz tuchem Kragenumschlag, eine Staljacke von blau und weiß gestreiftem Zwilch, eine runde Mütze von grauem Tuch, ein Posthorn mit gelb und schwarzer Schnur und eine Peitsche.

Am 30. November 1848 wurde beim F.M. Fürst Windischgrätz in Schönbrunn ein k. k. Feldpostamt mit zwei Hofpostamtsoffizieren errichtet.

Zur Besorgung der Postgeschäfte bei dem unter Kommando des FML. Grafen v. Legeditsch stehenden vierten Armeekorps, welches aus Vorarlberg nach Deutschland abgerückt war, wurde am 19. November 1850 ein eigener Postbeamter bestimmt, welcher mit den Postämtern in Linz und Wien täglich Briefpakete zu wechseln hatte. Das Feldpostamt dieses Armeekorps wurde am 4. Februar 1852 aufgelöst.

Im Jahre 1855 wurden in Krajova, Piteschi, Plojeschi, Giurgevo, Slatina und Buzau in der Wallachei, dann in Fokschan, Tekutsch, Berlad, Vasiluj, Roman auch mit der Vermittlung der Korrespondenzen von Zivilpersonen zu befassen hatten. Am 26. November 1855 wurde die Expedition in Vasiluj aufgelassen, dafür eine solche in Foltischent errichtet. Im Jahre 1856 wurden die Feldpostexpeditionen in Krajova und Slatina auch mit dem Fahrpostdienste betraut. Infolge Abzuges der k. k. Besatzungstruppen aus den Donaufürstentümern wurden im Jahre 1857 sämtliche dazwischen bestehenden Feldpostanstalten aufgehoben.

1859 wurde bei der in Sardinien operierenden zweiten Armeekorps ein k. k. Feldpostamt aufgestellt und zum ersten Male für die gewöhnlichen Briefe der Militärmannschaft die Portofreiheit zugestanden. Im Juli 1859 ist im Hauptquartier des Armeekorps in Verona aufgestellt worden, welches alle für die einzelnen Truppenkörper und Militärs beider Armeen bestimmten Korrespondenzen und Geldsendungen zu empfangen, nach den verschiedenen Armeekorps zu verteilen und durch die im Hauptquartier jeder Armeekorps und bei jedem Armeekorps befindlichen Detachements und Expositionen an die Bestimmung zu befördern hatte.

Mit 1. August 1859 wurden sämtliche Feldpostanstalten aufgelöst. Im Jahre 1864 wurde bei der nach Holstein abgesendeten k. k. österreichischen Brigade eine Feldpost aufgestellt und für alle bei den k. k. Feldpostämtern aufgegebenen und einlaufenden unkommandierten Privatbriefe der österreichischen Militärs (Offiziere, Beamte und Mannschaft) die Portofreiheit bewilligt.

Mit 13. Juni 1866 wurde bei der k. k. Nordarmee in Böhmen und mit 22. Juni 1866 bei der k. k. Sudarmee in Italien der Feldpostdienst eingerichtet und durch ein Hauptfeldpostamt und mehrere Expositionen ausgedehnt. Die den Militärpersonen eingeräumte Portofreiheit für ihre gewöhnlichen Privatbriefe wurde auch auf Geldsendungen bis einschließlich 75 fl. ö. W. ausgedehnt. Im Juli 1866 wurde die im lombardisch-venetianischen Königreich bestehende Feldpost aufgelöst, hingegen beim siebenten Armeekorps ein selbständiges Feldpostamt in Gorz aufgestellt und der Postdirektion in Triest untergeordnet. Um diese Zeit befand sich das Hauptfeldpostamt der Nordarmee in Wien. Infolge Vereinigung der Nord- mit der Sudarmee und der neuerlichen Konzentrierung eines Teiles der vereinigten Armeekorps an den südlichen Grenzen der Monarchie wurde im August 1866

das Hauptfeldpostamt nach Rücklassung einer Filiale von Wien nach Gorz verlegt und das dort beim siebenten Armeekorps bestehende selbständige Feldpostamt aufgelöst. Es bestanden sonach als selbständige Feldpostämter das Hauptfeldpostamt in Gorz und die Filiale desselben in Wien. Jedem derselben war eine Anzahl Expositionen zugewiesen. Da das zweite Armeekorps in Graz und Umgebung stationiert war, wurde ein selbständig kartierendes und verrechnendes Filial-Feldpostamt in Graz aufgestellt. Weitere Filial-Feldpostämter wurden in Laibach und Klagenfurt errichtet. Mit Ende August 1866 wurden sämtliche Feldpostanstalten aufgelöst, nur beim siebenten Armeekorps wurde bis 1. September 1866 ein Feldpostamt mit dem Sitz in Cormons belassen.

Im Jahre 1878 wurde bei den in Bosnien und der Herzegowina eingetragenen k. k. Truppen der Feldpostdienst eingerichtet. Zur Leitung der Feldpostangelegenheiten in Bosnien bestand eine Feldpostdirektion mit dem Amtssitz in Brod a. S., welcher 5 Feldpoststellungen, 11 Feldpostexpositionen und 14 Expositionsämter untergeordnet waren. Bei der von Indulien aus operierenden Infanterie-Truppendivision hatten den Feldpostdienst eine Feldpoststation und die auf den Expeditionen zu erreichenden Postämter zu besorgen. Die Leitung der Feldpostangelegenheiten dieser Division oblag dem Postdirektor für Indulien.

Nach Auflösung des zweiten Armeekorps, bezw. Errichtung des General-Kommandos in Sarajewo wurde die Feldpostdirektion von Brod a. S. nach Sarajewo verlegt und ihr Wirkungskreis auch auf die Feldpostanstalten in der Herzegowina ausgedehnt. Mit 1. Juli 1879 wurde auch den Zivilpersonen die Mitbenützung der Feldpostanstalten gestattet. Im Jahre 1879 wurden auch im Sandschak Novibazar drei Feldpostexpositionen, und zwar je eine in Plovlje, Prijepolje und Triljaj errichtet. Mit 16. November 1879 wurden die Feldpostanstalten in Bosnien und der Herzegowina ihres mobilen Charakters entkleidet und in stabile Militärpostanstalten umgewandelt. Die Feldpostdirektion in Sarajewo fungierte von da ab als Militärpostdirektion und wurde zunächst dem Chef des General-Kommandos in Sarajewo untergeordnet. Die bisherigen k. k. Militärpostämter in Bosnien und der Herzegowina erhielten die Benennung „k. k. Militärpostämter“. Im November 1881 wurden auch die Feldpostexpositionen im Sandschak Novibazar aufgelassen.

## X. Die österreichische Post und die Familie Paar.

Die gräfliche Familie Paar stammt von dem mährischen Geschlechte Jedliczki oder Jedlicki von Casio ab, welches nach Deutschland gekommen und 1170 von Kaiser Friedrich I. in den Reichsfürstentum erhoben worden ist. Der Kaiser schenkte ihnen das Schloß samt der Stadt und Herrschaft Paar als ein Lehen, worauf sie den alten Namen Jedliczki v. Casio ableigten und jenen gräflichen Freiherren von Paar annahm.

Martin v. Paar, welcher Postmeister in Preßburg und mit Kamilla, der Tochter des Peter v. Spino verheiratet war, hatte vier Söhne: Peter, Josef, Maximilian und Johann Baptist, welchen Kaiser Ferdinand I. im Jahre 1559 alle Privilegien und Diplome, die sie vom Kaiser Maximilian I. und König Ludwig von Ungarn empfangen hatten, bestätigte, ihre Wappen vermachte und auch den Peter v. Paar, welcher damals Postmeister in Preßburg war, besonders beehrte, daß er Kaiser Karl V. – mit dem Postwesen große Dienste gethan, keine Lebensgefahr darüber geschenkt hätte.

Johann Baptist Freiherr v. Paar vermählte sich mit Anna Sidonia, der Tochter des Christoph Freiherrn v. Hasnb, brachte die Herrschaft Hartberg in Steiermark an sich und wurde Obrister Hof- und Erblandpostmeister des Erzbischofs Karl in den innerösterreichischen Ländern. Aus dieser Ehe stammten drei Söhne: Johann Friedrich, Rudolf, Großprior des Malteser-Ordens in Böhmen und Hans Christoph. (Vergl. Beust: Erklärung des Postregals, II. B. Seite 959.)



6. Mai 1590 in Leibnitz eine zweite Ehe mit Demuth v. Gleinitz ein, aus welchem Anlasse er unter Anführung der Verdienste, die er sich zu Zeiten Kaiser Ferdinands um die Verwaltung der Hofpost- und Quartierämter und andere dem Erzhause inwieweit geleisteten Dienste erworben, an Kaiser Rudolf II. die Bitte stellte, diese Ehrenfrüde mit einem kaiserlichen Gesandten zu verheirlichen.<sup>2)</sup>

Dieser Bitte wurde willfahrt und dem Paar ein silbernes, vergoldetes Trinkgeschloß im Werte von 70 fl. überreicht. (H. K. A. Familienakten Paar.) Kaiserliche Auszeichnungen dieser Art waren in früheren Zeiten nicht selten, wiederholt wurden zu Hochzeiten vormaliger Postmeister über deren Ansuchen Gesandte als Vertreter des Kaisers entsendet und zumeist Trinkgeschürze gespendet, ein Beweis, welch ausnehme soziale Stellung die damaligen Postmeister innehatten.

Mit dem Lehenbriefe des Erherzogs Ferdinand vom 11. Dezember 1596 wurde dem Johann Baptist Freiherr v. Paar und seinen männlichen Leibeserben das Erbpöstmestamt in Steyer (Steiermark) als rechtes Mannslehen verlichen. Hierüber wurde Ausführlicheres bereits im Abschnitte II „Postlehensverleihungen“ erwähnt.

Nach Ableben des Johann Baptist Freiherrn v. Paar folgte dessen Sohn Hanns Friedrich und nach dem Tode des letzteren Hanns Christoph Freiherr v. Paar im Hof- und Erbpöstmestamt in Steyer, welcher letzterer sich am 12. November 1606 mit Katharina Frein von und zu Herbersdorf und Preuenken vermalte.

Im Jahre 1613 belobte Kaiser Mathias den Fleiß und die Emsigkeit des Grazer Postmeisters Hanns Christoph Freiherr v. Paar, welche derselbe anlässlich der zur kaiserlichen Hochzeitsolemnität durch seine untergebenen Postboten vollzogenen „Herausführung von kostlichen Waaren und Edelsteinen aus Venedig“ bekundete, mit der Zusicherung „diese Willfährigkeit bei sich ergebender Gelegenheit mit kaiserlichen Gnaden zu erkennen“.

Wie bereits im Abschnitte II unter 1 „Periode der Hofpostmeister“ erwähnt wurde, hat Hanns Christoph Freiherr v. Paar zufolge Vergleiches vom 24. Oktober 1622 von dem damaligen Obristen Hofpostmeister in Österreich, Ungarn, Böhmen und inkorporierten Ländern, Hanns Jakob Magno, dieses Christo Hofpostmeisteramt mit allem Zugehör um 15.000 fl. und sechs Kutschpferden gekauft und das österreichische Christo Hofpostmeisteramt am 1. Mai 1623 angetreten. Von da ab verblieb dieses Amt in der Familie Paar.

Seinen Sohne Rudolf Freiherrn v. Paar wurde zufolge Hofdekretes ddo. 11. Februar 1624 die bisher pfandweise besessene Herrschaft und Stadt Harberg in Steiermark unter der Bedingung zum Eigentume überlassen, daß solche für immer bei dem Geschlechte der Paar zu verbleiben habe. (A. M. d. L. IV, P. 1, Nr. 2.)

Am 4. September 1624 wurde dem Hanns Christoph Freiherrn v. Paar vom Kaiser Ferdinand II. das Christo Hofpostmeisteramt über die Posten in den Erb- und kaiserlichen Ungarn und Böhmen und deren inkorporierten Provinzen, wie auch im Erherzogtume Österreich unter und ob der Enns zu einem Mannslehen verliehen. Am 1. Juni 1629 erfolgte die Lehensverleihung bezüglich des Christen Hofpostmeisteramtes in den innerösterreichischen Erblanden, am 9. April 1630 die neuverliche Verleihung neben anderen auch über die Posten in Österreich unter und ob der Enns als Mannslehen. (Siehe Abschnitte II „Postlehensverleihungen“.)

Am 25. März 1635 wurde der Obrist Hof-Post- und Erbpöstmest in Steyer Hanns Christoph Freiherr v. Paar, Herr auf Harberg und Krottenstein, vom Kaiser Ferdinand II. beauftragt „bei jetzo im heil. Römischen Reich und sonst angetretener Kriegsvorfassung und Empörungen eine sichere Post von Wien bis in das Land Schlesien in die Stadt Breslau anzulegen“. Zu diesem Zwecke wurde ihm ein kaiserliches Patent erteilt, nach welchem die Fürsten und Stände in Ober- und Niederschlesien verpflichtet wurden, in allen Städten, Märkten, Flecken und Dörfern durch welches Gebiet, Grund oder Boden der Poststeig und Boten zu legen am bequemsten erachtet würde, zu verordnen, daß dem Obristen

Hofpostmeister oder seinem Abgesandten die Gelegenheit der Straßen gezeigt, zur Bestellung der Postverwalter, Logierung, und anderer Notdurften im gehörliche teidliche Bezahlung aller guter Wille und Vorschub erwiesen und an den Orten, wo die Posten in die Städte gelegt, auf einige Zeit, bis taugliche Leute zu Postboten dahin abgeordnet werden, durch die Bürgerschaft jeden Ort der Posten mit ihren Pferden gegen Bezahlung versehen werden mögen. (H. K. A. Postakten 1601—1643.)

1637 folgte dessen Sohn Rudolf, 1639 Ferdinand und 1649 Karl Freiherr v. Paar im Christ-Hofpostmeisteramt, welches letzteren vom Kaiser Ferdinand III. am 2. Oktober 1645 die Lehen in Ungarn, Österreich unter und ob der Enns, dann in Böhmen und dessen inkorporierten Ländern, und am 19. Januar 1646 in den innerösterreichischen Erblanden verliehen wurden. Derselbe war mit Franziska Polyxena v. Schwabenberg verheiratet und hatte zwei Söhne, Joseph Ignaz

al-  
1813

akten von  
ember 1817  
zieder mit der  
denen sie das-  
origen Regierungen  
H. K. A. Cam. Fasc.

1819 siehe Abschnitt II

19 gestorben Im Jahre 1821  
im Breitung eines Indultes zur  
eramt bis zur Großjährigkeit ihres  
v. Paar gebeten.

selben der Postlehensrecht von 6 og-  
lenz übermittelt, welcher mit jenem von  
auf gleichen Grundleiden wurden dem Lehens-  
e späteren Lehenbriefe ausgefertigt

ändert standen sonach Glieder der Familie Paar  
an Posten, welches in dieser Zeit immer größeren  
sich die Paars hielten besonders Verdienste erworben  
erhalten Privilegien und Begünstigungen sowie die  
Auszeichnungen, welche ihnen seitens der Monarchen zuteil

organen, standen noch folgende Paars im Postdienste: Seit  
nitz v. Paar die zwei ordinari Posten Linz und Erla, welche ihm  
er verschrieben wurden 1563 war dessen Witwe Maria v. Paar,  
in Linz.

9 war Peter v. Paar, 1586 Hanns v. Paar, Postmeister in Preßburg,  
Joseph v. Paar, Postmeister in Augsburg, 1594 Johann Paul v. Paar,  
Postmeister in Venedig 1600 Marcus Antonius Gasser v. Paar, Feld-  
ambler.



September 1743 mit Johann Wenzel Graf v. Paar ein neuer Konfirmations- und Ratifikationsbrief ausfertigt. (Siehe Abschnitt II „Postlebensverleihungen“ und Abschnitt III „Organisation der österreichischen Postanstalt“.)

Im Jahre 1765 wurde eine eigene Kommission in Postsachen unter dem Präsidium des Grafen v. Paar eingesetzt und wurden demselben wieder erweiterte Befugnisse eingeräumt. (Siehe Abschnitt III.)

Im Jahre 1769 wurde Johann Wenzel Graf v. Paar „in Ansehung seines uralten und seit mehreren Saeculis in den Erblanden durch ausnehmende Thaten und so tru als erspriehliche Dienste sich vorzüglich berühmt gemachten Geschlechtes, wie auch in Rücksicht seiner selbst eigenen und um das kaiserliche, königliche und Erbzürgehohe Haus in den aufhabenden Geschäften zu seinem immerwährenden Ruhm und A. H. Zufriedenheit erworbenen staatlichen Verdienste in dem Fürstentum des Erbprinzebis Böhmen und dessen incorporirten Länden mit dem Prädikat Hochgebohren dergestalt erhoben, gewürdigt und gesetzt, daß auf dessen Ableben nach Erhaltung der Erstgeburth von seiner oheleiblichen Männlichen Descendent, alzeit der ersgiborene und so fort de primogenito ad primogenitum, so lange der männliche Stamm dauert, Secundum Ordinem linealis Successionis et Primogenituae in der Fürstlichen Würde succedieren können und mögen“. (H. K. A. Familienakt Paar.)

Anlaßlich der 1783 erfolgten Aufhebung der Hofpostkommission wurden dem Fürsten Johann Wenzel v. Paar rückseitlich der Besetzung der erledigten Postdienststellen weitere Befugnisse zugestanden. (Siehe Abschnitt II „Postlebensverleihungen“) und Galizien, jedoch nur für seine Person, aus besonderer Gnade auch auf Galizien, für welches Land er nicht belehnt war, ausgedehnt. (H. H. und St. A. Staatsratsakte.)

Im Jahre 1786 wurde dem Fürsten die Verpachtung des Obristen Hofpoststabes gegen seine Haftung für die gute Beförderung der Ordinari-Posten, der Postwagen und des Publikums bewilligt.

Fürst Johann Wenzel v. Paar ist am 5. Juli 1792 gestorben und mit diesem Zeitpunkt sein Sohn Wenzel in den Postlebensgenuß und die damit rezeßmäßig verbundenen Vorrechte getreten. Die seinem Vater nur ad personam eingeräumten besonderen Personalbefugnisse wurden ihm jedoch erst am 15. März 1793 zugestanden, als er auf die ihm rezeßmäßig zugestandene Gegensperre bei der Obersten Hofpostkassakasse verzichtete. Im Jahre 1795 wurde Wenzel Fürst v. Paar mit dem kaiserlichen Postregal belehnt. Seinem am 12. August 1796 eingereichten Gesuche um Beilehnung über das ost- und westgalizische Postregale wurde nicht willfahrt.

Als sich im Jahre 1800 Fürst Wenzel v. Paar eingetretener Verhältnisse wegen von der Ausföhrung zurückgezogen, wurde der Hofrat bei der böhmisch-österreichischen Hofkanzlei Josef Graf Dietrichstein und als der letztere im Jahre 1803 zum Gouverneur in Mähren und Schlesien ernannt worden, der Hofrat bei der vereinigten böhmisch-österreichisch-galizischen Hofkanzlei Franz Graf v. Althan zum Administrator des Obristen Hof- und General-Erbland-Postmeistersamts bestellt.

Am 12. Dezember 1804 hat Fürst Wenzel v. Paar die Geschäftsleitung beim Obristen Reichshof- und General-Prälanden-Postmeistersamte wieder übernommen. Durch die Verpachtung des Wiener Postalles ist derselbe ganz in Verfall gekommen; der Fuchtor Leopold Dassanowsky hat infolge ungünstiger Einflüsse den größten Teil seines Vermögens eingebüßt. Infolgedessen hat Fürst Paar im Jahre 1805 den Pachtvertrag mit Dassanowsky aufgehoben und den Poststall wieder in eigene Regie übernommen.

Besondere Verdienste hat sich Fürst Paar im Jahre 1809 erworben, als das niederösterreichische Postwesen unter französischer Administration gestanden ist, worüber näheres noch folgen wird.

Im Jahre 1810 wurde dem Fürsten die wirkliche Geheimratswürde verliehen. Wenzel Fürst v. Paar ist am 22. November 1812 gestorben. Seinem Sohne und Amtsnachfolger Karl Fürsten v. Paar wurden die dem Fürsten Wenzel nur für seine Person und auf Lebenszeit verliehenen besonderen Rechte und Personal-

befugnisse nicht mehr zugestanden und die Landesbehörden der deutschen Erbstaaten beantragt, nunmehr alle in die erloschenen Rechte und Befugnisse des Fürsten einschlagenden Anträge und Vorschläge direkt an die k. k. Hofkammer zur Genehmigung und Entscheidung zu erstatten. Eine diesbezügliche Verständigung erging auch behufs gleicher Verfügung an die ungarische und siebenbürgische Hofkanzlei.

Noch zu Lebzeiten des Fürsten Wenzel v. Paar wurden Verhandlungen wegen Abtretung der Postgerechtsame und des freien Verkaufes des Wiener Postalles, dessen Besorgung zur Lebenspflicht gehörte, gepflogen. Den damaligen Verhandlungen ist nun die Familie Paar beigetreten und so kam der kaiserliche Konfirmationsbrief vom 15. Juli 1813 bezüglich des Paarischen Kessens zustande, von welchem bereits im Abschnitte II „Postlebensverleihungen“ die Rede war. Fürst Paar hat die ihm erbeigentlich gehörige Gürtlichkeit des Wiener Postalles samt Pferden, Wagen und sonstigen Requisiten und einen Teile der zum Postallianate gewidmeten Gebäude an den Wiener bürgerlichen Großfuhrmann und Hausinhaber Josef Ritter um den Betrag von 50.000 Gulden W. W. verkauft.

Für die bei den Verhandlungen an den Tag gelegte Willfährigkeit wurde dem Fürsten Karl v. Paar die Geheimratswürde verliehen.

Nachdem zufolge einer A. H. E. in den öffentlichen Urkunden der Ausdruck „Erblände“ nicht mehr zu gebrauchen war, hatte der jeweilige Lehnsträger Fürst v. Paar den Titel „Kais. k. Österreichischer Obrist Hof- und General-Länder-Postmeister“ zu führen. (H. K. A. Cam. Fasc. 9/2 Nr. 552 ex 1813. Z. 18090—1010.)

Am 7. September 1814 wurden sämtliche Fürst Paarische Postakten von der k. k. Hofkammer übernommen. Zufolge A. H. E. vom 25. November 1817 wurde der Fürstliche Paarische Familie das Postlehen in jenem wieder mit der Monarchie vereinigten Provinzen und Gebietsteden verliehen in denen sie dasselbe vor der Abtretung wirklich besaß und wo von den vorigen Legierungen keine Verfügung zugunsten dritter Personen erfolgt ist. (H. K. A. Cam. Fasc. 9/2 Nr. 73.)

Bezüglich des Postlebenszesses vom 27. August 1819 siehe Abschnitt II „Postlebensverleihungen“.

Karl Fürst v. Paar ist am 13. September 1819 gestorben. Im Jahre 1821 hat die verwitwete Fürstin Guidobaldine v. Paar um Erteilung eines Indultes zur Belehnenenernennerung über das Erbpostmeistersamt bis zur Großjährigkeit ihres Sohnes und Lehnemachfolgers Karl Fürsten v. Paar gebeten.

Am 22. Oktober 1827 wurde derselben der Postlebenszess vom 6. Oktober 1827 für die männliche Descendentz übermittelt, welcher mit jenem vom 27. August 1819 gleichlautend ist. Auf gleichen Grundlagen wurden dem Lehnemachfolger Karl Fürsten v. Paar die späteren Lehenbriefe ausgestellt.

Seit mehr als zwei Jahrhunderten standen sonach Glieder der Familie Paar an der Spitze des erblichen Postwesens, welches in dieser Zeit immer größeren Aufschwung genommen. Daß sich die Paars hierbei besondere Verdienste erworben haben, beweisen die wiederholten Privilegien und Begünstigungen sowie die höchsten persönlichen Auszeichnungen, welche ihnen seitens der Monarchen zuteil geworden sind.

Außer den vorgenannten, standen noch folgende Paars im Postdienste: Seit 1524 versah Moritz v. Paar die zwei ordinar Posten Linz und Erla, welche ihm auf Lebensdauer verschrieben wurden. 1563 war dessen Witwe Maria v. Paar, Postmeisterin in Linz.

1539 war Peter v. Paar. 1586 Hans v. Paar, Postmeister in Preburg. 1562 Joseph v. Paar, Postmeister in Augsburg. 1594 Johann Paul v. Paar, Obrist Postmeister in Venedig. 1600 Marcus Antonius Gaffer v. Paar, Feldpostmeister.



## XI. Die österreichische Post und die Familie Taxis.

1151 organisierte der Obers-Jägermeister der Grafschaft Tirol, Rogier von Taxis in Tirol und Steiermark auf eingerichteten Pferdewechseln eigene unibindung zwischen Italien und den Erblanden zu stehen.

1459 erscheint Johann das Taxis als Tiroler Postmeister in Hab-burgischen Diensten. Von da ab befinden sich Glieder der Familie Thurn und Taxis im Besitz der Posten in den Tiroler und Vorderösterreichischen Landen. 1506 hat Maximilian I die Verwaltung des Innsbrucker Postamtes dem Gabriel de Taxis übertragen.

Am 13. März 1530 verlieh König Ferdinand I. das oberste Postmeistertum in Tirol und angrenzenden Ländern dem Joseph de Taxis als Belohnung für seine geleisteten Dienste, mit allen damit verbundenen Ehren, Privilegien, Ausnahmen, Freiheiten, Prämien und Einkünften, wie sie die übrigen Postmeister erhalten, weder durch Gewohnheit oder von Rechtswegen genossen haben. (A. M. d. I. H. A. 1 Nr. 24 ex 1666.)

Im Jahre 1543 suchte Kaiser Karl V. dem Gabriel, Sohn des Joseph von Taxis die Anwartschaft auf das Innsbrucker Postamt im Falle Ablebens seines Vaters zu. 1564 ernannte Erzherzog Ferdinand den Gabriel v. Taxis während seines Aufenthaltes in Tirol zum Hofpostmeister, damit die Besoldung eines eigenen Hofpostmeisters entfalle. In einer Urkunde von 1583 kommt derselbe als oberster Hof- und Postmeister der Ober- und Vorderösterreichischen Lande vor. Nach seinem Tode wurde von Erzherzog Ferdinand dieses letztere Amt am 20. September 1583 seinem Sohne Paul v. Taxis verliehen.

Nach dem Tode des Paul v. Taxis wurde dessen Sohn Andree v. Taxis vom Erzherzog Maximilian am 23. März 1615 zum obersten Hof- und Postmeister der Ober- und Vorderösterreichischen Lande bestellt. Nach dessen Ableben überging dieses Amt auf Grund einer Verteilungsurkunde des Erzherzogs Leopold vom 20. Oktober 1620 an seine beiden Brüder Wolf Dietrich und Paul v. Taxis. Wie sie sich selbstens deswegen mit einander verglichen werden.

Am 27. Juni 1647 wurde von der Erzherzogin Claudia das Hof- und oberste Postmeistertum in Tirol und den übrigen Ober- und Vorderösterreichischen Landen dem Paul Freiherrn v. Taxis und seinem Geschlechte erblich verliehen. Unter dem 30. Juli 1650 wurde von Erzherzog Ferdinand Carl angeordnet, daß Paul Freiherr v. Taxis diejenigen Regalien der Posten, gleichwie sie der kais. oberste Postmeister Freiherr v. Paar genießt, innehaben sollte, nämlich, daß alle in Erzherzoglichen Diensten stehenden, darunter auch die geistlichen und Ordenspersonen für die aufgegebenen und ankommenden Briefe beim Postamt nichts zu bezahlen, dagegen zum neuen Jahre nach Belieben mit einer Verehrung sich einzustellen haben; daß in diesen Landen für eine Post und ein Pferd ein halber Reichsthaler Rittgeld bezahlt und die Postbeförderer oder Posthalter, die von Erzherzog bezahlt werden, vom Taxis als obersten Postmeister an- und auf Pakete Briefe bei der Auf- und bei der Abgabe vom Lot 6 kr., was aber weniger, so nicht zu wagen, vom Bogen 6, und vom halben Bogen 3 kr. bezahlt werden. (Arch. Min. d. Inn. C. A. 3 Nr. 35 ex 1740.)

Nach dem Tode des Paul Freiherrn v. Taxis trat dessen Sohn Franz Werner Freiherr v. Taxis im Jahre 1661 das Hof- und oberste Postamt in den Ober- und Vorderösterreichischen Landen an. Am 1. November 1664 erging ein Patent des Erzherzogs Sigmund Franz, wonach Franz Werner Freiherr v. Thurn und Taxis in Person oder durch seine Substituten alle Posten zwischen Augsburg und Trento, Innsbruck und Freiburg im Erzstift, dann zwischen Innsbruck und Salzburg seines tragnen Anteils halber zu visitieren, zu bereiten, Unordnung und Fehler ab-, dagegen gute Ordnung anzustellen, und die ihm untergebenen Postmeister und Postverwalter im Erzherzoglichen Namen in die schuldige Pflicht zu nehmen habe.

Am 17. Februar 1666 erhielt ihm Kaiser Leopold I. die Konfirmation über das oberste Postmeistertum in den Ober- und Vorderösterreichischen Landen. In dem Konfirmationsbriefe heißt es, daß die Taxische Familie das oberste Postmeistertum nicht allein in O. und V. O. Landen in die 200 Jahr lang mit sonderbarem Fleiß, Treue und Aufrichtigkeit versehen, und ohne Irrung und Unterbrechung ruhig genossen, sondern auch am kais. Hof, im Königreich Ungarn, Böhmen, Spanien, in den Niederlanden, Burgund, im Römischen Reich, zu Venedig, Rom und Mailand von ununterbrochen Jahren her bereits imgehabt, auch theils noch innehaben, auch von weiland der Erzherzogin Claudia sel. Andenkens den 27. Juni 1646, damals gewesen bevollmächtigte Regiererin selbiger O. und V. O. Landen dem Paul v. Taxis als sein Franz Werners Vatern und seinen Descendenten das oberste Postmeistertum in O. u. V. O. Landen erblich verliehen, auch folgens durch weiland beide Erzherzoge Ferdinand Carl und Sigmund Franz Christofel. Andenkens den 2. November 1661 und 7. November 1664 abgedachten Franz Werner Freiherrn von Thurn und Taxis confirmirt worden.

Weiter heißt es: „Wann wir dann gnädiglich angesehen und wahrgenommen die langwierigen, getreuen, emsigen und beständigen Dienste, welche uns, dem heil. Römischen Reich und Unserm Loth, Erzhaus Österreich, auch dem gemeinen Vaterland die Freiherrn von Thurn und Taxis in Krieg und Friedenszeiten vermehrt dieses Postwesens und in anderweg so viel Jahr hero nützlich und willfährig erwiesen, solches auch noch furehin also zu praestiren des allunterthänigsten Erbtenens sein, auch wohl thun können, sollen und mögen, Wir auch jederzeit geneigt sein, Unserer getreuen Diener und Unterthanen Ehr und Nutzen auf Beste zu befürchten und zu befördern, und sie bei ihren Rechten, Privilegien und alten Horkommen zu schützen und zu schirmen, insonderheit aber deren Voretern und Geschlecht, auch sie selbst sich gegen Uns und Unser gesamtes Erzhaus in mehreren Wegen verdient gemacht und noch in steter wirklich und getreuen Dienbarkeit befinden, auch darin also zu verharren gedanken. Als haben Wir mit wohlbedachten Muth, gutem Rath und rechtem Wissen, auch von sondiren Gnaden wegen, ihm Franz Werner und seinem Bruder Sigmund Maximilian Freiherrn von Thurn und Taxis samt ihren Descendenten angeregt, bis dato wohlversene oberste Postmeistertum in dieser unserer Fürstlichen Grafschaft Tirol, auch übrigen O. und V. O. Landen mit allen diesen Rechten und Gerechtigkeiten, alten guten Gewohnheiten und Horkommen, wie solches alles seine Vorfahren thun das auch confirmiren und bestätigen ihnen dasselbe aus Kais. Kgl. und Landfürstlicher Machtvollkommenheit hiemit in Kraft dies Briefs, so viel Wir auf des O. O. Wesen erhaltenen Bericht oder Gutachten von Recht oder Gewohnheit wegen, denen zu confirmiren und zu bestätigen haben.“ (Arch. Min. d. Innern H. A. 4 Nr. 22.)

Am 4. März 1673 wurde dem Franz Werner Freiherr v. Taxis vom Kaiser Leopold I. der Titel und das Prädikat: „Hof- und General-Erbpostmeister der O. und V. O. Lande“ verliehen.

Im Jahre 1757 erscheint Leopold Graf v. Taxis und im Jahre 1769 Joseph Graf v. Taxis als oberst. Hof- und General-Erbpostmeister in Tirol und V. O. Anlaß der im Jahre 1769 erfolgten Inkamerierung der Postverwaltung in Tirol und Vorderösterreich wurde dem Grafen Joseph v. Taxis, bzw. der Graflichen Taxischen Familie für die Abtretung des aus dem Postgefälle in diesen Ländern genossenen Bezuges samt den dort eingeführten Postwägen an das Avarium numerale, jedoch unter Beobhaltung des Genusses aus dem Poststall, ein Äquivalent von jährlich 17.200 Gulden ausgesetzt und ihm hierin aus besondrer Gnade noch eine Pension jährlicher 2000 fl. dergestalt verliehen, daß dieselbe nach seinem Tode auf seine ihm alleinfalls überlebende Gattin übergehen, im Ablebensfalle der letzteren aber dem Avar wieder anzuwachsen solle. Gelegentlich dieser Inkamerierung erfolgte auch die Aufstellung einer O. und V. O. Hofpostkommission in Innsbruck unter dem Vorsitze des Grafen Joseph v. Taxis.

Geschichte der österreichischen Post.



Im Jahre 1772 wurde das obige Äquivalent von 17.000 auf 20.000 Gulden W. W. erhöht und interim 25. August 1773 das Obriste Postamt mit dem hierfür ausgewiesenen Äquivalent als ein wahres Mannes- und Freilehen mit Ausschließung der weiblichen Descendenz verliehen.

1791 war dessen Sohn, Alexander Graf v. Thurn und Taxis Obrist Hof- und Generalpostmeister in Trief und V. O. bezüglich dessen bereits im Abschnitte II 6. Postlebensverleihenungen" ausführlicheres erwähnt wurde.

Die Graf Taxischen Lehenposten in den O. und V. O. Ländern waren im Jahre 1760: Innsbruck und Hall, Straß (Volters), Kundl, Rattenberg, Wörgl, Lham, Waidringen, Schöberg, Stenach, Brenner, Sterzing, Braxen und Klausen, Altwald, Kohnau, Teutchen, Ala, Dierschenbach (Zierl), Barvis (Plattau), Nassereit, Lermoos, Haderwang (Rauten), Freiburg, Kempten, Konstanz, Leutkirch, Egen, Altdorf, Stockach, Weßlach, Schwabmünchen, Vödel, Bruggen, Nördendorf, Stühm, Mitterwald a. H., Linz, Schwatz, Hurlach.

Nach dem am 25. Mai 1834 erfolgten Tode des Alexander Grafen v. Thurn und Taxis ist das Lehen in seinen Sohn Joseph Graf v. Thurn Valsassina und Taxis übergegangen.

In Bozen und Trient stand an der Spitze des Postwesens die Familie Bordogna de Taxis. Schon im Jahre 1549 erscheint Laurentius Bordogna de Taxis, im Jahre 1563 Johann Baptist Bordogna de Taxis als Postmeister in Trient, welcher letzterem auch die zwei Posten Valargna und Roverbella, dann am 1. Januar 1576 das Postamt Bozen auf Lebensdauer verliehen wurde. (Siehe Abschnitt II, Punkt 5).

Nach am 2. April 1576 wurde seinem Sohne Ferdinand die Post zu Bozen auf Lebensdauer verliehen und die Anwartschaft auf die seinerzeitige Übertragung der Posten zu Trient, Neumarkt, Valargna und Roverbella versprochen.

1578 erhielt Lorenz Bordogna v. Taxis, der älteste Sohn des Johann Baptist, die Konfirmation auf die Post in Bozen im Falle Ablebens seines Bruders Ferdinand. Nach dem Tode des Lorenz Bordogna v. Taxis wurde 1631 die Invektur des Postamts zu Trient seinen beiden Söhnen Johann Baptist und Ferdinand Bordogna v. Taxis erteilt.

Am 2. Juni 1666 wurde vom Kaiser Leopold der nach Lorenz Bordogna verstorbenen Lucia Bordogna v. Taxis über deren Ansuchen ein Konfirmationsbrief ausfertigt, nach welchem dieselbe und nach ihrem Tode ihre drei Söhne Johann Baptist, Peter Paul und Lorenz sukzessive die Posten zu Bozen, Trient, Neumarkt, Valargna und Roverbella noch ferner innehaben sollten, doch mögen sie sich bei Bedarf, ihre Posthäuser allzeit mit guten Rossen und Knechten wohl zu versehen, zu verfahren und in jedem Stund zu erhalten". (A. Min. d. Inn. II a 4 Nr. 25).

Am 20. Februar 1683 wurde die Konzeption über das Postwesen in Trient, Bozen und Neumarkt den Bordogna v. Taxis, so lange deren von männlichem Stamme vorhandene sind, erteilt und am 13. Oktober 1708 dieses Sukzessionsrecht vom Kaiser Josef I. bei den Hauptpostämtern in Trient und Bozen in ein Manneslehen umgewandelt.

In einer Urkunde Kaiser Karl VI. vom 15. Juli 1714 wird der Beilehnung als „Obriste Postmeister an der Etsch" erwähnt. Unter gleichem Datum wurde den Bordogna v. Taxis der Freiherrenstand verliehen. 1712 war Lorenz Anton und nach dessen Tode 1745 Ferdinand Philipp Freher v. Taxis Bordogna und Valargna Obrist Postmeister zu der Etsch, 1769 Johann Franz Obrist Postmeister in Trient und Ferdinand Philipp Freher v. Taxis Obrist Postmeister in Bozen.

Ferdinand Philipp starb am 28. Februar 1776. Nachdem auch dessen erstgeborener Sohn Lorenz Michael im selben Jahre mit Tod abgegangen, ist das lehenbare Postamt zu Bozen dem nächstältesten Sohne Franz Josef Freher von Taxis zugefallen. 1779 war Obrist Postmeister und Lehensträger zu Trient und an der Etsch Josef Freher v. Taxis, 1790 Franz, 1798 Alois Freher v. Taxis. Weiteres siehe Abschnitt II B. Postlehen der Familie Taxis, Punkt 2.

Seit 1826 erschienen Glieder der Familie Taxis als Hofpostmeister in Wien. Der erste Hofpostmeister war Anton v. Taxis. Ihm folgte 1848 Mathias, 1859

Christoph v. Taxis. Am 26. Mai 1811 überging das Hofpostamt an den Sohn von der Witwe des Hofpostmeisters Georg Fichtl v. Fichtberg an den Sohn des Reichsgeneralpostmeisters Leonhard Freher v. Taxis Lamoral Freher v. Taxis, welcher anlässlich des Antrittes des Reichsgeneralpostamts am 19. September 1812 vom Hofpostmeisteramt entlassen wurde. Am 20. Juli 1813 verlobte Kaiser Mathias ihm und seiner mütterlichen Besondere das Reichsgeneralpostamt als ein mannliches Reichsregal und Lehen, wogegen er sich mittels Reverses vom gleichen Datum verpflichtete, „den kaiserl. Obristen-Hof- und österreichischen Postämtern keinen Eintrag, Irrung, Verhinderniß oder Beschwerde, wie und auf was Weis solches immer geschehen und zugehen möchte, thun oder zuzulassen zu sollen, noch Reich und dem hochl. Haus Österreich vorzubehalten, und darunter im reichliche Postämter gänzlich abgeordnet und angeschlossen, und darunter im weitesten begreifen und verstanden haben wollen" (H. K. A. Postakten 1601—1643).

Im Jahre 1824 ist Lamoral Freher v. Taxis gestorben und wurde das Reichsgeneralpostamt mittels Lehenregals vom 17. August 1821 seinem Sohne Leonhard Graf v. Taxis verliehen, welcher in dem Revers vom 14. Februar 1823 bezüglich des Obristen Hof- und der n.o. Postämter die gleichen Verpflichtungen, wie dies sein Vater getan, übernommen hat. Leonhard Graf v. Taxis ist im Jahre 1828 gestorben. Nach seinem Tode übernahm dessen Witwe Alexandrine geborene v. Frey, die Verwaltung des Generalreichspostamts für ihren noch minderjährigen Sohn Claudius Lamoral.

Außer den vorgenannten standen noch folgende Taxis im österreichischen Postdienste: 1. als Postmeister in Venedig 1541 Roger v. Taxis; 1585 David v. Taxis; 1596 Ferdinand v. Taxis; 1650 Octavius de Taxis als Reichspostmeister; 1722 Graf de la Torre Valsassina Taxis als Reichspostmeister; 2. als Postmeister in Kärntenweg und Driken 1552 Ludwig v. Taxis; 3. in Trient 1592 David de Taxis; 4. in Raab 1612 Ferdinand v. Taxis; 5. in Augsburg 1622 Johann Anton de Taxis; 1551 Innocenz de Taxis; 1552 Christoph v. Taxis; 6. in Rom 1664 Johann Anton de Taxis; 1740 Michael Erbst von Thurn und Taxis (siehe Abschnitt II E. Römische Postlehen); 7. in Prag 1582 Andreas de Taxis; 8. in Kufstein 1546, dann in Füssen 1554 Innocentius de Taxis; 9. in Verona 1558 Postverwalter Simon und Anton de Taxis.

## XII. Taxis kontra Paar.

Die den Familien Taxis und Paar erteilten Postlebensverleihenungen gaben Anlaß zu wiederholten Differenzen zwischen den Lehensträgern und zu beiderseitigen Klagen.

Im Jahre 1636 wurden sowohl vom Obrist Hofpostmeister Hauns Christoph Freher v. Paar, als auch von Alexandrine Gräfin v. Taxis, geborene v. Rye, Witwe nach dem Generalreichspostmeister Leonhard Grafen v. Taxis, als Vorfahren ihres minderjährigen Sohnes Claudius Lamoral, Beschwerden beim Reichshofrat bezüglich Besorgung der Postgeschäfte beim damaligen kaiserlichen Kollegialtag in Regensburg erhoben. Hierüber erging seitens des Reichshofrats, 1636, Regensburg 6. Oktober 1636, der Bescheid, „daß S. kais. Maj. wollen, daß die Fertigung der Correspondenz und Anstellung der Briefe, auch Einziehung der Einbrennen für diejenigen Briefe, die zum kais. Hofstaat anlangen, wie auch an die Personen, welche dem kaiserl. Hof nachfolgen, dem alten Herkommen nach, wie auch des General Postmeisters eigens deswegen gegebenen Revers gemäß, dem kaiserl. Hofpostamt zustehen und verbleiben, und mehr besagte Gräfin von Taxis oder derselben allhier (Regensburg) anwesender Postmeister sich hinfür mit Annehm- und Aushebung derselben Briefe weiters, als was die allhierige Bürger und Kaufleute betrifft, nicht anmassen, auch bei jedesmal ankommenden Posten und Staffeten die Felleisen und Pakete, wie sich gebührt, zum kaiserl. Reichs-



kanzlei versperrt und uneröffnet, damit sie daselbst eröffnet werden, sammt der gebräuchlichen Correspondenz unverzüglich überliefern solle.“ (II. H. u. St. A. Mainzer Erbkanzlerarchiv, Postalia Nr. 4.)

Bei dem 1640 in Regensburg versammelten allgemeinen Reichstage entstanden zwischen Taxis und Paar die gleichen Streitigkeiten, wie 1636 beim Kurfürstentage. Der Regensburger Reichspostmeister Johann Antonius von Ponsen hat sich beim Kaiser beklagt, daß ihm das Hofpostamt bei diesem Reichstage nicht allein, die Stafetten und Partikularbriefe der Kurfürsten und Stände des Reichs und deren abgeordneten Räte, Botschaften und Gesandten, auch anderer Personen, entzögen, sondern auch die Korrespondenzen, Post- und Stundenzettel annehmen, sich unterstehe. Hierüber erließ der Kaiser unterm 4. August 1640 ein decretum declaratorium, worin es heißt: „Weil in dem 1636 ergangenen und sub dato 8. Juni 1640 wieder erneuerten Dekrete nicht verstanden, auch darinnen nicht befindlich, daß gedachtes Hofpostamt in Kraft dessen auch die an die Churfürsten und Stände des Reichs und deren abgeordneten Räte, Botschaften und Gesandten, oder auch an andere fremde Handels- und Kaufleute ankommenden Briefe und Pakete, welche dem kais. Hofstaate immediate nicht zugesthan, an sich ziehen sollte, so wird dem Freiherrn von Paar anbefohlen, daß er dieselben dem Reichspostamt in Regensburg in Einsamml- und Austheilung derjenigen Briefe und Pakete, welche an die dort anwesenden Churfürsten und Stände, des Reichs oder derselben Räte, Botschaften und Gesandte, auch andere fremde Handels- und Kaufleute, welche dem kais. Hof nicht nachfolgen, noch immediate darunter gehörig, einkommen und von ihnen aufgegeben werden, wie auch an Fertigung der Correspondenzen, Post- und Stundenzettel weiter keinen Eintrag thun, sondern sich dem bevor ausgehenden Dekrete und der jetzigen Erläuterung und declaration gemäß verhalten solle.“ (II. H. u. St. A. Postwesen im Reich.) Durch diese Erläuterung wurden jedoch die obwaltenden Streitigkeiten nicht beendet, indem nun Taxischerseits dem Paar jedes Refugium, irgendwo im Reiche eine Postverrichtung auszuweisen, absprach. Die Gräfin Alexandrine v. Taxis überreichte am 15. September beim Reichshofrathe eine dresfällige Klage und bat, dem Paar unter Strafe alle Briefsammlung und Austheilung im ganzen Reiche ohne Unterscheid zu verbiethen. Zugleich wandte sie sich an das kurfürstliche Kollegium mit der Bitte, ihr Gesuch zu unterstützen (vergl. Horrigk „de regali postarum jure“).

Am 12. Juni 1641 erstattete das kurfürstliche Kollegium sein Gutachten dahin, „daß es dem von der Gräfin v. Taxis behaupteten Grundsatz, daß dem Erblandpostmeister außerhalb der Grenzen der k. k. Erblande keine Vorrichtungen in Poststellen zuzustehen, und daß durch die Belehnung der von Paar mit dem Hofpostameisteramt den kais. Reichsposten durchaus nichts habe entzogen werden können, ganz beistimme, weil das Reichspostamt viel älter, und quoad totum imperium schon lange vorhin *jus quæsitum et fundatum* gehabt habe. Der Unterstatthalter Postämter sei nicht von den Personen, sondern von den Wahlkaiser, Erbherren selbst herzunehmen. Wie der Reichspostmeister dem Hofpostmeister in den kais. Erblanden keinen Eintrag thun wolle, dürfte auch der kais. Hofpostmeister dem kais. Reichspostamt keinen Eintrag thun. Auch sei der Reichspostmeister darauf belehnt und müsse die Posten im ganzen Reiche auf seine alleinigen Kosten erhalten, daher er auch allein das Regal-privilegium nutze.“ Ein allgemeines Reichsgutachten vom 27. September 1641 stimmte ebenfalls dafür, die Gräfin in ihren Rechten zu schützen.

Über die Taxischen Klagen entschied der Reichshofrat unterm 16. August 1646: „In Sachen Herrn Lamoralld Claudij Francisci Grafen v. Taxis Kläger einesseits gegen und wider H. Carl Grafen v. Paar beklagten andertheils, das kais. Hofpostamt betreffend, ist allem Vorbringen nach zu Recht erkannt, daß der Kläger von dem Klägers angestellter Klag zu absolviren und zu erledigen sei, als er davon absolvirt und erledigt wird.“ (II. H. u. St. A. Reichshofratsakten).

Nach an demselben Tage bat Graf Paar um Ausfertigung eines Lehenbriefes über das Oberste Hofpostamt von der Reichshofkanzlei. Unterm 9. No-

vember 1656 wurde ihm vom Kaiser Ferdinand III. der Lehenbrief über das „Oberste Reichshofpostameisteramt“ erteilt. (Siehe Abschnitt II. A. Postlichen der Familie Paar.) Taxis hat noch am 17. September 1656 beim Kaiser Beschwerde erhoben, in der er erwähnt, daß das Reichshofpostamt vom Reichspostamt nicht getrennt sein könne, Solche jedoch das Reichshofpostamt als ein besonderes ihm nicht schon verliches Amt gehalten werden, bitte er, ihn damit zu beehren, Paar aber abzuweisen. Das Gesuch wurde am 21. November 1656 aus den im Kollegialgutachten 1641 angeführten Gründen unterstützt. Weil aber Paar bereits mit dem Reichshofpostamt in der Reichskanzlei belehnt war, wurde dem Kurfürsten von Mainz am 7. Dezember geantwortet: „Taxis habe sich reservirt, dem kais. Hofpostamt keinen Eintrag zu thun, den Revers aber dem Churfürsten vorbehalten. In das Reichspostwesen ein Reichsregale sei, so sei dafür keine Konsequenz zu befürchten.“

Nach dem Tode Kaiser Ferdinand III. wurde bei Abfassung der kais. Wahlkapitulation im kurfürstlichen Kollegium das Reichspostwesen wieder zur Sprache gebracht und im Art. 35 der Kapitulation Kaiser Leopolds vom Jahre 1658 festgesetzt: „Und demnach auch wider die im Hof. Kam. Reich verordnete Post einige Beschwerden geführt werden, so sind zwar dieselben nach Anweisung Instrumenti Paris auf die beim nächstfolgenden Reichstage erfolgenden Erörterungen auszustellen. Wir sollen und wollen aber zur gänzlichen Aufhebung der zwischen Unseren Postämtern haftenden Differenzen in Erwägung des vom Churfürstlichen Collegio in Anno 1641 auf dem Reichstage zu Regensburg wegen des Reichspostamts eingeleiteten Gutachtens und der im selbigen Reichshofrathe beschiedenen Verordnungen die beständige Verfügung thun, daß Unser General-Oberst Reichspostamt in seinem Esse erhalten und zu dessen Sicherung nichts vorgenommen, verwilligt oder nachgesehen, insbesondere aber der damit belehnte General-Reichspostmeister wider alle von Unserem kais. Hofpostamt jenen bis daher im Reich beschlene, oder noch ferner annehmende Eingriff und Verschlingung absonderlicher Anspakete gehandhabt, und sowohl im Heinen Unserer kais. Person und Hofstaat, als abwesend derselben bei ruhiger Einnahm-Besoll- und Aus-theilung aller und jeder vermittelst der Reichsposten ankommenden und abgehenden Briefe und Pakete gegen erhebendes billiges Postgeld belassen, und was dem und gemeinlichen Reichsabschied zuwider auf einerlei Weise und Wege ergangen und verlichen worden, hienüt allerdings aufgehoben sei. Hingegen Unser kais. Erbland Hofpostamt bei seiner in anno 1624 erfolgten Investitur und des General Reichspostmeisters auf dieselbe erteilten Levers in denselben Erblanden ganz unbeinträchtigt verblieben und dabei geschützt werden solle.“ (Vgl. Horrigk, Postwesen unserer Zeit.) Diesen Artikel ließ nun Graf Taxis dem Grafen von Paar unter dem kurnainzischen Siegel zustellen; Graf Paar sandte jedoch denselben durch einen Notar wieder zurück.

Noch im selben Jahre ersuchte Graf Paar um Erneuerung der Belehnung mit dem Obersten Reichshofpostameisteramt, welche ihm auch von Kaiser Leopold I. mit dem Lehenbriefe vom 23. September 1659 erteilt wurde.

Am 13. Oktober 1659 schrieb Lamoral Graf v. Thurn und Taxis an Churmainz, „daß das Bisthum Passau unbeschadet seiner Beschwerde zu Passau ein abgesondertes Postwesen angestellt, ein ordentliches Lehen darau gemacht und den Grafen von Paar damit zu investieren intentionirt und bereits die Verfestung gegeben, was dem General-Reichspostregal und bereits die Verfestung und Ständen erteilten kais. Befehlen und Patenten, daß im Hof. Kam. Reich keine andere als die Reichspost gestattet, und was de facto dawider neu attempt worden, aufgehoben werden soll, zuverlaßt, sonderlich daß von Paar solches Postamt de facto schon unter seiner Direktion, Disposition und Administration hat, ungeachtet er (Taxis) bei dem Kaiser und E. H. Leopold Wilhelm dasselbe mit der Reichspost zu conjugiren geheten, wurde er doch mit einer abschließigen Resolution abgefertigt, also sich Paar wider die Capitulation und Constitutions Imperij dem Reichspostregal und ihm hienüt präcedirlich in das Reichspostwesen einträgt und dabei manumirt wird.“ (II. H. u. St. A. Mainzer Erbkanzlerarchiv Nr. 5.)



Am 15. Februar 1686 vermittelte Kurmainz zwischen dem General-Erbpostmeister im Röm. Reich, Burg- und Niederlanden Lamoral Claudius Franz Grafen v. Taxis und dem Christen Reichshof- und General-Erbland-Postmeister Carl Grafen v. Paar bezüglich der früheren Streitigkeiten einen Vergleich, welcher folgende Bestimmungen enthielt: 1. „Alle zwischen den beiden Generalpostmeistern vorgekommenen Prozesse und Differenzen sollen gütlich aufgeschoben sein und hantirt unter denselben ohne verurtheilte Correspondenz und freundliche Neigung gelöst werden. 2. Weil ihre kais. Maj. wollen, daß ihre eigene Handbriefe, Pakete, Meisterte, auch dergleichen aus ein und andern Kankeln ausgefertigt besetzt und Befehle durch keine anderen als des Grafen von Paar Hände empfangen und spendirt werden sollen, soll also demzufolge während der Zeit, als sich ihre kais. Maj. samt dem Hofstaat im Reich bei Reichs- und Wäldtagen in Person aufhalten werden, der Empfang und die Spedition aller obigen Schreiben und Kankelbefehle, wie auch aller dem kais. Hof nachfolgenden päpstlichen, kaiserlichen, answärtigen Republiken, auch Fürstlichen und der Stände, ordinarium, außerordentlich, Grafen, Fürsten, Residenten und Agenten und anderer dem kais. Hofstaat angehörigen Personen eingehenden und abgehenden Briefe einzig und allein dem Grafen von Paar oder seinen Bedienten, und unter seiner Vorzeigung zu kommen. 3. Die Annahme und Bestellung aller übrigen an die Fürstlichen und Stände des Reichs und deren abgeordneten Rathen, Botschaften und Gesandten, oder auch an andere fremde Handels- und Kaufleute, Bürger und Inwohner, welche dem Hofstaat immediate nicht zugehören, noch denselben nachfolgen, ankommenden und von denselben abgehenden Briefen und Paketen nach dem Grafen von Taxis allein vorzulegen, und denselben von dem Grafen von Paar und den seinen darin, wie auch an Fertigung der Correspondenz, Post- und Standbriefe weiter kein Eintrag gethan werden. 4. Bezüglich der Emmenten Briefen soll zur Verhütung mehrerer Confusion und Gezwanks, von allen Briefen, welche nicht frei sind, während der Anwesenheit I. M. das Briefporto in eine Summe bestimmt, von beiden Theilen verschlossene Truhe zusammengelegt, in einem jeden Jahr eine gewisse Person dazu in beider Namen, kein Porto zu unterzeichnen, sondern alle eingehenden Emmenten in solchen Truben, deren jeder Amt eine eigene auf oberwähnte Art haben solle, jedesmal zu bringen. In Theilen getheilt werden. 5. Dem Grafen von Thurn und Taxis soll die Bestellung der Post durch das Stift und die Stadt Passau, als ohnedem zum Reich gehörig, abgetreten werden. 6. Beide Interessenten, sowie deren Erben und Nachkommen sollen diese Contractspunkte gewissenhaft einhalten, derjenige, welcher eines oder das andere nicht ehaltenen wurde, soll nicht allein in die kaiserliche Ungnade, sondern auch in eine Strafe von 60 Mark böhmischen Goldes verfallen.“

Dieser Vergleich wurde von Kurmainz und dem Grafen v. Taxis, jedoch nicht auch vom Grafen v. Paar unterschrieben. Trotz mehrfacher Einwendungen seitens des Grafen v. Paar bestätigte der Kaiser diesen Vergleich und erließ auch unterm 15. März 1678 ein Dekret, in welchem der Vergleich nochmals koordinirt und dem Grafen v. Taxis das Postamt zu Passau zugesprochen wird. (Vgl. Heintz, I. II, S. 173—177.)

Als sich Kaiser Leopold im Jahre 1689 nach Augsburg begab und sämtliche Kurfürsten des Reichs zu einer Besprechung eingeladen hatte, erhielt Carl Joseph Graf v. Paar unterm 26. Juli 1689 die Verständigung, „daß es notwendig sei, daß während der kaiserl. Anwesenheit in Augsburg das kaiserl. erbliche Hofpostamt dem Hofkommen gemäß und nach Inhalt des am 6. Oktober 1686 erlassenen und am 16. August 1686 per sententiam confirmirten kais. Dekrets sowohl wegen Fertigung der Correspondenz, als Theilung der Briefe und anderer der Nothdurft nach bestellt und verwaltet werde; es möge also der kais. Oberl. Hofpostmeister die Verfügung thun, damit in Administration des ihm anvertrauten kais. Reichs-Oberl. Hofpostamts Zeit ihrer Maj. Anwesenheit in

Augsburg kein Abgang erscheine, und dem Anno 1686 erlassenen Dekrete in allem gebührend nachgelebt werde“ (H. K. A. Postakten in Fac. 1723—1736.)

Bei dem 1690 zu Augsburg eröffneten Wahlkongreß des römischen Königs Joseph erbob der Fürst v. Taxis am 10. Jänner bezüglich des obigen am 26. Juli 1689 an den Obersten Hofpostmeister Grafen v. Paar ergangenen Dekrets Vorstellungen und beschwerte sich namentlich darüber, daß der Vergleich vom Jahre 1686 seitens des Grafen v. Paar nicht respektirt wurde. In dem darauffolgenden Memorial überreichten Memorial erwähnte Taxis auch unter anderem: „daß zur Zeit, als der Kaiser 1683 während der Belagerung Wiens mit seinem Hofstaat nach Passau kam, Graf Paar ungeachtet des Vergleichs sich neuerlich unverantwortliche Eingriffe erlaubte, sich im Passauer Postamt einlogirt und es gleichsam verdrungen, alle Briefgelder sich zugeeignet, die Fertigung der ein- und abgehenden Briefe an sich gezogen, und die Antrung selbst nach des kaisers Abreise unbefugt fortgesetzt habe“. Die hierüber im Wahlprotokolle vom 23. Jänner 1690 ad Art. 34 erfolgte Resolution lautete: „Es wäre bei dem Vergleich billig zu lassen, oder, da die beiden Parteien sich nicht dazu verstehen wollten, dieselben an den Reichshofrat, wo die Sache anhängig, zu remittiren, verfolglich von diesen beiden Punkten in hoc articulo zu abstrahiren; es solle bei der Leopoldina bleiben, des Feldpostamts solle in der Capitulation nicht gedacht, ihrer kais. Maj. aber die Abstellung dieser Mißbrauche und abusuum recommandirt werden“. (Vgl. Baust, I. B., S. 178 und II. B. S. 956.)

Im Jahre 1691 übergab Kurmainz beim Reichshofrat eine neuerliche taxische Beschwerde und bat, den fortgesetzten Päpstlichen Usurpationen und Beeinträchtigungen zu steuern, damit der Graf Paar mit der Bestellung der Feldposten bei der kais. Armee sich begnügen, und mit Taxis wegen Beiführung der Briefe der Billigkeit nach sich abfinden müsse.

Am 26. Juni 1702 erfolgte das Urteil des Reichshofrats: „daß es bei dem von ihrer kais. Maj. confirmirten Vergleich sein Verbleiben haben soll und Graf Paar denselben zu unterschreiben schuldig sei, jedoch mit dem Vorbehalte, daß noch wegen Beitrag der in actis geklagten Oberum und richtiger Postordnung ein gütlicher Vergleich zwischen ihnen durch dazu verordnete Commissarios versucht werden solle; wegen Bestellung des Feldpostamts und dessen exercitio bei der kais. Armee im Reich sei Graf Paar dabei zu lassen und zu manutifiren, jedoch mit dem Vorbehalte, daß wegen der von den Taxischen Bedienten dem Feldpostamt mit Unkosten zuzuführenden, dero kais. Hof-, auch anderer (kürstlicher und Fürstlicher) Correspondenzbriefen ein billig mäßiger Vergleich durch dazu deputirte Commissarios versucht werden solle“. (H. II. u. St. A. Abt. 638.)

Als dies fruchtlos blieb, erfolgte am 26. Oktober 1702 der weitere Reichshofrätliche Bescheid, „daß es lediglich bei dem Verbleibe de 1686, zu dessen Fertigung der Graf von Paar sub Turmino Octidni angewiesen wird, all seines Inhaltes ein für allemal, wie auch wegen der fremden Briefe bei der bisher gebliebenen Observanz ohne einige Neuerung zu lassen“. Graf Paar unterschrieb den Vergleich abermals nicht. Gegen die Reichshofrätlichen Urtheile interponierte der Reichsgeneralpostmeister das remedium restitutionis, worauf im Jahre 1712 in der Hauptsache eine neue Commissio ad amicabilem erkannt wurde, welche sich aber wieder zerschlüsselte. Seitdem blieb diese Sache unerledigt.

Während des Interregnums im Jahre 1741 hat Graf Paar beim Rheinischen Reichs-Vikariats-Hofgericht zu Augsburg um die Erneuerung seiner Reichsbeleihung über das kais. Obriste Hofpostamt wurde jedoch am 24. November 1741 ein für allemal abgewiesen. Bei dem darauf erfolgten Wahlkongreß sah das kaiserliche Kollegium das Paarische Hofpostamt, da die kaiserl. Würde von Österreich auf ein anderes Haus transferirt wurde, als erloschen an. In der Wahlkapitulation Kaiser Karl VII. wurde eines Hofpostamtes nicht gedacht, es hieß darin: „Wir sollen und wollen auch die beständige Verfügung thun, daß



Unter General Kaiserlich und Reichs Obrist Postamt in seinem Exze allenthalben erhalten, und zu dessen Schanderung nichts vorgenommen, verwirgt oder nachgesien im Reich jedersel in ruhiger Einwohn-Bestell- und Aushebung aller und jeder Briefe und Pakete gegen erhebendes billiges Postgeld gelassen werden. In der Wahlkapitulation Kaiser Franz I. ist die gleiche Bestimmung aufgenommen. (Vgl. Heust. I. B. S. 185.)

Bei der Wahl und Krönung Kaiser Franz I. hat Graf Paar den A. H. Hof von Wien ins Reich in der Eigenschaft des Obersten Reichshofpostmeisters begleitet. In Anschaffung wurde ihm bekannt gegeben, daß der Fürst v. Taxis Graf Johann Wenzel v. Paar hat dessengeachtet den Dienst des Obersten Reichshofpostmeisters auf der ganzen kais. Reise und selbst in Frankfurt durch zwei Postoffiziere und einen Briefträger versehen lassen. Über seinen erhöhten Protest ist ihm das folgende decretum salvatorium ddo. Frankfurt a. M. den 13. Oktober 1745 (unterzeichnet Graf Colredo) zugekommen: „Von der kais. Maj. Franz I. mehren a. u. vorgestragten wurden, was massen derselbe wegen jenem, was allhier in Frankfurt der A. H. Postbedienungs halber vor sich gegangen, ein allerhöchster Decretum Salvatorium sich demütigst ausbitte. Ihre kais. Maj. haben sanfte Bitte huldreichst zu gewähren. Erklären hiemit a. E. daß dieselbe niemals geordnet gewesen, weder anordnen, seinen allen Gerechtsamen das geringste zu beschneiden oder abgehen zu lassen, vielmehr ihn Grafen in dem Genuß so viel, als für jedersel seinen aufzulegenden Gerechtsamen gemäß erweisen kann, und es mit den Reichs-Constitutionen vereinbarlich ist, kragtigt zu schützen, allermildest geneigt sind, also auch für diesmal all jenes, was etwa geschehen sein möchte, ihm unnahehaltig anzuziehen sei.“

Im Jahre 1764 überreichte Graf Johann Wenzel v. Paar dem Kaiser ein ausführliches Memorandum und bat zugleich um Schutz in Ausübung des Obersten Reichshofpostmeisters und um Anweisung der kgl. kurböhmischen Wahlhofs nach andern Kräften allen vom Fürsten v. Taxis erhebenden Eingriffen widersetz. (H. II. u. St. A. Reichsakt, in specie Postwesen 21—III.)

Bei der Krönung Kaiser Josef II. wurde Taxis herseits die Postbedienungs

Am 12. Juni 1790 überreichte der mittlerweile in den Fürstenstand erhobene Johann Wenzel v. Paar eine neuerliche Vorstellung an den Kaiser, in welcher er nach vorliegender Darlegung des ganzen Verlaufes der zwischen seiner und der Taxischen Familie bestehenden Differenzen hervorhebt, „daß seine Familie halten worden, als die abfallenden Emolumente noch unmittelbar bei einer Krönung, einem Reichs-Collegialtag und bei einer bestehenden Reichsarmee derselben ausbezogen, wie vielmehr sollten sie erhalten werden, da nach dem vom Kaiser Karl VI. unterm 22. Juli 1722 errichteten Rezesse der Nutzen dem Aemtmacht, ihm bleibe nichts als die Ehre, die A. H. Person zu bedienen übrig, und so es gegenwärtig des Kaisers eigene Sache, zu überlegen, ob es der Dignität der A. H. Person nicht angemessen sei, ihren eigenen Reichshofpostmeister wieder herzustellen und in seine vorigen Rechte sowohl bei der Reichsarmee, als Krönung in Frankfurt wieder einzusetzen. . . . Niemand kann mit Grund im Reich dieser Bedienung widersprechen, bis nach vollendeter Krönung hat Fürst Taxis zur Bedienung eines Erzherrzogs kein Recht, und nach derselben sollte es der A. H. Person angemessen sein, wenn beide, — General Reichs- und Obrist Reichshofpostmeister, — die Bedienung vollendeten.“

Am 10. August 1790 hat der kais. Hof- und Staatskanzler Fürst von Kaunitz dem Fürsten v. Paar eröffnet, „daß auf Befehl des Kaisers die vom Paar in Betreff seines Anspruchs, auf der kaiserlichen Reise nach Frankfurt das Postbefugnis auszuüben, überreichte Vorstellung der kgl. Wahlhofschaft in Frankfurt mit dem Auftrage zugesandt wurde, entweder den Anspruch des Fürsten Paar auf dem Wahlconvocate bestens zu unterstützen, oder falls dagegen wichtige Bedenken obwalten sollten, dieselben anzugeben, worauf die Wahlhofschaft berückte, daß der diesfällige Anspruch des Fürsten Paar bereits bei mehreren Wahlconvocaten für unstatthaft angesehen, auch letzlich sogar vom kais. Reichsoffizier für unstatthaft erklärt worden sei, und es bei solcher Lage nicht thunlich wäre, daß der Kaiser eine Subpo unterstatute, welche bereits durch ein zu recht-draffen erwachsenes Urtheil eines höchsten Reichsgerichtes entschieden worden. Mithin der Fürst von Paar zwar dem Kaiser auf der Reise nach Frankfurt als oberster Hofpostmeister allerdings beistehen konnte, jedoch die Bedienung des Kaisers mit Postfordern und die Bestellung der Hofbriefpakete dem General-Reichspostmeister Fürsten von Thurn und Taxis überlassen werden mußte. Da der Kaiser nicht anders als diesem wohlgegründeten Gutachten der Wahlhofschaft beitreten konnte, habe derselbe auf besonderes Einrathen des Hof- und Staatskanzlers beschlossen, es dem Fürsten Paar völlig frei zu stellen, den Hof auf die erstwähnte Art zu begleiten, oder aber diese Begleitung auch zu unterlassen, wenn er dieselbe ohne Ausübung des Postbefugnisses seinen Gerechtsamen nachtheilig zu sein glaube, als welche nach eigenem Befunde im gehörigen Wege gegen den Fürsten von Taxis weiters geltend zu machen, dem Fürsten von Paar vollkommen bevor bleibt.“

Hierauf erwiderte Fürst Paar unterm 21. August 1790: „Der Oberste Reichs-Hof- und General Erblinden Postmeister gibt sich die Ehre, des H. Haus-Hof- und Staatskanzlers Fürsten von Kaunitz-Rittberg Lachen damit seine volle Dankbarkeit für die unterm 10. d. gefällig gewesene Eröffnung des dergleichen Resultates über seinen Anspruch auf die Begleitung S. M. nach Frankfurt mit Ausübung des Postbefugnisses, zu versichern, hiemit aber die Erinnerung beizufügen, daß er zwar den hohen Werth der Gnade, welche ihm S. M. dadurch zugetheilt, daß Höchst-dieselbe ihm erlaube, aber auch zugleich freistellen, S. M. auf der Reise nach Frankfurt auf eine dem obgedachten Resultat entsprechende Art zu begleiten, vollkommen erkenne und zu schätzen wisse; jedoch derselben in jedem Maß nicht theilhaftig werden könne, indem er die Eigenschaft als Obrist-Reichshof- und General Erblinden-Postmeister nur bis an die Grenzen beibehalten, folglich auch die seiner Charge anhängende Befugnis nur bis dahin ausüben konnte, und sodann solche an den Fürsten von Taxis abtreten mußte, dadurch aber seinen gemachten Anspruch, der auf die Gerechtigkeit S. M. als Erzherrzogen von Österreich einen nicht weniger starken und wichtigen Bezug hat, offenbar als ungegründet zu erkennen scheinen würde, da er doch vielmehr aus Überzeugung, daß das von dem höchsten Reichsgericht in Sachen gefällte Urtheil nicht auf ganz unumstößlichen Rechtsgründen ruhet, sich vorbehalten, seinerzeit diesen Anspruch gegen den Fürsten von Taxis im gehörigen Weg weiters geltend zu machen.“ (H. K. A. Gen. Erbl. Postm. Amts-Aktiv. Akten Nr. 290.)

Die bezüglich des Feldpostwesens zwischen Taxis und Paar bestandenen Differenzen wurden bereits im Abschnitte IX „Feldpost“ besprochen.

### XIII. Die österreichische Post im Orient.

Die Postexpedition in Konstantinopel wurde seit den frühesten Zeiten von einem Beamten der k. k. Internuntiaturs besorgt.

Im Jahre 1748 versah den Postdienst der k. k. orientalische Sprachknahe Josef Geldler in Pera. Für jeden in Konstantinopel aufgegebenen oder dort eingelaugten einfachen Brief wurden 5, für einen doppelten Brief oder Hogen 10

Grosche der österreichischen Post.



und für jede Onza 15 Para am Briefporto eingehoben. Geitler bezog für seine Mühe und die eingeklebten Briefporto. Er hatte eigene Rechnung zu legen und die eingehobenen Geldbeträge monatlich dem Internuntius abzuführen. Die Post von Konstantinopel bis an die Grenze und von da zurück wurde reitend durch sechs kaiserliche Boten verrichtet. Bis 1752 wurden die Briefe zwischen Wien und Konstantinopel einmal, später zweimal monatlich befördert. Die Beförderungsdauer von Wien nach Konstantinopel betrug 17 bis 19 Tage. Der Straßenzug für den Postverkehr ging über Semlin und Belgrad.

Im Jahre 1777 wurde vom österreichischen Vizekonsul von Gänerra in Salonich dorthin eine Briefpostbeförderung als Privatunternehmung eingerichtet. Als im Jahre 1781 von Seite Englands die Instruierung seines ostindischen Korrespondenzweges über Semlin beantragt worden war, wurde vereinbart, daß diese ostindischen Postpakete nur durch die österreichischen Gesundheits-Jamischaren von Konstantinopel bis an die syrische Grenze und von da zurückgebracht werden sollen. Später wurde wegen Bedarfs einer regelmäßigen Handelskorrespondenz zwischen Makedonien und den k. k. Erbstaaten dem österreichischen Konsulate in Salonich bewilligt, eine ordentliche Briefpost anfänglich mittels Fußboten, später mit berittenen Tataren über Semlin oder Alt-Orsova zu errichten.

Im Jahre 1783 besorgte den Postdienst in Konstantinopel der Legations-Konzipist Martin von Sommerer.

Bei Ausbruch des Krieges 1788 wurde für den Briefverkehr zwischen Wien und Konstantinopel die neapolitanisch-türkische Post benutzt. Nach beendigtem Kriege 1791 wurde die Straße über Hermannstadt und Bukarest gewählt; je nach den obwaltenden Verhältnissen wechselten die Beförderungswegen. 1827 wurde die Konstantinopel-Post von Wien über Ofen bis Hermannstadt in einer Strecke von 57 Posten oder 114 Postmeilen mittels Kuriere in 130 bis 145 Stunden besorgt, wozu ein Unteroffizier von einem Grenzgrenzregimente verwendet wurde. Von Hermannstadt ging die Route über Bukarest (20<sup>1/2</sup> Posten) oder 41<sup>1/2</sup> Postmeilen) nach Konstantinopel. Zwischen Hermannstadt und Bukarest wurde die Post durch zwei jeener Unteroffiziere, welche dem k. k. Agenten in Bukarest zugeeilt waren, auf kleinen wallachischen Wagen (Talika) verführt. Die Wegentfernung von Bukarest nach Konstantinopel betrug 117 Stunden und wurde von den Jamischaren im Sommer in sechs bis sieben, im Winter in sieben bis neun Tagen zurückgelegt.

Nach einem Berichte des Internuntius vom 26. Juli 1824 bestanden in der Türkei auf den Hauptstraßen Poststationen, welche jährlich entweder an Meistbietende versteigert oder auch in Erbpacht gegeben wurden. Diese Posthalter hatten die Verpflichtung den Tataren oder anderen in Amtsgeschäften reisenden Beamten der Pforte die nötige Anzahl Postpferde unentgeltlich oder gegen eine außerordentliche geringe Abgabe zu liefern. Diese Begünstigung war nach den österreichischen Postkurieren auf der Strecke von Adrianopel oder Kerkissa an der Donau bis Orsova oder Rostschuk mit Inaam- oder Gnaden-Fermanen zugestanden; der zu große Druck, der hieraus auf den Gemeinden lastete, hat jedoch die Pforte veranlaßt, Anfangs 1824 alle Inaam-Fermanen ohne Unterschied aufzuheben und zu bestimmen, daß von jeder Postmeile und für jedes Pferd ein Rittgeld von 20 Para entrichtet werden müsse.

Späterhin war die österreichische Postexpedition in Konstantinopel in den Händen des k. k. Rates Steindl v. Hesselberg, welcher nebst einem Gehalte von 1800 fl. aus dem Bruttoeinkommen der Postexpedition eine 6<sup>1/2</sup> %ige Provision bezog. Rückständig der Sicherheit der Post in der Türkei wurde im Art. 13. des St. Petersburger Friedensvertrages folgendes festgesetzt: „La sublime porte ottomane prendra aussi les mesures le plus efficaces et les plus solides, afin que les Couriers puissent désormais aller et venir avec toute sûreté et protection.“

Vor Bestimmung der Wallachei durch russische Truppen unterhielten die Hospodaren zum Behufe ihrer eigenen diplomatischen Korrespondenz mit Wien

einen vorgestellten Katafaktwechsel bis an die Grenze Suburburgens. Der k. k. österreichische Agent durfte sein Paket, in welches auch die Korrespondenz des Bukarester Publikums eingeschlossen wurde, unentgeltlich mit den türkischen Depeschen versenden und erhielt auf gleiche Art die ankommenden Briefe. Als im Postwesen einige Veränderungen eingetreten waren, hat der Fächter der wallachischen Post gegen diese Veränderung Einwendungen erhoben, welche zur Folge hatten, daß nach einem Uebereinkommen mit denselben die Agenten von dem Bruttoeinkommen der k. k. Agenten in Bukarest und der übrigen 2/3 des wallachischen durch den Agentenbefrager und zwei Agentenfeldweibel besetzt. Die Agenten lartierte nur mit dem Oberpostmeister in Hermannstadt.

In der Zeitperiode von 1820 aufwärts erfolgte der Postverkehr mit Jassy über Carlowitz, jetzt mit Belgrad, Serre, und Salonich oder Soulin. Zwischen Semlin und Belgrad wurde die Post mittels türkischer Schaufelente (Kunigse) befördert. Für die wichtigsten türkischen Handelsplätze wurden die Briefe gewöhnlich unter der Adresse des in Belgrad befindlichen k. k. Konsuls versendet. Zwischen Semlin und Salonich besorgten über Serre Tataren oder Postkurieren auf Kosten des Konsuls in Salonich die Briefpostbeförderung. Aus der Levante kamen auch über Suzawa, Kronsstadt, Mitrowitz, Brad, Cattara, Zaza, Zenge, Fiume und Triest Briefe ein. Der Kameliere des k. k. Konsuls in Skutari sandte regelmäßig zweimal monatlich Briefe aus Skutari, Antivari, Durazzo, Alessio und Dolegno mittels eines eigenen Boten auf der 18 Meilen langen Straße bis Cattaro über Subergo di Antivari, Budua und Pastrovichio. Im Jahre 1826 wurde zu Skutari von den Handelshäusern ein Privatpostamt unterhalten. Die Briefe wurden von Skutari nach Castel Lascia mit türkischen und von da nach Cattaro mit österreichischen Boten und eben so zurück versendet.

Zwischen Smyrna und Konstantinopel unterhielten den Postverkehr vornehmlich Handelsleute auf ihre Kosten und Gewinn durch einen Jamscharen der europäischen Konsulate.

Die k. k. Postexpedition in Konstantinopel unterband der k. k. Internuntius, erhielt jedoch bezüglich der Manipulation und Verrechnung der Weisungen von der Obersten Hofpostverwaltung. Der die Postexpedition besorgende Internuntius erhielt bezeug 9<sup>1/2</sup> % Provision von den Postgeldern, von welchen er jedoch die Amtserfordernisse und Bezahlung der Dienerschaft bestreiten mußte. Vom Jahre 1814 ab hatte der Postexpeditor bei der k. k. Internuntius in Konstantinopel den Titel „Postdirektor“ zu führen.

Im Jahre 1826 wurden bei den k. k. Agenten in Bukarest, Jassy und Botschana, dann beim k. k. Konsulate in Galatz zur Besorgung der Postgeschäfte ordentliche „Postexpeditoren“ eingerichtet. Die das Postgeschäft verrichtenden Agentenbeamteten erhielten als Entlohnung Anteile von der Bruttoeinkünfte im Ausmaße von 50 % in Bukarest und Jassy und von 10 % in Botschana und Galatz.

Im Jahre 1827 wurde angeordnet, daß in allen wichtigen Plätzen des Orients, welche die Dampfschiffe des Lloyd austriaco berühren, insbeson nicht mit den dortigen Regierungs-Postanstalten die Pakete gewechselt werden. Postexpeditionen aufgestellt werden. Insofern an solchen Orten k. k. Konsulate oder Konsularagenten bestehen, sollen diese das Postgeschäft gegen eine angemessene Entschädigung übernehmen, an anderen Orten aber soll die Bestellung eines eigenen Postregenten erfolgen.

Nach dem am 13. Juni 1827 mit dem Österr. Lloyd abgeschlossenen Vertrage war derselbe verbunden, mit entsprechend gebauten und genügend sichert halt gewährenden Dampfschiffen regelmäßig monatlich zwei Fahrten zwischen Triest, Konstantinopel und Alexandrien mit Berührung von Korfu, Patras, Piraeus, Syra, Smyrna und der Insel Kandia auf seine Kosten und Gefahr zur Beförderung der Reisenden, Gelder, Waren und Korrespondenzen zu unterhalten und hatte das Recht, diese Fahrten auch nach anderen Orten auf den jonischen Inseln, in



Griechenland und im Oriente, insofern es in seiner Konvenienz liegt und er hiezu von den betreffenden anstehenden Regierungen die Befugnis erhält, auszuüben. In den Orten der freien Staaten, welche die Dampfschiffe berührten, hatten die dort bereits aufgestellten k. k. Postexpeditionen die Amtshandlung bezüglich der nach und über Österreich abzusenden oder von da empfangenden Briefe zu besorgen. Mit den Fahrten zwischen Triest und Konstantinopel wurden Briefpakete zwischen dem Hofpostamt in Wien und dem Oberpostamt in Triest einerseits, dann den k. k. Postexpeditionen in Korfu, Smyrna, Konstantinopel und den kgl. griechischen Postämtern in Patras, Athen und Syra andererseits befördert.

Am 6. November 1837 hat der Lloyd-Dampfer „Principe Metternich“ mit Beibringung von Ancona, Korfu, Patras und Kanea die Fahrt nach Alexandrien unternommen. In Alexandrien wurde eine k. k. Postexpedition errichtet und dem von dortigen k. k. Generalkonsulate zur Besorgung des Postgeschäftes bestimmten Organe eine Entlohnung von 6% der dortigen Briefportoeinnahme bewilligt.

Im Jahre 1842 wurde genehmigt, daß die Postpaketbote des Österr. Lloyd auf dem Hauptneste nebst der k. k. Postflagge zugleich eine Schutzlampe von gelber und schwarzer Farbe führen und im Jahre 1845 die Dampfschiffahrtsgesellschaft des Österr. Lloyd gleich den durch Postmeister besorgten inländischen Postanstalten rücksichtlich ihrer dem Postdienste gewidmeten Dampfschiffe als ein zum Betriebe der k. k. Staatspostanstalt gehöriges Institut erklärt.

Im März 1841 wurden eine der obersten Hofpostverwaltung untergeordnete k. k. Postexpedition in Belgrad, am 1. September 1845 k. k. Postexpeditionen in Gallipoli, Samsun, Varna, Tultscha und Ibraila und 1846 eine k. k. Postexpedition in Adrianopel errichtet.

Im Jahre 1849 wurden die k. k. Postexpeditionen in Konstantinopel, Galatz, Ibraila, Salonich, Serres, Belgrad, Bukarest, Bottuschani und Jassy der Oberpostverwaltung in Niederösterreich, jene in Alexandrien, Beirut, Kanea, Zesme, Korfu, Dardanellen, Gallipoli, Larnaka, Rhodus, Samsun, Smyrna und Tenedos der Oberpostverwaltung für das Küstenland unterstellt. Mit der Errichtung von k. k. Postexpeditionen erfuhr diese Unterstellung im Jahre 1850 eine Änderung, indem die damals bestandenen k. k. Postexpeditionen in Konstantinopel, Varna, Galatz, Ibraila, Salonich, Serres und Belgrad der Postdirektion in Wien, jene in Alexandrien, Beirut, Kanea, Zesme, Korfu, Dardanellen, Gallipoli, Larnaka, Rhodus, Samsun, Smyrna, Tenedos der Postdirektion in Triest, jene in Bukarest der Postdirektion Hermannstadt, jene in Bottuschani und Jassy der Postdirektion in Lemberg untergeordnet wurden.

Diese Unterordnungen erfuhren in den folgenden Jahren mehrfache Änderungen.

1851 wurde beim k. k. Vizekonsulate in Mostar eine k. k. Postexpedition aufgestellt, und sind späterhin noch mehrere derartige Postanstalten in der Türkei errichtet worden.

Mit 1. Dezember 1869 wurde das Postamt in Konstantinopel dem k. k. Handelsministerium unmittelbar untergeordnet; weiters wurden diesem Postamt mehrere Konsulats- und Lloydpostexpeditionen zugewiesen.

In demselben Jahre wurden die k. k. Postexpeditionen in der Moldau und Wallachei, dann jene in Belgrad, 1878 die Lloydpostexpedition in Larnaka, 1879 die Postexpeditionen in der Dobrußtscha (Küstendtsche, Sulina, Tultscha und Czernawoda), 1880 Burgas in Ostrumelien, Sofia und Widin in Bulgarien, dann Serres, 1881 Volo in Thessalien, 1884 Kustschuk und Varna in Bulgarien, 1889 Alexandrien, 1891 Tenedos, 1900 Adrianopel, Tschesme, Gallipoli, Lagos und Rodosto aufgegeben, so daß mit Ende des letzten Jahres in der Türkei noch folgende k. k. Postämter (Postexpeditionen) bestanden, und zwar in Alexandrette, Beirut, Kaïpha, Kanea, Kavaia, Dardanellen, Dedeagatsch, Durazzo, Iacholi, Jaffa, Jannina, Jerusalem, Kerassunde, Konstantinopel, Latakia, Messina, Metelin, Prevesa, Rodinio, Rhodus, Salonich, Samsun, San Giovanni di Medua, Santi Quaranta, Skio, Skutari, Smyrna, Trapezunt, Tripolis (Syrien), Valona und Vathi,

## XIV. Die österreichische Post in Italien.

Am 30. September 1564 hat Kaiser Maximilian II. den Johann Anton de Taxis in Anbetracht seiner dem König Philipp von Spanien und auch ihm geleisteten Dienste zum kaiserl. Postmeister in Rom mit allen Ehren, Privilegien, Freiheiten, Vorrechten, Vorrügen und Emolumenten, welche die übrigen Postmeister genießen, ernannt und ihm die Verpflichtung auferlegt, die kaiserl. Briefe und sonstigen Geschäfte mit größter Treue, Eifer, Schnelligkeit und Fleiß selbst und durch seine Boten und Diener zu befördern. (H. II. v. St. A. Postarum curaus in Imperio IV.)

Am 16. März 1740 verlieh Kaiser Karl VI. dem Michael Fürsten v. Thurn und Taxis die österreichische Postgerechtigkeit in Rom. Im Jahre 1755 wurde der Mailändische Kanzler Graf Christiani ermächtigt, die Verhandlungen wegen Einlösung der Österreich vorhin allezeit zuständig gewesen und den Taxis verbleibenden Postgerechtigkeit in Rom mit Michael Fürsten zu Thurn und Taxis zu pflegen. Am 5. November 1755 erfolgte die kaiserl. Ratifikation des zwischen dem vorgenannten Grafen und den Genuesern unter dem Namen „*cambiaso*“ am 11. September 1755 geschlossenen Rezesses wegen Einlösung der österreichischen Post in Rom. (H. K. A. Fasc. Nr. 8, Siebo Abschnitt II, Punkt E, „*kömisches Postlohen*“.)

Schon in älteren Zeiten unterhielt eine Gesellschaft „*Bergamosker*“ mit Bewilligung des Venetianischen Senats einen regelmäßigen Postenlauf im Inneren der Republik, der sich auf den päpstlichen Staat und die Lombardie ausdehnte. Diese Gesellschaft unterhielt in Rom ein von ihr abhängiges Postamt und bezog das ganze Erträgnis desselben. Da die Gesellschaft erteilte Privilegium erstreckte sich auch auf die zwei päpstlichen Handelsstädte Ankona und Sinigaglia.

Mailand sowie andere fremde Regierungen hatten gleichfalls ihre besonderen Postämter in Rom.

Beim Sturze der Venetianischen Regierung bestand noch die Gesellschaft der Venetianischen Kuriere.

Nach dem Einrücken französischer Truppen in Rom wurde die daselbst bestandene österreichische Post aufgehoben. Da hiedurch nicht nur der beträchtliche Nutzen, welchen dieses Postgefälle eintrug, sondern auch das Kapital von mehr als 200.000 fl., welches der Familie Taxis zu Mantua als Äquivalent für die Abtretung dieser Post ausgezahlt worden, verloren ging, wurde in Erwägung gezogen, wie die österreichische Post in Rom in Verbindung mit der k. k. Post in Venedig wieder hergestellt werden könnte. (H. K. A. Venezia, *Regalia delle poste* J. IX.)

Als durch den Frieden zu Preßburg vom 26. Dezember 1805 das österreichische Venedig mit Dalmatien abgetreten wurden, behielt die italienische Regierung das Postrecht in Rom. Nach Umwälzung des Kirchenstaates wurde das Venetianische Postamt der Briefpost der Stadt Rom einverleibt. Bei Wiederherstellung des päpstlichen Thrones und als durch den ersten Frieden von Paris 1814 Venedig mit seinem Gebiet wieder Österreich zufiel, das nun alle italienischen Provinzen zu dem „*Lombardisch Venetianischen Königreiche*“ verband, wurde die österreichische Post in Rom nach dem alten Gange wieder hergestellt.

Carl V. hat das Haus Taxis mit dem kaiserl. Postwesen in Venedig mit Einwilligung der Republik belehnt.

Im Jahre 1541 erscheint Roger v. Taxis, 1555 David v. Taxis, 1596 Ferdinand v. Taxis als Postmeister in Venedig. Am 23. April 1627 erging an letzteren ein Dekret Kaiser Ferdinands II., daß die österreichische Post in Venedig nicht mit der Reichspost vereinigt oder vermischet werden darf. Ihm folgte 1659 Oktavius de Taxis als Reichspostmeister.

Die Posten von Görz bis inklusive Venedig wurden bereits im 16. Jahrhundert unter Erzherzog Carl von Johann Baptist Freiherrn v. Paar ohne Eingel der Republik Venedig errichtet, auch wurde in der Stadt Venedig ein österreichischer Postadministrator gehalten.



Bezüglich der österreichischen Post in Venedig bestanden mancherlei Differenzen mit dem Staate Venedig. Um dieselben zu beheben, kam es am 1. Januar 1652 zu dem Kapitulationsvertrag von Venedig, nach welchem im Falle der Vakanz dieser Post der Venedigianischen Republik das Recht eingeräumt wurde, drei Personen, welche sowohl derselben, als auch dem Kaiser genehm sind, zur Administration der österreichischen Post in Venedig zu bringen, von denen einen auszuwählen und mit dem Amte zu betrauen, der Kaiser verpflichtet ist, die Post Administration der österreichischen Post in Venedig zu befördern, dem Obrist Hofposten zu erwarten, die Briefschaften deilig zu befordern, dem Obrist Hofposten seinen Korrespondenz zu pflegen und an ihn die Postnahmen abzuführen. Vom österreichischen Postadministrator in Venedig hatten die zwischen Venedig und ganz benachbarten Poststädten zu dependieren und von ihm ihre Resoldung zu empfangen; es wurde ihm auch das Recht eingeräumt, gegen dieselben im Falle verschuldeter Versteife mit Geldstrafen vorzugehen, so nach Umständen mit kaiserl. Genehmigung des Dienstes zu entlassen und andere an ihre Stelle zu setzen.

Zum Administrator der österreichischen Post in Venedig wurde unter den vorerwähnten Mediaten Horatio Platt bestimmt. Seinen Nachfolger Alexander Conte Savioli wurde am 19. April 1700 vom Kaiser Leopold eine Instruktion hinausgegeben, nach welcher derselbe vermöge obigen Kapitulations dahin vorzusehen ward, daß er ratione officii vom Obristen Reichshof- und General-Ermlandpostmeister Carl Joseph Grafen v. Paar und seinen Lebensfolgern seine Dependenz ihm alle Verfallscheine und alle Venzug beichten, darüber dessen Befehl erwarten und selbst strikte nachkommen sollte. Weiter hat er dem genannten Generalpostmeister über alle Postinkünfte halbjährig ordentliche Rechnung zu legen. Statt der früheren Besoldung von 650 fl. werden ihm 1000 fl. jährlich gewährt; er hat im Zentrum der Stadt die Behausung oder das Amt samt dem Briefträger aus eigenen zu unterhalten und pro Regali dem Obristen Postmeister die wöchentlichen Zeichnungen zu überschicken. Es bleibt ihm unbenommen, statt der Verrechnung der Postinkünfte sich mit dem Obristpostmeister auf einen gewissen jährlichen Bestand privatim zu vergleichen. Weil der Obristpostmeister den Postinkünften im Staate Venedig aus seinen eigenen Einkünften des österreichischen Postmeisters in Venedig die jährliche Besoldung bezahlen muß, soll der Administrator von den Postbeförderung die bezüglichen Quittungen einreichen und dem Obristpostmeister zwischen Venedig und Genu ein kaiserl. Reservat ist, welches aber vom Kaiser dem Obristpostmeister übertragen wurde, soll der Administrator über deren Feststellung, Abzahlung und anderen Posttrag dem Obristpostmeister nicht vergrafen, sondern dergleichen an ihn zur Disposition und Verordnung gelangen lassen. Wegen schneller Beförderung der Briefe sollen die Posten nicht schwer beladen werden, auch hat er allen Fleiß auf die rasche Abfertigung der ihm vom Postschaffner oder den anwesenden Ministern übergebenen Briefe samt des empfangenen Pagen publici della Repubblica sowie auf die unverzügliche Bestellung der mit den Ordinar und Stafetten einlangenden Sendungen an die Minister zu verwenden, wie auch ohne Vorwissen derselben keinen Kurier oder Stafetten abzusenden. 1751 war Alexander Conte Schastiani, 1751 Fabrizio Conte Abrani österreichischer Postadministrator in Venedig.

Lange Jahre war Kulte. Als sich jedoch der Venedigianische Corriere Maggiore wiederholte Eingriffe in das österreichische Postregale zu Schulden kommen ließ, nahm er die von Rom und dortigen Orten ankommenden Stafetten mit Umgehung des österreichischen Postmeisters in Venedig in die Erbländer spedierte, unermündigende Postmeister zu Furken und Sackel einsetzte und als auch die Republik die Briefe erhalten wollte, deklarierte Kaiser Leopold unterm 3. Februar 1803 in dem Fortschaffter in Venedig, Grafen Berka: „daß soferne die Republik dem

Corriere Maggiore solchen Unfug nicht einstellt. Wie den auf Unserem Territorio befindlichen Postmeistern befehlen lassen werden, daß sie dergleichen vom Corriere Maggiore spedierende und von Unserm Territorium Postamt in Venedig mit dem sonst gewöhnliche Stafetten-Zettel nicht verschiebe Stafetten weiter nicht befordern sollen. Ingleichen ist die beschriebene Einbringung besagter 2 Postmeister nicht abzuheben contra antiquum usum et possessionem, sondern wider das Capitulum de 1652, daher Wir auch diesen Eingriff keineswegs leiden können, sondern Dir hienüt befehlen, daß Du sowohl in einem als andern dem Senat die Nothdruft repräsentieren und die Remedie- und Abstellung ohne weiteren Anstand begreifen sollst, im widrigen Wir wegen dieses Punktes die gehörige Reuehrung si die Capituli selbst vornehmen lassen, ja endlich wohl gar eine andere disposition bei nicht unterlassenden Nothdruften und Eingriffen mit Unserem Territor. Postamt zu Venedig vornehmen werden. Sondern die Erhöhung der Brieflage nicht allein Unserem Territor. Postamts präcedierlich, sondern auch Unseren Unterthanen, welche mit den Venedigern correspondieren und die Briefpost periprom bezahlen müssen, beschwerlich falle, können Wir solche um so viel weniger zulassen, weil dem sicheren Vornehmen nach zu diesem neuen agrario weder Rom, noch Florenz, ja sogar die Stadt Brescia, so doch der Republik unterthanig ist, sich nicht verstanden und solche simpliter abgeschlagen haben.“ (Arch. Min. d. Inn., V. C. 4, Nr. 13)

Am 16. April 1806 wurde das österreichische Postamt sowie das Fländrische Reichspostamt mit allen anderen ausländischen Postämtern in Venedig von italienischen Gubernien in Venedig auf Befehl des Kaisers von Frankreich und Königs von Italien aufgehoben und dem errichteten Grenzpostamt in Venedig einverleibt. Durch diese Maßnahme gingen alle bisher zugehörigen Fländrischen und österreichischen Rechte und Einkünfte verloren. Das Fländrische Postamt war ein Reichsteilchen, mit welchem nach Abzug der Familie Taxil der Graf Franz v. Colloredo und seine männliche Nachkommenschaft vom Kaiser belehnt wurden und welches vom genannten Grafen durch Vertrag vom 23. Februar 1804 gegen ein Pauschale jährlich 10.000 fl. rückübernommen worden ist. (Siehe Abschnitt II, D. Reichspostämtern in Venedig.) Das österreichische Postamt gründete sich auf die mit der Republik geschlossenen Verträge.

Wie schon vorhin erwähnt, fiel 1814 durch den ersten Pariser Frieden Venedig mit seinem Gebiet wieder Oesterreich zu und mußte neuer organisirung des Postwesens im lomb. venetian. Kongreß geschritten werden. Viele der früheren Einrichtungen wurden beibehalten, so die Anzahl der Corrieri, die Privatpostwagenanstalt Franchetti, Ballabio e Bassano, dann die Messageri und Pedoni. In der Lombardie bestand keine Postwagenanstalt. Im Venetianischen, wie im Mailändischen wurde die Übernahme und Zustellung der Pakete von der Compagnia dei Corrieri besorgt. Ebenso durfte jeder Kurier in einem vierstöpigen Wagen Passagiere aufnehmen. Die vorhergehende italienische Regierung hatte der Gesellschaft Franchetti, Ballabio e Bassano vom 1. März 1813 bis 1. März 1840 das Recht eingeräumt, eine Postwagenanstalt einzuführen, von deren Einnahmen 10% für die Staatskasse bedungen wurden. Ihre Fahrten gingen von Mailand nach Venedig und Novara zweimal, nach Mantua, Verona und Genu einmal wöchentlich.

Zur Beförderung der Korrespondenzen aus den Hauptstädten der Provinz in jene des Distriktes wurden eigene Boten verwendet, welche, wenn sie sich zu ihrem Dienste eines Pferdes oder Wagens bedienen mußten, „Messageri“, wenn sie ihren Dienst zu Fuß verrichteten, „Pedoni“ genannt wurden. Die Messageri hatten ihren, vom Postregale bezogenen Sold, die Pedoni hingegen, welche vornehmlich in Mailand bestanden, hatten keine Besoldung vom Gefälle, sondern bezogen die Gebühr für die Briefzustellungen (1 Soldo di Milano pro Stück), dann geringe Gebühren für die Zustellung von schweren Paketen und Frachtstücken, zum Theile auch eine jährliche Unterstützung von den Gemeinden. Die Pedoni in Mailand wurden von der Postdirektion mit Patenten versehen.



Die Leitung des Postwesens wurde den Finanzsenaten in Mailand und Venedig und die Verwaltung den in diesen Städten befindlichen Postdirektionen übertragen. Der Postdirektor war zugleich Vorsteher des Postamtes; ihm war eine Hauptkasse und zur Besorgung des Rechnungswesens eine eigene Buchhaltung zugeteilt.

Im Lande bestanden sogenannte Departementalpostämter, dann Distrikts- und Kantonalpostämter; die beiden letzteren hinter hatten bloß einen Administrator oder Commesso, der keinen Gehalt, sondern einen Anteil von den Briefgebühren bezog und eigentlicher Pächter seines Amtes war. Die Postställe waren von den Postämtern abgesondert und verpachtet.

1822 bestanden folgende Postinspektorate: a) in der Lombardie zu: Mantua, Brescia, Bergamo, Cremona, Como, Pavia, Chiavenna, Lodi; b) im Venetischen zu: Padua, Verona, Udine, Treviso, Vicenza, Rovigo, Belluno.

Mit 1. Jänner 1829 wurden die Postdirektionen und Postinspektorate im lomb. venet. Königreich zu der k. k. Obersten Hofpostverwaltung und den Gubernien in dasselbe Verhältnis gebracht, in welchem die Postverwaltungen in den deutschen Provinzen standen.

1850 bestand eine Oberpostdirektion in Verona, an deren Stelle 1860 eine Postdirektion in Venedig errichtet wurde.

## XV. Beiträge zur Geschichte der Post einzelner österreichischer Länder.

### 1. Dalmatien.

Die Republik Venedig, einzig darauf bedacht, in Dalmatien ihre Flotten zu bemanuen und Salz zu erzeugen, hatte während des Besitzes Dalmatiens bis in das Jahr 1797 für den Verkehr in diesem Lande nicht das geringste getan. Es gab weder Straßen, noch Postämter, weder bestandige Fußboten, noch unterlegte Stationen. Reisende mußten entweder zu Meer oder zu Lande auf Saumpferden, zu Fuß oder in grüßeren Gesellschaften auf den elenden Wegen der Gefahr der Plünderung und des Mordes preisgegeben, ihre Reise einleiten. Briefe und Gelder wurden entweder durch eigens gedungene Fußboten oder durch gemietete Schiffs-patroune um oft überspannte Preise bei geringer Verlässlichkeit vermittelt. Die amtliche Korrespondenz, auf einzelne Städte der Meeresküste beschränkt, wurde längs der Küsten Dalmatiens und der Republik Ragusa bis nach Cattaro durch ein Avarialschiff mit Venedig und den Städten Dalmatiens unterhalten.

Unter dem ersten österreichischen Besitz von 1797 bis 1805 mußte sogleich für die Verbindung mit den übrigen Ländern des Kaiserstaates und im Inneren gesorgt werden, um die amtliche Korrespondenz zu befördern. Es wurde daher von dem damaligen Hofkommissar Grafen v. Thurn die Landmiliz der Sardinien, eine Art unentgeltlicher Landsoldaten, deren Dienst als Robot betrachtet worden ist, zu Ordnanzdiensten herangezogen und zur Beförderung und Bostellung der amtlichen Militär- und Zivilkorrespondenzen verwendet. Sie hatten eine bestimmte Wegstrecke zurückzulegen und erhielten für jeden im Postdienste zugebrachten Tag 4 Lire oder 20 Kreuzer.

Mit Edikt vom 16. April 1803 wurde vom Gubernium vom 2. Mai 1803 an ein ordentlicher, wöchentlich zweimaliger Postkurs für die amtliche und Privatkorrespondenz durch Fußboten mit geschlossenen und versiegelten Felleisen auf zwei Straßen eingeleitet. Die eine Straße stellte von Zara bis Imoschi und Ver-goraz die Verbindung im Inneren des Landes, die andere von Zara längs der Meeresküste die Verbindung bis Narenta an die Grenze der Republik Ragusa her. In jeder Station bestanden zwei Fußboten, welche für jede von Station zu Station zurückgelegte italienische Meile 3 Gazzette oder 1 1/2 Kreuzer Botenlohn erhielten.

Die Eröffnung und Weiterleitung der Felleisen wurde einem Kanzlisten der Superiorität anvertraut. Die Postgebühr für den einfachen Brief im Inneren Dalmatiens betrug 6 Gazzette oder 3 Kreuzer, welcher Betrag sowohl bei der Aufgabe als bei der Abgabe eingehoben wurde, so daß sich die Gesamtgebühr für den einfachen, 1/2 Lot schweren Brief auf 12 Gazzette oder 6 Kreuzer stellte. Der doppelte, 1 Lot schwere Brief kostete das Doppelte usw. Die Gebühr für die außerhalb Dalmatiens gehenden oder von auswärts eingehenden Briefe wurde mit dem doppelten Betrage, also mit 6 Kreuzer für den einfachen Brief festgesetzt.

In Zara und Sebenico bestanden Postämter, in allen anderen Orten der Postenläufe wurde das Postgeschäft von einem Beamten der Ortsobrigkeit besorgt, welchem hiefür 20% von den Posteinnahmen des Ortes überlassen wurden. Der Überschuß mußte in die nächstgelegene Filialkasse Sebenico oder Spalato abgeführt werden. Der gesamte Kostenaufwand für das dalmatinische Postwesen betrug damals rund 4200 fl. jährlich.

Diese Einrichtung, so zweckmäßig sie auch den damaligen Zeitverhältnissen und der Beschaffenheit des Landes angepaßt schien, hatte jedoch nicht den beabsichtigten Erfolg. Die Boten vertrauten ihre Postfelleisen oft Weibern, Kindern und fremden Personen zur Beförderung an oder schifften sich ein, statt den Weg zu Lande zu machen. Die Kanzlisten der Ortsobrigkeiten verstanden das so einfache Postgeschäft nicht oder sie vernachlässigten es aus Bequemlichkeit: Es mußte sonach diesen Uebelständen abgeholfen werden. Im Jahre 1803 wurde ein Oberpostverwalter für Dalmatien und Albanien, Namens Kradey, bestellt und beauftragt, die Manipulation und Verrechnung in Ordnung zu bringen und weitere entsprechende Vorschläge zu machen.

Im Jahre 1804 wurde infolge Vermittlung des Gouverneurs FML. Baron Brady und mit Zustimmung des Senats der Republik Ragusa in Ragusa auf österreichische Kosten ein kaiserl. Postamt aufgestellt.

Über die Vorschläge des Kradey und des Postdirektors in Ragusa, Angelo Maria Trezza, wurden durch Gubernialverordnung ddo. Cattaro den 12. November 1804 die Capi territoriali, Calomelli, Sardiari und Capitani mit dem Postgeschäfte gegen Belohnungen von jährlich 86 bis 300 fl. betraut, wovon sie jedoch die wesentlich viernmaligen Hotengänge — je zwei tour und retour — bestreiten mußten. Die Briefpakete wurden von Zara nach Obrovazzo und über das Likauer Gebirge nach Trieste durch reitende Boten, nach den übrigen Städten Dalmatiens teils durch reitende, teils durch Fußboten befördert. Für jene reitenden Boten, welche die Beförderung nach Trieste besorgten, erhielt der Postmeister in Obrovazzo 17 fl. für jeden Ritt von Zara bis Trieste. Die Fußboten, welche die Pakete von Zara durch ganz Dalmatien beförderten und manchmal zwei bis drei deutsche Posten zurücklegen mußten, erhielten für jeden Gang 8 Lire oder 40 Kreuzer.

In Ragusa wurden drei kaiserl. Untertanen als Boten angestellt, welche aus der Kammerkasse in Cattaro zusammen jährlich 450 fl. erhielten. Sie mußten wöchentlich einmal die Postpakete von Narenta bis Castelnuovo in Albanien befördern. Von Castelnuovo durch Albanien wurde ein Fußbote mit einer Entlohnung von 10 fl. monatlich verwendet.

Bei einem Gewicht der Felleisen von 12 Oka oder 27 Pfund wurde ein Saumpferd oder Esel und in Gegenden, wo selbst das Weiterkommen der Reiter nicht möglich war, ein zweiter Mann zur Beförderung der Post beigegeben.

Seit Jänner 1805 wurden in Ragusa und Cattaro zur Besorgung des Postgeschäftes Privatpersonen mit einem Jahresgehalt von 100 fl. und dem Bezüge von 10% vom eingehobenen Briefporto verwendet.

Im Jahre 1805 bestanden Poststationen in folgenden Orten: Zara, Obrovazzo, Bonkovaz, Oztrokleza, Skardona, Sebenico, Derrais, Knin, Trau, Spalato, Almissa, Macarsca, Gradac, Fort Opus, Lissacz, Ragusa, Castelnuovo, Cattaro.



Unter der französischen Regierung von 1806 bis 1813 stand das Postwesen in Dalmatien unter der Leitung der Postdirektion in Laibach; in Kroatien bestand ein Zentralpostamt, von aus die Verbindung über Zernago außer Dalmatien, und im Innern über Rudisch, Ostrovica, Beokovaz und Sebenico nach Zara hergestellt wurde. Die Briefpost wurde durch Kurier befördert.

Nach der Besitznahme des Landes durch die kaiserlich österreichischen Truppen im Jahre 1813 hat der Gouverneur von Dalmatien, Freiherr v. Tomassich unterm 1. Februar 1814 angezeigt, daß er es nicht rätlich halte, die Postgeschäfte in den Händen französischer Untertanen zu belassen, er habe daher den französischen Postverwalter in Zara seines Dienstes entlassen und den kaiserlichen Postmeister Koppriva als Postverwalter dasselbst provisorisch angestellt. Im Interesse der Beschleunigung des Postverkehrs wurden neue Postkurse errichtet und die Stationen mit Postweibern besetzt.

Im Jahre 1831 wurde das Postwesen in Dalmatien, wie folgt, neu organisiert: Zur Leitung der Postgeschäfte in Dalmatien wurde die Oberpostverwaltung in Zara bestimmt. Postämter (außer Zara) bestanden in Scardona, Sebenico, Trian, Spalato, Alusien, Macarsen, Narvina, Slano, Ragusa, Ragusa vecchia, Castelnuovo, Cattaro, Budua, Dornis, Knin, Sign, Imoschi, Nona, dann auf den Inseln Arlie, Pago, Brazzo, Lesina, Lissa, Curcola, Suono.

In allen Orten, wo Zoll- und Paziometer bestanden, fungierten dieselben zugleich als Postämter; wo Zoll- und Paziometer nicht bestanden, wurde das Postgeschäfts dem im Orte befindlichen Sanitäts-, oder irgend einem anderen Verwaltungswerte übertragen. In Sebenico, Spalato, Ragusa und Cattaro wurde mit Rücksicht auf die größere Ausdehnung des Postverkehrs den dortigen Zollämtern je ein Postoffizial zur Besorgung der Postgeschäfte zugeteilt und dem Zollnehmer untergeordnet.

Auf fahrbaren Straßen wurde die Briefpost in kleinen Wagen, sonst reitend oder mittels Fußboten befördert. Der Poststall wurde im Versteigerungswege an Private gegen Vertrag überlassen, welche sich „K. k. Poststallhalter“ nennen und bei Verführung der Post und Reisenden das Posthorn gebrauchen durften. Die den Botendienst versiehenden Personen führten den Titel „k. k. Postboten“ (Quellen: H. K. A. Dalmatien I. V.).

## 2. Galizien.

Zufolge des in Wien am 3. Mai 1815 zwischen dem Kaiser von Wien, Sankt Petersburg und Berlin geschlossenen Traktates wegen Erklärung der Stadt Krakau mit ihrem Gebiete zu einer freien Stadt und Festsetzung ihrer Konstitution wurde den drei Schutzmächten Österreich, Rußland und Preußen das Recht eingeräumt, in Krakau für ihre Rechnung Postämter zu errichten; auch blieb es der Freistadt anheimgestellt, in der Stadt Krakau selbst und in dem dazugehörigen Gebiete auf ihre Rechnung Postämter einzurichten. Am 16. Mai 1818 wurde nun eine k. k. österr. Postexpedition in Krakau in Wirksamkeit gesetzt, welche unter der Aufsicht und Kontrolle des Ararat-Postamtes Podgorze stand.

## 3. Niederösterreich.

### A. Die kleine Post in Wien.

Im Juni 1771 beauftragte Josef Hardy, einen Plan wegen Errichtung einer kleinen Post in Wien und in den anliegenden Vorstädten. Der Vorschlag des Hardy fand die kaiserliche Genehmigung und wurde ihm und seiner Kompanie am 20. Januar 1772 von Maria Theresia bezüglich der Errichtung dieser kleinen Post ein Privilegium auf die Dauer von zehn Jahren erteilt. Er wurde verpflichtet, außer der Belagerung der kleinen Post ordentliche Rechnung zu legen, dieselbe jährlich der Hofkammer einzusenden und den vierten Teil des Reingewinnes dem Kaiser abzuführen. Am 8. Februar 1772 erging ein diefalliges kaiserliches Patent.

nach welchem Hardy vom 1. März 1772 an alle Briefe und Pakete, welche ihm oder seinen Beamten freiwillig zur Beförderung übergeben werden, von einer Gegend der Stadt in die andere, dann in die Vorstädte und ländliche, außer den Linien gelegenen Orte bestellten und die dort aufgegeben in die Stadt oder die Vorstädte adressierten Briefe und Pakete wieder hereinbringen lassen sollte. Zu diesem Ende soll ein Hauptamt in der Mitte der Stadt und eine hinlangliche Zahl anderer davon abhängender, von einem Ende der Stadt bis zum anderen gelegener Unterämter, wo die Briefe und Pakete abgehoben werden können, errichtet werden. Von dort sollen die Briefe gesteuert auf das Hauptamt durch die Briefträger gebracht werden. Die erste Anstellung der Briefe und Pakete soll gegen 8, die zweite gegen 11 vormittags, die dritte gegen 2 und die letzte gegen 5 Uhr nachmittags erfolgen, so daß zwischen jeder Anstellung der Briefe und Pakete dem Publikum etwa zwei Stunden freigesetzt werden, um die empfangenen Briefe zu beantworten. Dem Hardy und Komp. wurde gestattet, die Errichtung dieser kleinen Post und die Aufgabestellen der Briefe durch Aushängung öffentlicher Tafeln oder anderer Zeichen bekanntzumachen und von den durch seine Leute zu bestellenden Briefen oder Paketen nachfolgende Taxen einzuholen:

Für einen Brief oder ein Paket bis 6 Lot inklusive	
in der Stadt und bis an die Linien	2 kr.
in die außer den Linien gelegenen Orte	4
für einen Brief oder ein Paket über 6 Lot bis	
1 Pfund inklusive in der Stadt	4
von der Stadt bis an die Linien	4
für einen Brief oder ein Paket von 1 bis 3 Pfund	
in der Stadt	1
in der Vorstadt bis an die Linien	6
für die auf dem Lande einzusammelnden in die Stadt	
oder die Vorstädte zu bringenden Briefe bis 6 Lot	3

Für die in den Vorstädten einzusammelnden und von einer Vorstadt in die andere oder in die Stadt zu tragenden Briefe und Pakete das nämliche Porto wie für die Stadtbriefe. Über 6 Lot schwere Briefe und Pakete dürfen in den Orten außer den Linien weder angenommen, noch bestellt werden.

Sollte in den Briefen Geld versendet und dieses im Bureau von dem Beamten im Briefe verschlossen und der bezügliche Betrag auf der Außenseite des Briefes angemerkelt worden, hat Hardy und Komp. für den Geldausfluß auf die nämliche Art zu haften, wie es bezüglich der auf der billigen versendeten Gelder vorgeschrieben ist. Weiters wurde zugesichert, daß diese kleine Post in kaiserlichen Schutz und Protektion genommen, wider alle Beeinträchtigungen und unbillige Zumutungen durch den kaiserlichen Kammerprokurator verteidigt und dieselbigen Straftaten bei der Justiz-Bank-Deputation entschieden werden sollen. Dem Hardy und Komp. wurde freigegeben, seine Beamten, Briefträger und Boten wegen ungebührigen Handlungen im Amte zur Verantwortung zu ziehen und zu bestrafen.

Der kleinen Post wurden folgende außer den Linien Wiens gelegene Ortschaften und Dörfer einverleibt: a) Nußdorfer-Linie: Nußdorf, Weidling, Kahlenbergerdorf, Klosterneuburg, Ober- und Niederbühl, Heiligenstadt, Grünz, Ober- und Nieder-Sirring; b) Währinger-Linie: Währing, Weinhaus, Gersdorf, Pötzleinsdorf; c) Hernals-Linie: Hernals, Hornbach; d) Lerchenfelder-Linie: Neuderschenfeld, Ottakring; e) Mariahilfer-Linie: Schönbrunn, Penzing, Hietzing, Breitensee, Baumgarten, 3 Häuser, 5 Häuser, 6 Häuser, Hütteldorf, St. Veit, Lainz; f) Hundsturm-Linie: Hötting, Erlau, Speising, Rodann, Maur, Perchtoldsdorf, Ullandsdorf, Atgersdorf; g) Matzleinsdorfer-Linie: Mödling, Kadersdorf, Brunn, Sendorf, Siebenbrunn, Steinlof, Zesendorf, Leopoldsdorf, Inzersdorf, Neustadt; h) Favoriten-Linie: Rothensiedel, Ober- und Nieder-Laa, Ludwigsdorf, Laaenzdorf; i) St. Marxer-







benutzungszeit des Nationaltheaters. Man konnte durch sie Sachen ins k. k. Ver-  
sehung tragen und aus selbst abholen lassen. Auch Freunde, die jemanden auf-  
suchen oder eine Wohnung ausfindig machen wollten, konnten sich der kleinen  
Post bedienen, indem ihnen von derselben ein Postillon, nach Umständen auch  
ein Beamter zur Begleitung wie Erteilung aller verlangten Auskünfte beigegeben  
wurde.

Eine besondere Korrespondenzversicherung wurde dem Publikum durch die  
Einführung offener Zettel gewährt. Es war dies nichts anderes als gegenwärtig unsere  
Korrespondenzkarten, ja sogar solche mit bezahlter Antwort sind. Zweck war der  
gleiche, nur die Form war verschieden. Damals war es ein gewöhnlicher Zettel,  
heute ist es eine zerfällige Karte. Es kann daher mit vollem Rechte behauptet  
werden, daß Gilowsky bei seiner kleinen Post in Wien die Grundidee zu dieser  
später wohl lange Zeit hindurch in Vergessenheit gebliebenen Art von Korre-  
spondenzversicherung geschaffen hat. Gilowsky führte nämlich in seiner Ankündigung  
folgendes an: „Man darf nicht einen immer Briefe schreiben, nur in Gesellschaft mit  
seiner Freunde zu korrespondieren, sondern man kann auf einem offenen Zettel, wenn  
es der Inhalt zulaßt oder mit abgedruckten Chiffren die Kommunikation auf einem Zettel  
nieder schreiben, welcher sodann durch einen Filialboten oder mittels des ordent-  
lichen Postkurses an seine Adresse bestellt und auf Verlangen nach zugehört oder  
einige Stunden darnach mit der vom Hauptlager selbst darauf geschriebenen An-  
wort an die aufgebende Person zurückgestellt werden kann, nur muß im letztem  
Fall sowohl des Aufgebers als Empfänger Wohnort bemerkt sein“.

Im Dezember 1783 hat Gilowsky mit dem Wiener Magistrat einen Kontrakt  
hinsichtlich Übernahm der gerichtlichen Zustellungen gegen die Gebühr von  
3 Promillen per Stück abgeschlossen; diese Gebühr wurde später auf 2 kr. pro  
Stück erhöht.

Das Personal der kleinen Post bestand aus dem Direktor (Gilowsky), einem  
Büchhalter, einem Expeditor, einem Journalisten, drei Stadtbriefträgern (Postillions)  
mit einer Besoldung von je 7 fl. monatlich und 100% der Briefelder: acht Vor-  
stadtbriefträger und neun Landpostillon ohne Besoldung, jedoch mit Belassung  
der vollen Gebühr für die von ihnen eingeammelten Briefe, wovon sie jedoch  
den Anteil ein Pachtquantum von 4 bis 10 kr. täglich zu beziehen hatten, ferner  
sechs supernumerären Postillions mit einem Bezüge von je 6 fl. monatlich, Sam-  
liche Postillone hatten eine Uniform, bestehend aus Rock, Weste, Hosenkleid, Hut,  
Mantel und Postschurz.

Als im Monate Mai 1784 in Schwechat und Neudorf ordentliche Post-  
stationen errichtet wurden und die Briefbestellung dieselbst und in den umliegenden  
Ortschaften durch diese Stationen zu erfolgen hatte, wurde Gilowsky angewiesen,  
seine dort befindlichen Boten zurückzuziehen. Daraufhin erbat sich Gilowsky  
unter Hinweis auf den ihm hiernach erwachsenden Schaden anderweitige Be-  
stimmungen, wie die Überlassung der Bestellung der Poststoffe in die Vorstädte,  
die Zuteilung der kleinen Landstation Eaden und die Nachsicht des an das Arrar  
zu zahlenden Gehaltsanteiles für die restliche Dauer des Privilegiums. (Die beim  
Hauptpostamt eingelangten Vorstadtbriefe wurden bisher durch einen Briefträger  
des kleinen Hofpostamtes bestellt, welcher zu diesem Zwecke auf eigene Kosten  
zu Fuß ging.)

Dem Ansuchen wurde nicht willfahrt, es erfolgte vielmehr unterm 25. Juli  
1784 in der vereinigten kaiserlich-königlichen Hofkanzlei die folgende kaiser-  
liche Resolution: „Da die k. k. Hofkanzlei selbst bekannt und es erwiesen ist, daß die  
Beförderung der Poststoffe in die Vorstädte schlecht durch einen einzigen  
Menschen, der dadurch einen großen Gewinn hat, besorgt wird, so ist Mir anzu-  
zeigen, in wie weit der Gilowsky nach das Privilegium der kleinen Post zu genießen  
hat, weil Ich gestatte ihm, bei dessen Auflösung dieselbe nicht mehr hintanzugehen,  
sondern solche selbst in Administration zu nehmen und sie mit der großen Post  
verbinden zu lassen.“ (H. v. St. A. Staatsrath Nr. 2532.)

Diese A. H. Resolution gab Veranlassung zu Verhandlungen mit Gilowsky  
wegen Abtretung seines Privilegiums, welche zu dem am 21. Februar 1785 vom  
Kaiser geschlossenen, zwischen der k. k. Hofkammer und Gilowsky abgeschlossenen  
Vertrage (Zessions-Instrument) vom 4. Februar 1785 führten. Nach demselben  
hat Gilowsky seinem Privilegium und allen hieraus entpringenden Rechten und  
Nutzungen für sich, seine Erben und Nachkommen entsagt und vom 1. April 1785  
an alle hievon abfallenden Einkünfte und berechtigten dem Arrar deatut über-  
lassen, daß das Geschäft der kleinen Post von diesem Zeitpunkt ab von der  
k. k. Obersten Hofpostamtsverwaltung besorgt und auf Rechnung des Arrars ge-  
führt werden soll. Für diese Überlassung hat das Arrar dem Gilowsky einen Ent-  
schädigungs- und Abfindungsbetrag von 21.000 Gulden bezahlt und sich verpflichtet,  
diejenigen Unkosten und Gerätschaften, wie auch Kleidungen der Postillone,  
welche als branchenbar befunden werden, nach einem billigen Schatzungswerte  
abzulösen.

Mit 1. April 1785 wurde nun die kleine Briefpost mit dem Obersten Hof-  
postamt vereinigt und von derselben die Bestellung der bei der großen Post ein-  
laufenden, in die Vorstädte lautenden Briefe und Pakete besorgt. Das Oberamt  
der kleinen Post wurde aus der Backerstraße in das Kameralhaus des obersten  
Hofpostamtes in der Wollzeile Nr. 518 verlegt und durch in Eil und Pflucht  
stehende Beamte versehen. Die früheren Brieftaxen, Speditionen usw. wurden bei-  
behalten.

Der Bestand dieser kleinen Briefpost währte bis zum Jahre 1830. Die vielen  
Gebühren, welche derselben anhaften, machten eine Neuorganisation dieser  
Institution notwendig, welche in der Errichtung einer eigenen Stadtpost in Wien  
bestand.

## B. Die Stadtpost in Wien

Mit 18. August 1830 wurde die kleine Post in Wien aufgehoben und eine  
Stadtpost errichtet, welche die Vermehrung der Korrespondenzmöglichkeit für die  
Bewohner Wiens unter sich, die schnellere Verteilung der angekommenen Briefe  
und Sendungen und die größere Bequemlichkeit der vom Hauptpostamt entfernt  
wohnenden Korrespondenten in der Aufgabe ihrer Briefschaften und Sendungen  
zum Zwecke hatte. Zu diesem Behufe wurden die Stadt und Vorstädte in sechs  
Hauptbezirke und diese zusammen in 46 Bestellungsbezirke abgeteilt. Den ersten  
Hauptbezirk bildete die innere Stadt; den zweiten bildeten die Vorstädte Leopold-  
stadt und Jägerzeile; den dritten die Vorstädte Reftau, Althausener Grund,  
Lichtenthal, Thury, Himmelpfortgrund, Michaelbayerischer Grund, Alsergrund; den  
vierten die Vorstädte Josefstadt, Strozischer Grund, Alt- und das außer der Linie  
gelegene Neulerchenfeld, Breitenfeld, Schottenfeld, Neubau, St. Ulrich oder am  
Platz, Spittelberg, Mariahilf; den fünften die Vorstädte Windahle, Laugrube,  
Magdalengrund, Gumpendorf, Hundsturm, Leopoldsdorf, Margarethen, Nikols-  
dorf, Matzleinsdorf, Lorenzer Grund, Hugelbrunn, Wieden; den sechsten die Vor-  
städte Landstraße, Weißgärber und Erdberg.

In jedem Hauptbezirke war ein Postamt errichtet. Das Postamt im ersten  
Hauptbezirke leitete als Stadtpost-Oberamt unter der Aufsicht der obersten Hof-  
postverwaltung die Geschäfte der Stadtpostanstalt. Außer dem Stadtpost-Oberamt  
und den fünf Filialämtern waren noch an 122 verschiedenen Orten Briefsam-  
mlungen aufgestellt. Die Verbindung zwischen dem Stadtpost-Oberamt und den  
Filialämtern wurde dreimal täglich durch einspännige zweirädrige Karriolenwagen  
unterhalten und die Verbindung zwischen den Stadtpostämtern und den Brief-  
sammlungen durch täglich fünfmal ab und zu gehende Boten hergestellt. Für  
jeden Bestellungsbezirk war ein eigener Briefträger bestimmt; die Bestellung der  
Sendungen erfolgte fünfmal täglich. Beim Stadtpost-Oberamt und bei den fünf  
Filialämtern konnten Briefe, Geldsendungen und Pakete bis zum Gewichte von  
zehn Pfund; bei den Briefsammlungen Briefe und wertlose Pakete bis zum Gewichte  
von einem Pfund angenommen werden.



Für die Stadtpostsendungen wurde ein eigener Tarif festgesetzt. Die Gebühr für Absendungen innerhalb der Linien Wiens betrug:

bei einem Gewicht	für den gewöhnlichen Brief	für den rekommandierten
bis 4 Loth	2 kr.	6 kr.
über 4 bis 8 Loth	3 "	7 "
8 - 16 "	4 "	8 "
16 - 24 "	5 "	9 "
über 24 Loth bis 1 Pfund	6 "	10 "

Für Pakete über 1 bis inklusive 4 Pfund stieg die Gebühr um 1 kr. per Pfund, über 4 bis 10 Pfund um 1 kr. für je 2 Pfund. Die Gebühr für Geldsendungen bis 100 Gulden betrug 6 kr., über 100 bis 500 Gulden 8 kr., über 500 bis 1000 Gulden 10 kr. und für jede weiteren 1000 Gulden 2 kr. mehr.

Für weitere außer dem Loktransport gehende Sendungen wurden Sammlungs- und für die Bestellung der von auswärtig eingelegten Sendungen Bestell- bzw. Avisgebühren eingehoben.

Für die außer den Linien Wiens gelegenen Ortschaften wurde die bestehende Potenturrichtung beibehalten. Die nächsten Umgebungen Wiens waren in 11 Postbezirke eingeteilt. In Klosterneuburg, Mauer, Perchtoldsdorf, Mödling, Jenzersdorf und Hainburg bestanden Briefsammlungen. Der Briefsammler führte den Namen „Landbote“ und kam täglich oder einige Male wöchentlich zum Stadtpostamt, um dort die gesammelten Briefe aufzugeben und die für seinen Bestellbezirk eingelaufenen Briefe und Gelder zur Bestellung zu übernehmen. Die Bemerkung wurde durch eigene zum Status der Stadtpostträger gehörige Briefträger oder Landboten besorgt, welche von den Parteien auch Briefe aufnahmen. Die Landboten, welche zugleich Briefsammler waren, bewerkstelligten ihren Botengang größtenteils mittels Stollfuhrer oder Gesellschaftswagen, die sie auf eigene Rechnung unterhielten. Sie bezogen von der Postanstalt keinen Lohn, sondern bestimmte Gebühren für jeden aufgenommenen oder bestellten Brief.

Mit Anfang Juni 1831 wurde die Stadtpostanstalt auf die nächste Umgebung Wiens am rechten Donauufer ausgedehnt. In den vorzüglichsten Landorten wurden Briefsammlungen errichtet, und zwar in Petersdorf (Perchtoldsdorf) Brunnirschenbrunn, Ober-Döbling, Bornbach, Gaudenndorf, Gersthof, Grinzing, Heiligenstadt, Hernald, Hainburg, Hietzing, Hütteldorf, Inzersdorf, Klosterneuburg, Mauer, Ober-Mödling, Unter-Mödling, Mödling, Nudeldorf, Penzing, Rodaun, Ober-St. Veit, Simmering, Währing, Weidling, Weidhaus und Fünfhaus. Diese Briefsammlungen befanden in zwei Klassen; jene der ersten Klasse waren mit der Annahme und Bestellung, jene der zweiten bloß mit der Annahme von Postsendungen betraut.

Bei den Landbriefsammlungen wurden nur Briefe und Pakete ohne Wert bis zum Gewichte von einem Pfund aufgenommen; jene der ersten Klasse bestellten auch die mit der fahrenden Post eingelegten Geldbriefe, die Avis über Pakete und alle Briefpostgegenstände. Der Landposttarif für Briefe bis zum Gewichte von einem Pfund wurde für Briefe in die oder aus der Stadt und die Vorstädte um 1 kr. und für Briefe von einem Landbezirke in den anderen um 2 kr. höher als die vorher erwähnten Stadtposttarifätze bemessen.

Mit 1. Oktober 1832 wurde die Stadtpostanstalt auch auf das linke Donauufer bis in das Marchfeld ausgedehnt; zu diesem Behufe sind in Floridsdorf und Groß-Hirsendorf Briefsammlungen erster Klasse errichtet worden, welche eine tägliche Postverbindung mit Wien unterhielten.

Mit 1. September 1847 fand eine Neuorganisation der Wiener Stadtpostanstalt statt. Das bisherige Stadtpostamt und die Filialämter in den Vorstädten wurden aufgehoben. Den Geschäftsbetrieb der neuen Stadtpostanstalt leitete das im Briefpostgebäude in der Wollzeile befindliche Hofpostamt. In demselben Gebäude befanden sich die zur Bezahlung des Briefpostdienstes bestimmten Ämter, nämlich das Zentralbriefabgabamt und das Zentralbriefabgabamt.

Die zum Fahrpostdienste bestimmten Ämter, nämlich das Fahrpostaufgabamt, dann das Geldbrief- und Frachtenabgabamt sowie die mit letzterem in Verbindung gestandene hauptzollamtliche Abteilung befanden sich im Hauptzollausgebäude auf dem alten Fleischmarkt.

An die Stelle der Filialämter in den Vorstädten traten Hauptbriefsammlungen (Briefsammlungen erster Klasse); solcher Hauptbriefsammlungen gab es neun. Außerdem befanden sich in der Stadt und in den Vorstädten 57 Filialbriefsammlungen (Briefsammlungen zweiter und dritter Klasse) und in der Umgebung Wiens 27 Landbriefsammlungen. Diese Briefsammlungen hatten an ihrem Amtsorte ein Schild mit dem k. k. Adler und der Aufschrift: „K. k. Briefsammlung Nr. ... Klasse“ ausgehängt. Bei den Briefsammlungen erster Klasse konnten frankierte, unfrankierte und rekommandierte Briefe, dann Geldbriefe und Fahrpostsendungen bis zum Gewichte von 10 Pfund, bei jenen zweiter Klasse nur unbeschwerte, frankierte und unfrankierte, bei jenen dritter Klasse nur unbeschwerte und frankierte Briefe aufgegeben werden. Bei jeder Briefsammlung erster und zweiter Klasse befanden sich zwei Briefsammlungskästen, wovon der eine vor der Briefsammlung ausgehängt war und zur Einbringung der unfrankierten Briefe diente; in den anderen im Innern der Briefsammlung aufgestellten Kästen wurden seitens des Briefsammlers die frankierten Briefe nach erfolgter Taxierung und Stempelung hinterlegt.

Die Abholung der bei den Briefsammlungen in der Stadt und in den Vorstädten aufgegebenen Briefe erfolgte täglich fünfmal durch die dem Zentralbriefabgabamt zugestellten Einsammler, welche vor der Öffnung der Briefsammlungskästen das Publikum durch eine bei der Briefsammlung angebrachte Glocke und dreimaliges Läuten derselben von dem Schlusse der Aufgabe für die bezügliche Expedition in Kenntnis zu setzen hatten. Die Ablieferung der eingesammelten Briefe erfolgte an das Zentralbriefabgabamt, welches dieselben sortierte, die weitergehenden dem Briefexpeditionsamt und die in der Stadt Wien und ihrer Umgebung zu bestellenden dem Zentralbriefabgabamt übermittelte. Durch diese Einsammler wurden auch zweimal des Tages die bei den Briefsammlungen erster Klasse aufgegebenen Geldbriefe und Frachstücke übernommen und zum Fahrpostaufgabamt überbracht. Mit den Briefsammlungen auf dem Lande bestanden wenigstens zweimalige, im Sommer auch viernägliche tägliche Verbindungen mit dem Hofpostamt.

Die Gebühr für einen jeden Stadtpostbrief bis einschließlich 16 Loth betrug 2 kr., die Rekommandationsgebühr 3 kr. Bei Aufgaben von mehr als 50 Stück frankierten Briefen durch den nämlichen Aufgeber wurde die Gebühr auf ein Drittel ermäßigt.

Der Bestelldienst der Wiener Stadtpostanstalt war, wie folgt, geregelt: Das Zentralbriefabgabamt hatte alle auf die Bestellung der Briefe in der Stadt, den Vorstädten und der Umgebung Wiens bezüglichen Verordnungen und in den Vorstädten auch die Bestellung der Geldbriefe, kleineren Pakete und Avis zu besorgen. Die Bestellung erfolgte fünfmal täglich, und zwar um 1/8 Uhr früh, um 9 und 11 Uhr vormittags, um 3 und 5 Uhr nachmittags. Die innere Stadt war in 12, die Vorstädte waren in 43 Bestellbezirke geteilt; für jeden Bezirk waren zwei Briefträger bestimmt. Die Stadtpostträger und jene für die Leopoldstadt und Weißgerber hatten sich zu Fuß in ihre Bezirke zu begeben, in die anderen Vorstadtbzirke wurden sie in eigenen Wagen bis zum Beginn ihres Bezirkes und ebenso wieder zum Zentralbriefabgabamt zurückgeführt.

Für die Zustellung eines Briefes war die Bestellgebühr von 1 kr. zu entrichten.

Das Goldbriefabgabamt besorgte die Bestellung der Geldbriefe und Avis in der inneren Stadt durch eigene Briefträger, das Frachtenabgabamt die Benachrichtigung der Adressaten mittels Avis von dem Einlangen der für sie bestimmten Sendungen, welche im Amte selbst zu beheben waren.

Verordnungen der kaiserlichen Post.



Im Jahre 1800 wurde angeordnet, daß die in Wien und Umgebung aufgestellten Briefsammlungen erster Klasse die Bezeichnung: „Postexpedition“ und die betreffenden Briefsammler den Titel „Postexpedient“ zu führen haben.

Im Laufe der Zeit wurden in der Stadt unarische Filialpostämter, in einzelnen Vorstädten und der Umgebung Wiens an Stelle der Postexpeditionen Avarialpostämter errichtet und die Briefsammlungen gänzlich aufgehoben.

### c) Die Niederösterreichische Post im Jahre 1809.

Das Kriegsjahr 1809 übte auf die Gestaltung des niederösterreichischen, speziell des Wiener Postwesens einen gewaltigen Einfluß. Da die Feldpostanstalten dieses Jahres bereits im Abschnitt IX „Österreichische Feldpost“ besprochen wurden, soll hier nur mehr der damaligen internen Zustände gedacht werden.

Gleich beim Einzuge der französischen Behörden in Wien hatten sich dieselben aller öffentlichen Kassen bemächtigt und alle Auszahlungen, die nicht von ihnen angewiesen wurden, eingestellt. Sie bezogen alle Gefällseinnahmen, sowohl auch jene der Einfuhr- und fahrenden Post, welche sie in eigene Verwaltung unter der Leitung eines französischen Direktors brachten. Der Dienst wurde durch die Beamten des obersten Hofpostamtes und der österreichischen Postwagen-Direktion auf französische Rechnung besorgt, welche die eingehobenen Postgelder an die Kasse des französischen Generalgouverneurs abzufuhren hatten. Die niederösterreichische Landesregierung und Fürst Paar bildeten die Vermittlungsstellen in allen Postangelegenheiten.

Als am 10. Mai die Vorstadt Wiens von französischen Truppen besetzt wurde, erhielt das Wiener Postamt den Befehl, keine Postpferde mehr abzugeben. Am 29. Mai hat die französische Behörde verlangt, daß ein Relais von acht Pferden, vier Postillionen und vier gedeckten Kaleschen ins Hauptquartier des französischen Kaisers nach Ebersdorf gestellt werden. Zu dieser Beistellung wurde anfänglich die Poststation Schwedlitz, später jene in Laxenburg verhalten. Anbühler der Verlegung des französischen Hauptquartiers von Ebersdorf nach Laxenburg hatten das Relais der Poststation Neudorf abwechselungsweise mit jener in Laxenburg benutzt. Nachdem häufige Ritte von Schönbrunn nach Laxenburg und Neudorf vorhanden, wurde das Relais zu Schönbrunn beauftragt, für die Furer-Station Neudorf auf Ausschaffpferden und Kaleschen vorzusorgen. Als sich die Laxenburger Postillione bei ihrer Rückkehr beklagten, daß wegen Abnahme der ihnen aufgegebenen Foure durch französische Truppen ihre Pferde dienstunfähig geworden seien, daß sie selbst großen Mangel an Lebensmitteln hätten und als sie erkrankten, über aus dem Dienste treten zu wollen, als Poststation Laxenburg beauftragt, am 11. Juni abermals acht Pferde mit vier Postwächtern und drei Kaleschen nach Schönbrunn zu stellen und sich mit Foure auf 5 bis 6 Tage zu versetzen, und zwar um so sicherer, als bei der geringsten Verzögerung der Postexpedition und die Kutsche mit französischem Militär bescholt würden und sie die schärfste Ahndung zu gewärtigen hätten.

Am 15. Juni teilte der niederösterreichische Regierungspräsident Graf v. Hatzfeld dem Fürsten v. Paar mit, daß der französische Generalgouverneur mit Bewilligung des Major-Generals Prinzen von Neuschatel zur Sicherheit des Postdienstes einen eigenen Tagesbefehl erlassen und zugleich angeordnet habe, daß die Postpferde, um sie leichter konbar zu machen und um alle wegen ihrer Wegnahme sich ergehenden Streitigkeiten zu beseitigen, am rechten Schenkel mit dem Buchstaben N zu bezeichnen seien.

Mit welchen Emhällen und Schwierigkeiten die Postmeister zu kämpfen hatten, geht aus der Forderung der Postmeister von Kennelbach, St. Pölten, Sieghartshausen, Perlebach und Pulkendorf vom 17. Juni an die oberste Hofpost-

amtsverwaltung hervor, in welcher sie um die Verfügung bitten, daß sich nicht alles der Posten bedienen dürfe, sondern daß man nur gewisse andere hohe Stabsoffiziere und Kurieren zu befördern habe. In dieser Länge bedarf es weiter. Wie können sie im Stand sein, so viele Pferde aufzutreiben, da man alle verspanne, sogar die Ochsentreiber und das auf der Straße wegen Mangelzeit hien gebliebene Rindvieh, mittelst Post verfahren müsse. Nicht 50, sondern 70 bis 100 Pferde werden jetzt täglich (da die Kaleschen theils gebrochen, mehrentheils aber verführt sind) in die schweren Leitterwagen, die mit 12 bis 15 Pferden nebst Koffers und Mantelsacken besetzt sind, gespannt. Es ist skandalös, aber zugleich sehr bedauernd, 2 Pferde an eben solchen Wagen gespannt zu sehen. Bald werden sie nicht nur keine Wagen, sondern auch keine Pferde und keine Postoffiziere haben, weil von den vielen Strapazen schon Pferde und Leute krank sind und sich so der wichtigste Dienst für den Staat und das allgemeine Beste enden muß. Am meisten zu bedauern sind die Stationen, welche sich in so kleinen Orten befinden, wo kein Platzkommandant und keine Wachen angedacht die ganz hilflos ohne Unterstützung jeder Mithandlung angegriffen und preisgegeben sind, weil keine Sicherheit und Ordnung gehandhabt wird.

Am 23. Juni richtete der drei österreichischen und Wiener Fürst Graf Zichy, welcher die Oberleitung der drei österreichischen Kreise auf dem linken Donauufer für so lange übernommen hatte, als die Verbindung mit der niederösterreichischen Regierung unterbrochen war, aus Gmündsdorf an den Hofkanzler- und Finanzhofstello-Präsidenten Graf O'Donnell die folgende Note: „Die feindliche Besitznahme der Hauptstadt hat den Postwagenkurs zur Arme und nach Ungarn ganz unterbrochen. Um dem abzuhelfen, wurde von Brunn zwei mal wöchentlich ein Postwagenkonduktor mit dem gewöhnlichen Jackenrock über das k. k. Hoflager nach Preburg abgeordnet, welcher die zur Arme nach Ungarn gehörigen beschweren Briefe in dem gewöhnlichen Kaleschen, aber als Extrakt mit einem Jäger Konduktor wird dem detachierten Feldpostamt in Hauptquartier des Generalleutnants die für die Arme bestimmten Pakete übergeben und sodann seinen Weg bis Preburg fortsetzen, wo die weitere Beförderung nach Ungarn zu besorgen ist.“

Als sich die Zahl der Blessierten beträchtlich vermehrte und bereits alle Spitäler und Klöster und sonstigen großen Gebäude, die zur Aufnahme derselben geeignet waren, sowohl innerhalb der Linien Wiens, als auch im Umkreise des Kreises Unter-Wieserwald mit Verwundeten angefüllt waren und daher der nothige Raum für die Unterbringung weiterer österreichischer Verwundeten mangelte, wurde der Fürst v. Paar vom Grafen v. Bissingen ersucht, seine Reisküche im Postladgarten für ein Spital einzuräumen.

Hierauf bemerkte Fürst Paar, daß bereits ein französischer Offizier die Reisküche dieses Reisküche für französische Blessierte und Kaleschen in Beschlag nehmen wollte, wegen verschiedener Gebrechen des Objektes davon aber Umgang genommen habe. Als dies der französischen Postdirektion bekannt wurde, antwortete sich dieselbe, daß alle zur Post gehörigen Gebäude als Proprietät des französischen Kaiserreichs angesehen seien und ohne Einverständnis der französischen Behörden des Postdepartements nichts dahin kompartiert und darüber verhandelt werden konnte. Die Landesregierung wird daher ersucht, über die Ablegung eines Spitals in der Postladgarte, die zu seiner Wagenschuppe dient, Rücksprache mit der französischen Behörde zu führen, um Unannehmlichkeiten und Anträge zu beseitigen, die schon einmahl bei Kompartierungsverlangen im Poststall sich ereignet haben und der Fürst sich mit der französischen Behörde, da überhaupt seine derzeitige Direktion und sein Eigentumsgehalt im Poststall sehr beschränkt sei, nicht verwickeln könne.

Ungeachtet französischerseits den Postmeister durch Ingehung von Geldmanen und Militär aller Schutz versichert wurde, hatten sich dennoch viele Postmeister mit ihren Pferden beim Vordringen der Franzosen von ihren Poststationen entfernt. Die Folge davon war Ausplünderung und Zerstörung der Post-



dreimonatlichen Vorstufen. Im nächsten Falle, wenn von der französischen Behörde aller Vorstellungen ungeachtet keine Bestellung zu erwirken sein würde, werden die hiesigen Postbeamten zu E. M. landesvaterlicher Güte und Milde ihre a. u. Zuthat nehmen. ... Auch Fürst Paar habe seine ruckelständigen Akquivalenten noch nicht erhalten."

Für die Dauer des Kongresses zu Altenburg wurde dortselbst am 12. August eine vom Wieselburger Postmeister zu unterhaltende Ausbilstation errichtet.

Am 1. September kam der Obersten Hofpostamtsverwaltung in Wien das folgende Schreiben des französischen Finanzministers v. Bignon bezüglich der Ernennung des Briefpostdirektors von Barbagère zu:

Vienne le 1<sup>er</sup> 7<sup>or</sup> 1809.

J'ai l'honneur de vous prévenir, que Son Excellence Monsieur l'Intendant Général a nommé Monsieur Bacheguerre, directeur de la poste aux lettres, vous voudrez bien, Messieurs le reconnaître en cette qualité; lui rendre compte de votre gestion depuis l'entrée des troupes françaises à Vienne, lui communiquer vos registres, lui fournir tous les renseignements, qui il vous demandera, et enfin vous conformer à tous les ordres, qu'il pourra vous donner pour tout, qui se concernera le service, qu'il digne. Recevrez Messieurs l'assurance de ma parfaite considération.

L'administrateur général de finances et de Domaines  
Ed. Bignon m. p.  
à la Direction de la poste aux lettres.

Sowie die Briefpost, wurde auch die fahrende Post innerhalb der französischen Demarkationslinie von einem seitens des französischen Gouvernements eigens angestellten „Conducteur“ verwaltet.

Am 3. September erschien der folgende Tagesbefehl des Major Général de l'armée, Prinzen von Neuchatel bezüglich der Erhöhung des Poststrittgeldes auf 3 Gulden:

Armée d'Allemagne.  
Etat Major Général  
Au Quartier impérial de Schönbrunn, le 3. Sept. 1809.

# ORDRE DU JOUR

Sa Majesté l'Empereur et Roi voulant donner aux maîtres de poste des pays héréditaires d'Autriche une nouvelle preuve de sa protection spéciale, a décidé que, prenant en considération la cherté des fourrages, le prix de la poste qui jusqu'à présent a été fixé à deux florins, et porté par conséquent à trois florins par cheval et par station en papier de la Banque de Vienne.

Les gendarmes en sauvegarde dans les maisons des maîtres de poste tiendront la main à l'exécution de cet ordre, qui sera affiché par-tout où besoin sera, et spécialement à la porte de toutes les maisons de post dans les Etats héréditaires d'Autriche.

Le Prince de Neuchatel, Vice-comteable, Major-général  
Alexandre.

Pour application:

Le Général de Division, s. Chef de l'Etat-major général:  
Comte Mathieu Dumas.

Am 10. Oktober wurden die monatlichen Bestellungen der Wiener Postbeamten für die Monate September und Oktober ausbezahlt, die Äquivalenten des Fürsten v. Paar sowie die Gebühren für die seit Mai befürdeten Ordinarier, Estafetten und Postwagen hingegen ausständig.

Immer noch wenig es namentlich den häufig gewordenen Postwägen in Stammerdorf und Gmünd. Am 10. Juli wurde der dem französischen Hauptquartier als Feldpostmeister angewiesene E. K. Oberst Hofpostamtsoffizier Bredt v. Sterburg von der französischen Behörde beauftragt, die Poststationen Stammerdorf wieder zu organisieren. Derselbe setzte die beiden genannten Stationen mit Militärposten und herbeigeholten Wagen in Stand und ließ die Postmeister durch französische Gendarmen aufsuchen. In Lang-Enzersdorf wurde an Stelle des dachtle gewandenen Postmeisters ein französischer Postmeister mit der Führung des Postdienstes betraut.

Die überhand nehmende Forderung der Fuhre ließ eine Erhöhung des Ritzgeldes von 2 auf 3 fl. per Pferd und Station dringend notwendig erscheinen. Da diese Erhöhung dem kaiserlichen französischen Avar, welches den Überschuld der Gefälle bezieht, zur Last fallen mußte, hat Graf Bissingen den Generalintendanten die kaiserlichen französischen Kriegsheere Grafen v. Baur ersucht, die Erhöhung vorläufig für drei Monate zu bewilligen. Zugleich wandte sich die österreichische Landesregierung an den französischen Generalgouverneur der Stadt Wien und Niederösterreich Grafen v. Androssy, daß die Bestimmungen der allzumeist österreichischen Postordnung vom Jahre 1748, welche durch Hofkammerdekret vom 12. September 1807 eingeschränkt wurde, mittels eines Tagesbefehles den französischen Reiteren zur Barmachung wurde, den bei den Postmeistern angestellten Gendarmen aber zur Überwachung der Befolgung derselben bekanntgegeben werden möchten. Am 7. August erstattete Fürst Paar folgende a. u. Vorträge an den Kaiser, über Postenläufe und rückständige Besoldungen: „E. K. M. geruhen mir bei A. H. dem Abreise aufzutragen, mich des Postwesens anzunehmen und mir das Beste desselben angelegen sein zu lassen. Ich hatte hierüber gleich anfangs und seither schon öfters Beratungen mit den französischen Behörden, weil das Verlangen des Publikums sehr dringend war, daß zur Erleichterung des darniederliegenden Comrades der sämtliche Postenlauf sowohl der Brief- als fahrenden Post geöffnet werden möchte. Die französische Behörde zeigte sich dazu bereitwillig, indem sie nicht allein den Cours in das Reich, sondern auch jenen durch Steiermark, Kärnten, Krain nach Triest und in ganz Italien herstellten ließ, wohn sowohl die Brief- als fahrende Post an den gewöhnlichen Tagen befördert wird. Auch wird auf Befehl des Kaisers Napoleon eine besondere gerade Route von Passau über Landshut, Augsburg und Ulm nach Straßburg eröffnet, um alle Umwege zu losseigen. Nur die Straßen nach Mähren, Böhmen und Ungarn sind noch immer gesperrt, denn die Mährische geht nur bis Brünn, die Prager nur bis Znaïm, die Pilsner bis Gloggnitz und die ungarische nur bis Preßburg und Raab, weil die Vorposten der kaiserlich österreichischen Armee durchaus keine Post passieren lassen. Und daher dem sehr leidenden Generalgouverneur anzuvertrauen, ergeht an E. K. M. mein a. u. Auftrag, an die Vorposten-Kommandanten, die A. H. Befehle zu erlassen, daß die Ordinarier und Postwagen nach Ungarn, Böhmen und Mähren ohne Anstand hin und zurückfahren können.“

„Auf meine a. u. Vorstellung, womit E. M. dem hiesigen Postamtspersonal bei diesen bedrängten Zeitenstunden einen weiteren Gehaltszuschuß A. G. zu bewilligen geruhen möchten, geruhen E. M. mir A. H. dem Entschluß dahin bekannt zu machen, daß, da das französische Gouvernement alle Gefälle und so bestreuen. Diese A. H. Entscheidung habe ich der französischen Behörde insoweit bekannt gemacht, daß ich darauf gedungen, daß die Poststationen der Postgefälle bezaugen aus der Postkassa von der französischen Behörde entrichtet werden möchten. Der Generalintendant Paar hat sich zwar mit vieler Bescheidenheit gegen mich geäußert, jedoch zur Zeit nicht ganz willfährig, sondern der Satz wird immer behauptet, die französischen Behörden wollten lizo die Deamten E. M. nicht bezahlen, sollte es aber wieder zum Kriege kommen, so würden sie alsdann den Beamten, die nötig waren, ihre Salarien entrichten, jedoch nach Abzug des



Am 16. Oktober ist Kaiser Napoleon von Schönbrunn abgereist, die Rückkehr des französischen Hauptquartiers, der französischen Truppen und Beamten erfolgte am 20. November.

Nach Abschluß des Wiener Friedens am 14. Oktober 1809 wurde die Kauterstalt und Postbeförderung nach allen Richtungen wieder in Gang gesetzt und wurden nach dem am 20. Oktober ausgewechselten Friedensratifikationen die von den Franzosen besetzten Provinzen sowie alle Gefälle mit Ausnahme der Pannoni. letztere erst mit 1. November — für österreichische Rechnung wieder verwaltet, wonach von diesem Zeitpunkt ab die österreichische Autorität kein Gefällestranz mehr zu bezeichnen hatten.

Am 10. November hat eine Abteilung der Hofkammer die Besorgung der ihr zugehörenden Dienstgeschäfte wieder übernommen; am 20. Dezember begann die Amtswirkamkeit sämtlicher Hofstellen. (Quellen: H. K. A. Obriß-Reichs-Hof- und General-Erblanden-Postmeisteramts-Aktivitätsakten, dann Pester Flüchtlingsakten 1809.)

#### 4. Salzburg.

Schon im Jahre 1580, within 5 Jahre vorher, ehe Taxis vom Kaiser Rudolf II. zum Generalpostmeister im heiligen Reiche ernannt wurde, hat der Erzbischof Wolf Dietrich am 1. August den Salzburger Bürger Hans Schriener zu seinem Postmeister mit einem förmlichen Bestallungsbefehl aufgenommen und ihm selbst einen monatlichen Gehalt von 28 fl. aus der fürstlichen Kammer bewilligt, „von welchem das ordentliche postgeld“, wie bei anderen Posten gebräuchlich, einzunehmen. Das Salzburger Territorial-Postwesen hat also schon mit Ende des 16. Jahrhunderts eine gewisse Organisation gehabt. Vorher wurde die Korrespondenz in- und außerlands durch eigene Boten befördert. Als 1665 Kaiser Leopold I. auf seiner Reise zum Reichstage nach Salzburg kam, erwirkte daß damalige Erzbischof Guidobald v. Thun am 3. November 1665 ein kaiserl. Verleihungsdekret über die Erhaltung des Salzburger Postregals. Später erhielt der Salzburger Postmeister den Titel eines „Hochfürstlich Salzburger Hofpostmeisters“. Dieser Titel blieb ihm bis zur Errichtung des weltlichen Kurfürstentums 1802 unter der Regierung des Erzbischofs von Österreich und Großherzog von Toskana Ferdinand, Kurfürsten von Salzburg, von dem es zum „Hochfürstlich Salzburger Oberst-Hofpostmeister“ erhoben wurde. Gleichzeitig wurden die bestehenden Poststationen der Salzburger Provinzialstädte zu Laufen, Tittmoning, Hailheim, Werfen, Radstadt und Mauterndorf zu förmlichen Postämtern umgestaltet.

Im Januar 1763 wurde dem Salzburger Erzbischof die Konzession zur Errichtung eines rekurrenten Postkurses nach Gmünd gegen die Bedingung erteilt, daß sich diese Konzession nur auf die Salzburgerischen Briefe, das heißt die Korrespondenz der Salzburgerischen Untertanen und jene Amtskorrespondenz erstreckt, welche die in Steiermark und Kärnten gelegenen Erzbischoflichen Herrschaften und weltlichen Gögging-Verwaltungen betreffen und daß die Reparierung der verfallenen Straßen in dem von Erztr. Salzburg gehörigen Gerichte Laiberg zwischen Oberndorf und Lams von Erstattung auf dessen Kosten vorgenommen und die Straßen fortan in wandelfähigen Stande erhalten werden. (H. K. A. Cam. Pasc. 9.)

Am 20. November 1771 wurde zur Besichtigung vorgekommener Anstände mit Salzburg ein Vergleich dahin getroffen, daß das Salzburgerische Hofpostamt an die k. k. Oberste Hofpostamtstasse in Innsbruck für Briefe Hofpostamt an Innsbruck und Hail auf wurde von jedem halbjährigen Stück 2 Kreuzer und von allen über Innsbruck hindurchenden Briefen 3 Kreuzer für jedes halbe Lot für Briefe Lingen, die von Salzburg über Innsbruck in die Vorlande und Schweiz laufen. Letztere Posten zu verstehen habe, während für die Briefe aus den Vorlanden und der Schweiz via Innsbruck nach Salzburg für das  $\frac{1}{3}$  Lot 4 Kreuzer zu ent-

richten waren. Das Erststück wurde begehrt, auf seine Kosten einen Posthalter in Innsbruck anzuustellen. Das Oberste Hofpostamt in Innsbruck hatte für die Beförderungsstücke Unken—Salzburg 2 fl. und für jene Unken—Weyding 1 fl. W. W. pro Pferd zu bezahlen. Die Salzburgerischen ordinar. Zillertaler, Fäger und Hofpostboten waren vom 1. Januar 1772 ab abzustellen, es blieb jedoch dem Erststücke freigestellt, zusätzliche Extraboten im Austausch zu verschaffen, infolge dieser Befreiung hatte das Hofpostamt Innsbruck die Beförderung aller Salzburgerischen Amtspakete von und nach dem k. k. Generalpostamt in Wien, Fäger und Hofpostämtern durch die k. k. Poststationen Wörgl und Straß gegen ein jährliches von Salzburg zu bezichtigendes Pauschquantum von 20 fl. W. W. zu übernehmen. (H. K. A. Cam. Pasc. 9/6, Nr. 240.)

Am 23. Dezember 1783 wurde mit dem Erztr. Salzburg ein Vertrag bezüglich des durch dessen Gebiet fahrenden Postwesens abgeschlossen.

Mit 1. Januar 1807 wurde das Postwesen im Herzogtum Salzburg und Fortsetzung Berchtesgaden als ein freies, unabhängiges, mit keinem Lehen gehörendes Regale des Kaisers, wie in den übrigen österreichischen Erbländen organisiert und in Salzburg eine eigene Oberpostamtverwaltung und eine eigene Postwagenexpedition errichtet. Im Jahre 1818 wurde die Oberpostverwaltung in Salzburg aufgehoben, die Leitung des dortigen Postwesens der k. k. Oberpostverwaltung übertragen und Salzburg in ein General-Abstraktpostamt umgewandelt.

#### 5. Schloßen.

Um das Jahr 1578 hat die Schloßsche Kammer reisende Boten zur Beförderung der Korrespondenz nach dem kaiserl. Hofe unterhalten, die Stadt Breslau hingegen andere ordinar. Boten nach Hamburg, Nürnberg und Leipzig zur Beförderung der Korrespondenz der Kaufmannschaft und anderer Privatpersonen. 1632 wurde durch die Schloßsche Kammer eine Post zu Pferde nach Wien angelegt und daselbst ein eigener Postagent bestellt. 1650 wurde von Breslau aus eine Postverbindung mit Hamburg, 1652 mit Prag, 1673 mit Krakau, 1684 mit Warschau, 1693 eine reisende Post nach Holland, 1694 eine fahrende Post nach Leipzig, 1704 eine Post von Troppau nach Teschen eingerichtet. Die Kosten hierfür, wie auch jene für den Wiener Kurs wurden aus dem Breslauer Postgefälle bestritten. Ins Postwesen in Ober- und Nieder-Schloßen wurde durch die Schloßsche Kammer verwaltet. 1717 erscheint Johann Reinhard v. Kantenstien als Postdirektor in Ober- und Nieder-Schloßen.

Mit Genehmigung Kaiser Karls VI. wurde das schloßsche Postgefälle dem Breslauer Oberpostverwalter Hermann Crusius verpachtet. Der zwischen der Hofkammer und Crusius am 24. Oktober 1726 abgeschlossene Pachtvertrag enthält folgende Bestimmungen: 1. Die Hofkammer überläßt dem kaiserl. Ratifikation dem Crusius die Administration sämtlicher kaiserl. Postgefälle im Herzogtum Ober- und Nieder-Schloßen vom 1. Januar 1727 durch drei nacheinanderfolgende Jahre. Er verleiht der Schloßschen Kammer subordiniert: 2. Dem Crusius wird die Besorgung der Postgefälle, jedoch unter der Bedingung und Einsehen der Schloßschen Kammer, mit Aufhebung des bisher best. gewesenen Postdirektors gänzlich anvertraut; hingegen soll eine eigene Kommission angewiesen werden, zu welcher er sich in verfallenden Postamtungsgelegenheiten zu wenden haben wird. 3. Die Oberpostamt-Offizianten in Breslau als auch die Postbeförderer am Land sind nach der Schloßschen Kammer an Crusius gewiesen, der Oberpostamt-kontrollur aber verbleibt der kaiserl. Universitäts-Bibliothek subordiniert. 4. Crusius verbindlich sich durch drei Jahre (es wäre dem, daß während dieser Zeit innerliche Kriege, Stürbe- oder andere casus fortitudo majores sich ereigneten) also Abzug aller in der Verrechnung des Postamts dormalen stehenden Besoldungen und Auzug aller in Verfallnis der Schloßschen Postgefälle auf jährlich 30000 fl. sicherzustellen und förmlich in den Kontraktsblättern drei Jahren (etwa 3. März) darzulegen in die



kais. Bankkass. richtig abzuführen, auch für das verproben Quantum in proprio zu haften und gutzustellen. 5. Wäre, daß während dieser Zeit des Kontrakts ein einziger Postkurs eingestellt oder die Korrespondenz durch Krieg, Schar- oder andere Casus fortius majores merklich gehemmt, folglich die Postgelder dadurch gleichwie würden, daß die Einkünfte eines Jahres das andere nicht übertrauen könnten, solle mit Crusius bezüglich des erlittenen Schadens billiges Abkommen getroffen werden. 6. Obliegt sich Crusius, nicht allein die eingehenden Gefälle monatlich mit einem ordentlichen, vom Kontrollor mit unterschriebenen field-gefallen ein- und ausgeht, getreulich zu verzeichnen . . . 7. Für die diesfalls an sich nehmende Gefahr und Mühe sollen von dem über das fixierte jährliche Quantum der gebetenen Besoldungsversehung und für die bei den vorzunehmenden Visitationen ausbleibenden Reise- und Zehrungsspesen oder Liefergelder noch andere 5% zusammen also 10% von dem auf aerarium über die sichergestellten 30.000 d. abführenden Überschuß bonifiziert werden. 8. Ist Crusius verbunden, keine Änderungen in Postschaden ohne Genehmigung der kais. Schlesienschen Kammer vorzunehmen, das dermalige Personale beim Oberpostamte und auf dem Land mit dem jetzigen Gehalt und Titeln beizubehalten, nichts in Afterbestand zu belassen, das Postporto von Briefen, Paketen und Überfrachten nur nach dem ausgestellten Tarife abzuführen, viel weniger den vom 1. Juli d. J. aufgehobenen Pferdeaufschlag und Aufsteigeld von den Passagieren abzuführen. Weil 9. resolved worden, daß anstatt des aufgehobenen Pferdeaufschlages von den Postbeförderern auf dem Land (außer denen, so keine Besoldung genießen, also welche hienon dispensiert sind), bei jedesmaligen Ritt von einem Pferd auf einer einfachen Post 3 kr. auf einer doppelten aber 6 kr. dem Aerario entrichtet und verrechnet werden sollen, also wird Crusius darauf zu sehen haben, daß dieses Äquivalent dem Aerario in richtige Verrechnung gebracht werde. 10. Alle von der Schlesienschen Kammer abschickende kais. Stafetten sollen, wie in den übrigen Erblanden bei den Postanstalten gehalten wird, durchaus franko spediert werden. 11. Bezüglich der Postfreiheiten bleibt es bei der bisherigen Observanz . . . (H. K. A. Post-akten 1723—1726.)

## 6. In Vorderösterreich.

Im Jahre 1512 hat Kaiser Maximilian I. auf dem Reichstage zu Augsburg zur besseren Handhabung des Landfriedens das Römische Reich in zehn Kreise eingeteilt, welche Einteilung 1521 auf dem Reichstage zu Worms und 1532 auf jenem zu Nürnberg von allen Ständen des Reichs bestätigt wurde. Unter diesen Kreisen war auch der österreichische beziffert, dessen Teile unter anderen aus der gefürsteten Grafschaft Tirol und den Vorderösterreichischen Ländern bestanden. Die Besetzung der Post in diesen Ländern, dann bis Augsburg, Salzburg und Ala di Rovereto stand den regierenden Landesfürsten in Tirol zu. Über die bezüglichen Verordnungen wurde bereits im Abschnitte II, B. I. „Postlebensverordnungen“ auf XI, „die österr. Post und die Familie Taxis“ näheres angeführt.

In den Jahren 1607, 1608 und 1609 hat der Generalpostmeister im Reich Leonhard v. Taxis sowie dessen Sohn Lamoral v. Taxis gebeten, ihnen das oberste Postmeisteramt in den O. und V. O. Ländern zu unterstellen, beziehungsweise zu bewilligen, eigene Nebenposten auf ihre Kosten dort zu errichten oder aber anzuordnen, daß die österreichischen Postmeister bezüglich der niederländischen Expedition und Felleisen sowohl dem Generalpostmeister zu Brüssel, als dem Obersten Postmeister in Tirol untergeordnet werden, beiden ihre Anstellungspatente erhalten sollen. Über diese Ansuchen erfolgte jedesmal ein abweislicher Bescheid. (H. K. A. Cam. Fasc. 9/6.)

Als Kaiser Mathias auf den deutschen Thron kam, erhob er das allein einem römischen Kaiser reservierte Postregal zu einem Lehen, welches er 1615 dem Lamoral Frh. v. Taxis dergestalt verließ, daß sich dieses Lehen auch auf seine männliche Nachkommenschaft erstrecken solle. Obwohl nun durch diesen Lehenbrief die kais. Willenmeinung dahin gieng, daß dem Leheninhaber das Jus ac exercitium universale postarum in toto complexu Imperii und in allen dessen Teilen ohne Ausnahme zuständige sein sollte, so wollte doch Kaiser Mathias von diesem Rechte und dessen Ausübung einen Teil des österreichischen Kreises ausnehmen, indem er von seinem Vasallen einen Revers abforderte, kraft dessen sich derselbe verbunden, dem kais. Hof- und den n.ö. Postämtern keinen Eintrag, Hinderung oder Beschwerung zu tun. (H. H. u. St. A. Staatsrat Nr. 626 ex 1773.)

Nicht minder wurde in der kais. Resolution vom 18. Juli 1665 deklariert, daß das dem Oktavio von Thurin und Taxis bei der Reichskanzlei ausgefertigte Diplom über das Postwesen im Reich und Tirol den Erbzöglichen und O. O. Ländern nicht präjudizieren soll. (A. Min. d. Inn. H. A. 4, Nr. 9.)

Bessungsgesucht hat sich das General-Reichspostamt wiederholte Eingriffe in das vorderösterreichische Postwesen zu Schulden kommen lassen, indem dasselbe von Ulm bis Schaffhausen durch das V. O. Territorium Echingen, Riedlingen, Meiningen und Meßkirch neue Posten gelegt, dann zu Stockach, wo sich ein österreichischer Posthalter befand, einen Reichsposthalter eingesetzt und über Waldsee, Ravensburg und Wolfsegg neue Posten gelegt hat, wodurch den nächstgelegenen österreichischen Posten ein nicht unbeträchtlicher Schaden erwachsen ist. Im Jahre 1750 wurde in Kempten neben dem österreichischen vom Hof- und General-Postamt in Innsbruck abhängenden Postmeister ein Reichspostmeister bestellt, welcher die früher vom österreichischen Posthalter versehenen Ritte nach Lindau, Meiningen und Augsburg an sich zog. Die dagegen erhobenen Proteste des Innsbrucker Postamtes blieben unberücksichtigt. (H. H. u. St. A. Postwesen im Reich 1743—1754.)

Anlaßlich der 1749 vollzogenen Inkorporierung des Tiroler und Vorderösterreichischen Postregals ist eine neue Einrichtung des V. O. Postwesens notwendig geworden, welche neuerliche Differenzen mit dem vom Taxis zu Lehen tragenden Reichspostgeneralat zur Folge hatten. Behufs Begleichung dieser Differenzen wurde im August 1771 eine gemeinschaftliche Kommission in Freiburg angesetzt, bei welcher seitens der Taxischen Deputierten mehrere die kais. Hofkammer erregende Fragen aufgeworfen wurden. Auf den hierüber von der Hofkammer erstatteten Vortrag resolvierte die Kaiserin Maria Theresia am 17. Juli 1772 unter Hervorhebung der dem kais. Erzhause zustehenden Rechte, wie folgt: „Bei allem dem will ich bloß in der Absicht, um wegen der Vermischungen und der desselbst auf dem Reichsterritorio gelegenen Stationen allen Weiterungen auszuweichen, gestatten, daß wegen des V. O. Postwesens nicht stritte nach dem diesseitigen Rechte sich benommen, sondern durch einen Mittelweg ein gutliches Abkommen mit dem Taxis vorgeschlagen werden möge.“ (H. H. St. A. Staatsrat Nr. 1511.)

Am 12. Juli 1774 wurde nun zwischen der Hofkammer und dem kais. Reichspostgeneralat ein Vertrag geschlossen, dessen wesentlichste Bestimmungen lauten: 1. Die vier Stationen Hurlach, Schwabbruck, Schwabfriesen und Sammelstein haben bei dem k. k. Ober- und Vorderösterreichischen Postgeneralat für allzeit zu verbleiben, doch mögen die Postbedienten auf der Füssner Route die Reichsordinari in der Postlinie des Reichgeneralats, jedoch ohne Nachtheil der österreichischen Gerechtsame noch ferner verfahren. 2. Verbindet sich das kais. Reichspostgeneralat für den freien und ungehinderten Durchzug des niederländischen Felleisens, der Venetianer Esstafeln und überhaupt zur Unterhaltung des doppelten Venetianischen Kurses vom 1. Juli 1774 dem k. k. Ober- und Vorderösterreichischen Postgeneralat nach Innsbruck jährlich 16.000 fl. oder quartaler 2.500 fl. in österr. Währung zu bezahlen, dagegen aber die ordinari verschlossen und un-



gehindert, wie dormal und zuvor durch Tirol hin und herlaufen, jedesmal auf das schlaueste befördert, auch alle in Tirol von Füssen bis Ala incl., dann auf dem Seitenkurs von Trient über Borgo aufgestellten k. k. Posten von eben dieser Letztgenannten Summe pro 10,000 fl. für die Überführung der ordinari und venerabili Stafetten, folglich ohne sonstigen Beitrag vom kais. Reichspostgeneralat den eigenen Tiroler Postlauf von Füssen über Weibach und Kempten-Wald bis Kempten allein zu unterhalten, so daß die an die Reichspostämter dieses Kurs nach laufenden Pakete allzeit unentgeltlich hin und wieder mitgeführt werden sollen. 4. Nachdem mittelst dem durch Tirol von Augsburg und vice versa aus Italien verschlossenen zu verführenden Antspakete die Zeitungszeit entzogen wird, so verspricht das kais. Reichspostgeneralat hierfür, dann für die das ganze Jahr hindurch nachteiliger Weise zu beschickende richtig und schleunige Expedition der ordinari Posten an das kais. Reichs Ober- und V. O. Postgeneralat zu Innsbruck jährlich 400, also quartalier 100 fl. W.-W. zu bezahlen. 5. 6. Damit das kais. Reichspostgeneralat die bis nun in den V. O. Landen eingeführten Postläufe ferner und ohne Unterbrechung in seiner Ordnung behalten, auch die diesen Postläufen nachlaufenden Reichspost-Felleisen sicher befördern möge, so soll das kais. Reichspostgeneralat salvis juribus austriacis in dem Besitz der in austrace aufgestellten Posten belassen werden. Sollte aber die Notwendigkeit erfordern, zur Fortsetzung eines Hauptpostkurses auf ein oder anderer dieser Ortschaften die kais. Reichsposten in einen anderen V. O. Ort zu versetzen, soll 7. dem kais. Reichspostgeneralat alle hilfreiche Hand geboten werden, wenn anders eine solche Übersetzung oder Einrichtung nicht zum Nachteil der k. k. V. O. Posten gereichte, und das kais. Reichspostgeneralat gehalten sein, diese Übersetzung der Einrichtung mit Einverständnis der V. O. Regierung und Kammer, dann des V. O. k. k. Postgeneralats zu veranlassen und hierwegen freundschaftlich zu correspondieren. 8. Sollten die Stationen von Günsburg incl. bis exel. Altdorf und Stockach bei dem k. k. O. und V. O. Postgeneralat stets verbleiben. 9. Soll dem k. k. O. und V. O. Postgeneralat die Ernennung der Postmeister auf dem Hauptpostkurs von Innsbruck nach Freiburg als zu Kompten, Leydkirch, Stockach und Engen allein, jedoch mit dem Vorbehalt überlassen werden, daß alle kais. Reichsordinarien und Stafetten ungehindert, wie zuvor, passieren und in kais. Reichslivree gegen die gewöhnlichen Rittgebühren verfährt, auch die zu ernennenden Postmeister deswegen und quoad praestanda in Pflichten des kais. Reichspostgeneralats genommen und von denselben patentirt werden sollen. 10. Verbinden sich beide Postgeneralate an den ergangenen Reichs- und k. k. Botenpatenten festzuhalten. 11. 12. Werden Ihre k. k. Maj. den Fürsten von Thurn und Taxis bei dem, was in diesem Vertrag zugesagt worden, auch in der Ausübung halten, mithin keinen Theile freigelassen werden, selbst zu brechen oder aufzuheben. (H. K. A. Cam. Fac. 9/8 Nr. 66.)

Am 22. Februar 1777 wurde zwischen der Hofkammer und dem Fürsten Karl August von Thurn und Taxis ein Pachtkontrakt bezüglich der Posten in den österr. Vorlanden unter folgenden Bedingungen abgeschlossen:

1. Dem genannten Fürsten und dessen Nachkommen wird die Administration der Posten in sämtlichen österr. Vorlanden vom 1. April 1777 an auf 20 nach einander folgende Jahre gegen den überlassen, daß er dafür jährlich 15,000 Gulden in Reichswährung, den Conventionshalber zu 2 fl. 24 kr. gerechnet als Pacht-schilling bezahlen und hiervon die Hälfte 1/2-jährig im Vorhinein an die Innsbrucker Oberpostamt-kassa aufführen solle. 2. Für diesen Pacht-schilling wird dem Fürsten die Einhebung und der Genuß aller bei den dortländigen Oberpostämtern, Postämtern und Stationen eingehenden Gelder und Einkünfte, folglich auch das von den Postämtern Basel, Bern und Zürich der Waldshuter Postkassa dormalen zu bezahlende Transitio- oder Anlagen-Porto auf die Pachtungszeit dormalen zu be-zahlen wird denselben nicht nur der Bezug des von dem Postamt Schaffhausen zu der

Innsbrucker Oberpostamt-kassa bisher abgeführten Transitio- oder Anlagen-Porto gänzlich überlassen, und werden daher von dem Innsbrucker Oberpostamt alle nach Schaffhausen laufenden Briefe nach Stockach gefordert werden, sondern werden auch die von den kais. Reichspostämtern Memoringen und Länden zur Innsbrucker Oberpostamt-kassa bisher abgeführten Anlagen-Porto während der Pachtung gänzlich auflösen und abgestellt werden. 3. Wird der Fürst befugt sein, während der Pachtungszeit die erwählten Posten gut und gehörig zu administrieren, in Postungsgelegenheiten und wegen Beförderung derselben Vorsehung zu thun und den Reuten ihre Verrichtungen vorzuschreiben. 4. Wird demselben gestattet, die Ortschaften, wo dormalen Posten sind, abzunehmen, aufzuheben, zu versetzen und neue anzustellen, so jedoch, daß diese lediglich zum Besten und Vortheil des correspondierenden überhaupt und förmlich des V. O. Publikums und Commerciums geschehen, und vorher darüber jederzeit die Anfrage mündlich bei der k. k. Hofkammer oder der k. k. V. O. Landesstelle gemacht werden soll. 5. Sollen alle bei den k. k. V. O. Posten aufgestellten Reuten und übrigen Postbedienten bei ihrer Bedienstung ihrem Amt, Gehalt und sonstigen erhaltenen Genuß während ihrer Lebensjahre und Vermögenszeit den Dienst zu versehen oder doch, wenn ein oder der andere derselben bei Abänderung eines Postamtes seinen Gehalt verlieren, oder Alters und Gebrechlichkeit halber zu weiterer Ver-sorgung seines Dienstes untüchtig werden sollte, selber im ersten Falle bei dem Genuß einer gleichmäßigen Pension bis zu seiner weiteren Unterbringung verbleiben, im zweiten Falle hingegen mit Belassung von 2/3 oder doch der Hälfte von seinem Gehalt in den Jubilationsstand versetzt werden; jedoch sind unter den pensionsfähigen Postbedienten die Postmeister nicht begriffen. 6. Soll der Fürst von Taxis die Macht haben, jene Postcomitanten, die sich pflichtwidrig verhalten und in ihren Amtschuldigkeiten sträflich, oder im Dienste selbst sich nachlässig zeigen, zu züchtigen, zu bestrafen, der Besoldung zu entsetzen, zu verändern und andere anzustellen. 7. Werden Ihre k. k. Apost. Maj. auf die Beibehaltung oder Versorgung jener Postcomitanten, welche von der Anstellung des Fürsten Thurn und Taxis nach Ablauf der Pachtjahre sich etwa befinden und zur Vorsehung des Dienstes tüchtig sind, dann ihre Schuldigkeit getreulich beobachtet, nach Beschaffenheit der Umstände Rücksicht nehmen. 8. Der Generaldirektor oder Commissarius besagter Posten wird nur mit A. H. Begehungung angestellt werden können. 9. Sollen die in den V. O. Landen publizierten Post- und Botenpatente, dann die übrigen in Postachen erlassenen A. H. Normalresolutionen, insoweit solche nicht bloß in die Manipulation und innerliche Administration des Gefalles einschlagen, nicht minder 10, die allda eingeführten Posttarife während der Pachtung in ihrer vollen Kraft verbleiben, auch wird von den Schweizer Post-ämtern kein höheres Transitio- oder Anlagen-Porto als dormalen angefordert werden. 11. Sollen die nach Italien, nicht minder in die Vorlande in Zukunft be-stehenden Ordinarien, Estaffeten und überhaupt alle durch die V. O. Lande Reisenden den in solchen bestehenden Postreuten nach und in dem vorgeschriebenen k. k. Post-Uniform befördert werden. 12. Wird der Fürst von Taxis zu den Direktoren, Verwaltern, Controllors- und anderen Postbedienstungen gehören, oder von Ihrer k. k. Apost. Maj. naturalisierte Unterthanen in den V. O. Ortschaften anstellen, und wo einer, der es nicht wäre, aus Vorsehen oder Hintersinnen bestellt wurde, allsogleich einen anderen anstellen. 13. Sollen alle bei den k. k. V. O. Posten anzustellenden Ober- und Unterbeamten und Postbediente in die k. k. Pflichten wegen Sicherheit der Correspondenz und genauester Befolgung der Posttarife genommen werden. 14. 15. Wird der Fürst von Thurn und Taxis nicht befugt sein, einigen Theil der Postemkünfte zu beschwören oder zu verpfänden. 16. 17. Sollen alle den A. H. Dienst betreffenden Pakete und Briefe portofrei sein. 18. 19. Sollte wider besseres Vermögen während der Pachtjahre ein innerlicher Krieg, Pest oder Hungersnot als welche als casus fortuiti majores et insoliti an-zusehen sind, sich ereignen, und der Fürst von Thurn und Taxis dadurch das stipulierte Pachtquantum in toto abzuführen außer Stand gesetzt werden, so soll auch derselbe







Aufstellung der Feldpostämter bei der k. k. Armee, dann Postpferdstellung zu den k. k. Reisen, Fasc. Nr. 13.  
Untersuchungskommission der Posten und Einrichtung der Kartierung, Abschiebung der Estafetten 1750—1760, Fasc. Nr. 14.  
Kameralfaschikel von Jahre 1750.  
Kameralfaschikel 9, 1762—1820.  
K. oberst Reichshof- und General-Erblanden Postmeisterants-Aktivitätsakten 1783—1812.  
Post-Fluchtungsakten 1809.  
Postpatente 1623, 1625, 1634, 1699, 1702, 1773, Zirkularen und Diverse Österreichisches Gedenkbuch 1494—1497 (3a); 1521—1523 (20); 1564—1565; 1564 (63, 95, 97); 1565 (98); 1620—1624.  
Familien-Akten; Paar (Sig. B. 15. 17) Taxis (Sig. D. T. 30)  
N. O. Kommerz Nr. 23, 1750—1778.  
Venetia Regalia delle Poste, J. IX, 1796—1813.  
Dalmazia Poste et affari relativi, J. V, 1796—1813.  
Bankal. Postfortgelder und Postwesen in Genere, Nr. 19.

### 3. Archiv des k. k. Finanzministeriums:

Kameralfaschikel, Fasc. 9; 1821—1825, 1826—1837, 1838, 1839—1843, 1844—1847, 1847—1848.  
Finanzministerial-Akte 1814—1818, 1822, 1825, 1826, 1827—1829, 1830—1831, 1835—1836, 1837, 1842—1843, 1844—1848.

### 1. Archiv des k. k. Ministeriums des Innern:

Erhpothetieramt, Fasc. 110, IV, D. 4.  
Patentsammlung: Postordnung E. H. Ferdinand vom 2. April 1603; Postordnung Ferdinand II. vom 13. September 1621.  
Akten nach Archivprotokoll für Inner-Österreich 1257—1748, für Nieder-Österreich 1512, für Tirol 1350—1748.

### 5. Codex Austriaci:

Pars II, S. 167—170, 173, 174, 175, Suppl. 108; Pars IV, S. 91, 93, 101, 196, 382, 389—391, 381.

### 6. Sonstige und Literatur:

Archiv für Kunde österreichischer Geschichtsquellen: Österreichs Finanzen und Kriegswesen unter Ferdinand I. 1522—1564. Von Karl Oberleitner. XVII. B. S. 60—61 und Beilage XXXI, S. 148—150 (Postordnung 1525). Hofstaat König Ferdinand I. i. J. 1554. Von Friedrich Timpler. XXVI. B. S. 8.  
Beiträge zur Geschichte der kaiserlichen Hofämter, Von Ferdinand Menck. 87 B. S. 45 L.  
Jena 1717.  
Bueholz, Ferdinand I. Wien 1851.  
Grole, König, Illustrierte Geschichte der Post.  
Crispus, topographisches Postlexikon 1798, 1802.  
Dessary, österreichische Postverfassung, Wien 1818.  
Dimitz Geschichte Krains.

d'Elvert, Geschichte der Verkehrsanstalten in Mähren und osterr. Schlesien, Brunn 1855.

Fontes rerum Austriacarum. Diplomata et Acta.

Geschichte der Stadt Wien. Vom Altertumsvereine zu Wien.

Handschrift in der k. k. Hofbibliothek 14856 Suppl. 2538: „Tractatus de observationibus Postae Historico-practici oder Summarische, aber wohl gegündete anmerkungen, was durchgehends beym wirkenden Haupts-Postamt zu beobachten. Anno 1713“.

Hörnigk, Ludwig von, De Regali postarum jure.

Hof- und Kammerzahlmeister-Rechnungsbücher 1543—1715 (k. k. Hofbibliothek). Hofsystematis 1619 u. f.

Hornmayer, Archiv.

Huber, Geschichte Österreichs.

Hüttner, G. F., Beiträge zur Kenntnis des Postwesens. — Das Postwesen unserer Zeit, Leipzig 1860.

Hurter, Ferdinand II.

Koch, Maximilian II.

Kropatschek J., Handbuch der Verordnungen und Gesetze vom Jahre 1710 an, Kübeck von Kübau, Karl Friedrich Freil. von, Aus den Tagbüchern. Wien 1909, Merian (Zeiller), Topographie, Frankfurt a. M. 1650.

Mathias, Wilhelm Heinrich, Über Posten und Postregale, Berlin 1832.

Schlagel, Wiener Skizzen.

Spaun, Anton R. v., Verkehrsmittel unserer Gegenden in früheren Jahrhunderten Linz 1848.

Tomasin, Die k. k. Post in Triest.

Verordnungsblatt der obersten Hofpostverwaltung.

„ „ für Posten, Eisenbahnbetrieb und Telegraphen.

Verordnungen für die österr. Postämter, Posttheile des österr. Handelsministeriums.

Verordnungsblatt (Ministerium für Handel und Volkswirtschaft).

Postverordnungsblatt für das Verwaltungsgebiet des k. k. Handelsministeriums.

Post- und Telegraphen-Verordnungsblatt für das Verwaltungsgebiet des k. k. Handelsministeriums.

Zeitschrift für Post und Telegraphie, Wien (R. Spies & Co.).

Fachbereich  
Geschichte  
Universität Wien





